

Landesbank Berlin Holding

Geschäftsbericht 2006



Unternehmensprofil

Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine börsennotierte Finanzholding mit Sitz in der deutschen Hauptstadt. Sie ist die Muttergesellschaft ihrer 100%igen Tochter Landesbank Berlin AG. Die Landesbank Berlin ist eine Universalbank, in der das gesamte Geschäft gebündelt ist. Historischer Kern der Landesbank Berlin ist die im Jahr 1818 gegründete Berliner Sparkasse. Vom Tag ihrer Gründung an bis heute erfüllt die Berliner Sparkasse damit ununterbrochen einen öffentlichen Auftrag im Dienst der Stadt. Am Bankplatz Berlin ist die Bank Marktführer und steht für Kundennähe, Fairness, Sicherheit und Modernität.

Unser Geschäftsmodell basiert auf vier Säulen: dem Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, bei dem wir als innovatives, kundennahes Institut eine herausragende Stellung einnehmen, dem Kapitalmarktgeschäft, bei dem wir ausgewählte Aktivitäten anbieten sowie dem Immobilienfinanzierungsgeschäft, das bundesweit auf die Anforderungen von Investoren und Wohnungsbaugesellschaften ausgerichtet ist.

Unseren Privatkunden steht das flächendeckende Filialnetz der Berliner Sparkasse zur Verfügung. Zusätzliche moderne Vertriebswege – wie Online Banking, Call Center und Selbstbedienungsmedien – ergänzen das umfassende Angebot. Mit unseren Bankprodukten für Altersvorsorge, Vermögensaufbau, Konsum- und Immobilienfinanzierung sowie für Zahlungsverkehr und Liquiditätsmanagement stellen wir unseren Kunden ein umfassendes Angebot bereit. In unseren VermögensanlageCentern betreuen wir vermögende Privatkunden bei ihren Anlage- und Finanzierungswünschen.

Im Firmenkundengeschäft zählen mittelständische Unternehmen, Verbände und Stiftungen, öffentliche Unternehmen und Gebietskörperschaften sowie zahlreiche Gewerbetreibende der Region zu unseren Kunden. Die Anforderungen in Finanzierungs-, Anlage- und Dienstleistungsfragen erfordern eine kompetente und individuelle Betreuung. Dafür sorgen erfahrene Berater in den Direktionen Firmenkunden der Landesbank Berlin sowie in den FirmenkundenCentern der Berliner Sparkasse. Zudem steht unseren Gewerbekunden mit der BusinessLine ein moderner und effizienter Vertriebsweg zur Verfügung. Die KompetenzCenter Auslandsgeschäft, Leasing&Factoring, Gründungen und Unternehmensnachfolge sowie Electronic Banking runden die Angebotspalette im Firmenkundengeschäft ab.

Zentrale Aufgabe unseres Kapitalmarktgeschäfts ist die Intensivierung der Kundenhandels- und Sales-Aktivitäten. Die Bank profiliert sich als namhafter und kompetenter Anbieter innovativer Kapitalmarktprodukte auch für Privatanleger. Im Auslandsgeschäft konzentrieren wir uns auf Geschäftsverbindungen in Zentral- und Osteuropa.

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung richten wir uns in ausgewählten Wachstumsregionen in Deutschland auf die Anforderungen erfahrener und bonitätsstarker privater und gewerblicher Investoren und Wohnungsbaugesellschaften aus. Schlanke Strukturen und kurze Entscheidungswege gewährleisten Flexibilität, Schnelligkeit und exzellenten Service für stabile und ertragreiche Kundenbeziehungen.

Konzernkennzahlen – Auf einen Blick

		2006	2005 ¹⁾	2004
GuV-Rechnung (Auszüge)				
Zinsüberschuss	Mio. €	850	890	915
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Mio. €	123	192	255
Provisionsüberschuss	Mio. €	368	322	308
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	Mio. €	3	-12	0
Handelsergebnis ²⁾	Mio. €	80	167	102
Ergebnis aus Finanzanlagen	Mio. €	50	61	50
Sonstiges betriebliches Ergebnis	Mio. €	636	221	122
Verwaltungsaufwand	Mio. €	1.115	1.130	1.140
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	Mio. €	745	326	102
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	Mio. €	35	-50	-27
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	Mio. €	780	276	75
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Mio. €	95	-4	-33
Jahresüberschuss / Ergebnis nach Steuern	Mio. €	685	280	108
Bilanz				
Bilanzsumme	Mio. €	141.619	144.403	130.302
Eigenkapital	Mio. €	2.620	1.901	1.957
Stille Einlagen	Mio. €	700	1.100	1.100
Risikopositionen (KWG)	Mio. €	44.901	40.924	41.691
Kennzahlen				
Cost-Income-Ratio	%	56,2	68,6	76,2
Eigenkapitalrendite	%	36,1	13,0	3,7
Gesamtkennziffer nach KWG ³⁾	%	10,6	11,6	11,1
Kernkapitalquote nach KWG ³⁾	%	7,2	8,1	7,5
Aktie				
Ergebnis je Aktie	€	0,67	0,28	0,09
Börsenkapitalisierung	Mio. €	7.851	2.906	1.963
Aktienkurs 1.1. – 31.12.				
höchst	€	7,96	3,51	2,08
tiefst	€	3,11	2,02	1,80
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	Anzahl	7.976	8.459	9.120

¹⁾ Vergleichszahlen 2005 wurden nach IAS 8 angepasst, siehe Note 3

²⁾ Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

³⁾ Nach Feststellung der Jahresabschlüsse HGB

Ratingübersicht

	Moody's	Fitch	dbrs
Ungarantierte Verbindlichkeiten			
Langfrist-Rating	A1	A	A (high)
Kurzfrist-Rating	P-1	F-1	R-1 (middle)
Ausblick	stabil	evolving	stabil
Finanzkraft			
Finanzkraft	D +	C / D	–
Garantierte Verbindlichkeiten			
Langfrist-Rating	Aa1	AAA	–
Kurzfrist-Rating	P-1	F-1+	–
Ausblick	stabil	stabil	–
Pfandbriefe			
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	–
Hypothekendarlehen	Aaa	–	–

Stand: Mai 2007

▶ Inhalt

▼	
Management	2
Vorwort	3
Bericht des Aufsichtsrats	6
Corporate Governance Bericht	13
Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG	18
Aus dem Unternehmen	28
Segmentberichterstattung	29
Private Kunden	32
Firmenkunden	36
Kapitalmarktgeschäft	40
Immobilienfinanzierung	43
Corporate Investments	46
Sonstiges / Konsolidierung	46
Mitarbeiter der Landesbank Berlin Holding AG	47
Aktie der Landesbank Berlin Holding AG	48
Lagebericht des Konzerns	49
Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick	50
Geschäftsverlauf 2006	64
Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	73
Risikobericht	74
Prognosebericht / Ausblick	94
Jahresabschluss des Konzerns	97
Gewinn- und Verlustrechnung	98
Bilanz	99
Entwicklung des Eigenkapitals	100
Kapitalflussrechnung	101
Anhang	103
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	188
Wichtige Adressen	189
Abkürzungsverzeichnis	192

▶ Management



Vorwort	3
Bericht des Aufsichtsrats	6
Corporate Governance-Bericht	13
Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG	18

Vorwort

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,

die Landesbank Berlin blickt auf ein erneut erfolgreiches Geschäftsjahr zurück, das unsere Erwartungen insgesamt voll erfüllt und teilweise sogar übertroffen hat. Es war ein Jahr, in dem wir unsere Fähigkeiten und Stärken in den Märkten deutlich besser unter Beweis stellen konnten, als dies in den Vorjahren der Fall gewesen war. Drei Entwicklungen sind besonders bemerkenswert:

- nochmals verbesserte Vertriebsserfolge in den für uns relevanten Märkten;
- die deutliche Steigerung der Ertragskraft und die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung;
- die Schaffung einer zukunftsfähigen Konzernstruktur durch die Zusammenführung der Geschäftsaktivitäten von Bankgesellschaft und Landesbank.

Mit einem operativen Konzernergebnis (Ergebnis vor Steuern) von 780 Mio. € wurde im Jahr 2006 der Vorjahresgewinn von 276 Mio. € erheblich übertroffen. Ebenso lag das Ergebnis signifikant über der im Jahresverlauf bereits auf rund 600 Mio. € angehobenen Prognose. In diesem außerordentlich guten Ergebnis sind zwar – wie im Vorjahr auch – positive Sondereffekte enthalten, allen voran der Ertrag aus dem Verkauf der Berliner Bank in Höhe von 438 Mio. €. Aber auch ohne Berücksichtigung dieser Effekte ist ein deutlicher Ertragszuwachs zu verzeichnen.

Durch die sehr gute Ergebnisentwicklung konnten wir im Jahresabschluss 2006 den noch bestehenden Verlustvortrag vollständig tilgen und damit die bereits im Vorjahr beendete Sanierung des Konzerns auch bilanziell vollziehen. Nun ist die Landesbank Berlin Holding AG in der Lage, erstmals nach vielen Jahren eine Dividende zu zahlen und Sie, unsere Aktionärinnen und Aktionäre, an den wirtschaftlichen Erfolgen unserer Gesellschaft teilhaben zu lassen. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der ordentlichen Hauptversammlung die Ausschüttung von 6 Cent je Aktie vor.

Dies ist der erste Geschäftsbericht unter dem Namen „Landesbank Berlin Holding AG“, nachdem am 29. August 2006 die von Ihnen beschlossene Umfirmierung der früheren Bankgesellschaft Berlin AG wirksam wurde. Die Umbenennung ist die Konsequenz aus der Einbringung des nahezu gesamten Vermögens der früheren Bankgesellschaft in die Landesbank Berlin AG. Diese betreibt nun gemeinsam mit ihrer Tochter Berlin Hyp die Bankgeschäfte des Konzerns, während die Landesbank Berlin Holding AG als Muttergesellschaft eine reine Finanzholding ist. Durch diese Umstrukturierung haben wir die Komplexität der früheren Bankgesellschaft noch einmal deutlich reduziert.

Vorwort

Die erfolgreiche Zusammenführung unserer Geschäftsaktivitäten in der LBB, die Veräußerung der Berliner Bank an die Deutsche Bank sowie die rückwirkend zum 1. Januar 2006 erfolgte Übertragung der Immobilien-dienstleistungsgesellschaften an das Land Berlin bildeten den Abschluss der weit reichenden Neustrukturierung unseres Konzerns seit dem Jahr 2002. Dieser verfügt nun über eine transparente, schlagkräftige und seinem Geschäftsumfang angemessene Struktur.

Letztlich entscheidend für die Nachhaltigkeit unseres geschäftlichen Erfolgs ist das Vertrauen der Kunden in die Qualität unserer Produkte und Dienstleistungen. Es freut uns deshalb, dass wir auch 2006 die Positionen in unseren Kernmärkten ausbauen und in zukunftssträchtigen Bereichen neue Kunden hinzugewinnen konnten. Landesbank Berlin, Berliner Sparkasse und Berlin Hyp zeigen ihre wirtschaftliche Stärke am Markt immer nachdrücklicher. Diese positive Entwicklung ist zuvorderst der großartigen Leistung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken.

Zusammengefasst heißt das: Der Konzern ist für den in der ersten Jahreshälfte 2007 gestarteten Privatisierungsprozess bestens aufgestellt. Am Ende dieses Prozesses soll in diesem Jahr – im Einklang mit den Auflagen der EU-Kommission – der Verkauf der Anteile des Landes Berlin an der Landesbank Berlin Holding AG stehen. Im April hatte das Land aus einem großen Kreis von Kaufinteressenten jene ausgewählt, die in einem Datenraum vertiefte Informationen über den Konzern erhalten können. Parallel dazu hielt sich das Land weiterhin die Zweitplatzierung seiner Aktien an der Börse im Rahmen eines so genannten Secondary Public Offerings (SPO) offen.

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,
unsere Bank ist bei diesem Prozess nicht die handelnde Partei. Gleichwohl unterstützen wir unseren derzeitigen Mehrheitseigentümer im Rahmen des rechtlich Möglichen und wirtschaftlich Sinnvollen nach besten Kräften, um eine auch für die Aktionäre zukunftsweisende Lösung zu erreichen.

Wir alle, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Führungskräfte und Vorstand, haben in den vergangenen Jahren unser Bestes gegeben, um die Landesbank Berlin wieder nach vorn zu bringen. Wir kennen unsere Stärken, und es sind nicht wenige:

- Die Landesbank Berlin mit der Berliner Sparkasse ist unangefochtener Marktführer in der deutschen Hauptstadt.
- Wir sind die Sparkasse mit den meisten filialbasierten Privatkunden in Deutschland.
- Wir haben deutschlandweit die meisten Kreditkarten ausgegeben.
- Wir sind einer der größten Immobilienfinanzierer in Deutschland.
- Und wir verfügen in expandierenden Märkten wie bei Zertifikaten oder Publikumsfonds über eine anerkannte Expertise und Servicequalität.

Die Landesbank Berlin Holding AG ist bereit, ein neues Kapitel ihrer Geschichte aufzuschlagen. Wir sind sicher: Sie wird für ihre Aktionäre ein attraktives und perspektivenreiches Investment sein. Wir werden alles tun, den erfolgreichen Weg der vergangenen Jahre fortzusetzen.

Der Vorstand



Hans-Jörg Vetter



Dr. Thomas Veit

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2006 in sechs Plenums- und insgesamt acht Ausschuss-Sitzungen sowie mittels schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Der Aufsichtsrat hat die wirtschaftliche Entwicklung der Bank und des Konzerns diskutiert, den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht.

Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Bank befasst und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Dabei hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, sowie über die Risikosituation informieren lassen, hierüber beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Zwischen den Sitzungen wurden aktuelle Einzelthemen und anstehende Entscheidungen in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Angesichts der häufig ähnlichen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der LBB Holding und der Landesbank AG wie auch ihre Ausschüsse regelmäßig jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von für die LBB Holding AG respektive den Konzern wesentlicher Bedeutung eingebunden und hat, sofern erforderlich, nach intensiver Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt.

Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit

Nachdem im Vorjahr der erfolgreiche Abschluss der Sanierungsbemühungen im Mittelpunkt der Beratungen gestanden hatte, hat sich der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen im ersten Halbjahr 2006 durch den Vorstand über den aktuellen Stand der Ausgliederung der Berliner Bank aus dem Konzern sowie den laufenden Verkaufsprozess unterrichten lassen und zusammen mit dem Vorstand intensiv darüber diskutiert und beraten. Die Veräußerung dieser bis dahin als „Niederlassung der Landesbank Berlin AG“ strukturierten und firmierenden Konzerntochter war bekanntlich eine Auflage der EU-Kommission im Zusammenhang mit der Genehmigung der Restrukturierungsbeihilfen für die ehemalige Bankgesellschaft. Ende Juni 2006 hat der Aufsichtsrat im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung dem Verkauf der hierzu neugegründeten „Berliner Bank AG & Co. KG“ an die Deutsche Bank zugestimmt, der zum Jahresende 2006 vollzogen wurde.

Daneben hat sich der Aufsichtsrat laufend über den Fortgang des Projekts „Eine Bank“ informieren lassen. Im Rahmen dieses Projekts wurde gemäß den Beschlüssen der Hauptversammlungen beider Gesellschaften vom Juli 2006 nahezu der gesamte Geschäftsbetrieb der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG auf die Landesbank Berlin AG übertragen. Anschließend wurde die Bankgesellschaft – ihrer neuen Rolle als Finanzholding-Gesellschaft entsprechend – in „Landesbank Berlin Holding AG“ umfirmiert.

Auch über die Umsetzung der weiteren in diesem Zusammenhang an die Bank gestellten Aufgaben, wie beispielsweise die weitgehend abgeschlossene Übernahme des Immobilien-Dienstleistungsgeschäfts des Konzerns durch das Land Berlin, hat sich das Gremium eingehend informieren lassen und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Im Berichtsjahr hat sich der Aufsichtsrat auch mit den wesentlichen in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Rechtsstreitigkeiten (u. a. Haftpflichtansprüche und Prospekthaftungsklagen) mit Hilfe externer juristischer Berater und mittels der durch die von ihm und vom Vorstand beauftragten Anwaltskanzleien erstellten Gutachten über den letzten Stand der einzelnen Verfahren beraten, entsprechende Beschlüsse gefasst und die noch erforderlichen Maßnahmen veranlasst. Danach kann die Aufarbeitung der Verantwortlichkeiten für die in der Vergangenheit erlittenen Verluste auch mit Blick auf den Anfang Juni 2006 veröffentlichten Abschlussbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin im Wesentlichen als abgeschlossen betrachtet werden.

Sitzungen des Aufsichtsrats

In der ersten Sitzung des Jahres am 31. März 2006 erfolgte im Rahmen der Bilanzsitzung nach der Berichterstattung über das Geschäftsjahr 2005 einschließlich der Strategischen Geschäftsfelder vorrangig die Beratung über den HGB-Jahresabschluss und den HGB-Konzernabschluss 2005. Im Ergebnis wurde der HGB-Jahresabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG zum 31. Dezember 2005 vom Aufsichtsrat festgestellt, der HGB-Konzernabschluss wurde gebilligt. Ferner wurden der Jahresbericht 2005 der Revision und der Sachstandsbericht zum Projekt „Eine Bank“ behandelt.

Ein weiterer Besprechungspunkt waren der Corporate Governance Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung sowie die Effizienzprüfung der Aufsichtstätigkeit des Aufsichtsrats im Jahre 2005, bei der der Aufsichtsrat ohne den Vorstand tagte.

In der Sitzung vom 24. Mai 2006 wurde vorrangig über den IFRS-Konzernabschluss zum 31.12.2005, der vom Aufsichtsrat gebilligt wurde, sowie über den Konzernlagebericht beraten. In dieser Sitzung stimmte der Aufsichtsrat auch dem für „Eine Bank“ notwendigen Vertragswerk zu, insbesondere dem Ausgliederungsvertrag. Ferner wurden die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2006 verab-

Bericht des Aufsichtsrats

schiedet sowie die Ergebnisse der Geschäftsfelder 2005, die aktuelle Geschäftsentwicklung im ersten Quartal 2006 und die operative Planung 2006 nach IFRS erörtert. Des Weiteren berichtete der Vorstand dem Aufsichtsrat über den Verkaufsprozess „Berliner Bank“. Daneben wurde, wie bereits erwähnt, der Sachstandsbericht zur Aufarbeitung von Ansprüchen und Sachverhalten im Zusammenhang mit der existenzbedrohenden Krise der Bankgesellschaft im Jahre 2001 entgegengenommen und unter Hinzuziehung externer juristischer Berater erörtert.

Zur Vorbereitung einer sicheren Transaktionsstruktur zur Abwicklung des Verkaufs der Berliner Bank ließ sich der Aufsichtsrat in einer außerordentlichen Sitzung am 20. Juni 2006 über die Neugründung der Berliner Bank AG & Co. KG und die Einbringung des unter der Marke „Berliner Bank“ geführten Vermögens informieren. Dabei stimmte er wie ebenfalls bereits oben erwähnt im Rahmen seiner konzernweiten Zuständigkeit dem Abschluss des Kaufvertrags mit der Deutschen Bank über den Verkauf der Berliner Bank zu.

In der Sitzung vom 8. September 2006 hat sich der Aufsichtsrat unter anderem über die geschäftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2006 einschließlich der Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder, über die Risikostrategie und insbesondere über die Strategie des Geschäftsfelds Privatkundengeschäft informiert. Weitere Themen waren die Festlegung der Prüfungsschwerpunkte des Aufsichtsrats und des Prüfungshonorars für den Abschlussprüfer, die Erörterung der geänderten Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) sowie die aus der Bildung von „Eine Bank“ resultierende Umstrukturierung der jeweiligen Vorstandsgremien von LBB Holding sowie Landesbank AG.

Gegenstand einer weiteren außerordentlichen Sitzung des Aufsichtsrats am 16. Oktober 2006 war die Mittelfristige Unternehmensplanung für die Jahre 2007 bis 2011 nach IFRS, die auch der Vorbereitung des Privatisierungsprozesses, d. h. des vorgesehenen Verkaufs von 81 % der Aktien der Landesbank Berlin Holding AG, diente.

In seiner letzten Sitzung des Jahres am 24. November 2006 hat der Aufsichtsrat den Bericht des Vorstands zur Geschäftsentwicklung der ersten neun Monate entgegengenommen. Des Weiteren hat er vor dem Hintergrund, dass die Landesbank Holding nahezu ihr gesamtes Geschäft auf die Landesbank AG übertragen hat, beschlossen, den Kreditausschuss der Landesbank Berlin Holding AG aufzulösen. Ferner hat der Aufsichtsrat die Effizienzprüfung seiner Aufsichtstätigkeit für das Jahr 2006 vorgenommen, bei der der Aufsichtsrat ohne den Vorstand tagte.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben während ihrer Amtszeit im Jahr 2006 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen. Außerhalb der Aufsichtsratssitzungen wurden in 2006 Beschlüsse in zwei Umlaufverfahren herbeigeführt.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr durch folgende aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildete Ausschüsse unterstützt:

Der Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss trat im Berichtsjahr viermal zur Vorbereitung von Beschlussfassungen des Plenums zusammen. Der Ausschuss behandelte insbesondere den Vorstand betreffende Personalangelegenheiten. Er bereitete einzelne Tagesordnungspunkte für die jeweilige Aufsichtsrats-sitzung inhaltlich vor – darunter die intensive Vorberatung und Prüfung des Jahresabschlusses – und vertiefte strategische Fragen und Vorgänge von besonderer Bedeutung. Ein Beschluss wurde im Wege des Umlaufverfahrens gefasst. An den Sitzungen zur Bilanzvorberatung nahmen auch die Vertreter des Abschlussprüfers teil. Behandelt wurden dabei die Prüfung und Feststellung bzw. Billigung der Jahres- und der Konzernabschlüsse sowie des Lageberichts bzw. des Konzernlageberichts.

Der Kreditausschuss des Aufsichtsrats hat bis zu seiner durch den Aufsichtsrat am 24. November 2006 beschlossenen Auflösung (vgl. vorstehend) in seinen vier Sitzungen über grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft unter dem Gesichtspunkt von Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken, beraten. Die Mitglieder des Kreditausschusses ließen sich entsprechend der Geschäftsordnung die nach den Kompetenzregeln zustimmungspflichtigen Kreditengagements zur Genehmigung vorlegen. Daneben befasste sich der Kreditausschuss mit allen größeren Engagements oder mit erhöhten Risiken behafteten Krediten und erteilte gegebenenfalls seine Zustimmung. Drei Beschlüsse wurden in zwei Umlaufverfahren gefasst. Des Weiteren wurde regelmäßig über die Zusammensetzung des Kreditportfolios beraten.

Sitzungen des gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildenden ‚Vermittlungsausschusses‘ waren wie in den Vorjahren auch im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht erforderlich.

Alle Mitglieder der Aufsichtsratsausschüsse haben im Berichtsjahr an mindestens der Hälfte der jeweiligen Ausschuss-Sitzungen teilgenommen.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit der Ausschüsse berichten lassen.

Bericht des Aufsichtsrats

Corporate Governance

Die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex wurde vom Aufsichtsrat in mehreren Sitzungen erörtert. Im März 2006 haben Vorstand und Aufsichtsrat auf Basis des DCGK Stand Juni 2005 eine neue Entsprechenserklärung abgegeben, die aufgrund der Änderungen des DCGK vom Juni 2006 im Dezember 2006 aktualisiert wurde. Die Einzelheiten sind dem Corporate Governance-Bericht zu entnehmen, in dem das Corporate Governance-Verständnis des Hauses erläutert wird. Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für den Aufsichtsrat der LBB Holding und den der Landesbank AG für 2006 erstmals ein gemeinsamer Corporate Governance-Bericht erstellt. Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr bei Vorstand oder Aufsichtsrat danach nicht auf.

Die Entsprechenserklärung der LBB Holding ist auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.lbb-holding.de hinterlegt.

In mehreren Sitzungen hat sich der Aufsichtsrat mit der Prüfung der Effizienz seiner Aufsichtstätigkeit befasst und den individuell auf die Gegebenheiten des Aufsichtsrats der Gesellschaft abgestimmten Fragebogen weiterentwickelt. Anhand der Auswertung dieser Checkliste hat der Aufsichtsrat Verbesserungsvorschläge erörtert und hierzu Beschlüsse gefasst. Die Ergebnisse der Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat.

Weitere Informationen zur Corporate Governance im Unternehmen sowie einen ausführlichen Bericht zu Höhe und Struktur der Vergütung von Aufsichtsrat und Vorstand finden Sie auf den Seiten 13 ff. des Geschäftsberichts.

Jahresabschluss 2006

Der vorliegende Jahresabschluss mit dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2006 sowie der Konzernabschluss mit dem Konzernlagebericht wurden durch die von der Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Prüfungen zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt haben.

Der Jahresabschluss der AG wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss nach den International Accounting Standards (IAS) bzw. den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht bzw. dem Konzernlagebericht nach eingehender Vorprüfung durch den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss den Mitgliedern des Aufsichtsrats nebst dem Bericht des Abschlussprüfers zur Prüfung und zur anschließenden Beschlussfassung vorgelegt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats informierte sich regelmäßig beim Abschlussprüfer über den Stand der Prüfung.

Wie in den Vorjahren nahmen die Abschlussprüfer im Geschäftsjahr 2006 sowohl an den Sitzungen des Kreditausschusses sowie des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses, in denen die Jahresabschlussunterlagen und die Prüfungsergebnisse eingehend geprüft und erörtert wurden, als auch an den Bilanzsitzungen des Aufsichtsrats teil. Die Abschlussprüfer berichteten dabei über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten Fragen der Mitglieder dieser Gremien. Der Aufsichtsrat hat sich davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte gem. DCGK Ziff. 7.2.1 hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen das Prüfungsergebnis ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der AG und des Konzerns zum 31. Dezember 2006 in seinen Sitzungen vom 23. März 2007 bzw. vom 11. Mai 2007 gebilligt. Der Jahresabschluss der AG gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt. Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2006 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 152.584 T€ wie folgt zu verwenden: Ausschüttung des Betrags von 59.960 T€ zur Zahlung einer Dividende in Höhe von 0,06 € je dividendenberechtigter Stückaktie, von den verbleibenden 92.624 T€ Einstellung von 90.000 T€ in andere Gewinnrücklagen und Gewinnvortrag von 2.624.020,07 €.

Der Aufsichtsrat hat außerdem eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gem. § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2006 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

Personalia

In der Zusammensetzung des Vorstands haben sich folgende personelle Veränderungen ergeben:

Am 29. August 2006 wurde die Bankgesellschaft Berlin AG nach erfolgtem Beschluss durch die Hauptversammlung und Eintrag in das Handelsregister in Landesbank Berlin Holding AG umfirmiert. Wie bereits erwähnt, wurde in diesem Zusammenhang das bisherige operative Bankgeschäft des Konzerns aus der Holding ausgegliedert und auf die Landesbank Berlin AG übertragen. Aus diesem Grund konnte die Anzahl der Vorstandsmitglieder der Holding verringert werden, so dass die Herren Martin K. Müller, Uwe Kruschinski und Serge Demolière mit Wirkung zum 8. September 2006 ihre Ämter als Vorstandsmitglieder der LBB Holding niedergelegt haben. Seit diesem Zeitpunkt besteht der Vorstand der Holding aus den Herren Hans-Jörg Vetter (Vorsitzender) und Dr. Thomas Veit.

Im Aufsichtsrat gab es folgende personelle Veränderungen:

Da Herr Heiko Reinhard, Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, Ende Oktober 2006 aus dem Konzern und somit aus dem Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG ausgeschieden ist, bestellte das zuständige Amtsgericht nach Vorschlag durch den Betriebs- und Konzernbetriebsrat der Landesbank Berlin AG und auf Antrag des Vorstands Herrn Andreas Rohde zum neuen Mitglied des Aufsichtsrats. Herr Rohde, Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, gehört dem Aufsichtsrat der Holding seit dem 30. November 2006 an.

Bericht des Aufsichtsrats

Die bisher dem Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG angehörende Arbeitnehmervertreterin Frau Claudia Fieber ist mit dem Übergang der ausgegründeten Berliner Bank AG & Co. KG auf die Deutsche Bank AG zum Jahreswechsel 2006/2007 aus dem Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG ausgeschieden. An ihre Stelle trat am 1. Januar 2007 das gewählte Ersatzmitglied Frau Astrid Maurer, Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern für ihr Engagement und die konstruktive Begleitung des Unternehmens besonders in der zurückliegenden schwierigen Phase der vergangenen Jahre sowie für den eingebrachten Sachverstand und die gute Zusammenarbeit.

Der Dank des Aufsichtsrats gilt ebenso den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft für die im zurückliegenden Jahr geleistete Arbeit und ihren besonderen persönlichen Einsatz.

Berlin, im Mai 2007

Der Aufsichtsrat



Dr. h. c. Klaus G. Adam
Vorsitzender

Corporate Governance Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat sind sich der Bedeutung verlässlicher und effizienter Regeln zur Führung und Kontrolle der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften bewusst. Beide Organe messen dem Thema Corporate Governance nach erfolgreichem Abschluss des Restrukturierungsprozesses weiterhin eine hohe Bedeutung bei. Dabei handeln Aufsichtsrat und Vorstand in dem Bewusstsein, dass eine gute Corporate Governance im Interesse der Aktionäre und der Kapitalmärkte liegt und eine wichtige Basis für den Erfolg der Bank und damit letztlich auch der Mitarbeiter darstellt. Dabei ist die Einhaltung der Corporate Governance Regelungen für die Gesellschaft ein wichtiger Faktor zur weiteren Festigung des Vertrauens in der Öffentlichkeit.

Die Konzernunternehmen beachten unabhängig von ihrer Rechtsform die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK), soweit die Grundsätze übertragbar und für die Umsetzung eines unternehmensübergreifenden Leitbildes von Bedeutung sind.

Insbesondere hat auch die nicht börsennotierte Landesbank Berlin AG (LBB AG), deren Aufsichtsrat weitgehend personenidentisch besetzt ist wie der der Landesbank Berlin Holding AG (LBB Holding), im Interesse einer einheitlichen Handhabung die freiwillige Anwendung der Corporate Governance Grundsätze beschlossen. Dies ist daher ein gemeinsamer Corporate Governance Bericht von LBB Holding und LBB AG.

Die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG erläutert ihre Grundsätze in einem eigenen Corporate Governance Bericht, einschließlich Entsprechenserklärung.

Vorstand

Der Vorstand der LBB Holding und der der LBB AG bekennen sich zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle. Sie leiten die beiden Unternehmen jeweils in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzungen und der Geschäftsordnungen. Dabei entwickelt der Vorstand jeweils die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und stellt ihre Umsetzung sicher.

Die beiden Vorstandsgremien informieren ihren Aufsichtsrat jeweils umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung des Unternehmens, über die Planung, die Risikosituation und das Risikomanagement und gegebenenfalls über Abweichungen in der Geschäftsentwicklung von der ursprünglichen Planung.

Weder der Vorstand der LBB Holding noch der der LBB AG unterlag bei der Umsetzung seiner Aufgaben Interessenkonflikten, so dass hierzu keine Informationspflichten bestehen. Die Zusammensetzung der beiden Vorstandsgremien und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind auf den Seiten 51 und 52 dargestellt.

Corporate Governance Bericht

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der LBB Holding besteht aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner werden acht Mitglieder von der Hauptversammlung gewählt und zwei Mitglieder vom Hauptaktionär Land Berlin in den Aufsichtsrat entsandt. Zur anderen Hälfte besteht der Aufsichtsrat aus den von den Arbeitnehmern gewählten Vertretern.

Der Aufsichtsrat der LBB AG besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je acht Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen.

Die Mitglieder beider Aufsichtsräte sind namentlich auf den Seiten 18 und 19 des Geschäftsberichts aufgeführt.

Die Aufsichtsräte der LBB Holding und der LBB AG beraten und überwachen jeweils den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und arbeiten vertrauensvoll und eng mit ihm zusammen.

Die Aufsichtsräte haben wesentliche Geschäftsvorgänge definiert, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Weiterhin haben sie Regelungen getroffen, die Interessenkonflikten vorbeugen sollen. Der Vorstandsvorsitzende steht dabei in ständigem Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden.

Zur Unterstützung der Aufsichtstätigkeit bestehen bei beiden Aufsichtsräten Ausschüsse, die aus der Mitte der AR-Mitglieder gebildet wurden: Neben dem Vermittlungsausschuss gibt es den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss sowie den Kreditausschuss.

Letzterer wurde bei der LBB Holding aufgrund der Übertragung nahezu des gesamten Geschäfts auf die LBB AG und wegen der damit einhergehenden faktischen Funktionslosigkeit des Kreditausschusses der LBB Holding mit Beschluss des Aufsichtsrats in der Sitzung vom 24. November 2006 formal aufgelöst.

Die Tätigkeit der Aufsichtsräte sowie ihrer Ausschüsse regelt sich jeweils nach den Geschäftsordnungen dieser Gremien. Über die laufende Arbeit der Ausschüsse informieren die jeweiligen Vorsitzenden alle Aufsichtsratsmitglieder in der nachfolgenden Plenumsitzung. Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse sowie die dort und im Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2006 behandelten wesentlichen Themen sind im Einzelnen jeweils dem Bericht des Aufsichtsrats der LBB Holding bzw. dem der LBB AG zu entnehmen. Die beiden Aufsichtsratsgremien unterlagen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben wie auch in den Vorjahren keinen Interessenkonflikten, so dass diesbezüglich keine Informationspflichten bestehen.

Der Aufsichtsrat der börsennotierten LBB Holding wie auch – auf freiwilliger Basis – der Aufsichtsrat ihrer 100%igen Tochtergesellschaft LBB AG haben ihre Tätigkeit im vergangenen Jahr einer Effizienzprüfung unterzogen. Diese wurde jeweils anhand einer detaillierten Checkliste durchgeführt, in der alle DCGK-relevanten Fragestellungen behandelt und von jedem Aufsichtsratsmitglied einer individuellen Bewertung unterzogen wurden. Im Ergebnis der abschließenden Auswertung der Befragung im Aufsichtsratsplenum kamen beide Gremien zu der Einschätzung, dass die Effizienz der Aufsichtsrats-tätigkeit gegenüber dem Vorjahr weiter gesteigert werden konnte. Die noch bestehenden Verbesserungsvorschläge wurden jeweils dem Vorstand mit der Bitte übermittelt, diese bei der künftigen Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat zu berücksichtigen.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht – wie auch für die Mitglieder des Vorstands – eine Directors & Officers-Vermögensschadenversicherung (D & O Versicherung). Um die Verantwortung der einzelnen Gremienmitglieder gegenüber der Bank und den Aktionären zu unterstreichen, wurde dabei jeweils ein angemessener Selbstbehalt vereinbart.

Transparenz

Jeweils ein Mitglied des Aufsichtsrats und ein Mitglied des Vorstands haben im Jahr 2006 meldepflichtige Aktienkäufe gemäß § 15a WpHG getätigt. Gemäß der Vorgabe in Ziffer 6.6 DCGK wurden diese Geschäfte von den betreffenden Organmitgliedern der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitgeteilt und auf der Internetseite der LBB Holding unverzüglich wie folgt veröffentlicht:

VORSTAND

Ordertag	Handelstag	Name	Bezeichnung des Wertpapiers	ISIN	Börsenplatz	Stückzahl	Geschäftsart	Kurs / Preis	Volumen
28.06.06	28.06.06	Hans-Jörg Vetter	Bankgesellschaft Berlin AG (Stücknotiz)	DE0008023227	Berlin	10.000	Kauf	4,25 EUR	42.500 EUR

AUFSICHTSRAT

Ordertag	Handelstag	Name	Bezeichnung des Wertpapiers	ISIN	Börsenplatz	Stückzahl	Geschäftsart	Kurs / Preis	Volumen
12.06.06	12.06.06	Dr. Heinz-Gerd Stein	Bankgesellschaft Berlin AG (Stücknotiz)	DE0008023227	Xetra	10.000	Kauf	4,15 EUR	41.500 EUR
13.06.06	13.06.06	Dr. Heinz-Gerd Stein	Bankgesellschaft Berlin AG (Stücknotiz)	DE0008023227	Xetra	27.000	Kauf	4,20 EUR	113.400 EUR
14.06.06	14.06.06	Dr. Heinz-Gerd Stein	Bankgesellschaft Berlin AG (Stücknotiz)	DE0008023227	Xetra	63.000	Kauf	4,183 EUR	263.529 EUR

Emittent: Landesbank Berlin Holding AG (vormals Bankgesellschaft Berlin AG), Alexanderplatz 2, 10178 Berlin

Corporate Governance Bericht

Da, wie bereits oben dargestellt, Vorstand und Aufsichtsrat der nicht börsennotierten LBB AG die Anwendung der Corporate Governance Grundsätze auf freiwilliger Basis beschlossen haben, beziehen sich diese Angaben zu den Directors Dealings zugleich auf die Organmitglieder der LBB AG. Ein ebenfalls nach Ziffer 6.6 des DCGK angabepflichtiger Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder lag nicht vor.

Bilanzierung

Die Bilanzierung der Konzernabschlüsse erfolgt für das Geschäftsjahr 2006 für die LBB Holding wie auch für die LBB AG nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Einzelabschlüsse der LBB Holding und der LBB AG werden gemäß den Vorschriften des HGB erstellt.

Zu den Konzern- und Jahresabschlüssen gehören jeweils auch ein ausführlicher Risikobericht, der über die Risikolage und das Risikocontrolling der Gesellschaft informiert. Für den Konzernabschluss der LBB Holding ist dieser den Seiten 74 bis 93 zu entnehmen.

Finanzpublizität

Aktionäre und interessierte Öffentlichkeit werden regelmäßig über die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der LBB Holding in Form von Jahres- und Zwischenberichten (Finanzberichten) informiert. Sämtliche kursrelevanten Unternehmensnachrichten werden als Ad-hoc-Mitteilungen publiziert. Zur zeitnahen und möglichst gleichzeitigen Information von Aktionären, Aktionärsvertretern, Analysten und Medien, auch über die wesentlichen Finanztermine, wird vorwiegend das Internet genutzt. Dort sind unter der Rubrik „Investor Relations“ auch die Geschäfts- und Zwischenberichte sowie weitere Informationen von grundsätzlicher Bedeutung zu finden.

Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gemäß der Fortentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex zum 12. Juni 2006 haben Vorstand und Aufsichtsrat der LBB Holding die Entsprechenserklärung der LBB Holding aktualisiert:

Abweichend von den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex konnte der Konzern die Anforderung, den Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich zu machen, in der Vergangenheit aufgrund der Komplexität im Zusammenhang mit der Umstellung auf IAS/IFRS und kann er für das Geschäftsjahr 2006 wegen der Auswirkungen der Restrukturierungsmaßnahme „Eine Bank“ noch nicht erfüllen. Auch die Anforderung zur Veröffentlichung der IAS/IFRS-Zwischenberichte binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums konnte im Geschäftsjahr 2006 und kann auch für das erste Quartal 2007 vor dem Hintergrund der hierfür erforderlichen Umstellungen nicht erfüllt werden; ab dem Berichtszyklus für das zweite Quartal 2007 ist eine Einhaltung beabsichtigt.

Im Geschäftsbericht 2006 wird – wie im letzten Geschäftsjahr bereits angekündigt – zwecks größerer Transparenz in einem gesonderten Vergütungsbericht erstmals das Vergütungssystem des Vorstands dargestellt und eine individualisierte Aufschlüsselung der Vorstandsbezüge vorgenommen.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung wird ebenso die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder erstmals individualisiert und aufgliedert nach Bestandteilen im Vergütungsbericht ausgewiesen.

Der Vergütungsbericht ist mit seiner Darstellung des Vergütungssystems im Konzernlagebericht ab Seite 52 und mit den personalisierten Angaben zu den Bezügen des Vorstands und des Aufsichtsrats im Anhang ab Seite 180 des Geschäftsberichts enthalten.

Vor diesem Hintergrund wurde eine aktualisierte Entsprechenserklärung mit Stand Dezember 2006 abgegeben und auf der Internet-Seite der Bank veröffentlicht.

Die auf der Grundlage des DCGK in der Fassung vom 12. Juni 2006 abgegebene Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 AktG hat folgenden Wortlaut:

§ 1 Die Landesbank Berlin Holding AG entsprach/entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit den unter § 2 genannten Ausnahmen.

§ 2 Von folgenden Empfehlungen des Kodex weicht die Landesbank Berlin Holding AG ab:

- (a) Die Anforderung, den Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich zu machen, konnte der Konzern in der Vergangenheit aufgrund der Komplexität im Zusammenhang mit der Umstellung auf IAS/IFRS und kann er für 2006 wegen der Auswirkungen der Restrukturierungsmaßnahme „Eine Bank“ noch nicht erfüllen. Auch die Anforderung zur Veröffentlichung der IAS/IFRS-Zwischenberichte binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums konnte und kann im Geschäftsjahr 2006 sowie auch noch im I. Quartal 2007 vor dem Hintergrund der hierfür erforderlichen Umstellungen nicht erfüllt werden; ab dem Berichtszyklus für das II. Quartal 2007 ist eine Einhaltung beabsichtigt (7.1.2 DCGK).
- (b) Das System der Vorstandsvergütung wurde bis zum Geschäftsjahr 2005 nicht veröffentlicht, wird jedoch beginnend mit dem Jahresabschluss betreffend das Geschäftsjahr 2006 dargelegt (4.2.3 DCGK).
- (c) Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wurde bis einschließlich Jahresabschluss 2005 im Anhang des Konzernabschlusses pauschal offengelegt. Es erfolgte keine Individualisierung und Angabe der Aufteilung. Beginnend mit dem Jahresabschluss betreffend das Geschäftsjahr 2006 wird die Vergütung der Vorstandsmitglieder individualisiert und mit Angabe der Aufteilung nach Bestandteilen veröffentlicht (4.2.4 DCGK).
- (d) Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wurde bis einschließlich Jahresabschluss 2005 nicht individualisiert und aufgeteilt offengelegt. Es erfolgte jedoch im Anhang des Konzernabschlusses eine pauschale Angabe. Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird beginnend mit dem Jahresabschluss betreffend das Geschäftsjahr 2006 individualisiert und mit Angabe der Aufteilung nach Bestandteilen veröffentlicht (5.4.7 DCGK).

Vorstand und Aufsichtsrat
der Landesbank Berlin Holding AG sowie der Landesbank Berlin AG

Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter
Vorsitzender
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG

Serge Demolière
Landesbank Berlin AG

Dr. Johannes Evers
Landesbank Berlin AG

Uwe Kruschinski
Landesbank Berlin AG

Hans Jürgen Kulartz
Landesbank Berlin AG

Martin K. Müller
Landesbank Berlin AG

Dr. Thomas Veit
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG

Aufsichtsrat

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer

Bärbel Wulff *
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
stellv. Vorsitzende
Vorsitzende des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Dr. h.c. Axel Berger
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vizepräsident DPR Deutsche Prüfstelle für
Rechnungslegung e.V., Wirtschaftsprüfer,
Steuerberater

Dagmar Brose *
Landesbank Berlin Holding AG
Referentin im Bereich Finanzen
der Landesbank Berlin AG

Thomas Dobkowitz
Landesbank Berlin Holding AG
Unternehmensberater

Dr. Michael Endres
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
ehem. Mitglied des Vorstands
der Deutsche Bank AG,
Vorsitzender des Vorstands der
Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Christina Förster *
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Thomas Guth

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorsitzender der Geschäftsführung
der SALOMON OPPENHEIM GmbH

Sascha Händler *

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Michael Jänichen *

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Bereichsleiter Firmenkunden
der Landesbank Berlin AG

Daniel Kasteel *

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Astrid Maurer *

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG,
Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG

Dr. Hannes Rehm

Landesbank Berlin Holding AG
Vorsitzender des Vorstands der
Norddeutsche Landesbank Girozentrale

Andreas Rohde *

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Senator Dr. Thilo Sarrazin

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Senator für Finanzen des Landes Berlin

Dr. Heinz-Gerd Stein

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG

Joachim Tonndorf *

Landesbank Berlin Holding AG
ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Frank Wolf *

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Senator Harald Wolf

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen
des Landes Berlin

Bernd Wrede

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der Hapag-Lloyd AG

* Arbeitnehmervertreter

Stand Mai 2007

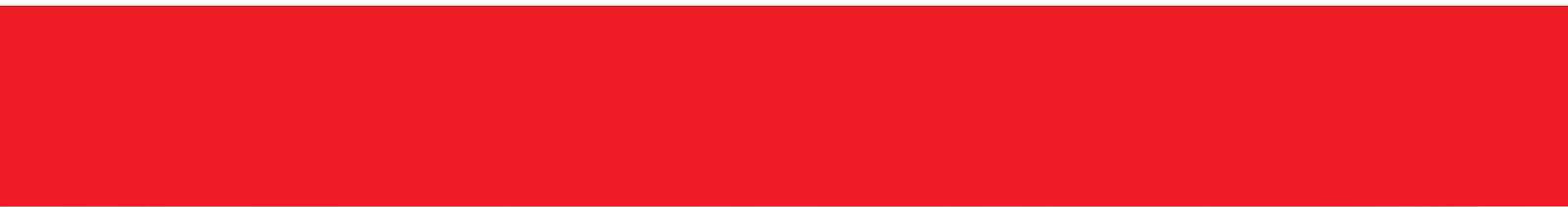




Unseren Kunden nahe

Kundennähe hat viele Aspekte – wir wollen allen gerecht werden.

Die Nähe einer Bank zu ihren Kunden kann sich auf unterschiedliche Weise zeigen. Zum Beispiel räumlich. Mit rund 150 Standorten bieten Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse das dichteste Filial- und Servicecenternetz in der Hauptstadt. Wir sind für jeden, der den persönlichen Kontakt schätzt, schnell und bequem erreichbar. Kundennähe ist aber auch eine Grundhaltung; nämlich die Bereitschaft, ein „Mehr“ an Dienstleistungen zu erbringen und sich konsequent auf individuelle Wünsche einzurichten. Damit unsere Kunden Zeit für die Dinge haben, die ihnen wirklich wichtig sind. Dieses Verständnis von Beratungsqualität hat die Berliner Sparkasse zum unangefochtenen Marktführer gemacht. Heute ist jeder zweite Berliner unser Kunde.



Ein verlässlicher Partner

Wer in Immobilien investiert, braucht einen professionellen Finanzierer.

Bei gewerblichen und wohnwirtschaftlichen Immobilienprojekten ist ein leistungsstarker und verlässlicher Finanzierungspartner der Schlüssel zum Erfolg. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung ist für in- und ausländische Investoren, Wohnungsbaugesellschaften sowie ausgewählte Projektentwickler ein solcher Partner. In Zusammenarbeit mit der Tochtergesellschaft Berlin Hyp bieten wir das gesamte Leistungsspektrum einer modernen Immobilienfinanzierungsbank an, die im gewerblichen Bereich zu den führenden Anbietern in Deutschland gehört. Unsere Kunden profitieren nicht nur von einem gewachsenen Finanzierungs-Know-how, sondern auch von einem hohen Maß an Flexibilität und kurzen Entscheidungswegen. Auf Basis von persönlicher Beratung erarbeiten wir maßgeschneiderte Lösungen.





Anerkannte Expertise

Im Kapitalmarktgeschäft geht es nicht zuletzt um Servicequalität. In dieser Kategorie belegen wir Spitzenplätze.

Im Kapitalmarktgeschäft ist die Landesbank Berlin auf ausgewählte Aktivitäten spezialisiert, bei denen sie über eine besondere Kompetenz verfügt. Wir bieten unseren Kunden ein breites Spektrum von Produkten und Dienstleistungen aus einer Hand. Insbesondere bei Zertifikaten und strukturierten Produkten, die zu den bedeutendsten Finanzinnovationen der vergangenen Jahre gehören, verfügen wir über eine große Marktreputation. Nicht ohne Grund belegt die Landesbank Berlin bei relevanten Publikumsrankings regelmäßig Spitzenplätze. Im Kapitalmarktgeschäft sind detaillierte Marktkenntnisse, Fairness und Kreativität Eigenschaften, die Kunden besonders schätzen. Wir versuchen, diesen Ansprüchen gerecht zu werden – Tag für Tag.





Innovation ist Trumpf

Kreditkarten sind mehr als ein Zahlungsmittel – sie können eine ganze Menge Zusatznutzen bieten.

Ob VISA oder MasterCard, Kartendoppel, Kredit- oder Prepaid-Karte: Mit rund 1,5 Mio. herausgegebenen Karten ist die Landesbank Berlin der größte Kreditkartenemittent in Deutschland. Die Spitzenposition verdanken wir nicht zuletzt unserer langjährigen Strategie, Karten mit attraktiven Zusatzfunktionen zu versehen. Aus diesem Grund haben wir in den vergangenen Jahren die so genannten Co-Branding-Programme mit ausgewählten Partnern forciert. Dadurch kann die Landesbank den Kunden Karten mit echten Zusatznutzen wie Bonifizierungen, Serviceleistungen oder Rabatte anbieten – sei es beim Tanken, beim Bücherkauf im Internet oder auf Reisen. Innovationsfreude wird auch künftig der entscheidende Trumpf in unserem Kreditkartengeschäft sein.

► Aus dem Unternehmen

▼		
Segmentberichterstattung		29
Strategische Geschäftsfelder:		
Private Kunden		32
Firmenkunden		36
Kapitalmarktgeschäft		40
Immobilienfinanzierung		43
Weitere Segmente:		
Corporate Investments		46
Sonstiges / Konsolidierung		46
Mitarbeiter der Landesbank Berlin Holding AG		47
Aktie der Landesbank Berlin Holding AG		48

Segmentberichterstattung

Wir berichten über folgende Segmente:

Strategische Geschäftsfelder

- Private Kunden
- Firmenkunden
- Kapitalmarktgeschäft
- Immobilienfinanzierung

Weitere Segmente

- Corporate Investments
- Sonstiges/Konsolidierung

Die strategischen Geschäftsfelder und Segmente werden anhand der Erfolgskennziffern Operatives Ergebnis, Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio gesteuert.

Im Geschäftsjahr 2006 haben wir methodische Veränderungen in der Berichterstattung vorgenommen. Wertveränderungen von Derivaten der Berlin Hyp werden im Segment Sonstiges/Konsolidierung ausgewiesen. Zur besseren Vergleichbarkeit haben wir die Vorjahreswerte entsprechend angepasst. Zinsinduzierte Veränderungen der Host Contracts aus trennungspflichtigen Emissionen werden zwischen den Segmenten Kapitalmarktgeschäft und Sonstiges/Konsolidierung ergebnisneutral verrechnet. Eine Anpassung der Vorjahreszahlen war nicht möglich.

Um die Kernsegmente Private Kunden und Firmenkunden in ihrer Entwicklung nachvollziehbar abzubilden, werden die Ergebnisse der Berliner Bank für 2006 und rückwirkend auch für 2005 unter Corporate Investments ausgewiesen. Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Segmentberichterstattung

SEGMENTE

in Mio. €	Private Kunden ¹⁾		Firmenkunden		Kapitalmarkt- geschäft		Immobilien- finanzierung	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Zinsüberschuss	342	328	124	127	232	256	421	516
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	45	27	19	-13	7	6	54	144
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	297	301	105	140	225	250	367	372
Provisionsüberschuss	200	181	28	25	52	32	14	6
Ergebnis aus Sicherungs- zusammenhängen					-1	-6	3	-8
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeit- wert bilanzierten Finanzinstrumenten					3	100	-118	-202
Ergebnis aus Finanzanlagen	4		16	-19	-9	15	6	77
Ergebnis aus nach der at Equity-Methode bewerteten Anteilen	2	-1						
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3	6		2	9	14	-6	
Verwaltungsaufwendungen	390	386	90	97	179	208	119	120
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	116	101	59	51	100	197	147	125
Saldo aus Restrukturierungs- aufwendungen und -erträgen								-5
Operatives Ergebnis	116	101	59	51	100	197	147	120
Segmentvermögen ^{3) 5)}	3.677	3.005	5.837	5.617	66.078	66.455	49.484	48.951
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) ^{3) 5)}	10.440	10.217	3.866	3.424	53.703	55.436	40.219	40.424
Risikopositionen ³⁾	2.695	2.423	4.499	4.365	18.485	14.507	15.135	14.752
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) ⁴⁾	256	223	295	304	1.052	910	978	937
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag) ³⁾	2.427	2.490	661	671	445	456	571	678
Eigenkapitalrentabilität	45,3 %	45,3 %	20,0 %	16,8 %	9,5 %	21,6 %	15,0 %	12,8 %
Cost-Income-Ratio	70,8 %	75,1 %	53,6 %	71,9 %	62,6 %	50,6 %	37,2 %	30,8 %

¹⁾ Die Ergebnisse der Berliner Bank werden für 2006 und 2005 unter Corporate Investments ausgewiesen. In 2005 sind zusätzlich die Ergebnisse der Weberbank bis zu ihrem Ausscheiden am 31. August 2005 enthalten.

²⁾ Der Erfolg aus der Verkaufstransaktion Berliner Bank ist in „Sonstiges / Konsolidierung“ enthalten.

³⁾ Im Segment Corporate Investments sind in 2005 wegen des Ausscheidens der Weberbank am 31. August 2005 ausschließlich Werte der Berliner Bank enthalten.

⁴⁾ Für den Konzern insgesamt wird unter „Gebundenem Eigenkapital“ das Kernkapital gem. § 10 KWG inkl. und exkl. der stillen Einlagen des Landes Berlin ausgewiesen.

⁵⁾ Segmentvermögen /-verbindlichkeiten in 2006 ohne Steuerpositionen

	Corporate Investments ¹⁾		Sonstiges / Konsolidierung ²⁾		KONZERN vor Vergütung stille Einlagen		Vergütung stille Einlagen		KONZERN nach Vergütung stille Einlagen	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
	138	160	-329	-419	928	968	-78	-78	850	890
	3	18	-5	10	123	192			123	192
	135	142	-324	-429	805	776	-78	-78	727	698
	78	80	-4	-2	368	322			368	322
			1	2	3	-12			3	-12
		22	195	247	80	167			80	167
		-1	33	-11	50	61			50	61
			-6		-4	-1			-4	-1
	10		620	199	636	221			636	221
	169	184	168	135	1.115	1.130			1.115	1.130
	54	59	347	-129	823	404	-78	-78	745	326
			35	-45	35	-50			35	-50
	54	59	382	-174	858	354	-78	-78	780	276
		3.618	15.617	16.757	140.693	144.403			140.693	144.403
		4.692	30.533	28.309	138.761	142.502			138.761	142.502
		2.586	4.087	2.291	44.901	40.924			44.901	40.924
	187	292	492	553	3.260	3.219	-1.100	-1.100	2.160	2.119
		902	1.856	2.139	5.960	7.336			5.960	7.336
	28,9%	20,2%			26,3%	11,0%	7,1%	7,1%	36,1%	13,0%
	74,8%	70,5%			54,1%	65,5%			56,2%	68,6%

Private Kunden

Das Privatkundengeschäft der Landesbank Berlin AG wird im Wesentlichen durch die Berliner Sparkasse betrieben. Diese ist mit Abstand Marktführer in unserer Kernregion Berlin-Brandenburg.

Das Geschäftsfeld Private Kunden verzeichnete ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2006. Es war gekennzeichnet durch wachsende Vertriebsfolge, Fortschritte in der Beratungsqualität und gesunkene Verwaltungsaufwendungen. In der Folge konnte das operative Ergebnis von 101 Mio. € um 15 % auf 116 Mio. € gesteigert werden. In dieser Darstellung sind die Ergebnisse der Berliner Bank nicht mehr enthalten.

PRIVATE KUNDEN – KREDITE

in Mio. €	31.12.2006 ¹⁾	31.12.2005 ¹⁾
Tages- und Termingelder	1	3
Kontokorrentkredite	307	325
Geldmarktnahe Kredite	263	193
Immobilienkredite	1.901	1.545
Andere Kredite (z.B. Konsumentenkredite)	987	1.068
Summe Forderungen an Kunden	3.459	3.134

PRIVATE KUNDEN – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2006 ¹⁾	31.12.2005 ¹⁾
Sichteinlagen	2.989	3.100
Tagesgelder	17	23
Termineinlagen/Sparbriefe	273	231
Spareinlagen	6.488	6.578
Cash direkt	670	281
Summe Kundeneinlagen	10.437	10.213

¹⁾ ohne Werte der Berliner Bank, die in Corporate Investments ausgewiesen werden

Weiterhin angespanntes Konjunkturmilieu

Das Geschäftsfeld Private Kunden agierte 2006 in einem regional unverändert schwierigen konjunkturellen Umfeld. Zwar profitierte auch Berlin vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Allerdings blieb das Wachstum in der Hauptstadt unterdurchschnittlich. Für die wirtschaftliche Lage der privaten Kunden ergab sich noch keine signifikante Verbesserung. Die verfügbaren Einkommen und die Sparquote blieben im Bundesvergleich unterdurchschnittlich, und die Zahl der Privatinsolvenzen in Berlin nahm 2006 gegenüber dem Vorjahr um 62 % deutlich zu.

Aktivgeschäft: Ratenkredite wachsen weiter

Das Geschäft mit Ratenkrediten/Allzweckdarlehen ist ein wachsender Markt und folglich einer der Schwerpunkte unserer Vertriebsaktivitäten. Beim Neugeschäft setzte sich 2006 das Wachstum des Vorjahres fort. Das Neugeschäft erhöhte sich von 333,6 Mio. € um 9,3 % auf 364,7 Mio. €. Der Bestand an Ratenkrediten zum Jahresende 2006 stieg um 16,8 % auf 495,9 Mio. €.

Der im Jahr 2005 eingeführte Autokredit entwickelte sich auch im ersten vollen Jahr sehr erfreulich. Begünstigt durch attraktive Konditionen und Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung ab 1. Januar 2007, stieg das Volumen von 39,7 Mio. € im Vorjahr auf 44,0 Mio. €. Damit hatte der Autokredit im Berichtsjahr bereits einen Anteil von 12,1 % am Ratenkredit-Neugeschäft.

Auch die private Baufinanzierung, bei der die Landesbank Berlin die führende Position im Berliner Markt innehat, entwickelte sich 2006 positiv. Das valutierte Neugeschäft konnte von 88,9 Mio. € im Vorjahr um 48,0 % auf 131,6 Mio. € ausgeweitet werden. Die private Baufinanzierung wird auch künftig ein wichtiges Handlungsfeld des Privatkundengeschäfts sein.

Passiv- und Wertpapiergeschäft: Gute Resonanz auf FlexInvest-Produktfamilie

Der Zinsüberschuss im Einlagengeschäft stieg 2006 um 8 %. Dabei konnten durch attraktive Angebote auch Einlagenvolumina vom Wettbewerb zurückgewonnen werden.

Das Wertpapiergeschäft hat sich 2006 mit einer Steigerung der Erträge um 18 % positiv entwickelt. Mit den FlexInvest-Zertifikaten haben wir eine neue Produktfamilie eingeführt, die schnell auf eine positive Resonanz bei den Kunden stieß. FlexInvest-Zertifikate verwirklichen eine viel versprechende Investmentidee in einem dynamischen Portfolio. Das Besondere an den neuen FlexInvest-Zertifikaten ist, dass jeweils verschiedene Produktvarianten mit unterschiedlichen Chancen- und Risiko-Gewichtungen angeboten werden. Die neue Produktfamilie trägt somit den unterschiedlichen Anlegermentalitäten der Kunden in bester Weise Rechnung.

Das Depotvolumen blieb dabei nahezu konstant, das Einlagenvolumen stieg trotz des unverändert großen Wettbewerbsdrucks im Berliner Markt erfreulich an.

Private Kunden

Versicherungsgeschäft im Aufwind

Nachdem im Vorjahr das Versicherungsgeschäft aufgrund von Veränderungen in der Besteuerung der Erträge rückläufig gewesen war, konnte im Berichtsjahr die nettopolicierte Beitragssumme (Lebens- und Rentenversicherungen inklusive fondsgebundener Verträge und Direktversicherungen öffentlicher Dienst) deutlich um 41,2 % auf 215,1 Mio. € ausgeweitet werden.

Bauspargeschäft mit gutem Zuwachs

Das Bauspargeschäft erreichte im Berichtsjahr ein Wachstum der Bausparsumme von 26,0 % auf 274,5 Mio. €. Es wurden 16.508 Verträge abgeschlossen (2005: 13.560).

Spitzenstellung im Kartengeschäft ausgebaut

Im Kreditkartengeschäft ist die Landesbank Berlin mit rund 1,5 Mio. herausgegebenen Karten die größte Emittentin in Deutschland. Damit ist die Bank klarer Innovationsführer. Durch eine Vielzahl von Co-Branding-Programmen und Produktneuheiten wurde der Bereich in den vergangenen Jahren konsequent ausgebaut und dessen qualitative und quantitative Spitzenstellung gefestigt.

Auch 2006 verzeichnete das Kreditkartengeschäft eine gute Entwicklung. Die Zusammenarbeit mit dem Co-Branding-Partner ADAC entwickelte sich erfreulich; 2006 konnte die einmillionste Kreditkarte im Rahmen dieses Programms ausgegeben werden. Die Kooperation mit dem Online-Shopping-Anbieter Amazon Deutschland verzeichnete einen hervorra-

genden Start; sie ist ein weiterer Schritt zur Diversifizierung des Kartenportfolios. Weitere Co-Brandings bestehen unter anderem mit dem Online-Provider AOL, mit Microsoft Xbox und mit AirBerlin. Für die Xbox VISA Picturecard hat die Landesbank beim internationalen Kreditkarten-Wettbewerb OSCARDS 2006 den zweiten Platz in der Kategorie „Rewards and Loyalty“ erhalten.

Darüber hinaus hat die Landesbank ihre Produktpalette bei Prepaid-Karten und übertragbaren Geschenkkarten erweitert. Mit diesen Produkten können Kunden unabhängig von persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen am kartengestützten Zahlungsverkehr im In- und Ausland sowie im Internet teilnehmen.

Enges stationäres Netz gewährleistet Kundennähe

Die Landesbank Berlin verfügt im Privatkundengeschäft unverändert über ein leistungsfähiges Vertriebs- und Servicenetz, das einen engen Kontakt mit den Kunden gewährleistet. Im Jahr 2006 umfasste der stationäre Vertrieb 150 PrivatkundenCenter und 27 VermögensanlageCenter bei der Berliner Sparkasse. Hinzu kamen drei ImmobilienCenter sowie ein Center für Private Banking. Das Angebot wurde abgerundet durch 90 Selbstbedienungs-Standorte der Berliner Sparkasse.

Daneben hat die Bank auch ihr Onlinebanking weiter optimiert. So verbesserte die Einführung der iTAN noch einmal die Sicherheit für die Nutzer. Onlinebanking und Brokerage der Berliner Sparkasse wurde beim Website-Rating 2006 des Instituts für Bankinformatik und -strategie an der Universität Regensburg (ibi Research) unter 400 Kreditinstituten mit dem 3. Platz ausgezeichnet.

Organisation an neue Struktur angepasst

Ein bedeutendes Ereignis im Berichtsjahr war der am 20. Juni 2006 vereinbarte Verkauf der Berliner Bank an die Deutsche Bank-Gruppe zur Erfüllung einer entsprechenden Auflage der EU-Kommission. Zur Umsetzung dieser Transaktion wurde die bisher als Niederlassung der Landesbank Berlin AG geführte Berliner Bank zum 1. Oktober 2006 in die Berliner Bank AG & Co. KG ausgegründet. Deren Verkauf wurde zum 1. Januar 2007 wirksam. Die Transaktion führte zu Anpassungen in der Struktur des Geschäftsfelds Private Kunden, da auch Teile der marken-

übergreifenden Stabs- und Backoffice-Leistungen den Konzern verließen. Die verbliebenen Einheiten wurden zügig und reibungslos reorganisiert, so dass der Geschäftsbetrieb der Berliner Sparkasse zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt wurde.

PERSPEKTIVEN 2007

Im Mittelpunkt der Vertriebsanstrengungen des Geschäftsfelds Private Kunden werden im Jahr 2007 die Privatgirokonten (als „Drehscheibe“ der Hauptbankverbindung der Kunden), das Ratenkreditgeschäft und das Wertpapiergeschäft stehen. Die Ziele lauten dabei, neue Kunden zu gewinnen und zugleich die Geschäftsbeziehungen mit bestehenden Kunden zu vertiefen. Angesichts der führenden Marktposition der Berliner Sparkasse im Retailbanking der Hauptstadt sehen wir gute Chancen, bei dem Ausbau dieser Geschäfte weitere Fortschritte zu erzielen.

Durch den Verkauf der Berliner Bank ging der Marktanteil der Landesbank Berlin im Privatkundengeschäft in der Kernregion Berlin-Brandenburg leicht zurück, ohne dass mit rund 1,9 Mio. Kunden unsere führende Marktposition auch nur annähernd gefährdet wäre.

Die Qualitätsoffensive in der Beratung (Anfang 2007 bewertete Finanztest die Kreditberatung der Berliner Sparkasse als eines von nur drei Instituten mit „gut“) und im Service wird auch im Jahr 2007 weiter fortgesetzt. Dazu gehört die Umsetzung der 2006 intern eingeführten, verbindlichen Standards, die eine hoch qualifizierte, auf die individuellen Bedürfnisse der Kunden zielende Beratung sicherstellen sollen. Diese Qualitätsversprechen sowie attraktive und innovative Produkte sind der Schlüssel, um die Verbundenheit der Kunden zur Berliner Sparkasse zu erhöhen und neue Kunden zu gewinnen.

Firmenkunden

Vom Investitionskredit, über Factoring und Leasing bis zur Beratung bei der Unternehmensnachfolge: Im Geschäftsfeld Firmenkunden bietet die Landesbank Berlin ein breites Spektrum von Produkten und Dienstleistungen an. Sie ist in der Kernregion Berlin-Brandenburg bei Gewerbetreibenden und bei der Betreuung mittelständischer Firmenkunden einer der führenden Marktteilnehmer.

Das Segment Firmenkunden mit den Marken Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse konnte im Berichtsjahr seine strategischen und wirtschaftlichen Ziele erreichen und teilweise sogar übertreffen. Vor allem die Gewinnung von Neukunden verlief erfolgreich. Das Kreditneugeschäft inklusive Prolongationen konnte deutlich ausgeweitet werden. Auf der Basis einer intensivierten und gezielteren Marktbearbeitung, eines erfolgreichen Risikomanagements und strenger Kostendisziplin wurde das operative Ergebnis des Geschäftsfelds im Berichtsjahr von 51 Mio. € auf 59 Mio. € gesteigert. In diesem Ergebnis ist der Beitrag der Berliner Bank nicht mehr enthalten.

FIRMENKUNDEN – KREDITE

in Mio. €	31.12.2006 ¹⁾	31.12.2005 ¹⁾
Tages- und Termingelder	565	410
Kontokorrentkredite	196	193
Geldmarktnahe Kredite	20	28
Immobilienkredite	990	793
Andere Kredite	4.056	4.993
Summe Forderungen an Kunden	5.827	6.417
davon zinstragend	5.283	5.579

FIRMENKUNDEN – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2006 ¹⁾	31.12.2005 ¹⁾
Sichteinlagen	1.431	1.467
Tagesgelder	531	40
Termineinlagen/Sparbriefe	459	264
Spareinlagen	417	518
Cash direkt	321	187
Summe Kundeneinlagen	3.159	2.476

¹⁾ ohne Werte der Berliner Bank, die in Corporate Investments ausgewiesen werden

Konjunkturmilieu mit Licht und Schatten

Die Rahmenbedingungen für das Firmenkundengeschäft blieben im Jahr 2006 im Grundsatz schwierig. Allerdings verstetigten sich auch am Standort Berlin die Wachstumstendenzen. Ungeachtet der generell in Deutschland verzeichneten konjunkturellen Belebung, rückläufiger Unternehmensinsolvenzen und einer steigenden Investitionsneigung war die Wirtschaftskraft in der Kernregion Berlin-Brandenburg im bundesweiten Vergleich weiter unterdurchschnittlich. Einzelne Branchen weisen jedoch markante Wachstums- und Innovationspotenziale auf, etwa die Bereiche Gesundheit, Medien und Kommunikation oder Energie und Umwelt. Insgesamt ist der Firmenkundenmarkt in der Kernregion weiterhin durch einen starken Wettbewerb der Finanzdienstleistungsunternehmen gekennzeichnet, dies umso mehr, als sich zahlreiche Banken wieder verstärkt dem mittelständischen Firmenkundengeschäft zuwenden.

Aktivgeschäft: Wachstum des Neukreditgeschäfts

Nachdem in den Vorjahren viele Unternehmen eine nur geringe Investitionsneigung verzeichnet hatten, zeigten sich 2006 Tendenzen eines verbesserten Geschäftsklimas. Für 2007 fallen die Einschätzungen der Unternehmen noch optimistischer aus. Dies und eine offensive Produkt- und Vertriebsstrategie führten zu einer erfreulichen Entwicklung des Neukreditgeschäfts, das ein Volumen von rund 1,3 Mrd. € erreichte. Unsere Ziele bei der Gewinnung neuer mittelständischer Firmenkunden haben wir übertroffen. Zugleich konnten bestehende Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen Kunden vertieft werden. Die zumeist langjährigen, vertrauensbasierten Bindungen zu vielen Unternehmen, unsere

fundierte Kenntnisse der regionalen Marktverhältnisse und auch das klare Bekenntnis zum mittelständischen Firmenkundengeschäft erwiesen sich erneut als Pluspunkte im Verdrängungswettbewerb der Banken. Insgesamt konnten wir die Ertragsbasis im Firmenkundengeschäft nachhaltig stärken und verbreitern.

Bei allen Neuengagements wurden die Grundsätze einer strengen Risikopolitik beibehalten und auf Volumenwachstum um jeden Preis verzichtet, was zu einem leichten Rückgang der Bestände führte. Während das Vorjahr bei den Risikokosten noch überproportional durch Auflösung von Wertberichtigungen geprägt war, lag die Risikovorsorge 2006 erwartungsgemäß auf niedrigem Niveau. Dies ist Ergebnis unseres weiterhin erfolgreichen Risikomanagements.

Vor dem Hintergrund dieser Risikopolitik hat das Geschäftsfeld Firmenkunden auch im Jahr 2006 nicht strategiekonforme Engagements gezielt beendet. Dies führte trotz des erfolgreichen Neukreditgeschäfts zu einem Rückgang des Bestands der Forderungen an Kunden im zinstragenden Geschäft zum 31. Dezember 2006 auf rund 5,3 Mrd. € (Ende 2005: 5,6 Mrd. €).

Der Provisionsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet werden. Hierin spiegelt sich unter anderem der erfolgreiche Absatz von Zinsversicherungsprodukten im mittelständischen Firmenkundengeschäft wider.

Firmenkunden

Produktpalette bedarfsgerecht erweitert

Die Landesbank Berlin hat im Berichtsjahr die Palette an Finanzierungslösungen für mittelständische Kunden erweitert, etwa bei EURIBOR-Darlehen oder strukturierten Kapitalmarktprodukten zum Zweck der Risikoabsicherung. Zudem haben wir Förderprodukte für Existenzgründungen und Unternehmensfinanzierungen in unser Produktportfolio integriert. Ungeachtet dessen blieb der klassische Unternehmenskredit auch 2006 das wichtigste Finanzierungsinstrument.

Passivgeschäft: Einlagevolumen erneut ausgeweitet

Als Folge unserer ganzheitlichen Betreuungsstrategie, aber auch der generell positiven Marktentwicklung des Einlagengeschäfts entwickelte sich das Einlagevolumen im Jahr 2006 erneut erfreulich. Das Stichtagsvolumen übertraf den Vorjahreswert um rund 28 %. Diese Entwicklung dokumentiert das Vertrauen der Kunden in die Geschäftsverbindung sowie die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit unserer Anlageprodukte – auch in Niedrigzinsphasen.

Ausbau der BusinessLine

Die Weiterentwicklung der Vertriebswege im Firmenkundengeschäft war 2006 in erster Linie durch den Ausbau der im Vorjahr eingeführten BusinessLine geprägt. Dieser telefonische Direktbankvertriebsweg richtet sich vor allem an Gewerbekunden, denen erfahrene Berater zu verlängerten Servicezeiten zur Verfügung stehen. Dieses innovative Betreuungs- und Vertriebskonzept einer telefonischen Direktbank – speziell für Gewerbekunden – hat im Jahr 2006 eine breite Akzeptanz gefunden. Zudem erhielt die BusinessLine der Berliner Sparkasse im September mit einem TÜV-Zertifikat des TÜV Rheinland ein nationales Qualitätssiegel für „geprüfte Service- und Beratungsqualität“. Damit ist die Landesbank Berlin AG deutschlandweit die erste Bank, die für einen gesamten Vertriebsweg eine TÜV-Zertifizierung und damit ein überregional anerkanntes Marken-Qualitätssiegel erhielt. Die Zertifizierung ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Landesbank Berlin bereit ist, sich zur Einhaltung von Qualitäts- und Leistungsversprechen zu verpflichten und diese durch unabhängige Instanzen überprüfen zu lassen. Repräsentative Befragungen haben ergeben, dass die Zielkunden mit der BusinessLine sehr zufrieden sind, insbesondere im Hinblick auf Kompetenz, Schnelligkeit, Erreichbarkeit sowie Qualität bei der Beratung und Erledigung ihrer Wünsche.

Vertriebssteuerung weiter optimiert

Wir haben im Jahr 2006 unsere wertorientierte Vertriebssteuerung weiterentwickelt, um die Ertragspotenziale bei unseren Kunden besser identifizieren und realisieren zu können. Die bereits in den Vorjahren optimierten Backoffice-Strukturen und eine weitgehend standardisierte Kreditbearbeitung haben zur weiteren Verschlanung der Abläufe beigetragen.

Durch die Schaffung strukturierter Beratungsprozesse wurde die Beratungsqualität gestärkt. Die bereits im Einsatz befindlichen IT-gestützten Musterkundenprofile haben wir verfeinert. Zugleich wurden diese Steuerungselemente in bestehende IT-Systeme, etwa das CRM-System (Customer-Relationship-

Management-System), integriert. Dadurch konnte die Vertriebsleistung gesteigert und eine bedarfsgerechte Betreuung der mittelständischen Firmenkunden gewährleistet werden.

Die Kompetenzzentren Leasing und Factoring, Gründungen und Unternehmensnachfolge, Ausland sowie Electronic Banking mit ihrem Spezial-Know-how sind wichtige und von den Kunden geschätzte zentrale Dienstleistungseinheiten zur Vertriebsunterstützung. Besonders im Bereich der Existenzgründungsfinanzierung konnten wir im Jahr 2006 einen erfreulichen Zuwachs erreichen.

PERSPEKTIVEN 2007

Die Landesbank Berlin wird im Jahr 2007 ihre Strategie eines qualitativen, ertragsorientierten Wachstums im Firmenkundengeschäft beibehalten. Ziel ist es, die Marktstellung in der Kernregion zu sichern und insbesondere bei mittelständischen Firmenkunden auszubauen. Nach dem Verkauf der Berliner Bank werden die Aktivitäten bei der Betreuung unserer knapp 62.000 Kunden auf die starken Marken Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse konzentriert. Im Vordergrund stehen dabei

- der Ausbau des Aktivgeschäfts,
- die Erweiterung der Palette an Finanzdienstleistungen,
- der Ausbau des provisionstragenden Dienstleistungsgeschäfts,
- die Fortführung der Maßnahmen zur Effizienzsteigerung im Vertrieb und
- die Einhaltung der strengen Risikokriterien bei allen Engagements.

Kapitalmarktgeschäft

Im Kapitalmarktgeschäft positioniert sich die Landesbank Berlin als Anbieter innovativer Kapitalmarktprodukte für Geschäfts- und Privatkunden. Im Auslandsgeschäft verfügt sie über eine anerkannte Expertise für den mittel- und osteuropäischen Raum.

Nach der 2005 vorgenommenen organisatorischen Trennung von Kundengeschäft und Eigenhandel liegt der Fokus der Kapitalmarktaktivitäten auf der Stärkung des kundenorientierten, nicht volatilen Geschäfts. Dabei wurden im Berichtsjahr gute Fortschritte gemacht. Das operative Ergebnis des Geschäftsfelds blieb mit 100 Mio. € zwar deutlich unter dem Vorjahreswert von 197 Mio. €. Jedoch konnten nach dem zweiten Quartal 2006, in dem sich besonders die schwierigen Marktverhältnisse für Handelstätigkeiten ausgewirkt hatten, im Jahresverlauf wieder deutlich bessere Ergebnisse erzielt werden.

KAPITALMARKTGESCHÄFT – KREDITE

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005
Summe Forderungen an Kunden	1.809	2.460
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	11.912	15.947
Finanzanlagen	32.299	28.505
Forderungen an Kreditinstitute	20.106	19.618

KAPITALMARKTGESCHÄFT – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005
Summe Kundeneinlagen	3.555	4.960
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.672	7.630
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	9.668	11.850
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.529	29.910

Vertriebsleistungen erhöht

Zentrale Aufgabe des Kapitalmarktgeschäfts ist die Intensivierung der Kundenhandels- und Sales-Aktivitäten. Die neu geschaffene Struktur des Geschäftsfelds mit den drei Bereichen Treasury & Trading, Client Business und Internationales Geschäft hat sich im Jahr 2006 bewährt. So konnten zahlreiche Neukunden, insbesondere bei Banken und Vermögensverwaltern, gewonnen werden.

Die LBB-INVEST als eine der etablierten deutschen Fondsgesellschaften erreichte mit ihren Publikumsfonds einen Nettomittelzufluss von 1,2 Mrd. €. Damit lag die LBB-INVEST in der Statistik des Bundesverbands Investment und Asset Management (BVI) für den Nettoabsatz in Deutschland auf dem sechsten Platz unter den deutschen Kapitalanlagegesellschaften. Das gesamte Fondsvolumen erhöhte sich auf 11,3 Mrd. € per 31. Dezember 2006 (Ende 2005: 10,5 Mrd. €). LBB-INVEST offeriert eine Produktpalette, die es ermöglicht, flexibel auf die sich wandelnden Märkte und Kundenbedürfnisse einzugehen. Sie bietet sowohl Publikumsfonds für Privatanleger als auch Spezial-Sondervermögen für institutionelle Kunden an.

Innovationshaus für strukturierte Produkte

Auch der Vertrieb von strukturierten Produkten lag 2006 deutlich über dem Wert des Vorjahres. Die Landesbank Berlin zählt zu den führenden Anbietern im Bereich innovativer strukturierter Finanzprodukte. Der zweite Platz in der Kategorie „Zertifikate-Haus des Jahres 2006“ beim Zertifikate-Award 2006 untermauert diese Position. Auf eine sehr positive Resonanz stieß zum Beispiel das Strategiezertifikat Top Zins Währungspicker. Mit diesem Produkt sollen durch Investitionen in kurz laufende, hochverzinsliche Festgelder unterschiedlicher Währungen höhere Renditen erzielt werden als bei entsprechenden Anlagen in Euro. Durch das Vietnam Opportunity-Zertifikat ermöglichte die Landesbank Berlin erstmals einem breiten Anlegerkreis, in den boomenden vietnamesischen Aktienmarkt zu investieren. Stark nachgefragt waren zudem die verschiedenen Tranchen der Produktfamilie FlexInvest, die über das Geschäftsfeld Private Kunden vertrieben wird.

Leistungsfähige 3-Säulen-Struktur

Der Bereich Treasury & Trading führt alle Handels- und Anlagefunktionen aus Treasury und Eigenhandel zusammen. Treasury & Trading hat eine zentrale Funktion für die Liquiditätssicherung und Refinanzierung des Gesamtkonzerns sowie als dessen zentraler Risikosteuerer. Das Ergebnis von Treasury & Trading bewegt sich wie in den Vorjahren auf hohem Niveau, wobei der Anteil der handelsabhängigen und damit volatilen Erträge abgenommen hat.

Kapitalmarktgeschäft

Im Bereich Client Business sind alle Kundenaktivitäten des Kapitalmarktgeschäfts produktübergreifend gebündelt. Die Ausrichtung zu einer stark produktions- und vertriebsorientierten Einheit machte im Berichtsjahr gute Fortschritte, vor allem durch die konsequente Umsetzung des bereits 2005 initiierten „Vertriebs-Intensivierungsprogramms“. Zusammen mit der LBB-INVEST gelingt der Landesbank Berlin im Kapitalmarktgeschäft die Positionierung als Produkthaus mit wachsendem Erfolg.

Der Bereich Internationales Geschäft stellt Kunden Finanzierungsinstrumente für die Märkte in Zentral- und Osteuropa sowie für die Länder der GUS einschließlich Zentralasien zur Verfügung. Dies umfasst zum Beispiel Handels- und Exportfinanzierungen, aber auch Beratungs- und Schulungsleistungen auf Basis des umfassenden Know-hows für diese Märkte.

Das Geschäftsvolumen des Bereichs konnte 2006 deutlich erhöht werden, wegen der sinkenden Margen in der Zielregion und des starken Rückgangs des Commodity Trade Finance Geschäfts blieb das Ergebnis auf Vorjahresniveau.

Nicht strategische Aktivitäten weiter reduziert

Den nicht strategischen Bereich Structured Finance haben wir im Jahr 2006 weiter reduziert. Die Bestände sanken von 790 Mio. € auf 510 Mio. €.

PERSPEKTIVEN 2007

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft wird im Jahr 2007 die strategische Ausrichtung zum kundenorientierten, nicht volatilen Geschäft fortsetzen. Im Bereich Client Business gilt es, die Marktstellung durch eine flexible und kundenorientierte Produktpalette zu festigen und auszubauen. Im Internationalen Geschäft werden wir unsere anerkannte Expertise für Mittel- und Osteuropa weiterhin konsequent als Wettbewerbsvorteil einsetzen.

Immobilienfinanzierung

Das Segment Immobilienfinanzierung bietet institutionellen Investoren, Wohnungsbaugesellschaften und ausgewählten Developern individuelle Finanzierungslösungen für gewerbliche Immobilienprojekte. Mit den beiden Marken Landesbank Berlin und Berlin Hyp zählen wir zu den führenden Anbietern in Deutschland. Flexibilität, Schnelligkeit und Effizienz in den Prozessen sind unsere Stärken im Wettbewerb.

IMMOBILIENFINANZIERUNGEN – KREDITE

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005
Immobilienkredite	24.955	26.378
Andere Kredite (Kommunalkredite)	10.234	9.449
Summe Forderungen an Kunden	35.189	35.827

IMMOBILIENFINANZIERUNGEN – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005
Sichteinlagen	396	819
Tagesgelder	110	130
Termineinlagen/Sparbriefe	5.883	5.325
Spareinlagen	12	10
Cash direkt	1	2
Summe Kundeneinlagen	6.402	6.285
Verbriefte Verbindlichkeiten	21.117	21.740

Neugeschäft über den Erwartungen

Das Geschäftsjahr 2006 verlief für das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung sehr erfolgreich. Das kontrahierte Neugeschäft (ohne Prolongationen) betrug in 2006 insgesamt 7,13 Mrd. €. Auch ohne Berücksichtigung von Sondergeschäften in Höhe von 3,4 Mrd. € lag das Neugeschäft mit rund 3,7 Mrd. € weit über Vorjahresniveau (2005: 2,4 Mrd. €) und übertraf die Planziele deutlich. Verbunden mit einer deutlichen Reduzierung der Risikovorsorge und stabilen Verwaltungsaufwendungen konnte das

Immobilienfinanzierung

operative Ergebnis von 120 Mio. € im Vorjahr auf 147 Mio. € gesteigert werden. Im Berichtsjahr haben wir zudem mit den Vorbereitungen für den Eintritt in ausgewählte Auslandsmärkte begonnen, was dem Geschäftsfeld mittelfristig neue Ertragsquellen erschließen wird.

Wachsende Wettbewerbsintensität auf dem Immobilienmarkt

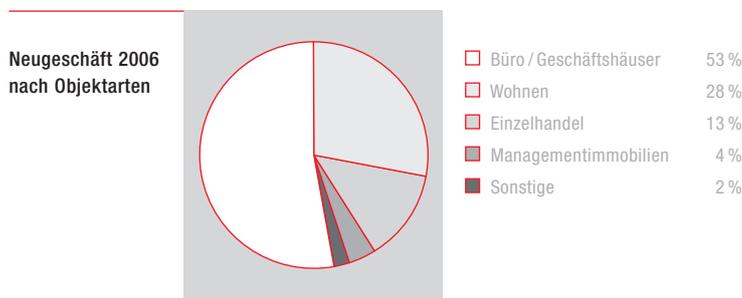
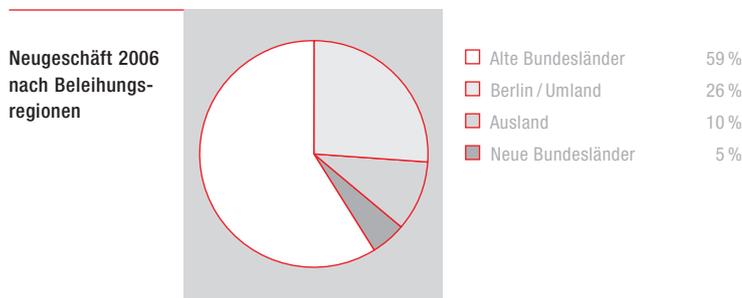
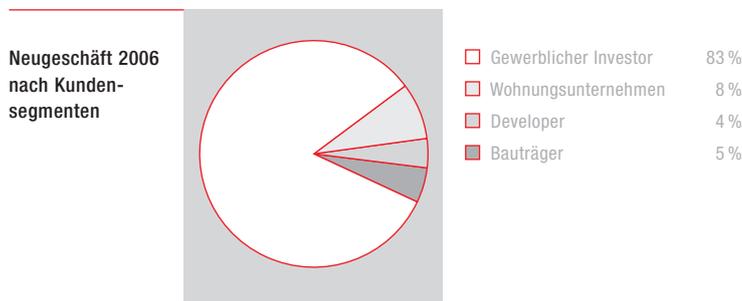
Der deutsche Immobilienmarkt hat in 2006 außerordentlich an Attraktivität gewonnen. Insbesondere das Interesse ausländischer Investoren an gewerblichen, aber auch an wohnwirtschaftlichen Immobilien war anhaltend. Die erfreuliche Marktentwicklung im Inland führte dazu, dass eine Reihe von Immobilienfinanzierern den deutschen Markt wieder stärker in ihren Vertriebsfokus rückten. Damit nahm der Wettbewerbsdruck deutlich zu.

Kundenorientierung und effiziente Entscheidungsprozesse

Das Geschäftsfeld konnte sich in diesem Wettbewerbsumfeld behaupten. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren im Neugeschäft sehen wir in unserer zielgerichteten Vertriebsausrichtung und einer flexiblen, effizienten und auf den Kunden ausgerichteten Prozess- und Ablauforganisation. Letztere gestatten es, bei kurzen Entscheidungswegen schnell und verbindlich im Markt zu agieren und Kundenanforderungen umfassend und professionell zu befriedigen.

Das Neugeschäft stellt die Grundlage für das geplante Ertragswachstum in den kommenden Jahren dar. Es zeigt zudem die große Marktakzeptanz von Landesbank Berlin und Berlin Hyp in ihren Zielmärkten, den wirtschaftlichen Ballungszentren in Deutschland, sowie die ausgeprägte Vertriebsstärke unserer Immobilienfinanzierungs-Aktivitäten.

Die Struktur des Neugeschäfts entspricht unseren Planungen. Einzelheiten dazu sind den auf dieser Seite abgebildeten Übersichten zu entnehmen.



Die Kredite, die im Berichtsjahr zur Prolongation anstanden, wurden zu 85 % zu den aktuellen Marktkonditionen verlängert (2005: rund 90 %). Die wachsende Wettbewerbsintensität setzte wie im Vorjahr die Margen erneut unter Druck. Wir haben jedoch unverändert eine risikogerechte Preisgestaltung vorgenommen und auf Geschäftsvolumen, das den Rentabilitäts- und Risikokriterien nicht entspricht, verzichtet.

Der Abbau des risikobehafteten Work-Out-Portfolios wurde im Jahr 2006 fortgesetzt. Infolgedessen sank der Hypothekenbestand im Geschäftsfeld trotz guter Neugeschäftsentwicklung auf rund 25 Mrd. € (31.12.2005: 26,4 Mrd. €).

Deutlicher Rückgang der Risikovorsorge

Das operative Ergebnis des Geschäftsfelds erreichte im Berichtsjahr 147 Mio. € nach 120 Mio. € im Vorjahr. Entscheidender Einflussfaktor war dabei der erhebliche Rückgang der Risikovorsorge um 90 Mio. €, der die signifikante Qualitätsverbesserung des Bestands- und Neugeschäfts signalisiert. Daneben konnten aus dem erfreulich gesteigerten Neugeschäft deutlich höhere Provisionsergebnisse erzielt werden.

Auf dem Sprung ins benachbarte Ausland

Um den Finanzierungswünschen deutscher und internationaler Investoren besser Rechnung zu tragen, haben wir 2006 mit den Vorbereitungen für den Einstieg in ausgewählte Auslandsmärkte begonnen. In Großbritannien, den Niederlanden, Polen und Tschechien werden wir mit eigenen Vertriebsteams präsent sein. Gegen Ende des Berichtsjahres startete bereits ein Vertriebsteam in London. Die Eröffnung der weiteren Standorte ist für die erste Jahreshälfte 2007 vorgesehen. Der Aufbau des Auslandsgeschäfts wird die Ertragsbasis des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung stärken und zu einer strategiekonformen Diversifizierung des Neugeschäfts und damit zu einer besseren Risikostreuung des Finanzierungsportfolios führen.

PERSPEKTIVEN 2007

Wir haben unsere Marktposition im deutschen Kernmarkt 2006 ausgebaut und wollen diesen Weg im Geschäftsjahr 2007 weitergehen. Dazu soll die dynamische Entwicklung im Neugeschäft fortgesetzt werden. Mittelfristig wird ein jährliches Neugeschäftsvolumen von rund 4 Mrd. € angestrebt. Zur Erreichung dieser anspruchsvollen Neugeschäftsziele sollen sukzessive auch die im Aufbau befindlichen Aktivitäten im west- und osteuropäischen Ausland beitragen. Darüber hinaus wird es darum gehen, das Produktangebot des Geschäftsfelds weiterhin flexibel an die Kundenbedürfnisse anzupassen, um vorhandene Kundenbeziehungen zu pflegen und auch zukünftig neue Kunden zu gewinnen.

Corporate Investments

Im Segment Corporate Investments weisen wir 2005 die Ergebnisse der Weberbank und der Berliner Bank aus, im Jahr 2006 nur noch die Ergebnisse der Berliner Bank. Bezüglich der Berliner Bank werden der Geschäftsumfang und die Ergebnisse entsprechend dem Verkaufsumfang dargestellt.

Sonstiges / Konsolidierung

Im Segment Sonstiges/Konsolidierung werden Ergebnisbeiträge ausgewiesen, die nicht den kundenorientierten Geschäftsfeldern zuzuordnen sind. Zudem wird hier die Konzernkonsolidierung dargestellt.

Im Verwaltungsaufwand sind die Aufwendungen der zentralen Stabs- und Steuerungsbereiche sowie aller als zentrale Dienstleister zur Verfügung stehenden Servicegesellschaften erfasst. Deren Leistungen werden überwiegend auf die anderen Segmente verrechnet und sind dort in den Anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten.

Bei den Servicegesellschaften handelt es sich insbesondere um die Bankenservice GmbH sowie die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH.

Die Anzahl der Vollzeit Arbeitsplätze in den Corporate Centern wurde im Berichtsjahr weiter reduziert und beträgt nun 1.856 nach 2.139 im Vorjahr. Davon entfällt gut die Hälfte auf das Transaction Banking (Organisation, Informationstechnologie, Bankenservice).

Mitarbeiter

Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Grundlage der erfolgreichen Entwicklung unserer Bank.

Die in den letzten Jahren weiter entwickelte Unternehmenskultur, die auf anspruchsvollen Zielen basiert, und eine Führungskultur, die es möglich macht, die vorhandenen Interessen und Fähigkeiten der Mitarbeiter optimal einzusetzen, schaffen den Rahmen auch für zukünftige Erfolge.

Ein besonderer Schwerpunkt der Mitarbeiterentwicklung lag auf der Stärkung der Vertriebskraft unserer Beraterinnen und Berater. So wurde beispielsweise im Retail-Vertrieb eine erfolgsorientierte Bezahlung eingeführt. Vertriebsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die ihre Ziele übererfüllen, können hierbei bis zu zweieinhalb Monatsgehälter zusätzlich erhalten.

Die eng mit dem Zielvereinbarungssystem verknüpfte erfolgsbezogene Bezahlung hat bedeutenden Anteil an unserem wachsenden Vertriebsserfolg. Zusätzlich haben wir eine Reihe von Instrumenten zur Messung unserer Qualitätsversprechen eingeführt, um unser Verhalten gegenüber unseren Kunden gezielt zu überprüfen und an deren Anforderungen auszurichten.

Wir haben in den letzten Jahren bewusst den Weg eingeschlagen, junge Auszubildende und Trainees trotz der Restrukturierungsnotwendigkeit in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Diesen Weg haben wir auch 2006 konsequent fortgesetzt und werden ihn weiter verfolgen, um mittel- und langfristig eine ausgewogene Mitarbeiterstruktur zu schaffen und zu festigen.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung und zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit entwickeln wir gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretungen das Programm „Employability“. Das Programm berücksichtigt die sich dramatisch verändernden Rahmenbedingungen am Personal- und Arbeitsmarkt und soll die Beschäftigungsfähigkeit unserer Mitarbeiter langfristig sicherstellen.

Damit wird erreicht, dass unserer Bank auch bei verschärfter Konkurrenzsituation zukünftig genügend qualifizierte, motivierte und leistungsorientierte Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Arbeitnehmervertretern sehr. Auch im Jahr 2006 haben sie wieder Außerordentliches geleistet. Ohne diesen Einsatz wäre unser Erfolg nicht möglich gewesen.

Angesichts des guten Geschäftsergebnisses hat der Vorstand im Frühjahr 2007 eine Jahresprämie für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschlossen. Tarifmitarbeiter erhielten 50 % und Mitarbeiter im außertariflichen Bereich 20 % eines Monatsgehalts.

Aktie der Landesbank Berlin Holding AG

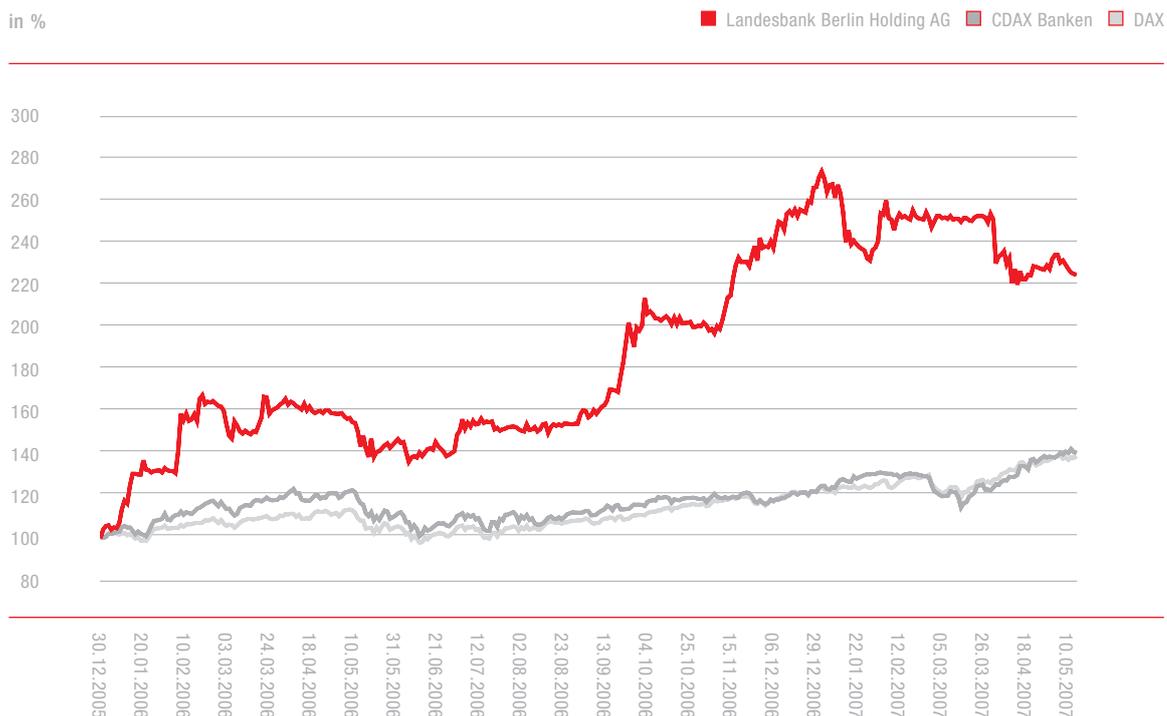
Seit der Umfirmierung unseres Unternehmens im August 2006 ist unsere Aktie unter dem Namen Landesbank Berlin Holding AG an der Börse notiert.

Die Aktie der Landesbank Berlin Holding AG weist auch im Jahr 2006 eine erfreuliche Kursentwicklung auf. Innerhalb eines Jahres hat sich der Aktienkurs mehr als verdoppelt und damit die Steigerungen des DAX und des Branchenindex CDAX Banken weit übertroffen.

Nachdem am Jahresanfang 2007 vorübergehend die 8-Euro-Marke überschritten worden war, hielt sich der Kurs im ersten Quartal 2007 bei etwa 7,50 € und erreichte im April Werte um 6,70 €.

Wir werten den Aufwärtstrend unserer Aktie einerseits als Beweis für das wachsende Vertrauen in die Ertragskraft der Bank. Andererseits zeigt sich darin das große Interesse der Anleger an der Entwicklung der Bank im Zusammenhang mit der Veräußerung der Landesanteile an der Landesbank Berlin Holding AG.

KURSENTWICKLUNG IM VERGLEICH ZU DAX UND CDAX BANKEN Schlusskurs 30.12.2005 = 100 %



Die Aktie der Landesbank Berlin Holding AG ist an den Börsen Berlin-Bremen, Frankfurt und Düsseldorf im amtlichen Handel (General Standard) notiert.

▶ Lagebericht des Konzerns

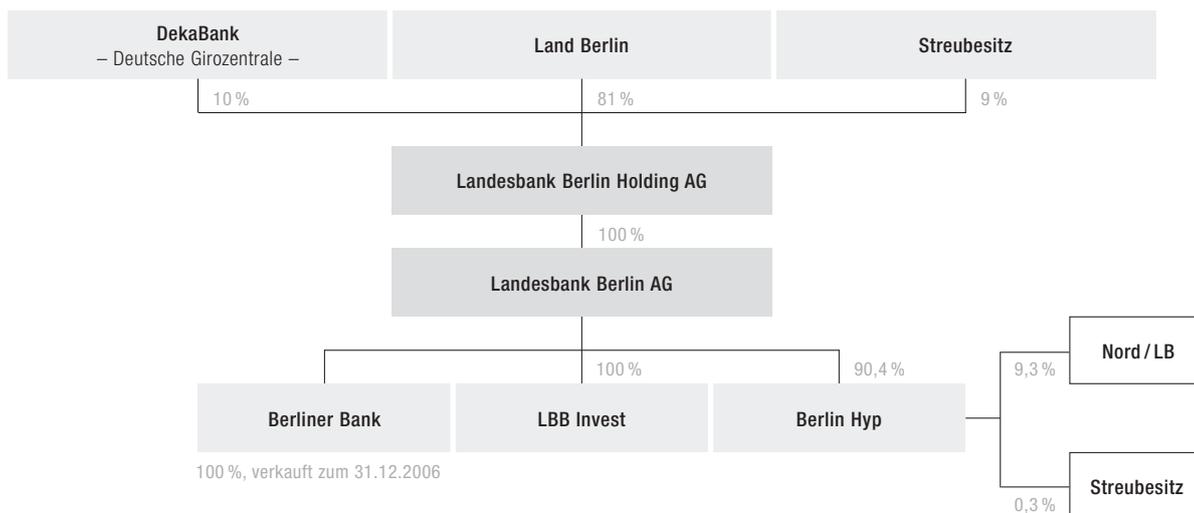
▼		
Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick		50
Unternehmensdarstellung		50
Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB		59
Allgemeiner Verlauf im Überblick		59
Geschäftsverlauf 2006		64
Ertragslage		64
Vermögenslage		69
Finanzlage		72
Auswirkungen der Konsolidierungen		73
Nachtragsbericht		73
Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG		73
Risikobericht		74
Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling		74
Gesamt-Risikosteuerung		74
Adressenausfallrisiken		77
Liquiditätsrisiken		82
Marktpreisrisiken		83
Immobilienrisiken		86
Operationelle Risiken		86
Sonstige Risiken		93
Prognosebericht / Ausblick		94
Erwartete Entwicklung /		
Einschätzung der wirtschaftlichen Lage		94
Geschäftliche Ausrichtung		94
Entwicklung der Geschäftssegmente		95
Soll / Ist-Vergleich		96
Schätzverfahren		96
Mittelfristplanung		96
Zusammenfassung / Gesamtaussage		96

Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick

Unternehmensdarstellung

Organisatorische und rechtliche Struktur

Nach einer umfassenden gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierung des Konzerns im Jahr 2006 stellt sich die organisatorische und rechtliche Struktur wie folgt dar:



■ Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft. Sie ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) mit Sitz in Berlin. Mehrheitsaktionär ist das Land Berlin mit einer Anteilsquote von 80,95 %. Die Konzentration auf die Holding-Funktion entstand, nachdem das Vermögen der Bankgesellschaft Berlin AG (BG AG) im Wege der Ausgliederung nahezu vollständig auf die Landesbank Berlin AG übertragen worden war. Die Ausgliederung wurde von der Hauptversammlung der damaligen Bank-

gesellschaft Berlin AG am 14. Juli 2006 beschlossen und mit der Eintragung im Handelsregister am 29. August 2006 rückwirkend zum 1. Januar 2006 wirksam. Gleichzeitig wurde die Gesellschaft – ihrer neuen Funktion im Konzern entsprechend – in „Landesbank Berlin Holding AG“ umfirmiert.

■ Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB ging aus der Landesbank Berlin – Girozentrale – hervor, nach-

dem diese gemäß Berliner Sparkassengesetz vom 28. Juni 2005 zum 1. Januar 2006 aus einer Anstalt öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden war. Die LBB übernahm mit Beschluss ihrer Hauptversammlung vom 13. Juli 2006 nahezu das gesamte Vermögen der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG. Damit wurden alle bankgeschäftlichen Aktivitäten einschließlich der Berliner Sparkasse der vormals getrennten Kreditinstitute Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin AG in der LBB zusammengeführt.

- Die LBB hält auch die wichtigen strategischen Beteiligungen, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), an der BankenService GmbH (BankenService) und an der Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-Invest). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg.

Der Konzern ist wie folgt organisiert:

Die Holding hat keine eigene Bankgeschäftstätigkeit und verfügt deshalb über keine eigenen Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB geleistet.

- Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder und die sie unterstützenden Corporate Center gegliedert. Die Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit privaten Kunden und Firmenkunden, dem Immobilienfinanzierungs- und dem Kapitalmarktgeschäft. Zu den Einheiten der Corporate Center zählen z.B. Informationstechnologie, Controlling, Risikocontrolling, Revision und Finanzen. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Landesbank Berlin AG				
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft	Corporate Center

Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder zum Stichtag 31. Dezember 2006

Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG setzt sich zum 31. Dezember 2006 aus den Herren Hans-Jörg Vetter und Dr. Thomas Veit zusammen. Mit dem rechtlichen Wirksamwerden der Übertra-

gung des nahezu gesamten Aktiv- und Passivvermögens von der Holding auf die LBB im Rahmen des Ausgliederungs- und Übernahmevertrags zum 29. August 2006 entfällt die Notwendigkeit für einen Geschäftsverteilungsplan des Vorstands.

Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick

Alle operativen Aufgaben werden auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder der Landesbank Berlin AG waren zum Stichtag 31. Dezember 2006:

Hans-Jörg Vetter

(Vorsitzender)
Unternehmensentwicklung
Personal
Revision
Recht

Serge Demolière

Kapitalmarktgeschäft

Uwe Kruschinski

Kreditgeschäft
Risikobetreuung

Martin K. Müller

Risikocontrolling
Controlling
Compliance

Dr. Thomas Veit

Immobilienfinanzierung
Finanzen
Organisation
Informationstechnologie

Dr. Johannes Evers

Private Kunden

Hans Jürgen Kulartz

Firmenkunden

Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG sowie ihrer 100%igen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG sind weitgehend personenidentisch besetzt. Im Interesse der besseren Übersichtlichkeit erfolgt für beide Gesellschaften eine zusammengefasste Darstellung in Form des Vergütungsberichts nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Daneben werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Der Bericht berücksichtigt dabei für beide Gesellschaften die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, und er enthält die Angaben, die entsprechend dem deutschen Handelsrecht Bestandteil des Konzern-Lageberichts nach § 315 Abs. 2 Nr. 4 HGB und des Anhangs nach § 314 Abs. 1 Nr. 6 a Satz 5 bis 9 HGB sind.

Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung von Struktur und Höhe der Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist bei der Holding wie auch bei der LBB jeweils der Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) zuständig. Der BPS-Ausschuss legt die Eckpunkte der Dienstverträge, insbesondere die Gehälter und die anderen Vergütungsbestandteile, für den Vorstand fest. Dabei wird die Vergütung auf Basis einer Analyse der in der eigenen Unternehmensgruppe und in vergleichbaren deutschen Kreditinstituten an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlten Einkommen festgesetzt.

Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind für alle Mitglieder des Vorstands durch mit der Landesbank Berlin AG bestehende Dienstverträge geregelt.

Die den Vorstand der Obergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG bildenden Herren Vetter und Dr. Veit sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Im Zuge der Ausgliederung des Bankgeschäfts nach dem Ausgliederungs- und Übernahmevertrag zwischen BG AG und LBB vom 29. Mai 2006 sind sämtliche Vertragsbeziehungen, so auch die Vorstandsdienstverträge, auf die Landesbank Berlin AG übertragen worden. Unabhängig von ihrer organchaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen demgemäß die Dienstverträge der Herren Vetter und Dr. Veit sowie die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten, jährlich auf seine Angemessenheit zu überprüfenden Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5.000,- € je Vorstandsmitglied bzw. 6.000,- € für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden von der Holding im Jahre 2006 ab der formalen Wirksamkeit der neuen Organstruktur 44 T€ als Aufwandsersatz erstattet.

Hinsichtlich ihrer Bezüge sind in den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

Festes Jahresgehalt:

Das Festgehalt ist zahlbar in gleichen monatlichen Teilbeträgen. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom BPS-Ausschuss in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit in Bezug auf die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds und seine Leistungen überprüft. Die letzte entsprechende Überprüfung wurde zum 1. April 2005 bzw. bei Herrn Dr. Veit zum 1. September 2006 vorgenommen.

Die Vorstandsgehälter werden auf der Basis der Ertragslage des Konzerns fortentwickelt, wobei die allgemeinen Preis- und Tarifiergerungen in der Bundesrepublik Deutschland in Betracht zu ziehen sind sowie ein Vergleich mit der Struktur der Vorstandsbezüge anderer Kreditinstitute herangezogen wird. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht dabei nicht.

Jahressondervergütung:

Die Mitglieder des Vorstands erhalten für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine Jahressondervergütung (Tantieme), über die im Folgejahr Beschluss gefasst wird. Die Tantieme richtet sich in ihrer Höhe insbesondere nach den dienstlichen Leistungen der Vorstandsmitglieder sowie nach der Entwicklung der Ergebnisse der LBB und der Holding und ist nach Feststellung der Jahresabschlüsse beider Gesellschaften in einer Summe zahlbar. Für jedes Vorstandsmitglied ist hierbei die Zahlung eines bestimmten Mindestbetrags festgelegt. Der darüber hinausgehende Teil wird vom BPS-Ausschuss unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Parameter, insbesondere auf der Grundlage einer individuellen Leistungsbeurteilung, festgesetzt.

Weitere Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. Ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick

Sonstige Vergütungen:

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Dabei haben einige der Vorstandsmitglieder gemäß ihrem Dienstvertrag Anspruch auf die Übernahme der auf den durch die private Nutzung entstehenden geldwerten Vorteil zu zahlenden Steuern durch den Arbeitgeber.

Holding und LBB haben zugunsten ihrer Organmitglieder eine pauschale Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung) abgeschlossen. Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände von Holding und LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist dabei im Sinne des Corporate Governance Kodex ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende Director & Officers-Versicherung trägt die Holding.

Gemäß seinem Vorstandsdienstvertrag hat Herr Müller Anspruch auf die Zahlung der Beiträge für eine der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entsprechende Versicherung durch den Arbeitgeber bis zur Hälfte des gesetzlichen Höchstsatzes.

Gesamtvergütung:

Die Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2006 eine Vergütung (einschließlich erfolgsabhängiger Bestandteile) von insgesamt 6.396 T€ bezogen. Hierin enthalten sind die für die Tätigkeit des Vorstands für das Geschäftsjahr 2006 garantierten Bestandteile der Jahressondervergütung in Höhe von 2.331 T€, die in 2007 zur Auszahlung kommen, sowie die erfolgsabhängigen Bestandteile der Jahressondervergütung für das Geschäftsjahr 2005 in Höhe von 1.030 T€, die in 2006 gezahlt wurden.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Versorgungszusagen:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu; den Herren Demolière, Vetter und Dr. Veit bis zu einem Jahr und den Herren Dr. Evers, Kulartz, Kruschinski sowie Müller bis zu zwei Jahren, längstens jedoch bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Die Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge Lösung des Vertragsverhältnisses durch die Bank, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstands veranlasst ist (§ 626 BGB). Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch die Herren Demolière, Dr. Evers, Kruschinski, Dr. Veit und Vetter oder die Bank gekündigt werden. Herr Kulartz kann ab dem 62. Lebensjahr auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Müller setzt die Zahlung des Ruhegehalts im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich abhängig vom Lebensalter nach einem bestimmten Prozentsatz vom festen Jahresgehalt und erhöht sich um 2 % für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr, wobei für jedes Vorstandsmitglied vertraglich ein Höchstsatz vereinbart ist. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils der ruhegehaltfähige Anteil der Festbezüge, der 100 %, bei Herrn Demolière 67 % beträgt.

Im Einzelnen:

	Erworbener Versorgungs- anspruch per 31.12.2006 in %	Höchstsatz in %
Herr Demolière	45	60
Herr Dr. Evers	54	75
Herr Kulartz	52	75
Herr Kruschinski	56	70
Herr Müller	38	70
Herr Dr. Veit	48	60
Herr Vetter	54	60

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken bzw. nach den prozentualen Veränderungen des Vergütungstarifvertrags zum BAT für den Bereich der Kommunalen Arbeitgeberverbände.

Für zwei Mitglieder des Vorstands ist dienstvertraglich das Ausscheiden im Rahmen eines Kontrollenerwerbs geregelt. Gemäß dieser Change of Control-Klausel steht Herrn Vetter als Vorstandsvorsitzendem bis zum 31. Oktober 2011 sowie Herrn Dr. Veit bis zum 31. August 2007 ein Sonderkündigungsrecht zu. Endet der Dienstvertrag infolge einer Sonderkündigung, haben beide Herren Anspruch auf die Zahlung der jeweils bis zum Ende der Vertragslaufzeit noch ausstehenden Bezüge.

Im Jahr 2006 wurden für Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands 1.981 T€ zurückgestellt. Der anteilige Wert der für den Vorstand gebildeten Pensionsrückstellungen (IFRS) betrug zum Bilanzstichtag 14.735 T€.

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB insgesamt Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse im Volumen von 1.186 T€.

Ferner wurden im vergangenen Geschäftsjahr Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.456 T€ gezahlt. Der anteilige Wert der für diese Personengruppe in 2006 nach IFRS gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen beträgt 94.397 T€.

Hierbei ist zu beachten, dass diese Vergütungen bzw. Rückstellungen neben denen der LBB jeweils auch die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Holding betreffen. Dies beruht, wie oben dargestellt, darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der ehemaligen Bankgesellschaft Berlin AG auf die LBB auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden ebenfalls auf die LBB übertragen.

Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder in der Umstrukturierungsphase der Bank.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG jährlich eine feste Vergütung sowie einen an den Erfolg des Unternehmens gekoppelten Vergütungsbestandteil.

Die für die LBB gegenwärtig geltenden Vergütungsregeln für den Aufsichtsrat wurden erstmals im Rahmen der Feststellung der Gründungssatzung durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen anlässlich der Gründung der Landesbank Berlin AG am 25. November 2005 verabschiedet. Sie sind in § 11 ihrer Satzung enthalten. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des Unternehmens gekoppelte Vergütung ist für den Aufsichtsrat der LBB nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie Vorsitz und stellvertretender Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist wie folgt geregelt:

■ Feste Jahresvergütung:

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung von 15.000,- € bzw. bei der LBB in Höhe von 10.500,- €.

■ Erfolgsabhängige Jahresvergütung:

Die Aufsichtsratsmitglieder der Holding erhalten neben der festen Jahresvergütung eine erfolgsabhängige Vergütung von 550,- € je halbes Prozent Dividende, soweit die Dividende 4 % auf das Grundkapital übersteigt.

Der Vorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.

■ Ausschussvergütung:

Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats erhalten jeweils zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,- €, die Vorsitzenden erhalten jeweils das 1,5fache, die Stellvertreter jeweils das 1,25fache dieser Bezüge. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,- €, die Vorsitzenden dieser Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht.

Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Wie oben dargestellt, haben Holding und LBB zugunsten ihrer Aufsichtsratsmitglieder eine angemessene Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung abgeschlossen (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei im Sinne des Corporate Governance Kodex jeweils ein Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende Director & Officers-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit jeweils nach Ablauf dieses Geschäftsjahres, und zwar üblicherweise nach den Hauptversammlungen der Gesellschaften. Dementsprechend wird die Jahresvergütung für 2006 an die Aufsichtsratsmitglieder der Holding bzw. der LBB nach dem jeweiligen Beschluss der Hauptversammlung beider Gesellschaften über die Gewinnverwendung und über die Entlastung des Aufsichtsrats gezahlt werden.

- Aufsichtsrat Holding: Insgesamt sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG sowie seiner Ausschüsse für 2006 Gesamtbezüge von 421 T€ zu zahlen (ohne Umsatzsteuer).
- Aufsichtsrat LBB: Insgesamt sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG sowie seiner Ausschüsse für 2006 Gesamtbezüge von 225 T€ zu zahlen (ohne Umsatzsteuer).

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter. Im Jahr 2006 erhielten diese

für ihre Tätigkeit oder für ihre ehemalige Konzernzugehörigkeit von der LBB oder einer ihrer Konzerngesellschaften insgesamt einen Betrag (inklusive Mitarbeitergehältern, Ruhestandsgehältern und Pensionen) in Höhe von 861 T€.

Mitglieder des Aufsichtsrats haben von der Bank insgesamt Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse im Volumen von 120 T€.

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der LBB nicht gezahlt bzw. gewährt.

Segmente

Das Bankgeschäft des Konzerns wird in den folgenden vier strategischen Geschäftssegmenten betrieben:

Private Kunden

Das Geschäft mit Privaten Kunden wird am Standort Berlin mit der Marke „Berliner Sparkasse“ betrieben. Bis zur Veräußerung der Berliner Bank AG & Co. KG (Berliner Bank) zum 31. Dezember 2006 wurde das Privatkundengeschäft daneben auch unter der Marke „Berliner Bank“ geführt. Auch nach dem Verkauf der Berliner Bank ist die LBB in der Kernregion Berlin klarer Marktführer im Privatkundengeschäft. Die Produktschwerpunkte im Privatkundengeschäft liegen in der Führung von Girokonten, der Anlageberatung und Vermögensverwaltung, der Konsumentenfinanzierung sowie der privaten Baufinanzierung. Das bundesweit gemeinsam mit Co-Branding-Partnern betriebene Kreditkartengeschäft bildet einen weiteren Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten.

Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick

Firmenkunden

Das Firmenkundengeschäft, das insbesondere das Geschäft mit Gewerbetreibenden und vorwiegend mittelständischen Firmen sowie mit der öffentlichen Hand umfasst, hat seinen Schwerpunkt in Berlin und Brandenburg. Es wird mit den Marken „Landesbank Berlin“ und „Berliner Sparkasse“ betrieben. Auch im Firmenkundensegment war die LBB mit der Marke „Berliner Bank“ bis zu deren Veräußerung aktiv. Im Firmenkundengeschäft werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft die klassischen Bankdienstleistungen für mittlere Firmenkunden und Gewerbekunden angeboten. Zudem steht die LBB mit Betriebsmittel-, Investitions- und Handelsfinanzierungen zur Verfügung. Ergänzt wird das Angebot unter anderem durch die Produkte Auslandszahlungsverkehr, Leasing und Factoring, Electronic Banking sowie durch Beratungen zu Gründungen und Unternehmensnachfolgen. Im Gewerbekundengeschäft und im mittelständischen Firmenkundengeschäft ist die LBB einer der führenden Marktteilnehmer.

Immobilienfinanzierung

Das Segment Immobilienfinanzierung umfasst das bundesweite gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft, welches durch die LBB und die Berlin Hyp in enger vertrieblicher und organisatorischer Zusammenfassung betrieben wird. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Segment vollständig abgebildet. Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette

der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei sich flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen als besondere Stärke in diesem Segment erwiesen haben. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld im oberen Mittelfeld der Branche.

Kapitalmarktgeschäft

Das Kapitalmarktgeschäft ist in die Bereiche Treasury und Trading, das Client Business einschließlich Asset Management sowie internationales Geschäft gegliedert. Das Kapitalmarktgeschäft wird an den Standorten Berlin, London und Luxemburg betrieben. International liegen die Schwerpunkte im kommerziellen Geschäft und in der Handelsfinanzierung in Mittel- und Osteuropa. Publikums- und Spezialfonds werden durch die Tochtergesellschaft LBB-INVEST aufgelegt und betreut. Wichtige Produkte des Kapitalmarktgeschäfts sind darüber hinaus innovative Aktien-, Zins- und Währungsportfolios. Das Geschäftsfeld in ausgewählten Märkten nimmt eine erfolgreiche Nischenposition ein. Im Eigenhandel werden Portfolio-Strategien verfolgt und in großem Umfang marktneutrale Erträge erwirtschaftet. Im internationalen Geschäft genießt der Konzern durch seine anerkannte Mittel- und Osteuropa-Expertise eine hohe Reputation.

Weitere Segmente in der Konzernberichterstattung

Neben den Kerngeschäftssegmenten werden in der Konzern-Segmentrechnung die Segmente „Corporate Investments“ sowie „Sonstiges/Konsolidierung“ dargestellt.

Mit dem Verkauf der Berliner Bank ergeben sich mit Blick auf die unternehmerische Steuerung Anpassungen in den Segmenten. Um die Kernsegmente Private Kunden und Firmenkunden in ihrer Entwicklung nachvollziehbar abzubilden, werden die Ergebnisse des Verkaufsumfangs Berliner Bank für 2006 und rückwirkend auch für 2005 unter „Corporate Investments“ ausgewiesen. Im Segment „Corporate Investments“ werden für das Jahr 2005 die Ergebnisse der Weberbank Privatbankiers KGaA (Weberbank) und der Berliner Bank ausgewiesen. Da die Weberbank zum 31. August 2005 aus dem Konzern ausschied, zeigt das Segment im Jahr 2006 nur die Ergebnisse der Berliner Bank.

Im Segment „Sonstiges/Konsolidierung“ werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern zusammengefasst dargestellt.

Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.554 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme.

Hinsichtlich der Beteiligungen am Kapital verweisen wir auf den Abschnitt „Organisatorische und rechtliche Struktur“.

Für die Ernennung und Abberufung des Vorstands gelten die gesetzlichen Bestimmungen des § 84 AktG. Für die Änderung der Satzung gelten die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG.

Die Hauptversammlung vom 14. Juli 2006 hat die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2007 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Juli 2006 bis zum 30. September 2007 die Möglichkeit des Erwerbs eigener Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 AktG. Davon wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Bezüglich Angaben zum „Change of Control“ verweisen wir auf den Abschnitt „Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat“.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Konjunkturell gewann die Entwicklung in Deutschland 2006 an Schwung. Im Produzierenden Gewerbe verbesserte sich die Lageeinschätzung im Jahresverlauf kontinuierlich. Die Verlangsamung des Wachstums der US-Wirtschaft wirkte sich noch nicht auf die deutsche Konjunktur aus. Vielmehr bedingte eine rege Auslandsnachfrage mittelbar einen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen im Inland. Die überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung schlug sich mit Beginn des Frühjahrs 2006 auf dem Arbeitsmarkt nieder. Es konnte ein Beschäftigungszuwachs an sozialversicherungspflichtigen Stellen beobachtet werden.

Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick

Für zusätzlichen Auftrieb sorgten Vorzieheffekte mit Blick auf den höheren Mehrwertsteuersatz ab 2007. Auf Seiten der Verbraucher war ein signifikanter Anstieg in den Anschaffungsplänen zu beobachten, der allerdings aufgrund nahezu unveränderter Einkommenserwartungen bestenfalls Nachfragespitzen hervorgerufen haben dürfte. Auf diese hatten sich das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft bereits frühzeitig eingestellt.

Nach fünf Jahren der Stagnation und des Rückgangs verzeichnete die Berliner Wirtschaft 2006 erstmals wieder eine Steigerung der Wirtschaftsleistung. Das Bruttoinlandsprodukt Berlins stieg im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,8 % an.

Vor allem die Exporte Berlins nahmen aufgrund der starken Expansion der Weltwirtschaft im vergangenen Jahr deutlich zu. Weitere Impulse für die Konjunktur kamen darüber hinaus von der Binnennachfrage. Die Arbeitslosenquote ging in Berlin innerhalb eines Jahres um 1,5 Prozentpunkte zurück.

Die verbesserten gesamtwirtschaftlichen Bedingungen und das wirtschaftliche Wachstum Berlins wirkten sich positiv auf den Geschäftsverlauf der Banken in den Geschäftssegmenten aus. Allerdings schmolz das Zinsgefälle zwischen langfristigem Kapital- und kurzfristigem Geldmarkt im Jahresverlauf vollständig ab, so dass positiven Einflüssen auf Geschäftsvolumina und Risikovorsorge negative Rückwirkungen auf den Zinsüberschuss gegenüberstanden. Bei anhaltendem Wettbewerbs- und Margendruck konnte der Konzern im Geschäftsjahr 2006 die Erwartungen insgesamt übertreffen, wozu insbesondere der Erfolg aus der Veräußerung der Berliner Bank beigetragen hat.

Zu der Entwicklung des Personalbestands verweisen wir auf die Darstellung in den Notes.

Restrukturierung und Neuausrichtung

EU-Beihilfeverfahren

Mit ihrer Entscheidung vom 18. Februar 2004 hatte die Europäische Kommission die beantragten Restrukturierungsbeihilfen für den Konzern der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG in vollem Umfang genehmigt. Im Gegenzug musste die Bundesregierung verschiedene Zusagen hinsichtlich der Restrukturierung und Ausrichtung des Konzerns abgeben.

Zu Beginn des Berichtsjahres waren noch folgende Bedingungen der Beihilfegenehmigung umzusetzen:

- Abschluss der Veräußerung oder Liquidation der Beteiligungen an den Immobiliendienstleistungsgesellschaften bis zum 31. Dezember 2005. Diese Zusage wurde mit dem dinglichen Übergang der Beteiligungen an das Land Berlin am 30. Juni 2006 wirtschaftlich rückwirkend zum 1. Januar 2006 abgeschlossen. Der entsprechende Vertrag wurde Ende 2005 geschlossen. Die Bewertungen, welche dem im Jahre 2005 vereinbarten Kaufpreis zugrunde liegen, werden derzeit vertragsgemäß überprüft und gegebenenfalls angepasst.
- Verkauf der Niederlassung Berliner Bank der LBB bis zum 1. Februar 2007. Am 31. Dezember 2006 ging das Geschäft der Berliner Bank auf die Deutsche Bank Privatkunden AG über. Damit wurde auch diese Zusage termingerecht umgesetzt.
- Veräußerung der Anteile des Landes Berlin an der Holding, ehemals Bankgesellschaft Berlin AG, bis zum 31. Dezember 2007. Auch um die Veräußerung in geeigneter Weise vornehmen zu können, wurde die Landesbank Berlin – Girozentrale – zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Ferner wurde nahezu das gesamte Vermögen der Holding auf die LBB übertragen. Diese Maßnahmen dienen der Vorbereitung der Gesamtbankprivatisierung im Sinne der Zusage an die EU-Kommission. Eine ausführliche Darstellung der Maßnahmen zur Vereinfachung der Konzernstruktur enthält der Abschnitt „Eine Bank“.

Der Konzern steht hinsichtlich der Umsetzung der Zusagen in laufendem Kontakt mit den zuständigen nationalen und europäischen Behörden und berichtet regelmäßig über die erzielten Fortschritte an die Europäische Kommission.

Verkauf Berliner Bank

Die LBB schloss am 20. Juni 2006 einen Vertrag über den Verkauf der Berliner Bank an die Deutsche Bank AG („Signing“) ab. Um den Geschäftsübergang zu ermöglichen, wurde zum 1. Oktober 2006 das Geschäft der Niederlassung Berliner Bank in die Berliner Bank AG & Co. KG eingebracht und verselbständigt. Sie verfügt über eine uneingeschränkte Bankerlaubnis gemäß § 32 KWG und ist Mitglied in der Einlagensicherung des Bundesverbands deutscher Banken. Zu diesem Zweck gingen die im Einbringungsvertrag vereinbarten Kundenbeziehungen, Vermögensgegenstände und Mitarbeiter, welche der Niederlassung Berliner Bank der LBB zugeordnet waren, auf das neue Kreditinstitut über. Mit Ablauf des 31. Dezember 2006 übernahm die Deutsche Bank AG die Anteile an der Berliner Bank von der LBB („Closing“). Damit ist der Vorgang der Herauslösung, Veräußerung und Übertragung der Berliner Bank weitgehend abgeschlossen. Im Rahmen einer vertraglich vereinbarten Closing-Bilanzerstellung wird derzeit der endgültige Kaufpreis ermittelt. Im Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge wird ein Ergebnis von 452 Mio. € ausgewiesen. Erforderliche Kaufpreisanpassungen, Rückstellungen für Risiken aus dem Kaufvertrag und nachlaufende Kosten sowie Sonderbonifikationen führen zu einem Veräußerungserfolg in Höhe von 438 Mio. €.

„Eine Bank“

Anfang 2004 wurde das Projekt „Eine Bank“ initiiert. Sein Hauptziel war die Vereinfachung der Konzernstruktur. Dies wiederum sollte zu mehr Transparenz, einer verbesserten Steuerbarkeit und zum Abbau wirtschaftlicher Nachteile führen. Dem Titel des Projekts entsprechend sollten dazu die beiden noch selbständigen Kreditinstitute Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin – Girozentrale – zu einer Bank zusammengeführt werden. Ziel war es, die im Jahre 1818 gegründete Berliner Sparkasse fortzuführen. Das Vorhaben sollte auch die Ausgangsbasis für die von der Europäischen Kommission geforderte Privatisierung der Gesamtbank verbessern. Demnach muss das Land Berlin seine Anteile an der Holding in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren bis spätestens 31. Dezember 2007 veräußern.

Diese Ziele wurden mit Abschluss des Berichtsjahres vollständig erreicht. Das Projekt wurde in vier Schritten umgesetzt und erfolgreich abgeschlossen:

- Mit dem Berliner Sparkassengesetz vom 28. Juni 2005 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus die rechtliche Grundlage für das Vorhaben geschaffen. Auf dieser Grundlage konnte die Landesbank Berlin – Girozentrale – zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und mit der Trägerschaft für die Berliner Sparkasse beliehen werden. Diese wiederum wurde als teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts organisiert. Sie erfüllt einen öffentlichen Auftrag im Dienste des Gemeinwohls für Berlin.
- Zum 1. Januar 2006 gründete die damalige Bankgesellschaft Berlin AG im Wege der rechtsformwechselnden Umwandlung auf der Grundlage des Berliner Sparkassengesetzes in entsprechender Anwendung der aktienrechtlichen Regelungen die Landesbank Berlin AG.

Das Geschäftsjahr 2006 im Überblick

- Am 13. und 14. Juli 2006 beschlossen die Hauptversammlungen der beiden Gesellschaften, im Wege der Ausgliederung das Vermögen der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2006 nahezu vollständig auf die Landesbank Berlin AG zu übertragen. Grundlage dafür war der Ausgliederungs- und Übernahmevertrag vom 29. Mai 2006. Die Beschlüsse wurden wirksam mit ihrer Eintragung im Handelsregister am 29. August 2006. Gleichzeitig wurde die Satzung der Bankgesellschaft Berlin AG an ihre neue Funktion angepasst. Seit erfolgter Ausgliederung nimmt die Bankgesellschaft Berlin AG als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Folgerichtig änderte die Gesellschaft ihre Firma in „Landesbank Berlin Holding AG“. Zwischen der Holding und ihrer 100 %igen Tochter LBB besteht ein Ergebnisabführungsvertrag sowie eine steuerliche Organschaft. Schließlich schlossen die beiden Gesellschaften einen Geschäftsbesorgungsvertrag, weil die Holding über keine eigenen Mitarbeiter verfügt. Der Aufsichtsrat der Holding war von diesen Maßnahmen nicht betroffen. Der Vorstand der Holding wurde auf zwei Mitglieder verkleinert.
- Im September 2006 erfolgte als Abschluss des Projekts „Eine Bank“ die weitere Vereinheitlichung der Informationstechnologie durch die Fusion der vormals technischen eigenständigen Institute Bankgesellschaft Berlin AG, Landesbank Berlin AG und Berliner Sparkasse. Die Fusion verlief trotz hoher Komplexität im Rahmen der Gesamtbankstrategie insgesamt planmäßig und störungsfrei.

Am 19. Dezember 2006 erklärte der Vorstand der Holding gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), auf die Rechte der Gesellschaft aus ihrer Bankerlaubnis nach § 32 KWG zu verzichten. Die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften wurde deshalb durch die BaFin zum 31. Dezember 2006 aufgehoben. Mit dem zugehörigen Abschlussbericht der Bank an die BaFin wurde das Projekt „Eine Bank“ auch formal beendet.

Weitere Maßnahmen

Nachdem 2005 die Sanierungs- und Restrukturierungsphase offiziell beendet wurde, wurden weiterhin Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten und Verbesserung der Ergebnisstruktur konsequent fortgesetzt. Nachfolgend werden diese Schritte entlang der Geschäftsfelder erläutert.

Im Geschäftsfeld Private Kunden wurde ein Ertragssteigerungsprogramm in den Mittelpunkt gestellt, das auf der im Vorjahr erreichten Prozesseffizienz aufbauen konnte. Zum einen wurden die Systeme zur Unterstützung der Kundenansprache und Beratung weiterentwickelt. Zum anderen wurde das Qualitätsverständnis offensiv kommuniziert. Dadurch stieg die Vertriebskraft bei gleichzeitiger Erhöhung der Kundenorientierung. Neue Produkte und Partnerschaften in den wachstumsstarken Geschäften optimierten das Angebot an die Kunden und trugen dazu bei, die führende Marktstellung zu sichern.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden wurden die Maßnahmen einer wertorientierten Vertriebssteuerung in den einzelnen Kundensegmenten und Vertriebskanälen im Jahr 2006 weiterentwickelt. Das Geschäftsjahr war vor allem durch den Ausbau der im Vorjahr eingeführten BusinessLine geprägt. Die Zertifizierung der BusinessLine durch den TÜV Rheinland im September 2006 unterstreicht die hohe Qualität der Prozesse und Serviceleistungen, die den gesamten Beratungsbedarf in diesem Segment abdeckten. Weitere Maßnahmen zur Optimierung einer Vielzahl von Prozessen und die konsequente systematische Hinterlegung in den IT-Systemen wurden vorangetrieben.

In der Immobilienfinanzierung wurden im Jahr 2006 weit über den Erwartungen liegende Vertriebsergebnisse erzielt, mit denen die Bank sich in der Spitzengruppe der Immobilienfinanzierer im Inland etablierte. Strategiekonform lag der Schwerpunkt bei Investorenfinanzierungen in Berlin und den Ballungsräumen der alten Bundesländer. Daneben wurden weiter erfreuliche Fortschritte in der Bereinigung des Bestandsportfolios erzielt.

Im Kapitalmarktgeschäft wurde insbesondere das kundenorientierte Geschäft intensiviert und durch organisatorische und technische Verbesserungen unterstützt.

Geschäftsverlauf 2006

Der Konzern hat auch im Geschäftsjahr 2006 die Erwartungen erfüllt und sogar übertroffen. Die verbesserten gesamtwirtschaftlichen Bedingungen und das wirtschaftliche Wachstum in Berlin beeinflussten den Geschäftsverlauf positiv. Zusätzlich wirkte sich der Erfolg aus der Veräußerung der Berliner Bank aus.

Weiterhin zeigten sich positive Effekte aus der abgeschlossenen Sanierung des Konzerns. Die Fortschritte in der Umsetzung der Auflagen der EU-Kommission zur Beihilfegenehmigung und die erreichten Ergebnisse bei der Neuausrichtung des Konzerns führten insgesamt zu einer verringerten Inanspruchnahme der in den Vorjahren getroffenen Vorsorge für Restrukturierungen. Hingegen haben mit dem Projekt „Eine Bank“ zur Vereinfachung der Konzernstruktur einhergehende Umsetzungsmaßnahmen im Geschäftsjahr zu einmaligen Ergebnisbelastungen in den Verwaltungsaufwendungen geführt.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr weiter gesunken. Der Erhöhung der Positionen, vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie Finanzanlagen aus dem laufenden Geschäft, stehen die Bestandsabgänge durch den Verkauf der Berliner Bank gegenüber.

Die auf die einzelnen Segmente bezogenen Angaben sind in den Notes dargestellt.

Hinsichtlich der Vergleichszahlen 2005 gab es im Konzernabschluss 2006 Anpassungen gemäß IAS 8. Unter Berücksichtigung dieser Anpassung hätte sich ein Ergebnis 2005 von 0,28 € je Aktie (nach veröffentlichten 0,26 € je Aktie) ergeben. Zu Einzelheiten verweisen wir auf den Abschnitt „Anpassungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ in den Notes.

Ertragslage

Hinsichtlich der Posten für die Ertragslage verweisen wir auch auf unsere Darstellungen in den Notes.

in Mio. €	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderungen	
	2006	2005 ¹⁾	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	850	890	-40	-4
Zinserträge	5.535	5.164	371	7
Zinsaufwendungen	4.685	4.274	411	10
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	123	192	-69	-36
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	727	698	29	4
Provisionsüberschuss	368	322	46	14
Provisionserträge	459	409	50	12
Provisionsaufwendungen	91	87	4	5
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	3	-12	15	> 100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	80	167	-87	-52
Ergebnis aus Finanzanlagen	50	61	-11	-18
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	-4	-1	-3	< -100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	636	221	415	> 100
Verwaltungsaufwendungen	1.115	1.130	-15	-1
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	745	326	419	> 100
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	35	-50	85	> 100
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	780	276	504	> 100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	95	-4	99	> 100
Konzernjahresüberschuss / Ergebnis nach Steuern	685	280	405	> 100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	25	7	18	> 100
Konzernjahresüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	660	273	387	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Das operative Ergebnis vor Restrukturierung konnte um 419 Mio. € auf 745 Mio. € gesteigert werden (Vorjahr: 326 Mio. €). Zu der Ergebnissteigerung trugen der Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, der Provisionsüberschuss sowie das positive sonstige betriebliche Ergebnis, hier insbesondere aus dem Verkauf der Berliner Bank sowie weitere Sondereffekte, bei. Diese positiven Effekte wurden durch Rückgänge beim Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten sowie dem Ergebnis aus Finanzanlagen teilweise überlagert.

Insgesamt führte dies, unter Berücksichtigung eines positiven Saldos aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen von 35 Mio. € (Vorjahr: -50 Mio. €), zu einem operativen Konzernergebnis / Ergebnis vor Steuern von insgesamt 780 Mio. € gegenüber 276 Mio. € im Vorjahr.

Der Konzernjahresüberschuss / Ergebnis nach Steuern belief sich für das Geschäftsjahr 2006 auf 685 Mio. € (Vorjahr: 280 Mio. €).

Geschäftsverlauf 2006

in Mio. €	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderungen	
	2006	2005 ¹⁾	in Mio. €	in %
Zinserträge				
Zinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft	4.117	3.955	162	4
Zinserträge aus Finanzanlagen	1.328	1.125	203	18
Laufende Erträge aus Finanzanlagen	23	57	-34	-60
Sonstige Zinserträge	67	27	40	> 100
Summe der Zinserträge	5.535	5.164	371	7
Zinsaufwendungen				
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	4.605	4.196	409	10
Zinsaufwendungen für stille Einlagen des Landes Berlin	78	78	0	0
Laufende Aufwendungen aus Finanzanlagen	2	0	2	x
Summe der Zinsaufwendungen	4.685	4.274	411	10
Gesamt	850	890	-40	-4

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Der **Zinsüberschuss** lag mit 850 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 890 Mio. €. Dies ist insbesondere auf den Margendruck im Wettbewerbsumfeld sowie das reduzierte Zinsgefälle zwischen langfristigem Kapital- und kurzfristigem Geldmarkt zurückzuführen.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** wird mit 123 Mio. € (Vorjahr: 192 Mio. €) ausgewiesen. Der Rückgang ist Ergebnis des weiter konsequenten Risikomanagements und des Abbaus risikobezogener Positionen.

in Mio. €	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderungen	
	2006	2005	in Mio. €	in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	455	318	137	43
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	578	510	68	13
Gesamt	123	192	-69	-36

Der **Provisionsüberschuss** verbesserte sich deutlich und lag mit 368 Mio. € um 46 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Die Steigerung ist insbesondere auf die weiter wachsenden Erträge aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft sowie dem höheren Provisionsüberschuss aus dem Kreditgeschäft zurückzuführen.

Die Struktur des Provisionsüberschusses ist weiterhin geprägt durch die Provisionen aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft sowie durch die für das Retailgeschäft typischen Provisionen für Zahlungsverkehr/Kontoführung. Das Kartengeschäft verzeichnet vor allem durch das gestiegene Volumen bei ADAC-Kreditkarten eine positive Entwicklung.

in Mio. €	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderungen	
	2006	2005	in Mio. €	in %
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	152	127	25	20
Zahlungsverkehr / Kontoführung	131	130	1	1
Kreditgeschäft	27	12	15	> 100
Kartengeschäft	38	34	4	12
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	11	8	3	38
Sonstiger Provisionsüberschuss	9	11	-2	-18
Provisionsüberschuss	368	322	46	14

Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das Provisionsergebnis aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft um 25 Mio. € (20 %) auf 152 Mio. €. Der Überschuss aus dem Kreditgeschäft erhöhte sich um mehr als das Doppelte auf 27 Mio. €. Im Kartengeschäft konnte aufgrund ausgeweiteter Geschäftsaktivitäten eine Steigerung um 4 Mio. € oder 12 % erreicht werden. Das Provisionsergebnis für Zahlungsverkehr/Kontoführung hat sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert.

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) von 3 Mio. € zeigt das Bewertungsergebnis aus effektiven Fair Value-Hedges. Es erhöhte sich um 15 Mio. € gegenüber dem negativen Vorjahresausweis von -12 Mio. €.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten von insgesamt 80 Mio. € (Vorjahr: 167 Mio. €) beinhaltet die entsprechenden Bewertungseffekte und laufenden Erträge aus dem nach IFRS-Rechnungslegungsvorschriften zugeordneten Handelsergebnis von 127 Mio. € (Vorjahr: 509 Mio. €), dem Ergebnis aus Nicht-Handelsbuchderivaten in Höhe von -562 Mio. € (Vorjahr: -204 Mio. €) sowie den zum Zeitwert designierten Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in Höhe von 515 Mio. € (Vorjahr: -138 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen belief sich im Konzern auf 50 Mio. € (Vorjahr: 61 Mio. €) und resultiert überwiegend aus Abgangserfolgen aus der Veräußerung von Schuldverschreibungen, Aktien und Beteiligungen.

Der Posten Ergebnis aus at Equity bewerteten Anteilen von -4 Mio. € (Vorjahr: -1 Mio. €) beinhaltet neben dem laufenden Ergebnis von 3 Mio. € auch die Bewertungsänderungen von insgesamt -7 Mio. €.

Das mit 636 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (221 Mio. €) hohe sonstige betriebliche Ergebnis ist insbesondere in Höhe von 452 Mio. € auf Ergebniseffekte im Zusammenhang mit dem Verkauf der Berliner Bank zurückzuführen. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr Erfolge aus Schuldscheindarlehen (16 Mio. €) und aus der Veräußerung von Sachanlagen (44 Mio. €) realisiert. Zusätzlich ergab sich für Substanz- und Verkehrssteuern und die darauf entfallenden Zinsen für Vorperioden ein Ertragsausweis von insgesamt 64 Mio. €.

Geschäftsverlauf 2006

Die **Verwaltungsaufwendungen** betragen 1.115 Mio. € nach 1.130 Mio. € im Vorjahr und setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderungen	
	2006	2005 ¹⁾	in Mio. €	in %
Personalaufwendungen	589	572	17	3
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	74	111	-37	-33
Andere Verwaltungsaufwendungen	452	447	5	1
Gesamt	1.115	1.130	-15	-1

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Der **Personalaufwand** belief sich auf 589 Mio. € nach 572 Mio. € im Vorjahr. Der weiteren Verringerung der Belegschaft im Konzern und der damit einhergehenden Reduzierung der laufenden Personalaufwendungen standen die Tariferhöhung im Bankgewerbe, die vertragsgemäße Rücknahme eines Teils der Gehaltskürzungen aus der Sanierungsvereinbarung sowie Rückstellungen für Einmalzahlungen gegenüber.

Die **anderen Verwaltungsaufwendungen** (452 Mio. €) einschließlich der **Normalabschreibungen** (74 Mio. €) konnten um 32 Mio. € oder 6 % auf insgesamt 526 Mio. € reduziert werden. Bei den Abschreibungen machten sich u.a. die Abgänge bei den Sachanlagen bemerkbar. Der leichte Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen um 5 Mio. € (1 %) ergab sich einerseits aus Kostenreduzierungen im Rahmen des Kostenmanagements und andererseits aus gegenläufigen Effekten durch die Umsetzung des Projekts „Eine Bank“.

Der positive **Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen** mit 35 Mio. € ist Ergebnis von Teilauflösungen für in den Vorjahren getroffene Vorsorge, die mit Fortschritt der Umsetzung der Maßnahmen nicht in Anspruch genommen werden mussten.

Bei den **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** erfolgt ein Ausweis von insgesamt 95 Mio. € (Vorjahr: Ertrag 4 Mio. €).

Der darin enthaltene tatsächliche **Steueraufwand** beträgt 96 Mio. € (Vorjahr: 57 Mio. €).

Für **latente Steuern** ergab sich im Saldo ein Ertrag von 1 Mio. € (Vorjahr: 61 Mio. €); er steht im Zusammenhang mit der Bildung von aktiven latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge.

Das **vierte Quartal des Geschäftsjahres 2006** war von Sondereffekten geprägt. Das operative Geschäft verlief weiterhin positiv und verstetigte so den Trend des gesamten Jahres.

Vermögenslage

Hinsichtlich der Posten für die Vermögenslage verweisen wir auf die Darstellungen in den Notes.

Die Bilanzsumme des Konzerns verringerte sich zum 31. Dezember 2006 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mrd. € oder 2 % auf 141,6 Mrd. €. Neben den Volumenrückgängen aufgrund des Abgangs der Ber-

liner Bank mit einer Bilanzauswirkung von 2,7 Mrd. € ergaben sich nennenswerte Rückgänge bei den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen sowie den Forderungen an Kunden (inklusive Risikovorsorge). Positionserhöhungen zeigen sich bei den Finanzanlagen sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

AKTIVA

in Mio. €	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderungen	
	2006	2005 ¹⁾	in Mio. €	in %
Barreserve	955	1.279	-324	-25
Forderungen an Kreditinstitute	28.357	27.614	743	3
Forderungen an Kunden	50.898	56.254	-5.356	-10
Risikovorsorge	-1.825	-4.325	2.500	58
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	318	410	-92	-22
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	14.652	17.239	-2.587	-15
Finanzanlagen	43.538	40.586	2.952	7
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	74	84	-10	-12
Immaterielle Vermögenswerte	650	657	-7	-1
Sachanlagen	613	752	-139	-18
Investment Properties	83	183	-100	-55
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	128	119	9	8
Latente Ertragsteueransprüche	798	738	60	8
Sonstige Aktiva	2.270	2.676	-406	-15
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abganggruppen	110	137	-27	-20
Gesamt	141.619	144.403	-2.784	-2

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 28,4 Mrd. € um 0,7 Mrd. € über dem Vorjahresvergleichswert von 27,6 Mrd. €. Dieses ist insbesondere auf die Anlage von Geldern aus Emissionen und den Geldhandel zurückzuführen und betrifft vor allem den Kurzfristbereich bis zu einem Jahr.

Die **Forderungen an Kunden** reduzierten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 5,4 Mrd. € oder 10 % auf 50,9 Mrd. €. Dies war insbesondere auf Bestandsabgänge im Rahmen des Verkaufs der Berliner Bank, Portfolioverkäufe sowie auf die Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen zurückzuführen.

Geschäftsverlauf 2006

Die vorgenannten Maßnahmen führten insgesamt auch zu einem Rückgang des Bestands an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft um 2,5 Mrd. € auf nunmehr 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 4,3 Mrd. €).

Die **positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** befinden sich mit einem Wert von 0,3 Mrd. € auf Vorjahresniveau (0,4 Mrd. €).

Die Veränderung des Zinsniveaus wirkte sich wesentlich auf die Wertansätze der derivativen Finanzinstrumente aus. Die Marktwerte der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerte** reduzierten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2005 um 2,5 Mrd. € auf 14,7 Mrd. € (Vorjahr: 17,2 Mrd. €).

Die **Finanzanlagen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 3,0 Mrd. € auf insgesamt 43,5 Mrd. €. Der Zugang resultierte vor allem aus dem Aufbau strategischer Positionen bei Anleihen und Schuldverschreibungen.

Die nach der **Equity-Methode bewerteten Anteile** hatten einen Wert von 74 Mio. € nach 84 Mio. € im Vorjahr. Im Vorjahr wurden diese in dem Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Die **Immateriellen Vermögenswerte** verringerten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag nur unwesentlich. Sie enthalten Firmen- und Geschäftswerte von 570 Mio. € sowie sonstige immaterielle Vermögensgegenstände von 80 Mio. €.

Die **Sachanlagen** reduzierten sich von 752 Mio. € auf 613 Mio. € oder 18 %. Ursache hierfür waren vor allem Immobilienverkäufe sowie Abgänge im Zusammenhang mit der Veräußerung der Berliner Bank.

Fremdgenutzte Immobilien (**Investment Properties**) haben ein Volumen von 83 Mio. € (Vorjahr: 183 Mio. €). Der Rückgang ist hauptsächlich auf Immobilienverkäufe zurückzuführen. Im Vergleichsjahr waren diese Immobilien im Posten „Sonstige Aktiva“ enthalten.

Die **tatsächlichen Ertragsteueransprüche** werden mit insgesamt 128 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 9 Mio. € leicht erhöht dargestellt.

Die **latenten Ertragsteueransprüche** erhöhten sich um 60 Mio. € auf 798 Mio. €. Im Vorjahr wurden die Ertragsteueransprüche in einem Bilanzposten zusammengefasst ausgewiesen.

Der Rückgang der **Sonstigen Aktiva** um 0,4 Mrd. € auf 2,3 Mrd. € ist im Wesentlichen auf die Erfüllung von Forderungen aus Rückzahlungsvereinbarungen zurückzuführen.

Der Ausweis im Posten der **zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögensgegenstände und Abgangsgruppen** betrifft hauptsächlich die Vermögenswerte eines Tochterunternehmens.

PASSIVA

in Mio. €	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderungen	
	2006	2005 ¹⁾	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	48.935	42.010	6.925	16
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.367	32.421	-4.054	-13
Verbriefte Verbindlichkeiten	32.358	33.606	-1.248	-4
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.090	850	240	28
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	21.434	25.546	-4.112	-16
Rückstellungen	1.463	1.673	-210	-13
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	167	144	23	16
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	71	61	10	16
Sonstige Passiva	1.778	2.223	-445	-20
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	8	100	-92	-92
Nachrangkapital	3.328	3.868	-540	-14
davon: Stille Einlagen	700	1.100	-400	-36
Eigenkapital	2.620	1.901	719	38
Gezeichnetes Kapital	2.554	2.554	0	0
Eigene Aktien	0	-70	70	100
Kapitalrücklage	77	15	62	> 100
Gewinnrücklagen	-399	-515	116	23
Neubewertungsrücklagen	137	250	-113	-45
Rücklage aus Währungsumrechnung	1	1	0	0
Anteile im Fremdbesitz	97	36	61	> 100
Bilanzgewinn / -verlust	153	-370	523	> 100
Gesamt	141.619	144.403	-2.784	-2

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6,9 Mrd. € oder 16 % auf 48,9 Mrd. €. Auch hier betrifft die Erhöhung, analog Forderungen an Kreditinstitute, vor allem die Fristigkeiten bis zu einem Jahr.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** reduzierten sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Mrd. € oder 13 % auf 28,4 Mrd. €. Bei einer Gesamtausweitung des Geschäftsvolumens wirken die Bestandsabgänge aus dem Verkauf der Berliner Bank von 4,8 Mio. € gegenläufig.

Das Volumen der **Verbrieften Verbindlichkeiten** ging von 33,6 Mrd. € um 1,2 Mrd. € oder 4 % auf 32,4 Mrd. € zurück. Hiervon entfallen auf die begebenen Öffentlichen Pfandbriefe 0,8 Mrd. € und die Schuldverschreibungen 0,4 Mrd. €.

Die **negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** (1,1 Mrd. €) blieben gegenüber dem Vorjahr (0,9 Mrd. €) nahezu unverändert.

Geschäftsverlauf 2006

Das Volumen der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen** verringerte sich unter anderem aufgrund der Veränderung des Zinsniveaus um 4,1 Mrd. € auf 21,4 Mrd. €. Wir verweisen auch auf die Entwicklung der erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerte.

Die **Rückstellungen** waren mit einem Bestand von 1,5 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresstichtag nahezu unverändert.

Die **tatsächlichen Ertragsteuerverpflichtungen** erhöhten sich um 23 Mio. € auf 167 Mio. €.

Die **latenten Ertragsteuerverpflichtungen** stiegen um 10 Mio. € auf 71 Mio. € an. Zum 31. Dezember 2005 wurden die tatsächlichen und die latenten Ertragsteuerverpflichtungen in einem Posten zusammengefasst.

Der Posten **Sonstige Passiva** beinhaltet unter anderem die Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Land Berlin aus der Rückführung der stillen Einlage.

Die zur **Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordneten Verbindlichkeiten** verringerten sich um 92 Mio. € auf nur noch 8 Mio. € und betreffen die Verbindlichkeiten eines Tochterunternehmens.

Die **bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel** der Gruppe gemäß Kreditwesengesetz (KWG) zum 31. Dezember 2006 betrugen insgesamt 4,8 Mrd. €. Die Kernkapitalquote nach KWG lag bei 7,2 % (Vorjahr: 8,1 %), die Gesamtkennziffer nach KWG bei 10,6 % (Vorjahr: 11,6 %). (Nach Feststellung der Jahresabschlüsse).

Der Posten **Nachrangkapital** beinhaltet nachrangige Verbindlichkeiten und Einlagen aus stiller Beteiligung des Landes Berlin. Von den stillen Einlagen in Höhe von ursprünglich insgesamt 1,1 Mrd. € wurden im Geschäftsjahr 400 Mio. € zurückgeführt. Die entsprechende Rückzahlungsverpflichtung wird zum Abschlussstichtag unter dem Bilanzposten „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

Das **Eigenkapital** des Konzerns erhöhte sich um 0,7 Mrd. € auf 2,6 Mrd. €. Haupteinflussfaktoren für diese Veränderungen waren der Konzernjahresüberschuss (685 Mio. €) und Effekte aus der Veränderung der Neubewertungsrücklage (-113 Mio. €). Die Veräußerung der eigenen Aktien wirkte sich mit 132 Mio. € aus. Auf den Eigenkapitalspiegel wird verwiesen.

Finanzlage

Auf eine detaillierte Analyse der Kapitalflussrechnung wird verzichtet, da aus dieser keine steuerungsrelevanten Impulse abgeleitet werden. Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem KWG abgeleiteten Grundsätzen, die wir im Risikobericht dargestellt haben. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellung zur Kapitalflussrechnung.

Auswirkungen der Konsolidierungen

Die Posten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie das Konzern-Bilanzvolumen werden maßgeblich durch die LBB und die Berlin Hyp bestimmt. Der Rückgang bei der Holding und der Zugang bei der Landesbank Berlin AG sind auf die weitgehende Verlagerung des Geschäfts auf die LBB zurückzuführen. Bezogen auf den Summenabschluss entfallen 95,5 % (Vorjahr: 95,6 %) der Bilanzsumme auf diese Gesellschaften.

Nachtragsbericht

Ein wertberichtigtes Engagement wurde im März 2007 vollständig zurückgezahlt. Die gebildete Wertberichtigung in Höhe von 15,4 Mio. USD (11,7 Mio. €) konnte in 2007 aufgelöst werden.

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 0,06 € je Aktie zu zahlen.

VERTEILUNG DES BILANZVOLUMENS AUF DIE GESELLSCHAFTEN

in %	2006	2005
Landesbank Berlin Holding AG	1,9	34,4
Landesbank Berlin AG	65,8	41,3
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	24,6	17,9
LBB International S.A.	3,2	2,0
	95,5	95,6
Anderer Konzerngesellschaften, SPV's, Spezialfonds	4,5	4,4
	100,0	100,0

Herr Uwe Kruschinski verlässt den Vorstand der Landesbank Berlin AG zum 30. Juni 2007 aus persönlichen Gründen und in freundschaftlichem Einvernehmen.

Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2006 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.“

Seit erfolgter Ausgliederung nimmt die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100 %igen Beteiligung an der Landesbank Berlin AG (LBB). Nahezu das gesamte Geschäft der Holding wurde im Geschäftsjahr auf die LBB übertragen, so dass auch deren Risiken in die LBB übergeleitet wurden.

Die Aufgaben der Holding werden durch Geschäftsbesorgungsverträge von der LBB erbracht. Zwischen der Holding und der LBB besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Ausführliche Erläuterungen hierzu sind den Abschnitten „Unternehmensdarstellung“ und „Restrukturierung und Neuausrichtung“ des Lageberichts zu entnehmen.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Der Konzern geht Risiken auf Grundlage der vom Vorstand der LBB verabschiedeten und kommunizierten Risikostrategie ein.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Im Risikohandbuch wird beschrieben, welche Risikoarten im Konzern vorhanden sind, wie das Risikomanagementsystem aufgebaut ist, wie die konzern-einheitlichen Risikomessmethoden beschaffen sind, aus welchen Bestandteilen das Risikofrüherkennungssystem besteht, welche Regelungen und Zuständigkeiten hinsichtlich des Risikomanagements und welche Berichtsstrukturen es gibt.

Gesamt-Risikosteuerung

Die ganzheitliche Risikosteuerung des Konzerns erfolgt durch das mit allen Vorständen der LBB besetzte Risk Review Komitee (RRK). Das RRK nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Anhand des vorgelegten Konzernrisiko-Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, diskutiert das RRK monatlich die Gesamtrisikolage und reagiert gegebenenfalls mit entsprechenden Entscheidungen.

Inhaltlich werden im Konzern folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
 - Kreditrisiken
 - Länderrisiken
 - Kontrahentenrisiken
 - Anteilseignerrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken
- Immobilienrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken

Im Verlauf des Berichtsjahres wurde das interne Risikotragfähigkeitskonzept methodisch abgeschlossen. Es beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Dabei sind nun für alle Risikokategorien interne Risikomessmethoden implementiert worden. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamt-Risikolage erfolgt durch Gegenüberstellung des zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehenden Kapitals (Risikodeckungsmasse). Einbezogen sind Adressenausfallrisiken inklusive Anteilseignerrisiken, Marktpreisrisiken, Operationelle Risiken und Restrisiken. Seit März 2006 wird zusätzlich die Kategorie Immobilienrisiko einbezogen. Bei den Kreditrisiken wird seit Anfang 2006 das Risikokapital nach dem internen Kreditportfoliomodell (Credit-Value-at-Risk) ermittelt. Mit diesem risikoadäquateren Verfahren können auch Risikokonzentrationen besser erfasst werden.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko nunmehr für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (z.B. Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

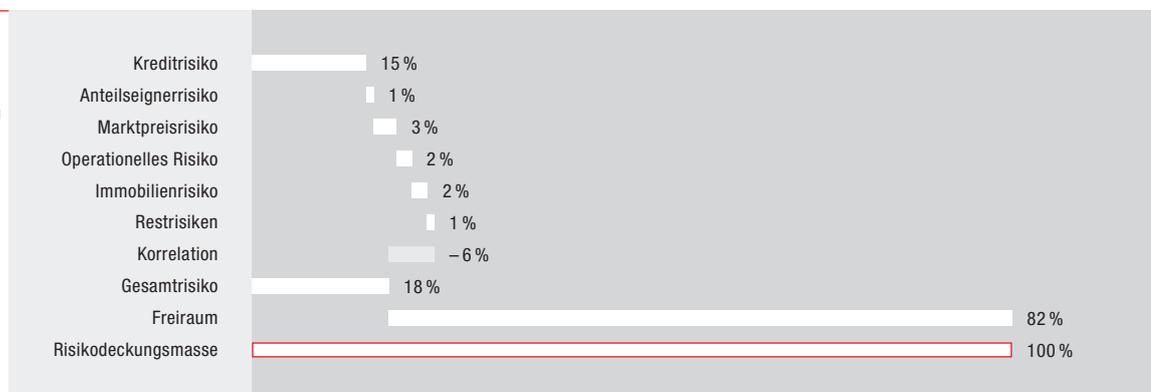
Um die Gesamtbanksteuerung weiter zu verbessern, wurde ein Risikokapital auf Gesamtebene und für die Geschäftsfelder festgelegt. Das Risikokapital existiert zusätzlich zu den bereits bestehenden Limiten und fungiert als von den strategischen Zielen abgeleitete Beobachtungsgrenze. So können bei Annäherung an diese Grenze bereits frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse verabschiedet. Diese wurden 2006 auch auf die Geschäftsfelder ausgeweitet. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen – das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 % –, entscheidet das RRR über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Auf Konzernebene gab es im Berichtsjahr sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch der gesetzten Limite jederzeit einen ausreichenden Freiraum. Auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden stets mit deutlichem Freiraum eingehalten.

Risikobericht

Inanspruchnahmen
nach Risikoarten
für den Konzern zum
31. Dezember 2006



Die prozentualen Inanspruchnahmen je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2006 im Konzern wie oben aufgeführt dar.

Basel-II-Umsetzung

Die Anforderungen der neuen Solvabilitätsverordnung, basierend auf den Rahmenbedingungen des II. Baseler Accords (Basel II), die ab dem 1. Januar 2007 in Kraft getreten sind, setzte der Konzern im Rahmen eines Projekts mit folgenden Zielen erfolgreich um:

- Sicherstellung der Meldefähigkeit nach Basel II unter Berücksichtigung der relevanten Töchter und Beteiligungen
- Eigenkapitalschonende Umsetzung der Baseler Anforderungen
- Vorbereitung der nach Basel II erforderlichen Erweiterung der Risikosteuerung
- Anpassung der betroffenen Kredit- und Meldeverfahrenprozesse
- Erfüllung der Offenlegungsanforderungen

Umgesetzt wurde der auf internen Ratings basierende IRB-Basisansatz zur Berechnung der Eigenkapitalanforderung für Kreditrisiken. Die Verwendung dieses Ansatzes reduziert die Eigenkapitalbelastung gegenüber dem Standardansatz. In der zweiten Hälfte des Jahres 2006 erfolgte die Abnahmeprüfung durch die Bankenaufsicht. Als Resultat wurde dem Konzern wie auch der LBB die Zulassung zur Nutzung der im Projekt umgesetzten Lösung zur Eigenkapitalberechnung ausgesprochen.

Die technische Umsetzung erfolgte entsprechend der IT-Strategie der Bank auf SAP-Basis. Dazu wurde die SAP-Basel-II-Lösung implementiert, die auf einer zentralen Datenhaltung basiert.

Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) geben auf der Grundlage des § 25a Abs. 1 KWG einen Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagements in Kreditinstituten vor. Die MaRisk ersetzen die Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH), Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute (MaK) und die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision der Kreditinstitute (MaIR); die neuen Bestimmungen sind grundsätzlich zum 1. Januar 2007 zu erfüllen.

Das Projekt zur Umsetzung im Konzern ist erfolgreich beendet worden. Die neuen Anforderungen der MaRisk etwa für operationelle Risiken oder für das Risikomanagementsystem auf Gesamtbankebene waren bereits größtenteils umgesetzt. Der bereits bestehende New Product Prozess bei Handelsgeschäften wurde auf Nicht-Handelsgeschäfte erweitert. Handlungsbedarf bestand im Wesentlichen darin, die umfangreichen Dokumentationsanforderungen zu erfüllen und die Dokumentenstruktur und Inhalte entsprechend den MaRisk-Anforderungen anzupassen. Die entsprechende Überarbeitung der Risikostrategie und des Risikohandbuchs ist abgeschlossen.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dabei werden die oben genannten Risikokategorien (siehe Gesamt-Risikosteuerung) unterschieden. Das Settlementrisiko, das heißt das Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt, wird als Unterart des Kontrahentenrisikos definiert. Emittentenrisiken werden als Teil des Adressenausfallrisikos betrachtet.

Kreditrisiken

Bei der Steuerung der Kreditrisiken ist es das übergeordnete Ziel, die Risikopotenziale des Konzerns zu messen, zu überwachen und unter Risiko-Rendite-Gesichtspunkten zu optimieren. Dazu ist es notwendig, die Risiken des Neugeschäfts zu erkennen, abzuwägen und zu begrenzen, die Risiken des vorhandenen Portfolios zu identifizieren und zu messen sowie die Struktur des Kreditportfolios zu diversifizieren und damit die Risikopotenziale insgesamt zu steuern.

Das Kreditrisikomanagement und -controlling im Konzern wurde weiter ausgebaut. Basis hierfür ist die Kreditevidenzdatenbank, in der risikorelevante Daten aller Produkte von allen Teilbanken und allen Kunden erfasst und konsolidiert werden. Darauf aufbauend werden in einem Limitmanagementsystem die Portfolios limitiert und gesteuert.

Durch die kontinuierliche Verbesserung des regelmäßigen Kreditrisikoreportings haben wir die Transparenz über die Strukturen und die Entwicklungen in den Kreditportfolios weiter erhöht. Durch zahlreiche Aktivitäten zur systematischen und zielgerichteten Verbesserung der Datenqualität wurden die Aussagekraft des Reportings und die Genauigkeit der Portfoliosteuerung weiter verbessert.

Im Berichtsjahr wurde ein einheitliches Sicherheitenmanagementsystem – das System SMS der FinanzIT – in der LBB eingeführt. Dieses gewährleistet eine institutsweit konsistente Erfassung der Sicherheitenobjekte und Sicherheitenverträge. Damit werden Auswertungen zu der Besicherung der Kreditengagements auf Portfoliobasis zeitnäher und effizienter möglich.

Kreditrisikomessverfahren

Die Gefahr des Ausfalls eines einzelnen Kreditnehmers wird anhand eines Bonitätsratings beurteilt. Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt die Ermittlung einer Ratingklasse für jeden Kreditnehmer. Den insgesamt 18 Ratingklassen ist jeweils eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Dies gewährleistet die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über Segmente hinweg. Ebenso ist die Ratingklasse Voraussetzung für die im Folgenden beschriebenen Verfahren zur Quantifizierung der Portfoliorisiken.

Risikobericht

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und den anderen Landesbanken hat der Konzern in den vergangenen Jahren Ratingsysteme entwickelt, welche die Ausfallrisiken der Kreditnehmer trennscharf quantifizieren. Durch laufendes Backtesting und daraus resultierende Anpassungen wird die Vorhersagegüte der Rating-systeme ständig verbessert. Für alle relevanten Kreditnehmersegmente werden mittlerweile moderne Ratingverfahren eingesetzt. Im Rahmen der in der Regel jährlichen Aktualisierung wurden nahezu alle Kreditnehmer mit einem der neuen Verfahren beurteilt.

Die Pflege und Weiterentwicklung der aufgeführten Verfahren erfolgt gemeinschaftlich im Rahmen der bewährten Kooperationen.

Die Kreditvergaberichtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten und gibt somit einen Überblick über das Verlustpotenzial eines Engagements. Die Prozesse zur Neubewertung der Sicherheiten garantieren, dass die Werthaltigkeit der Sicherheiten regelmäßig überprüft wird.

Statistisch validierte Aussagen zu den Verlustpotenzialen (den so genannten Loss-Given-Default-Quoten) basieren auf Schätzungen im Rahmen von Projekten mit anderen Landesbanken. Im Berichtsjahr wurde insbesondere die Schätzung der Verlustquoten für das Retail-Geschäft in Zusammenarbeit mit dem DSGV weiterentwickelt.

Kreditportfoliomodell

Die quantitative Analyse der Kreditrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien auf Basis des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells durchgeführt. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen basiert, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Kreditrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis des Konfidenzniveaus 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeld-Portfolios ermittelt und fließt in den monatlichen Gesamtrisikoreport sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Aufgrund der zentralen Bedeutung für die Kreditrisikomessung wurde das Kreditportfoliomodell auch im Berichtsjahr durch den Wirtschaftsprüfer einer vorgezogenen Prüfung unterzogen. Dabei wurde die grundsätzliche Eignung des Modells, die Kreditrisiken sachgerecht zu quantifizieren, bestätigt.

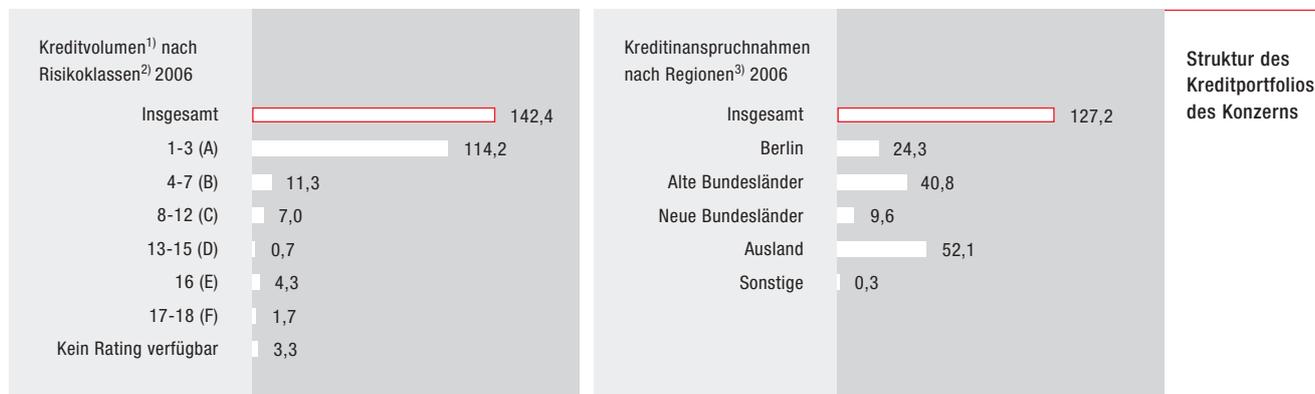
Aufgrund der hohen Sensitivität des Kreditportfoliomodells bezüglich Risikokonzentrationen ist eine Steuerung des Neugeschäfts hin zu einer größeren Risikodiversifikation gewährleistet.

Portfoliosteuerung

Auch im Berichtsjahr hat der Konzern den Prozess der operativen Steuerung und Limitierung der Kreditrisiken weiterentwickelt.

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Dazu existieren Limite für den erwarteten Verlust wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns. Zusätzlich werden Länder- und

in Mrd. € per Jahresende 2006



¹⁾ Kreditvolumen: Kreditinanspruchnahme zuzüglich nicht ausgenutzter Limite, die Kunden extern zugesagt wurden.

²⁾ Die Risikoklasse wurde ermittelt aus Bonitätsklasse unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten. Die in den Vorjahren verwendete Aufteilung in Risikoklassen (A bis F) wurde durch die Risikoklassen 1-18 ersetzt.

³⁾ Die Zuordnung erfolgt aufgrund der Länderschlüssel und der Adresse des Kreditnehmers.

Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen.

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumen nach Branchen/Bonitäten. Dieses ermöglicht die strategische Steuerung der Portfolios.

Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für Kreditengagements, für die der Gesamtvorstand zuständig ist, ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

Länderrisiken

Das Auslandsgeschäft des Konzerns spielt außerhalb des Kapitalmarktgeschäfts nur eine untergeordnete Rolle. Der überwiegende Anteil befindet sich in Ländern mit den besten Länderratings. Zur Steuerung wurden eine Zielregion (Europa, Nordamerika sowie GUS), eine Nichtzielregion und Sonderfälle (beispielsweise für einzelne Handelsgeschäfte) definiert. Im Konzern wurden im Jahr 2006 98 % des Auslands-Volumens in Ländern mit geringem Risiko (Ratingklasse 1 bis 3) getätigt.

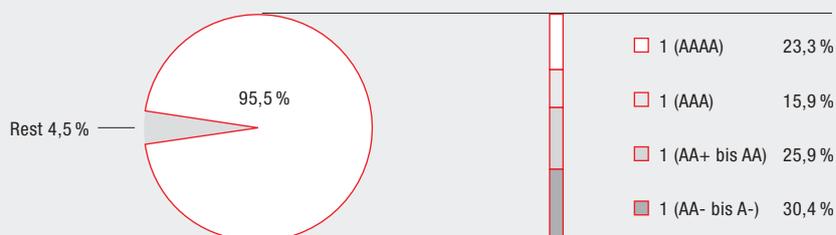
Länderrisiko Konzern⁴⁾

Land	Kreditexposure in Mio. €	Erwarteter Verlust in Mio. €
Zielregion	50.872,5	4,6
davon GUS	1.074,4	4,2
Nichtzielregion	362,4	1,4
Sonderfälle	2.261,0	0,1

⁴⁾ Kreditexposure: Kreditinanspruchnahme zuzüglich nicht ausgenutzter Limite, die Kunden extern zugesagt wurden.

Risikobericht

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften – Konzern 2006



Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Die Adressenausfallrisiken des Handelsgeschäfts werden limitiert und laufend überwacht. Hierbei wird unterschieden zwischen Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditrisiken.

Durch einen täglichen Report stehen dem Handel Informationen über Limite, Inanspruchnahmen und frei verfügbare Limite zur Verfügung. Im Rahmen eines automatisierten Pre-Deal-Limit-Checks werden geplante Geschäfte vor Abschluss den Limiten gegenübergestellt.

Kontrahenten- und Settlementrisiken werden kontinuierlich auf Ebene der einzelnen Kreditnehmer sowohl für den Konzern als auch für die Teilinstitute überwacht und täglich an den Vorstand berichtet.

Die Kreditrisiken des Handels werden über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es uns, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, in jedem Fall jedoch bei Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Aus-

tausch von Collaterals und der Abschluss von Kreditderivaten durchgeführt.

Der Konzern handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität. Für Emittentenrisiken des Handels, die strengen Kriterien unterliegen und eine Laufzeit von weniger als 90 Tagen aufweisen, kann MaRisk-konform der Kreditprozess vereinfacht werden. Für diese Positionen wird kein Rating erstellt. Sie werden in der oben stehenden Graphik unter der Kategorie „Rest“ mit ausgewiesen.

Angaben zu den Derivatevolumina sind in den Notes zu finden.

Bildung der Kreditrisikovorsorge

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, bei denen auch die Kompetenz für Einzelwertberichtigungen liegt. Oberhalb definierter Betragsgrenzen ist die Zustimmung von einzelnen Vorstandsmitgliedern oder des Gesamtvorstands erforderlich.

In einem Report an den Vorstand der LBB wird auf monatlicher Basis sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung gehen die Ergebnisse der oben beschriebenen Weiterentwicklungen des Kreditrisikomessverfahrens (z.B. Rating, Ausfallwahrscheinlichkeit, Loss-Given-Default-Quote) ein. Der Portfoliowertberichtigungsbedarf nach IAS/IFRS resultiert aus diesen Berechnungen und wird quartalsweise festgelegt.

Anteilseignerrisiken

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Risikotragfähigkeitsberechnungen integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden.

Das für das jeweilige Geschäftsfeld steuerungsverantwortliche Management legt sowohl die operativen als auch strategischen Ziele der Beteiligungen als Voraussetzung für eine daraus abzuleitende operative Planung und Steuerung fest. Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des Geschäftsfelds, dem sie zugeordnet sind.

Der Vorstand der LBB wird monatlich über die Risikolage informiert.

Das Projekt „Reduzierung des Beteiligungsportfolios“ wurde im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen. Einzelne Beteiligungen werden im Rahmen der Wahrnehmung der Steuerungsverantwortung auch in Zukunft noch das Portfolio verlassen.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings festgestellt und analysiert.

Im Berichtsjahr wurde die Kategorie Immobilienrisiken eingeführt. Die Risiken aus Grundstücksgeellschaften, die im Vorjahr unter Anteilseignerrisiken ausgewiesen wurden, erscheinen in der neuen Kategorie. Darüber hinaus werden einige Gesellschaften nun nicht mehr dem Anteilseignerrisiko zugeordnet, sondern es erfolgt eine detailliertere, risikartenbezogene Betrachtung und entsprechend der Ausweis unter Markt-, Immobilien- oder Adressenausfallrisiko, je nach Art der in der Gesellschaft vorhandenen Risiken. Insgesamt hat sich die Risikokennziffer bei den Anteilseignerrisiken gegenüber dem Vorjahr im Konzern um 60 % reduziert.

Eine Auflistung des wesentlichen Anteilsbesitzes findet sich in den Notes.

Risikobericht

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und im vollen Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit). Wir unterteilen es in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristigen fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 Kreditwesengesetz (KWG) und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht.

Die Liquiditätskennziffern im Konzern betragen per 31. Dezember 2006:

Teilinstitut	Liquiditätskennziffer
Landesbank Berlin	1,88
Berlin Hyp	1,29

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für den Konzern ein deutlich über den Grundsatz II hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling durchgeführt, das den bankinternen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet und den Bedürfnissen des Konzerns angepasst ist.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling daraufhin überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen dabei in unterschiedlicher Ausprägung den Abfluss kurzfristiger Einlagen, die Ziehung zugesagter Kreditlinien und Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen zum Zweck der Liquiditätsgenerierung. Die hierbei getroffenen Annahmen gehen zum Teil von deutlich höheren Liquiditätsbelastungen aus, als sie durch den Grundsatz II angenommen werden, und sind somit im Hinblick auf die Beurteilung der Liquiditätssituation deutlich konservativer. Zudem wird in allen Szenarien einheitlich unterstellt, dass der Zugang zu unbesicherten Refinanzierungsquellen nicht mehr zur Verfügung steht und die Refinanzierung für jeden Tag im betrachteten Zeitraum ausschließlich über die freien Wertpapierbestände zu sichern ist. Hierbei wird die potenzielle Liquidierbarkeit jedes Wertpapiers im Hinblick auf Verwertungszeiträume und Verwertungskosten berücksichtigt.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refi-

finanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses zur Verfügung gestellt.

Das Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen.

Die Auslastung der Limite war 2006 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko zum Jahresende und auch im Jahresverlauf unbedenklich.

Marktpreisrisiken

Der Konzern geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstigen Preisrisiken in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Jahresziele (Capital-at-Risk¹⁾ (CAR)-Limite transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzern-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

CAPITAL-AT-RISK-LIMITE UND -INANSPRUCHNAHMEN IM KONZERN 2006

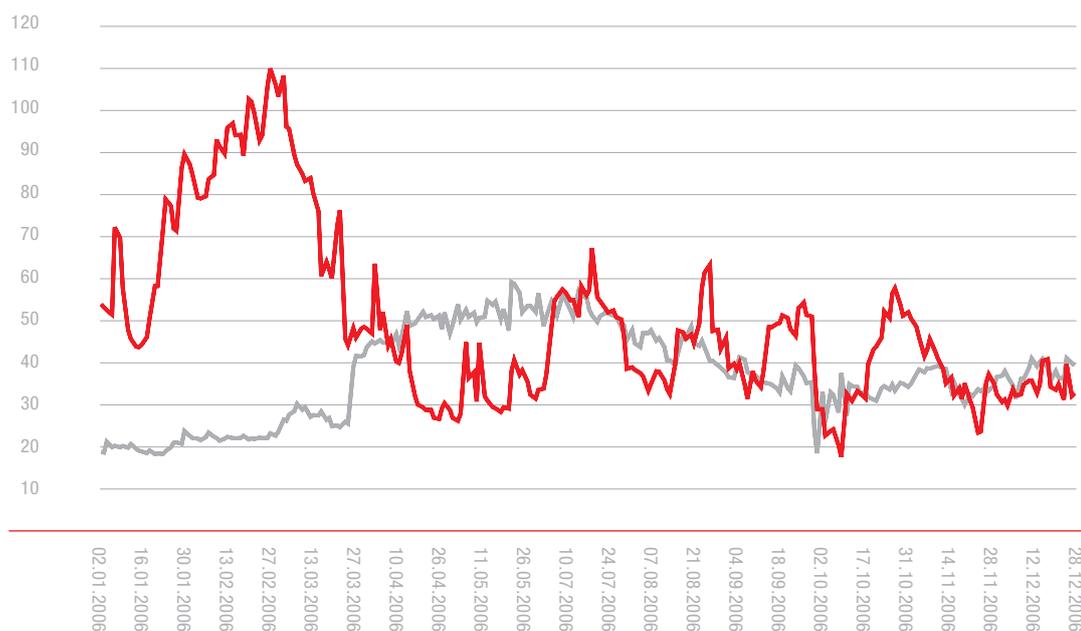
in Mio. €	Capital-at-Risk Konzern 2006			
	Durchschnitt 2006	Minimum 2006	Maximum 2006	Limit per 31.12.2006
Einheit				
Trading	20,4	13,55	34,54	40,00
Client Business	4,07	2,48	9,34	25,00
Treasury	21,93	5,62	36,08	60,00
Internationales Geschäft	1,68	1,30	2,93	5,00
Kapitalmarktgeschäft	37,22	18,29	59,25	75,00
Bankbuch Landesbank	28,73	10,60	43,60	250,00
Bankbuch Berlin Hyp	18,28	2,48	53,30	90,00
Sonstige Bankbücher	3,17	1,53	8,16	11,65
Bankbuch	49,79	17,63	110,11	351,65
LBB Konzern (gesamt)	75,52	37,85	123,66	426,65
Aktienrisiko	30,20	15,24	50,07	
Währungsrisiko	7,33	1,04	12,53	
Zinsrisiko	64,89	34,09	115,14	
Credit Spread Risiko	20,42	2,88	41,25	
LBB Konzern (gesamt)	75,52	37,85	123,66	

¹⁾ Capital-at-Risk bezeichnet das 10-tägige Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %.

MARKTPREISRISIKO DES KONZERNS

in Mio. €

■ Bankbuch ■ Kapitalmarktgeschäft



Im Jahresverlauf 2006 ergaben sich die oben dargestellten Auslastungen für die Handelsbereiche (Kapitalmarktgeschäft) und das Bankbuch.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der CAR-Limite/-Auslastungen und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (z. B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite

oder Vega-Limite). Die Ergebnisse der täglichen CAR- und Gewinn- und Verlustanalysen werden dem für das Risiko-Controlling sowie dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstandsmitglied der LBB zur Kenntnis gebracht.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für die Bankbücher erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung

der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. 14-tägig berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Im Dezember 2004 wurden die internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung aufsichtsrechtlich anerkannt. Seitdem werden die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten des Konzerns auf Basis dieses internen Modells gemeldet. Die Eigenkapitalbindung wurde dadurch erheblich reduziert. Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Regelmäßig und bei Bedarf tritt ein Allgemeines Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfand-

brief- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über implizite Ausfallintensitäten berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil. Dieses Verfahren versetzt die Bank in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der circa 1.900 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und monatlich auf Vorstandsebene diskutiert.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen.

Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung für die Handelsgeschäfte im 15-Minuten-Rhythmus geht das ARMADA-System deutlich über die MaRisk hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Risikobericht

Reporting der Marktpreisrisiken

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten)
- Täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss
- Monatlicher Bericht gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf

Die im Konzern eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

Immobilienrisiken

Das Portfolio der konzerneigenen Immobilien besteht aus Objekten, die im Anlagevermögen der Konzernbanken nach IFRS bilanziert werden oder sich in konzerneigenen Grundstücksgesellschaften befinden.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure – aktuelle Buchwerte, Impairment- bzw. Gutachtenwerte – der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt. Ein Reporting erfolgt vierteljährlich.

Operationelle Risiken

Entsprechend den Rahmenvereinbarungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht sind operationelle Risiken im Konzern definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Gemäß der Risikostrategie des Konzerns obliegt das Risikomanagement den Unternehmensbereichen als Teil ihrer Ergebnisverantwortung. Diese dezentrale Steuerungsverantwortung umfasst die Steuerung von akzeptierten operationellen Risiken und die Eingrenzung und/oder den Transfer nicht akzeptierter operationeller Risiken durch Initiierung und Umsetzung von Gegenmaßnahmen. Die zentrale Controllingfunktion obliegt dem Bereich Controlling, der für die Einführung und Festlegung des Risikomanagementprozesses, von geschäftsfeldübergreifenden Regelwerken und Strategien, von qualitativen und quantitativen Messmethoden, für die Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen sowie für die Datenevidenz verantwortlich ist. Darüber hinaus ist der Bereich Controlling an der Konzeption von Versicherungsmodellen zum Risikotransfer beteiligt.

Der Konzern wird die regulatorische Eigenkapitalunterlegung zukünftig nach dem Standardansatz vornehmen und entwickelt interne Verfahren zur Berechnung der operationellen Risiken laufend weiter. Die aufsichtsrechtliche Anerkennung ist zu einem späteren Zeitpunkt geplant. Die qualitativen Anforderungen in Bezug auf das Management und das Controlling der operationellen Risiken im Zusammenhang mit der Umsetzung der nationalen Anforderungen (SolvV) werden erfüllt.

Interne Verfahren

Durch etablierte Verfahren ist eine einheitliche Aufbau- und Ablauforganisation des Risikomanagements und eines Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken sichergestellt. Mittels der Einbindung der verantwortlichen zentralen Kernkompetenzbereiche (zum Beispiel Personal, Organisation, Informationstechnologie und Recht) einerseits sowie der Geschäftsfelder und Tochtergesellschaften andererseits wird die einheitliche Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems in den Geschäftsbereichen und den Teilunternehmen gewährleistet.

Wesentliche Instrumente des Risikomanagements sind die Risikoinventur (OpRisk-Inventur), das Frühwarnsystem und die systematische Sammlung interner und externer Schadensfälle. Bei der OpRisk-Inventur schätzen alle Geschäftsfelder und die Teilunternehmen ihre Risikosituation anhand von Szenarien und unter Berücksichtigung von Risikoindikatoren sowohl qualitativ in Form von Noten als auch quantitativ in Form einer monetären Bewertung selbst ein. Damit erhält der Konzern Aufschluss über die mögliche Entwicklung der operationellen Risiken und wird auf kritische Risikosituationen hingewiesen.

Die im Konzern durchgeführten organisatorischen und technischen Maßnahmen haben 2006 zu verminderten Risikoeinschätzungen bei der OpRisk-Inventur geführt.

Im Berichtszeitraum wurde das Frühwarnsystem weiterentwickelt. Dazu gehören unter anderem die detailliertere Analyse und Bewertung von wesentlichen Auslagerungen (Outsourcing) des Konzerns entsprechend den aktuellen aufsichtsrechtlichen Entwicklungen sowie ein Ratingsystem für die qualitative Bewertung von Geschäftsprozessen. Das Geschäftsprozess-Rating befindet sich aktuell in ausgewählten Bereichen in der Testphase.

In Ergänzung der seit mehreren Jahren durchgeführten internen Schadensfallsammlung hat sich der Konzern an einem Projekt der VÖB-Service GmbH (Gesellschaft des Bundesverbandes öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.) zum Aufbau eines externen Datenkonsortiums beteiligt. Im Jahr 2006 wurde das Datenkonsortium gegründet und der Datenaustausch begonnen. Dies ermöglicht ein Benchmarking und eine Plausibilisierung der internen Daten, die Weiterentwicklung von Szenarien und statistischen Auswertungen.

Personalrisiken

Nach Abschluss der Restrukturierung konzentrierte sich der Konzern auf die Stärkung der Zukunftsfähigkeit in einem sich weiter wandelnden Markt.

Mit der Kommunikationsoffensive „Aufbruch 2006“ wurden die individuellen Ziele der unterschiedlichen Einheiten im Dialog zwischen den Führungskräften und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch verbindliche Vereinbarungen konkretisiert und insgesamt miteinander abgestimmt.

Diese bildeten die Grundlage für zahlreiche bereichsinterne und -übergreifende Projekte, die in der Regel Produktivitätssteigerungen oder effizientere Prozesse zum Ziel hatten. Die durchgeführten Maßnahmen setzten Schwerpunkte bei den Schulungen im Verkaufsprozess der Retailbereiche sowie bei Expertenqualifizierungen in Spezialbereichen.

Bei den Kundengeschäftsfeldern stand die hohe Qualität der Prozesse und Serviceleistungen im Fokus. In Kernteams wurden einheitliche Service- und Beratungsversprechen definiert und kommuniziert. Zu den Maßnahmen dieser Qualitätsoffensive gehörten auch umfangreiche Vertriebsstrainings, die Telefoncoaching und Führungskräfte-Workshops einbezogen.

Risikobericht

Im Rahmen der Neuausrichtung des Konzerns haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Leitbild entwickelt, das Führung, Zusammenarbeit und Kommunikation in klaren Leitsätzen verbindlich definiert. Daraus abgeleitet wurde zur Sicherung der Führungsqualität und zur Weiterentwicklung der Führungsstandards das Instrument des Führungsfeedbacks in allen Bereichen des Konzerns verpflichtend eingeführt. Es komplettiert die bestehenden Personalinstrumente und sichert die Stabilität und Innovationsfähigkeit der personellen Ressourcen des Konzerns.

Mit diesen Aktivitäten konnten Personalrisiken, die die Handlungsfähigkeit des Konzerns signifikant beeinflussen würden, minimiert werden.

Systemrisiken

Die gesetzten Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen wurden für den Konzern erreicht.

Im September 2006 erfolgte als Abschluss des Projekts „Eine Bank“ die technische Fusion der Institute Bankgesellschaft Berlin AG, Landesbank Berlin AG und Berliner Sparkasse.

Sonstige Maßnahmen aus der konzernweiten Informationstechnologie-Strategie wurden verfeinert und umgesetzt. Im Berichtsjahr wurden die Systeme der Finanzbuchhaltung auf SAP/R3 umgestellt und ein zentrales System für das Sicherheiten-Management eingeführt. Damit trug der Konzern der Notwendigkeit eines homogenen und stabilen Systemumfelds Rechnung.

Die technische Lösung zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen an die IFRS-Rechnungslegung für Forderungen und Verbindlichkeiten wurde zum 1. Januar 2006 in Betrieb genommen. Darüber hinaus wurden umfangreiche technische und organisa-

torische Maßnahmen umgesetzt, um die Qualität der Datenbelieferung der IAS-SAP-Lösung aus den operativen Systemen sicherzustellen und die periodische Erstellung der Bilanzkennzahlen nach HGB und IFRS zu ermöglichen.

Der Konzern hat ferner das Notfallmanagement für die Retailsysteme modernisiert und verfeinert. Auf dieser Basis werden regelmäßige Notfallübungen durchgeführt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den vorausgegangenen Geschäftsberichten dargestellt, haben die Landesbank Berlin AG beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe für die Bankgesellschaft Berlin AG und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin auf die Landesbank Berlin – Girozentrale – (nunmehr firmierend als Landesbank Berlin AG)

Die Europäische Kommission hat die Umstrukturierungsbeihilfen zugunsten der Bankgesellschaft Berlin (nunmehr firmierend als Landesbank Berlin Holding AG) in vollem Umfang genehmigt. Die Entscheidung wurde veröffentlicht und zwischenzeitlich bestandskräftig.

Die Bundesregierung, das Land Berlin und die Bank haben mit der EU-Kommission einen Zeitplan vereinbart, in dem die wichtigsten für die Umsetzung der Zusagen relevanten Maßnahmen aufgeführt sind. Der Fortgang der Restrukturierung und die Umsetzung der einzelnen Zusagen stimmen mit dem dafür vereinbarten Zeitplan überein.

Da die Entscheidung der EU-Kommission inzwischen Bestandskraft besitzt, die Bank alle vereinbarten Maßnahmen bisher plangemäß umgesetzt hat und es für den Konzern außer Frage steht, dass auch die Bundesregierung und das Land Berlin die erforderlichen weiteren Maßnahmen ergreifen werden, um die Zusagen einzuhalten, bestehen nach Auffassung des Konzerns keine Rechtsrisiken aus diesem Beihilfungsverfahren für die ehemalige Bankgesellschaft und den Konzern. Bei dieser Einschätzung darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich bei der Umsetzung der Zusagen um einen komplexen Prozess handelt, für dessen Ablauf – insbesondere für die 2007 vorgesehene Veräußerung der vom Land Berlin an der Holding gehaltenen Anteile – nicht der Konzern alleine verantwortlich zeichnet.

Die EU-Kommission hat entschieden, dass die LBB eine Beihilfe zuzüglich Zinsen an das Land Berlin zurückzugewähren hat. Diese Beihilfe resultiert aus der Einbringung der Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin (danach Investitionsbank Berlin) im Jahr 1993 und der anschließenden Nutzung ihrer Zweckrücklage durch die LBB. Die Entscheidung wurde im Jahre 2005 in vollem Umfang umgesetzt. Die Entscheidung ist veröffentlicht und ist zwischenzeitlich bestandskräftig.

Einigung zwischen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission in der Frage der Berliner Sparkasse

Die Bundesregierung und die Europäische Kommission haben sich darauf geeinigt, dass die Regelungen des § 40 KWG dem Berliner Sparkassengesetz nicht entgegenstehen. Das bedeutet, dass in dem anstehenden Veräußerungsverfahren auch ein privater Investor die LBB erwerben und die Bezeichnung „Berliner Sparkasse“ fortführen darf. Er unterliegt dabei den Maßgaben des Berliner Sparkassengesetzes. Aufgrund dieser Einigung ist sichergestellt, dass die LBB hinsichtlich des Bezeichnungsschutzes für die Berliner Sparkasse in dem von der Kommission geforderten diskriminierungsfreien Verfahren veräußert werden kann. Daher erwachsen dem Konzern hieraus keine Risiken.

Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht nunmehr Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage geltend, für die Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet sind.

Risikobericht

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Von den Risiken des verlustreichen Immobiliendienstleistungsgeschäfts der Vergangenheit wurde der Konzern durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich auf die Werthaltigkeit von Bilanzpositionen bestimmter Beteiligungen des Konzerns, auf die Erfüllung der bestimmten Immobilienfonds zugesicherten Garantien sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien erhält das Land Berlin von der Holding bis einschließlich 2011 eine wirtschaftlich nunmehr von der LBB zu tragende Avalprovision von 15 Mio. € pro Jahr. Daneben hat das Land Berlin einen an bestimmte Bedingungen geknüpften Besserschein erhalten, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der Detailvereinbarung allein zu tragen sind.

Die EU-Kommission genehmigte die Risikoabschirmung durch das Land Berlin unter der Auflage, die von der DetV erfassten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts bis zum 31. Dezember 2005 an konzernfremde Dritte oder an das Land Berlin zu veräußern oder aber zu liquidieren.

Das Land Berlin und der Konzern schlossen im Dezember 2005 einen Kauf- und Abtretungsvertrag über die noch vorhandenen und von der DetV erfassten Gesellschaften. Die Übertragung erfolgte mit dinglicher Wirkung am 30. Juni 2006. Die handelsrechtlichen und steuerlichen Ergebnisse stehen seit dem 1. Januar 2006 dem Käufer zu.

Die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse wurden durch beim Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere zu erwähnen die Abspaltung von der IBAG zur Aufnahme in die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (vormals BB-Data Gesellschaft für Kommunikationssysteme GmbH) (GfBI) sowie die Herauslösung von Sachverhalten der „Erweiterten Negativliste“ zur Aufnahme in die GfBI Immobilien Solutions GmbH (vormals Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien der IBAG-Gruppe mbH) (GfBI IS).

Für die Bewertung der veräußerten Gesellschaften wurden in dem Kaufvertrag mit dem Land bestimmte Annahmen hinsichtlich des vorhandenen Eigenkapitals und der weiteren Geschäftsentwicklung zugrunde gelegt. Die Richtigkeit dieser Annahmen ist anhand der zum 30. Juni 2006 für die Gesellschaften zu erstellenden Zwischenabschlüsse zu prüfen. Diese Prüfung dauert noch an und wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2007 abgeschlossen. Für aus der Überprüfung möglicherweise entstehende weitere Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Land hat der Konzern in ausreichendem Umfang Rückstellungen gebildet.

Die LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV), in der das Risikomanagement und -controlling hinsichtlich der DetV zusammengefasst war, ist an das Land übergegangen. Den aus den auch weiterhin insbesondere von den Konzernbanken zu beachtenden Regeln der DetV im Grundsatz weiterhin resultierenden Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der Controlling-Gesellschaft des Landes (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

Die im Konzern verbliebenen und der GfBI bzw. deren Tochtergesellschaft zugeordneten Risiken, insbesondere die Sachverhalte der „Erweiterten Negativliste“ sowie weitere nicht unter die DetV fallende Positionen werden zentral in der GfBI bearbeitet und dort durch ein entsprechendes Risikomanagement- und -controllingsystem gesteuert und überwacht.

Im Zusammenhang mit der Übertragung wurden, wie bereits erwähnt, verschiedene gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen vorgenommen. Die einschlägigen Bestimmungen des Aktienrechts bzw. des Umwandlungsrechts gewähren bei derartigen Umstrukturierungen den Gläubigern der betroffenen Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf Sicherheitsleistung für ihre bestehenden Forderungen. Entsprechende Ansprüche wurden mittlerweile bei der Holding, der LBB, der GfBI und der GfBI IS angemeldet. Sie werden derzeit auf ihre Berechtigung geprüft. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Sollte in diesem Zusammenhang vom Konzern Sicherheit zu leisten sein, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert, so dass eine Erweiterung der Verpflichtungen des Konzerns hierdurch nicht entstehen kann.

Einen wesentlichen Beitrag zur Risikobegrenzung stellt der Ende 2005 begonnene und im Berichtsjahr fortgeführte Kauf von Fondsanteilen dar. Dabei hat die FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, eine Tochtergesellschaft der LPFV, den Zeichnern von insgesamt 15 Fonds, die von der IBV aufgelegt wurden, ein Angebot zum Erwerb ihrer Anteile unterbreitet. Alternativ wurde den Zeichnern von 13 der zuvor bezeichneten Fonds die Möglichkeit eingeräumt, bei der Landesbank Berlin ein Darlehen zu beantragen, das von dieser treuhänderisch vergeben und durch eine Sicherungs-

abtretung der jeweiligen Fondsanteile besichert wird. Bei den oben genannten Maßnahmen hat das Land Berlin zuvor zugestimmt, so dass sie von der Freistellung nach Detailvereinbarung erfasst sind. Dies stellt gleichzeitig eine weitere Maßnahme dar, die den erfolgreich beendeten Sanierungsprozess flankiert.

Nichtigkeit der in Geschäftsbesorgungsverträgen enthaltenen Vollmachten zum Abschluss von Kreditverträgen

Nach inzwischen ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind von einem Kunden abgeschlossene umfassende Geschäftsbesorgungsverträge mit einem Vermittler, der nicht Rechtsanwalt ist, wegen Unvereinbarkeit mit dem Rechtsberatungsgesetz gemäß § 134 BGB nichtig. Die hierzu noch in den vorangegangenen Berichtsjahren anhängigen Streitigkeiten wurden zwischenzeitlich weitgehend beendet. Im Übrigen ist ausreichend Vorsorge getroffen.

Prospekthaftungsklagen im Zusammenhang mit geschlossenen Immobilienfonds (IBV-Fonds) sowie Klage einer Fondsgesellschaft

Gegen die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr die Holding), die LBB und weitere Gesellschaften des Konzerns sind einzeln oder – in jeweils unterschiedlichen Konstellationen – gemeinsam Klagen wegen der Erstellung beziehungsweise des Vertriebs angeblich fehlerhafter Prospekte von IBV-Fonds erhoben worden. Die Fonds waren durch die Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, nunmehr firmierend als Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der BIH-Gruppe (IBV), initiiert worden.

Risikobericht

Gemeinsam mit dem Land Berlin hat der Konzern ein so genanntes streitschlichtendes Angebot entwickelt, das den Zeichnern von 15 IBV-Fonds Ende November 2005 unterbreitet wurde. Aufgrund dieses Angebots, das im Rahmen der Detailvereinbarung erfolgte, haben 4.515 von ursprünglich rund 7.700 klagenden Zeichnern ihre Klagen zurückgenommen, um von dem streitschlichtenden Angebot Gebrauch zu machen.

In 14 vom Landgericht Berlin bisher entschiedenen Verfahren wurde die Klage wegen angeblicher Prospekthaftungsansprüche gegen die LBB abgewiesen. Davon sind fünf Entscheidungen rechtskräftig geworden. Urteile, in denen Prospekthaftungsansprüchen gegen die LBB oder die Holding stattgegeben wurde, liegen bisher nicht vor.

Die Holding und die LBB haben bei den Fonds „LBB Fonds 2“, „IBV International 1“ und „IBV International 2“, „BerlinHyp Fonds 1“ und „BerlinHyp Fonds 2“ und den „IBV Leasing Fonds“ bis zum 31. März 2007 bzw. 30. April 2007 weiterhin auf die Einrede der Verjährung bezüglich der möglichen Ansprüche der Zeichner aus der so genannten engen und/oder weiten Prospekthaftung verzichtet.

Sofern die Zeichner in den Prospekthaftungsklagen obsiegen sollten, ist der Konzern (vormals Bankgesellschaft Berlin) gegen die Klagesummen durch die Detailvereinbarung abgesichert.

Ferner hat eine Fondsgesellschaft, „LBB Fonds 13“, am 28. Dezember 2004 Klage auf Schadensersatz in Höhe von 29,25 Mio. € gegen die jetzige Holding, die LBB und die IBG im Zusammenhang mit der Übertragung von Swaps auf die Fondsgesellschaft im Jahre 1998 erhoben. Der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH i.L. und der IBV wurde der Streit verkündet. Der Konzern hat eine entsprechende Vorsorge getroffen.

Rechtsfolgen aus den Urteilen des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 14. Juni 2004

In mehreren Urteilen hatte der 2. Zivilsenat des BGH am 14. Juni 2004 unter anderem zur Rückabwicklung von Finanzierungen für Beteiligungen an geschlossenen Fonds und zur fehlerhaften Angabe von Gesamtkreditkosten in Verbraucherkreditverträgen Stellung genommen, die der Beteiligung an geschlossenen Fonds gedient haben. Vor dem Hintergrund der jüngeren Rechtsprechung des BGH konnten die in den vorangegangenen Berichtsjahren geltend gemachten Ansprüche der Kunden weitestgehend erfolgreich zurückgewiesen und das bestehende Streitwertvolumen signifikant gesenkt werden. Bezüglich der noch bestehenden streitigen Fälle wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen.

Auswirkungen der Streitigkeiten mit dem DSGVO über die Zugehörigkeit zum Öffentlichen Sektor

Die LBB streitet mit dem DSGVO e.V. vor dem Landgericht Berlin über die weitere Zugehörigkeit zum Verband und die zukünftige Nutzung der Marken des DSGVO durch die LBB und die Berliner Sparkasse. Die LBB hat erstinstanzlich in diesem Verfahren obsiegt. Aufgrund dieses Urteils ist sowohl festgestellt, dass die LBB Mitglied im DSGVO ist, als auch, dass LBB und Berliner Sparkasse die DSGVO-Marken uneingeschränkt nutzen können. Es ist derzeit nicht abzusehen, ob der DSGVO e.V. gegen dieses Urteil Berufung einlegen wird. Die LBB hält das rechtliche Risiko aus dieser Streitigkeit für gering.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Die im September 2005 durch den Vorstand der LBB verabschiedete Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und wurde im Berichtsjahr fortgeschrieben.

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an strategischen und durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in der Vorstandssitzung präsentiert. Damit wird gleichzeitig die Einhaltung der Strategie regelmäßig überprüft.

Die Vorbereitungen zur Privatisierung der Holding binden erhebliche Ressourcen.

Veräußerung der Berliner Bank

Gemäß der Entscheidung der EU-Kommission vom 18. Februar 2004 war der Konzern verpflichtet, das unter der Marke „Berliner Bank“ in einer eigenen Niederlassung der Landesbank geführte Geschäft bis zum Jahr 2007 zu veräußern. Die Entscheidung sieht die Vertragsunterzeichnung bis zum 1. Oktober 2006 und die Umsetzung bis zum 1. Februar 2007 vor. Die Veräußerung wurde in einem offenen, diskriminierungsfreien und transparenten Bieterverfahren konform zur Entscheidung der EU-Kommission durchgeführt.

Bereits am 20. Juni 2006 unterzeichnete die LBB mit der Deutschen Bank AG einen Vertrag über den Verkauf der Berliner Bank. Zum 1. Oktober 2006 wurden das der Berliner Bank als Niederlassung der LBB zugeordnete Vermögen, alle Mitarbeiter und Kunden in die neugegründete Berliner Bank AG & Co. KG übertragen. Mit Wirkung vom 31. Dezember 2006 hat die LBB sämtliche Anteile an der Berliner Bank AG & Co. KG an die Deutsche Bank AG verkauft. Damit hat die Landesbank die Auflage der EU-Kommission vollständig und vor Fristablauf umgesetzt.

Die Risiken aus den beihilferechtlichen Anforderungen an Veräußerungsumfang und -verfahren haben sich damit erneut deutlich reduziert. Sie wurden bereits unter den rechtlichen Risiken dargestellt.

Für die noch nach dem Verkauf der Berliner Bank durchzuführenden technischen, organisatorischen und personellen Maßnahmen bestehen ausreichende Rückstellungen.

Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Die derzeit zu beobachtende Auftragsentwicklung signalisiert eine anhaltend hohe Investitionsneigung im Inland. Demgegenüber lässt die Dynamik im Export und in der Bauwirtschaft nach. Ferner ist die von der Geldpolitik ausgehende Schubkraft für die deutsche Wirtschaft zum Jahreswechsel deutlich geringer geworden. Da die amerikanische Wirtschaft ihren ehemaligen Wachstumsvorsprung kurzfristig nicht zurückgewinnen dürfte, ist auch für Deutschland von einem anhaltenden, aber verhalteneren Expansionstempo auszugehen.

Dennoch sind die wirtschaftlichen Perspektiven der Region Berlin-Brandenburg für 2007 im Vergleich zur schwachen Entwicklung der zurückliegenden Jahre positiv. Im verarbeitenden Gewerbe stiegen die Bestellungen nochmals deutlich und die Auftragsbestände erreichten ein hohes Niveau. Zudem stützen die verbesserte Arbeitsmarktsituation, der verstärkte Berlin-Tourismus sowie die Wachstumsimpulse aus den neuen EU-Ländern die konjunkturelle Entwicklung. Allerdings limitieren steuerliche Mehrbelastungen sowie die Maßnahmen zur Konsolidierung der Sozialkassen die Spielräume für steigende private Konsumausgaben. Insgesamt sollte sich 2007 dennoch im zweiten aufeinander folgenden Jahr ein Anstieg der regionalen Wirtschaftsleistung um mindestens 1 % ergeben.

Auch mittelfristig haben sich die Wachstumsaussichten verbessert. Der Wirtschaftsstandort Berlin kann im nationalen Vergleich mittlerweile auf eine hohe Forschungs- und Entwicklungsintensität sowie Erfolge bei der Produktivitätssteigerung verweisen. In Verzahnung mit vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen ist von einem Präsenzausbau speziell in innovativen Branchen auszugehen. Als Kompetenzfelder sind dabei die Bio- und Medizintechnik, die Verkehrstechnik, die Informations- und Kommunikationstechnik im Verbund mit dem Medienbereich sowie die Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg hervorzuheben.

Während die Aussicht für die Gesamtwirtschaft durchaus positiv ist, bleiben die Rahmenbedingungen für das Kreditgewerbe verhältnismäßig schwierig. Die Zinsstrukturkurve dürfte auch künftig flach bleiben und folglich Ertragspotenziale aus der Fristentransformation begrenzen. Darüber hinaus hält der Konsolidierungsdruck auf dem deutschen Bankenmarkt bei gleichzeitig intensiverer Marktdurchdringung durch ausländische Institute an.

Geschäftliche Ausrichtung

Der Bankkonzern ist darauf ausgerichtet, in den drei Säulen seiner Geschäftstätigkeit, dem Retailgeschäft, den Immobilienfinanzierungen und dem Kapitalmarktgeschäft, weiter zu wachsen und entsprechende Investitionen in Marktchancen und Qualitätsverbesserungen durchzuführen.

Entwicklung der Geschäftssegmente

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumfelds sowie der beschriebenen allgemeinen Ausrichtung sind in den einzelnen Geschäftssegmenten folgende Entwicklungen zu erwarten.

Private Kunden

Drei Schwerpunkte werden im Geschäft mit privaten Kunden verfolgt: Mit der Verstärkung der Kundenbindung soll durch Ausweitung der Girokontennutzer die Geschäftsbasis weiter verbreitert werden. Zudem liegt der Fokus auf der Stärkung des Anlagegeschäfts und der Intensivierung im Bereich der Konsumentenfinanzierung. Die Erhöhung der Kundendurchdringung (cross-selling) soll über die Hebel Wertpapiergeschäft und Aktivgeschäft in Ratenkrediten zu Ertragssteigerungen führen. Weiterhin wird das überregionale Kartengeschäft durch den Ausbau des Co-Brandings und Online-Co-Brandings steigende Ergebnisbeiträge ermöglichen.

Das Kerngeschäft der Berliner Sparkasse wird sich positiv weiterentwickeln und in den kommenden zwei Jahren zu einer Eigenkapitalrentabilität¹⁾ von über 40 % führen.

Firmenkunden

Im Firmenkundengeschäft liegen die strategischen Ansatzpunkte zur weiteren Ergebnisverbesserung in der Erhöhung der Marktreichweite (Gewinnung neuer Kunden) und der Steigerung der Kundendurchdringung. Schwerpunkte sind das Kreditgeschäft und die Erhöhung der Provisionserträge. Letzteres wird durch den verstärkten Absatz derivativer und innovativer Produkte sowie eine weitere Optimierung in den Preismodellen des Zahlungsverkehrs erreicht.

Das Kerngeschäft der Landesbank Berlin und der Berliner Sparkasse wird den positiven Trend der vergangenen Jahre fortsetzen. In den nächsten zwei Jahren wird eine Eigenkapitalrentabilität von über 20 % erwartet.

Immobilienfinanzierung

Die strategische Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bleibt unverändert auf bundesweite Investoren-Finanzierung und innovative Finanzierungsstrukturen ausgerichtet. Zur Nutzung zusätzlicher Chancen im Ausland sollen in 2007, neben dem bereits bestehenden Vertriebsstandort in London, für den Benelux-Markt in Amsterdam sowie für die mittel- und osteuropäischen Wachstumsmärkte in Warschau und Prag weitere Büros eröffnet werden. Zielrichtung bleibt die Ausweitung des Immobilienkreditbestands. Zugleich soll die Qualität der Kreditportfolien durch die regionale Diversifizierung und Risikoverteilung weiter verbessert werden. Die Eigenkapitalrentabilität soll sich um 15 % bewegen.

Kapitalmarktgeschäft

Im Geschäftsbereich Client Business werden die Vertriebsintensivierung mit Banken und anderen Finanzdienstleistern sowie die Verzahnung mit unseren Privat-, Firmen- und Immobilienfinanzierungskunden fortgesetzt. Die Marktposition der LBB-INVEST wird auch durch zusätzliche externe Vertriebsvereinbarungen ausgebaut. Der Bereich Treasury und Trading setzt auf abgegrenzte kurzfristige Investitionsstrategien, die eine flexible Reaktion auf aktuelle Marktentwicklungen ermöglichen. Daneben wird das internationale Geschäft in der Zielregion Zentral- und Osteuropa mit dem Schwerpunkt in Handels- und Exportfinanzierungen fortgeführt. Insgesamt werden dadurch die nicht volatilen Erträge im Kapitalmarktgeschäft ein weiter zunehmendes Gewicht bekommen. Trotzdem bleibt der Ergebnisverlauf dieses Geschäftssegments in erheblichem Maße von der Entwicklung der Märkte abhängig, so dass hier stärkere Ergebnisschwankungen auftreten können als in den anderen Segmenten. Es wird daher unverändert eine erzielbare Eigenkapitalrentabilität zwischen 15 % bis 20 % erwartet.

¹⁾ Die Eigenkapitalrendite ist der Quotient aus „Operativem Ergebnis“ und „Gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital wird aus einer 6%igen Anrechnung der durchschnittlichen Risikopositionen nach KWG sowie der Anrechnung von operationellen Risiken in Anlehnung an den Standardsatz Basel II ermittelt.

Prognosebericht / Ausblick

Soll / Ist-Vergleich

Die Ziele des Konzerns für das Berichtsjahr 2006 wurden in einer Mittelfristplanung beschrieben, die auch Teil des Restrukturierungsplans war, der der Europäischen Kommission eingereicht wurde und Grundlage der Beihilfegenehmigung war.

Der Konzern hat – wie auch in den Jahren zuvor – die wesentlichen Ziele dieser Planung erreicht, unter Berücksichtigung des Ertrags aus der Veräußerung der Berliner Bank sogar deutlich übertroffen.

In den Segmenten Private Kunden, Firmenkunden und Immobilienfinanzierungsgeschäft wurden die Erwartungswerte für das Jahr 2006 übertroffen. Hingegen hat die Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten zu einer Zielverfehlung im Kapitalmarktgeschäft geführt.

Schätzverfahren

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns Landesbank Berlin Holding liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Für das Jahr 2007 und den mittelfristigen Planungshorizont bis 2011 erwarten wir eine zwar positive, aber im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung in unserer Kernregion Berlin-Brandenburg. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass die Zinsstrukturkurve im Mittel flacher sein wird als in den letzten Jahren. Basierend auf diesen Annahmen zu den Rahmenbedingungen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine dezentrale Planung (bottom-up) durch die Geschäftsbereiche. Hierin wurden die Ziele hinsichtlich Kunden/Marktstellung, Neugeschäft und Erträge, Risiken geplant und Investitionen und Kosten detailliert.

Mittelfristplanung

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung unserer Kerngeschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis 2011 reicht.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Erstmals wird das Jahr 2007 ein Geschäftsjahr sein, das weitgehend unbeeinflusst bleibt von Sonderinflüssen aus Restrukturierungsmaßnahmen. Im operativen Geschäft erwarten wir, dass der Wegfall des Berliner Bank Geschäfts weitgehend kompensiert werden kann.

Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Konzern Landesbank Berlin Holding erzielt nach einer erfolgreichen Restrukturierung nachhaltig positive operative Ergebnisse. Die Vermögenslage des Konzerns ist geordnet. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gegeben.

Auf der Basis einer neu geordneten und deutlich vereinfachten Konzernstruktur und der daraus resultierenden Synergien sehen wir es als realistisches Ziel an, auch ohne die im Jahr 2007 nicht mehr anfallenden Erträge aus der inzwischen veräußerten Berliner Bank eine Eigenkapitalrentabilität¹⁾ von über 12 % (nach Rechnungslegung IFRS) im Konzern auszuweisen.

Auf dieser stabilen Basis erwarten wir ein moderates, in einzelnen Geschäftsfeldern auch signifikantes Ertragswachstum bei demgegenüber nur in geringem Umfang ansteigenden Verwaltungsaufwendungen.

¹⁾ Die Eigenkapitalrendite ist der Quotient aus „Operativem Ergebnis“ und „Gebundenem Eigenkapital“. Für den Konzern insgesamt wird unter „Gebundenem Eigenkapital“ das Kernkapital gemäß § 10 KWG exklusive der stillen Einlagen des Landes Berlin ausgewiesen.

▶ Jahresabschluss des Konzerns



Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Landesbank Berlin Holding	98
Bilanz des Konzerns Landesbank Berlin Holding	99
Eigenkapitalspiegel des Konzerns	100
Kapitalflussrechnung des Konzerns Landesbank Berlin	101
Anhang des Konzerns Landesbank Berlin Holding	103

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Landesbank Berlin Holding

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

	Notes	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderung	
		2006	2005 ¹⁾	Mio. €	in %
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	
Zinsüberschuss	33	850	890	-40	-4
Zinserträge	33	5.535	5.164	371	7
Zinsaufwendungen	33	4.685	4.274	411	10
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	34	123	192	-69	-36
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		727	698	29	4
Provisionsüberschuss	35	368	322	46	14
Provisionserträge	35	459	409	50	12
Provisionsaufwendungen	35	91	87	4	5
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	36	3	-12	15	>100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	37	80	167	-87	-52
Ergebnis aus Finanzanlagen	38	50	61	-11	-18
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	39	-4	-1	-3	<-100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	40	636	221	415	>100
Verwaltungsaufwendungen	41	1.115	1.130	-15	-1
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung		745	326	419	>100
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	42	35	-50	85	>100
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern		780	276	504	>100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	43	95	-4	99	>100
Konzernjahresüberschuss / Ergebnis nach Steuern		685	280	405	>100
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste		25	7	18	>100
Konzernjahresüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		660	273	387	>100
Ergebnis je Aktie		1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005¹⁾	Veränderung in %	
Konzernjahresüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	44	660	273	387	>100
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stückaktien (Stück)	44	986.246.150	971.836.635	14.409.515	1
Gewinn je Aktie ²⁾		0,67	0,28	0,39	>100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst – vgl. Note 3

²⁾ verwässertes / unverwässertes Ergebnis

Bilanz des Konzerns Landesbank Berlin Holding

zum 31. Dezember 2006

Aktiva

	Notes	31.12.2006 Mio. €	31.12.2005 ¹⁾ Mio. €	Veränderung Mio. €	in %
Barreserve	10, 45	955	1.279	-324	-25
Forderungen an Kreditinstitute	11, 46	28.357	27.614	743	3
Forderungen an Kunden	11, 47	50.898	56.254	-5.356	-10
Risikovorsorge	12, 48	-1.825	-4.325	2.500	58
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	14, 49	318	410	-92	-22
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	15, 50	14.652	17.239	-2.587	-15
Finanzanlagen	16, 51	43.538	40.586	2.952	7
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	17, 52	74	84	-10	-12
Immaterielle Vermögenswerte	18, 20, 53	650	657	-7	-1
Sachanlagen	19, 20, 54	613	752	-139	-18
Investment Properties	22, 55	83	183	-100	-55
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	28, 56	128	119	9	8
Latente Ertragsteueransprüche	28, 56	798	738	60	8
Sonstige Aktiva	57	2.270	2.676	-406	-15
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	23, 58	110	137	-27	-20
Gesamt		141.619	144.403	-2.784	-2

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst – vgl. Note 3

Passiva

	Notes	31.12.2006 Mio. €	31.12.2005 ¹⁾ Mio. €	Veränderung Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24, 59	48.935	42.010	6.925	16
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24, 60	28.367	32.421	-4.054	-13
Verbrieftete Verbindlichkeiten	24, 62	32.358	33.606	-1.248	-4
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	25, 64	1.090	850	240	28
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	26, 65	21.434	25.546	-4.112	-16
Rückstellungen	27, 66	1.463	1.673	-210	-13
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	28, 67	167	144	23	16
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	28, 67	71	61	10	16
Sonstige Passiva	68	1.778	2.223	-445	-20
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	69	8	100	-92	-92
Nachrangkapital	29, 70	3.328	3.868	-540	-14
davon: Stille Einlagen		700	1.100	-400	-36
Eigenkapital	71	2.620	1.901	719	38
Gezeichnetes Kapital	71	2.554	2.554	0	0
Eigene Aktien	31	0	-70	70	100
Kapitalrücklage	71	77	15	62	>100
Gewinnrücklagen	71	-399	-515	116	23
Neubewertungsrücklagen	71	137	250	-113	-45
Rücklage aus Währungsumrechnung	71	1	1	0	0
Anteile im Fremdbesitz	71	97	36	61	>100
Bilanzgewinn /-verlust	71	153	-370	523	>100
Gesamt		141.619	144.403	-2.784	-2

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst – vgl. Note 3

Eigenkapitalspiegel des Konzerns¹⁾

Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungs-umrechnung	Neubewertungsrücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2005	2.484 ²⁾	15	-606	1	291	36	-370	1.851
Anpassungen gemäß Note 3			91		-41			50
Eigenkapital zum 31.12.2005 angepasst	2.484	15	-515	1	250	36	-370	1.901
Eigene Aktien	70	62						132
Konzernjahresüberschuss						25	660	685
Erfasste Erträge und Aufwendungen			-19		-113			-132
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen			135			36	-137	34
Eigenkapital zum 31.12.2006	2.554	77	-399	1	137	97	153	2.620

¹⁾ Der Eigenkapitalspiegel ist Bestandteil der Notes.

²⁾ unter Berücksichtigung eigener Anteile

Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen

Die direkt im Eigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen umfassen die Veränderungen der Neubewertungsrücklage aus Marktbewertung der Available-for-Sale-Papiere mit -213 Mio. €, die Cash-Flow-Hedge-Veränderungen in Höhe von 48 Mio. € sowie die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus leistungsorientierten Pensionszusagen und ähnlichen Verpflichtungen von -27 Mio. €. Die latenten Steuern auf direkt mit dem Eigenkapital verrechneten Wertänderungen betragen 60 Mio. €.

Unter Berücksichtigung des Konzernjahresüberschusses ergibt sich ein Gesamtwert für das Geschäftsjahr in Höhe von 553 Mio. €. Davon entfallen auf Anteilseigner des Mutterunternehmens 534 Mio. € und auf Konzernfremde 19 Mio. €.

Kapitalflussrechnung des Konzerns Landesbank Berlin

Mio. €	2006	2005
Konzernjahresüberschuss	685	280
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	130	318
Veränderungen der Rückstellungen (nur Zuführung und Auflösung)	69	-194
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-437	-113
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz-, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-71	-14
Sonstige Anpassungen (per saldo)	-1.077	-1.160
Zwischensumme	-701	-883
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen		
an Kreditinstitute	-1.928	-3.188
an Kunden	354	844
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	1.994	138
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	638	901
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit	-19.719	-8.591
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit	17.496	5.285
Verbindlichkeiten		
gegenüber Kreditinstituten	4.498	6.336
gegenüber Kunden	783	-3.581
Verbriefte Verbindlichkeiten	-1.214	-566
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	-3.613	3.546
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-268	-757
Erhaltene Zinsen und Dividenden	5.509	5.791
Gezahlte Zinsen	-4.843	-4.754
Ertragsteuerzahlungen	-82	-64
Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-1.096	457
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	391	0
Sachanlagen	269	110
Immaterielle Vermögenswerte	6	14
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	-323	-75
Sachanlagen	-44	-13
Immaterielle Vermögenswerte	-23	-45
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises		
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen	491	-11
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen	0	-447
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	767	-467
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0	0
Dividendenzahlungen	0	0
Mittelzuflüsse aus Nachrangkapital	58	0
Mittelabflüsse aus Nachrangkapital	-53	0
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	0	-14
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	5	-14
Zahlungsmittelbestand zum Beginn der Vorperiode	1.279	1.303
Cash Flow aus operativer Tätigkeit	-1.096	457
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	767	-467
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	5	-14
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	955	1.279

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus Verbrieften Verbindlichkeiten und Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die dem operativen Geschäft zugeordnet werden, sowie aus Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Hierin enthalten sind insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cash Flow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand, dem Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie den Schuldtiteln öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind, zusammensetzt.

Notes – Inhalt



Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1	Allgemeine Offenlegungspflichten in den Notes	105
2	Grundsätze der Rechnungslegung im Konzern	105
3	Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der Vergleichszahlen nach IAS 8	108
4	Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften	110
5	Konsolidierungsgrundsätze	111
6	Konsolidierungskreis	112

Spezifische Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

7	Unternehmenszusammenschlüsse und -veräußerungen	114
8	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)	115
9	Währungsumrechnung	118
10	Barreserve	118
11	Forderungen	118
12	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	118
13	Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte/Reverse-Repo-Geschäfte) und Wertpapierleihegeschäfte	119
14	Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	119
15	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	120
16	Finanzanlagen	120
17	Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	120
18	Immaterielle Vermögenswerte	121
19	Sachanlagen	121
20	Wertminderung von Sachanlagen und Immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert	121
21	Leasinggeschäft	122
22	Investment Properties	122
23	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	123
24	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten	123
25	Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	124
26	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	124
27	Rückstellungen	124
28	Ertragsteuern	125
29	Nachrangkapital	125
30	Treuhandgeschäfte	125
31	Eigene Aktien	125
32	Ergebnisse der Segmente	126

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

33	Zinsüberschuss	128
34	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	128
35	Provisionsüberschuss	129
36	Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	129
37	Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	130
38	Ergebnis aus Finanzanlagen	130
39	Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	131
40	Sonstiges betriebliches Ergebnis	131
41	Verwaltungsaufwendungen	132
42	Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	134
43	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	134
44	Ergebnis je Aktie	135

Notes – Inhalt

Erläuterungen zur Bilanz

45	Barreserve	136
46	Forderungen an Kreditinstitute	136
47	Forderungen an Kunden	137
48	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	139
49	Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	140
50	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	141
51	Finanzanlagen	142
52	Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	144
53	Immaterielle Vermögenswerte	145
54	Sachanlagen	145
55	Investment Properties	146
56	Ertragsteueransprüche	147
57	Sonstige Aktiva	147
58	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	148
59	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	148
60	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	149
61	Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)	149
62	Verbriefte Verbindlichkeiten	150
63	Verbriefung von Krediten (Securitisations)	151
64	Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	151
65	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	152
66	Rückstellungen	153
67	Ertragsteuerverpflichtungen	158
68	Sonstige Passiva	159
69	Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	159
70	Nachrangkapital	160
71	Eigenkapital	160

Sonstige Erläuterungen

72	Segmentberichterstattung	162
73	Finanzgarantien, Eventualverbindlichkeiten, Eventualforderungen und andere Verpflichtungen	165
74	Risikomanagement	168
75	Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	173
76	Angaben über derivative Geschäfte	174
77	Treuhandgeschäfte	174
78	Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte	175
79	Volumina der Fremdwährungsbestände	175
80	Nachrangige Vermögenswerte	175
81	Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	176
82	Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer	181
83	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	181
84	Anteilsbesitz	182
85	Corporate Governance	186
86	Organmitglieder	186

Anhang des Konzerns Landesbank Berlin Holding

1 Allgemeine Offenlegungspflichten in den Notes

Die Landesbank Berlin Holding AG (im Folgenden „Holding“ genannt) ist Muttergesellschaft für den Konzern Landesbank Berlin Holding (im Folgenden „Konzern“ genannt).

Die Erstellung des Konzernabschlusses der Landesbank Berlin Holding für das Geschäftsjahr 2006 erfolgt in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Bilanzposten im Folgenden dargelegt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2006 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards DRS 2, 2-10, 3, 3-10, 5, 5-10 und 15 beachtet.

Eine Übersicht der angewandten IFRS ist im Abschnitt „Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften“ enthalten.

Der Konzernabschluss umfasst neben der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und der Konzernbilanz als weitere Komponenten die Entwicklung des Eigenkapitals, eine Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung wird als Bestandteil der Notes dargestellt.

Des Weiteren erstellt und veröffentlicht die Holding einen Konzernlagebericht nach § 315a HGB in Verbindung mit §§ 315, 340k HGB, hierbei wurden zusätzlich die DRS 2, 2-10, 3, 3-10, 5, 5-10 und 15 berücksichtigt. Für eine Beschreibung der Risiken der künftigen Entwicklung verweisen wir auf den Risikobericht (als Teil des Konzernlageberichts).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben.

2 Grundsätze der Rechnungslegung im Konzern

Der Konzernabschluss 2006 der Landesbank Berlin Holding steht im Einklang mit den IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben wurde.

Die Umrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, sowie die Umrechnung von Jahresabschlüssen ausländischer Einheiten erfolgt gemäß IAS 21. Nähere Informationen hierzu befinden sich im Abschnitt „Währungsumrechnung“.

Die erstmalige Bewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt bei Zugang zu Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der abgegebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Die Folgebewertung von Finanzinstrumenten richtet sich nach deren Kategorisierung. Die Bilanzierung aller Kategorien von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Die finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten werden in folgende Kategorien eingeteilt:

Aktiva

- Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)
- Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte (Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss)
 - Handelsaktiva (Held for Trading)
 - Zum Zeitwert designierte Vermögenswerte (Fair Value-Option)
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale)

Passiva

- Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)
 - Handelspassiva (Held for Trading)
 - Zum Zeitwert designierte Verpflichtungen (Fair Value-Option)
- Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Liabilities)

Der Konzern rechnet Verbindlichkeiten mit Forderungen auf, soweit die Aufrechnungslage gegeben ist.

Für die Bilanzierung von derivativen Sicherungsinstrumenten finden die detaillierten Vorschriften des IAS 39 Anwendung.

Anhang des Konzerns nach IFRS

Bewertungsgrundsätze

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig, die als Grundlage für die Aufstellung des Konzernabschlusses verwendet wurden.

Sind für die Bilanzierung und Bewertung nach IAS/IFRS Annahmen und Schätzungen erforderlich, haben wir diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen.

Die nachstehend aufgeführten wesentlichen Annahmen und Schätzungen sowie die mit den gewählten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verbundenen Unsicherheiten sind entscheidend für das Verständnis der zugrunde liegenden Risiken der Finanzberichterstattung sowie der Auswirkungen, die diese Schätzungen, Annahmen und Unsicherheiten auf den Konzernabschluss haben können.

Die Annahmen und Schätzungen basieren auf historischen Erfahrungen, anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse.

Geschäfts- und Firmenwerte

Bilanzierte Geschäfts- und Firmenwerte werden gemäß Standard nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf vorliegende Wertminderungen untersucht (Impairmenttest). Ein Impairmenttest wird mindestens jährlich durchgeführt und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für Wertminderungen vorliegen.

Wertminderungen des Geschäfts- und Firmenwerts werden – gemäß Standard – nicht rückgängig gemacht.

Wertminderungen immaterieller Vermögenswerte und von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens werden durch den Vergleich des Buchwerts mit dem erzielbaren Betrag ermittelt. An jedem Abschlussstichtag wird überprüft, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Vermögenswert möglicherweise wertgemindert ist. Wenn ein solcher Anhaltspunkt vorliegt, ist der erzielbare Betrag des Vermögenswerts zu bestimmen. Soweit die Gründe für zuvor erfasste Wertminderungen entfallen sind, werden diese Vermögenswerte zugeschrieben. Es ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zuzuschreiben, der sich als fortgeführter Buchwert ergeben hätte.

Vermögenswerte des Sachanlagevermögens und Immaterielle Vermögenswerte

Die Bilanzierung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von Immateriellen Vermögenswerten ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Erwerbszeitpunkt verbunden. Dies gilt für solche Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden. Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements, die in Übereinstimmung mit den Standards auf Basis aller verfügbaren Informationen getroffen wurden.

Im Rahmen der Ermittlung der Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von Immateriellen Vermögensgegenständen werden auch Schätzungen vorgenommen, die sich unter anderem auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung von künftigen Cash Flows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cash-Flows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat.

Eine Wertminderung basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Der erzielbare Betrag und die beizulegenden Zeitwerte werden in der Regel unter Anwendung der „Discounted-Cash-Flow“-Methode ermittelt, in die angemessene Annahmen von Marktteilnehmern einfließen.

Für die zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen ergeben sich keine Bewertungsunsicherheiten, da in der Regel Börsenkurse zur Bewertung herangezogen wurden. Wo diese nicht zur Verfügung stehen, werden interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen.

Wertberichtigung auf Forderungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft (Risikovorsorge)

Unsicherheiten im Rahmen der Bewertung von Risiken im Kreditgeschäft resultieren der Höhe und dem Grunde nach überwiegend aus Annahmen und Einschätzungen von Entscheidungsträgern. Getroffene Annahmen und Einschätzungen betreffen unter anderem die aktuelle und zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung, insbesondere der Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg, sowie die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Kreditnehmer. Weiterhin werden die historischen und aktuellen Entwicklungen der Verwertungserlöse gestellter Kreditsicherheiten, unterstellte Verwertungsperioden sowie abschließende Kreditausfallquoten unter Berücksichtigung von Struktur und Qualität der bankeigenen Kreditportfolien berücksichtigt.

Rückstellungen und Eventualschulden

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betragslichen Höhe ungewiss. Die Ermittlung von Rückstellungen erfolgt auf Basis der bestmöglichen Schätzung. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch den Konzern verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, beziehungsweise die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung der jeweiligen Situation. Für Verbindlichkeiten werden Rückstellungen gebildet, wenn Verluste aus schwebenden Geschäften drohen, ein Verlust wahrscheinlich ist und dieser Verlust verlässlich geschätzt werden kann. Wegen der mit dieser Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verluste gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden.

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen beruht auf dem in IAS 19 vorgeschriebenen Anwartschafts-Barwertverfahren für leistungsorientierte Altersversorgungspläne. Der bilanziellen Bewertung der Verpflichtung liegen verschiedene Schätzannahmen zugrunde. Dabei sind insbesondere Annahmen über den langfristigen Gehalts- und Rentenentwicklungstrend sowie die durchschnittliche Lebenserwartung getroffen worden. Die Annahmen zum Gehalts- und Rententrend stützen sich auf in der Vergangenheit beobachtete Entwicklungen und berücksichtigen die Arbeitsmarktentwicklungen. Basis für die Schätzung der durchschnittlichen Lebenserwartungen bilden anerkannte biometrische Rechnungsgrundlagen (Richttafeln von Prof. Dr. Klaus Heubeck).

Die erwartete langfristige Entwicklung des vorhandenen Planvermögens wird in Abhängigkeit der Fondsstruktur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungswerte festgelegt.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und zugrunde gelegte Verbindlichkeiten

Diese Vermögenswerte werden mit ihrem jeweiligen Buchwert oder mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet und werden als „zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ klassifiziert. Diese Vermögenswerte werden nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte grundsätzlich nur dann erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen begrenzt. Die zugeordneten Verbindlichkeiten sind mit den dafür anzusetzenden Zahlungsverpflichtungen bewertet.

Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Latente Steuern werden bis auf wenige im Standard festgelegte Ausnahmen für alle temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen nach IFRS und den Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Latente Steueransprüche aufgrund von ungenutzten steuerlichen Verlustvorträgen werden angesetzt, soweit mit ihrer Nutzung innerhalb der nächsten fünf Jahre zu rechnen ist.

Die Konzeption beruht auf der Darstellung zukünftiger Steueransprüche beziehungsweise Steuerverpflichtungen (Liability-Methode). Ihre Berechnung erfolgt gemäß IAS 12.47 S.2 mit den zum Zeitpunkt der Aufstellung geltenden Steuersätzen.

Zur Beurteilung der Frage, ob latente Steueransprüche aus steuerlichen Verlustvorträgen nutzbar, das heißt werthaltig, sind, wird auf die Ergebnisplanungen der Gesellschaft sowie konkrete umsetzbare Steuerstrategien zurückgegriffen.

Anhang des Konzerns nach IFRS

3 Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der Vergleichszahlen nach IAS 8

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Konzernabschluss 2005 grundsätzlich beibehalten.

Es gelten folgende Ausnahmen, die bereits beginnend mit dem ersten Quartal des Geschäftsjahres 2006 umgesetzt wurden:

- Die handelsinduzierten Refinanzierungszinsen werden nicht mehr dem Zinsergebnis, sondern dem Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten (Handelsergebnis) zugeordnet.
- Die Bank nutzt das Makro-Cash-Flow-Hedge-Accounting (so genanntes Batch 6-Modell).
Die Vorjahreszahlen gemäß IAS 1.38 konnten nicht erhoben werden.
Aufgrund der Neufassung beziehungsweise Änderung einzelner IAS- / IFRS-Standards ergaben sich keine Anpassungen.

Zur Erhöhung der Transparenz wurden folgende Ausweisänderungen vorgenommen:

- Die „Nach der Equity-Methode bewerteten Anteile“ und „Investment Properties“ werden nunmehr als gesonderte Positionen in der Bilanz ausgewiesen. Im Vorjahr waren sie Bestandteil der „Finanzanlagen“ beziehungsweise der „Sonstigen Aktiva“.
- Das „Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen“ wird im Jahresabschluss in einem gesonderten Posten dargestellt. Im Vorjahr war das Ergebnis Bestandteil des Zinsergebnisses.
- Die „Tatsächlichen Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen“ und die „Latenten Steueransprüche/-verpflichtungen“ werden im aktuellen Abschluss separat dargestellt. Sie waren in 2005 in der Gesamtposition „Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen“ ausgewiesen.
- Die bislang als Bestandteil der Gewinnrücklagen ausgewiesene „Rücklage aus Währungsumrechnung“ wird nunmehr als eigener Posten in der Position „Eigenkapital“ dargestellt.

Anpassung der Vergleichszahlen des IFRS-Konzernabschlusses 2005

Im Rahmen der Erstellung des IFRS-Konzernabschlusses 2006 wurden im Konzern Anpassungen nach IAS 8.42 für die Vergleichszahlen des Abschlusses 2005 wie folgt vorgenommen:

■ Hedge Accounting

In der Berlin Hyp wurde eine Korrektur des Ergebnisses aus Sicherungszusammenhängen vorgenommen, um bei effektiven Sicherungsbeziehungen im Rahmen des Fair Value Hedge Accountings die Hedge Adjustments der gesicherten Geschäfte zutreffend abzubilden. Daraus ergibt sich für die Vergleichszahl 2005 ein positiver ergebniswirksamer Anpassungsbedarf in Höhe von 27 Mio. €.

Darüber hinaus wurde eine Ausweiskorrektur zwischen dem Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen und dem Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten in nahezu gleicher Höhe vorgenommen.

■ Finance-Lease-Immobilien

Für acht Finance-Lease-Objekte wurden die Vergleichszahlen 2005 angepasst, um die im Vorjahr separat angesetzten Rückstellungen für belastende Verträge aufgrund von Mietzinsdifferenzen in Höhe von 124 Mio. € nun als Wertminderungen bei der Bewertung der entsprechenden Immobilien gemäß IAS 37.69 zu berücksichtigen.

Für zwei Objekte erfolgte eine Neuberechnung der Leasingverbindlichkeit und der planmäßigen Abschreibungen zum 1. Januar 2004. Daraus ergab sich eine (ergebnisneutrale) Reduzierung der Erstanwendungsrücklage in Höhe von 10,5 Mio. €. Aus der Reduzierung der planmäßigen Abschreibungen und dem Wegfall der Rückstellungsaufzinsung wurden per Saldo positive ergebniswirksame Anpassungen für die Vergleichszahl 2005 in Höhe von 5,3 Mio. € ermittelt.

■ Latente Steuern

Die oben genannten Ergebnisanpassungen führen zu einem per Saldo gegenläufigen Aufwand aus latenten Steuern. Daneben waren Anpassungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Neubewertungsrücklage, der Interpretation temporärer Differenzen und der Ermittlung der Steuerbilanzwerte sowie eine eigenkapitalneutrale Korrektur zwischen Neubewertungs- und Gewinnrücklage vorzunehmen.

Daraus ergab sich per Saldo ein positiver Korrekturbetrag von 6,5 Mio. € in der Gewinn- und Verlustrechnung der Vergleichszahl 2005 sowie eine ergebnisneutrale Erhöhung von 18,2 Mio. € in der Gewinnrücklage.

■ Segmentberichterstattung

In den Vergleichszahlen 2005 der Segmenttabelle des Konzernabschlusses 2006 erfolgten Anpassungen im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft und in Sonstiges/Konsolidierung. Ein per Saldo ergebnisneutraler Konsolidierungssachverhalt zwischen den Instituten Bankgesellschaft Berlin, Landesbank Berlin und BGB Finance war nur dem Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft zugeordnet worden. Dadurch ergab sich in beiden Segmenten eine gegenläufige Verschiebung zwischen den Ergebnispositionen Zinsüberschuss und Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten in Höhe von 179 Mio. €, die in der angepassten Vergleichszahl 2005 entsprechend in beiden Segmenten korrigiert wurde.

Die vorgenannten Anpassungen wirken sich auf die Vergleichszahlen 2005 der Gewinn- und Verlustrechnung wie folgt aus (nach Berechnung latenter Steuern auf die Korrekturen):

Gewinn- und Verlustrechnung 2005	Veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	Konzernabschluss nach Anpassung
in Mio. €			
Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten ¹⁾	140	27	167
Verwaltungsaufwendungen ²⁾	1.112	18	1.130
Sonstiges betriebliches Ergebnis ²⁾	217	4	221
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	313	13	326
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen ²⁾	-69	19	-50
Ergebnis vor Steuern	244	32	276
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ^{1,2,3)}	-11	7	-4
Ergebnis nach Steuern	255	25	280
Einstellung in die Gewinnrücklagen		-25	

¹⁾ aus Sachverhalt Hedge Accounting

²⁾ aus Sachverhalt Finance Lease

³⁾ aus Sachverhalt Latente Steuern

Unter Berücksichtigung dieser Anpassungen ergibt sich für das Geschäftsjahr 2005 ein Gewinn je Aktie von 0,28 Euro statt 0,26 Euro.

Im Zusammenhang mit den vorgenannten Anpassungen haben wir die betreffenden Bilanzpositionen der Vergleichszahlen 2005 wie folgt korrigiert:

Bilanz zum 31.12.2005	Veröffentlichter Konzernabschluss	Anpassung	Konzernabschluss nach Anpassung
in Mio. €			
Forderungen an Kunden ¹⁾	56.227	27	56.254
Sachanlagen ²⁾	854	-102	752
Investment Properties ²⁾	197	-14	183
Latente Ertragsteueransprüche ³⁾	766	-28	738
Verbindlichkeiten Kunden ²⁾	32.407	14	32.421
Rückstellungen ²⁾	1.821	-148	1.673
Latente Ertragsteuerverpflichtungen ³⁾	94	-33	61
Gewinnrücklagen ^{2),3)}	-606	91	-515
Neubewertungsrücklagen ^{2),3)}	291	-41	250

¹⁾ aus Sachverhalt Hedge Accounting

²⁾ aus Sachverhalt Finance Lease

³⁾ aus Sachverhalt Latente Steuern

Die ebenfalls angepassten Vergleichszahlen 2005 der Segmentberichterstattung sowie weitere methodische Veränderungen in den Segmenten sind in Note 72 dargestellt.

Anhang des Konzerns nach IFRS

4 Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften

Bei der Bilanzierung und Bewertung wendet der Konzern grundsätzlich alle gültigen Standards an.

Der Konzernabschluss 2006 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept und auf den folgenden relevanten IAS (International Accounting Standards)/IFRS (International Financial Reporting Standards):

Norm	Titel	Stand/ Letzte Änderung	Tag der Erstanwendung
IAS 1	Darstellung des Abschlusses	rev. 2003	01.01.2005
IAS 7	Kapitalflussrechnungen	rev. 1992	01.01.1994
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	rev. 2003	01.01.2005
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	rev. 2003	01.01.2005
IAS 12	Ertragsteuern	rev. 2000	01.01.2001
IAS 14	Segmentberichterstattung	rev. 1997	01.07.1998
IAS 16	Sachanlagen	rev. 2003	01.01.2005
IAS 17	Leasingverhältnisse	rev. 2003	01.01.2005
IAS 18	Erträge	rev. 1993 / Dez. 1998	01.01.2001
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer	rev. 2002 / Dez. 2004	01.01.2005
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	rev. 2003	01.01.2005
IAS 23	Fremdkapitalkosten	1993	01.01.1995
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	rev. 2003	01.01.2005
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	rev. 2003	01.01.2005
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen	rev. 2003	01.01.2005
IAS 30	Angaben im Abschluss von Banken und ähnlichen Finanzinstitutionen	1991 / Dez. 1998	01.01.2001
IAS 31	Anteile an Joint Ventures	rev. 2003	01.01.2005
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung	rev. 2003	01.01.2005
IAS 33	Ergebnis je Aktie	rev. 2003	01.01.2005
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten	rev. 2004	31.03.2004
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	1998	01.07.1999
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte	rev. 2004	31.03.2004
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	rev. 2004 / 18.08.2005	01.01.2006
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	rev. 2003	01.01.2005
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse	rev. 2004	31.03.2004
IFRS 4	Versicherungsverträge	2004 / 18.08.2005	01.01.2006
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	2004	01.01.2005

Nicht berücksichtigt werden IAS 2, 11, 20, 26, 29, 34 und 41 sowie IFRS 1, 2 und 6, da sie für die Holding nicht einschlägig oder im Konzernabschluss nicht anzuwenden sind.

Auf eine vorzeitige Anwendung der Regelungen des IFRS 7 Finanzinstrumente: Angaben wurde verzichtet. IFRS 7 ist verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnen. Die Anwendung des IFRS 7 in der nachfolgenden Periode wird keine materiellen Auswirkungen haben.

Neben den aufgeführten Standards werden im Konzernabschluss die folgenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und Standing Interpretations Committee (SIC) beachtet:

Norm	Titel	Bezug zu IAS	Stand	Tag der Erstanwendung
SIC-12	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	IAS 27	1998	01.07.1999
SIC-15	Operating-Leasingverhältnisse – Anreizvereinbarungen	IAS 17	1998	01.01.1999
SIC-21	Ertragsteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten	IAS 12	1999	15.07.2000
SIC-25	Ertragsteuern – Änderungen im Steuerstatus eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner	IAS 12	1999	15.07.2000
SIC-27	Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen	IAS 1, 17, 18	2000	31.12.2001
IFRIC 4	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	IAS 17	2004	01.01.2006

Die Interpretationen der SIC 7, 10, 13, 29, 31 und 32 beziehungsweise IFRIC 1, 2, 5, 6, 7, 8, 10, 11 und 12 waren für den Konzernabschluss nicht einschlägig und daher nicht zu berücksichtigen.

Auf eine vorzeitige Anwendung der IFRIC 9: Neubeurteilung eingebetteter Derivate wurde verzichtet. IFRIC 9 ist verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juni 2006 beginnen. Die Anwendung des IFRIC 9 in der nachfolgenden Periode wird keine materiellen Auswirkungen haben.

Darüber hinaus wurden im vorliegenden Konzernabschluss die folgenden vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2006 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet:

DRS 2	Kapitalflussrechnung
DRS 2-10	Kapitalflussrechnung von Kreditinstituten
DRS 3	Segmentberichterstattung
DRS 3-10	Segmentberichterstattung von Kreditinstituten
DRS 5	Risikoberichterstattung
DRS 5-10	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten
DRS 15	Lageberichterstattung

5 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Landesbank Berlin Holding wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden. Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12 sind Zweckgesellschaften (SPV) unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft insbesondere auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen im Abschnitt „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden des erworbenen Unternehmens mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt vollständig neu bewertet. Positive Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Vermögenswerte und Schulden werden als Geschäfts- und Firmenwert aktiviert. Erwerbe von Minderheitenanteilen werden genauso abgebildet (Modified Parent Company Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- und Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im „Sonstigen betrieblichen Aufwand“ ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen mit Entkonsolidierungserfolgen im „Sonstigen betrieblichen Ergebnis“ vereinnahmt.

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2006 aufgestellt. Fonds und SPV's, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2006 jeweils geprüfte Meldungen aufgeliefert.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden grundsätzlich als Available for Sale kategorisiert und gemäß IAS 39.46 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet sowie in den Finanzanlagen ausgewiesen. Sofern kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung gemäß IAS 39.46 (c) zu Anschaffungskosten.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 At Equity bewertet und in einem gesonderten Bilanzposten ausgewiesen.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf welches der Konzern durch die Möglichkeit der Mitwirkung an dessen finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungsprozessen maßgeblichen Einfluss nehmen kann und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt.

Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von mehr als 20 % nicht als assoziiertes Unternehmen eingestuft sind, und Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von unter 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Gewinne und Verluste der assoziierten Unternehmen werden anteilig unter dem „Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen“ erfasst.

Die ergebniswirksame beziehungsweise ergebnisneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwerts erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden. Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet.

Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet und gesondert ausgewiesen.

Anhang des Konzerns nach IFRS

Im Abschnitt „Erläuterungen zur Bilanz“ sind zusammengefasste Finanzinformationen über assoziierte Unternehmen aufgeführt.

Die Abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen und nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen sind grundsätzlich auf den 31. Dezember 2006 aufgestellt. Bei Unternehmen, die ihre Abschlüsse nicht zum 31. Dezember 2006 aufgestellt haben, werden wesentliche Geschäftsvorfälle im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste hingewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.24 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

6 Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2006 sind neben der Landesbank Berlin Holding AG 27 Tochterunternehmen (Vorjahr: 30) einbezogen worden, die nachstehend aufgeführt sind:

Im Vergleich zum 31. Dezember 2005 (neben der Landesbank Berlin Holding AG) unverändert einbezogene Tochterunternehmen:

- ABT No. 3 Ltd., London
- BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin
- BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH, Berlin
- Berlin Capital Fund GmbH, Berlin
- Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
- BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking
- BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin
- Crown Court Property London Ltd., London
- Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin
- GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin (vormals BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme, Berlin)
- Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin
- Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin
- HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, München
- Landesbank Berlin AG, Berlin (vormals Landesbank Berlin -Girozentrale-, Berlin)
- Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg (vormals Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg)
- Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (vormals Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin)
- LBB Finance (Ireland) plc, Dublin (vormals BGB Finance (Ireland) plc, Dublin)
- LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin
- LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin (vormals BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin)
- LBB Reinsurance Ltd., Dublin (vormals BGB Reinsurance Ltd., Dublin)
- Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin
- Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin (vormals Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin)
- Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Altlandsberg

Die Landesbank Berlin – Girozentrale – wurde zum 1. Januar 2006 formwechselnd in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Als ihre alleinige Gründerin gilt die Bankgesellschaft Berlin AG, die damit auch Alleingesellschafterin der Landesbank Berlin AG ist. Die Aufbringung des Grundkapitals erfolgte durch Einbringung der atypisch stillen Beteiligung seitens der Bankgesellschaft Berlin AG in die Landesbank Berlin AG. Die atypisch stille Gesellschaft zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin wurde damit beendet. Der Vertrag über den Erwerb der Gewinnbezugsrechte des Landes Berlin (24,99 % des Bilanzgewinns und eines eventuellen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin) wurde gegenstandslos.

In 2006 neu aufgenommene Tochterunternehmen:

- Berliner Bank AG & Co KG, Berlin
- Berliner Bank Beteiligungs AG, Berlin
- GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin (vormals Gesellschaft für Immobilien und Beteiligungen der IBAG-Gruppe mbH, Berlin)
- Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin
- Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin

In 2006 ausgeschiedene Tochterunternehmen:

- Berliner Bank AG & Co KG, Berlin
- Berliner Bank Beteiligungs AG, Berlin
- Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin
- EUROPA INVEST S.A., Luxemburg
- Grundstücksgesellschaft Forckenbeckstraße 63 mbH, Berlin
- Grundstücksgesellschaft Schulstraße 56 mbH, Berlin
- LBB Liegenschaften in Berlin GmbH, Berlin
- MARON Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking

Daneben wurden 8 ABS/SPV-Gesellschaften (Vorjahr: 7) und 15 Spezial- und Publikumsfonds (Vorjahr: 7) in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2005 unverändert einbezogene ABS/SPV-Gesellschaften:

- Check Point Charlie Inc., London
- PPC 1 Ltd., London
- PPC 2 Ltd., London
- PPC 3 Ltd., London
- PPC 4 Ltd., London
- PPC Repo Ltd., London
- Rhea CDO 1 PLC, Dublin

In 2006 neu aufgenommene ABS/SPV-Gesellschaften:

- Check Point Charlie Ltd., London

Im Vergleich zum 31. Dezember 2005 unverändert einbezogene Spezial- und Publikumsfonds:

- ABN AMRO EMMA INKA, Frankfurt am Main
- BG-Asset-Fonds, Berlin
- DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main
- DEKA-ABS-Europe-Fonds, Frankfurt am Main
- GLOBAL ABS INCOME FUND, Wien
- LBB Inka Credit Plus, Düsseldorf

In 2006 neu aufgenommene Spezial- und Publikumsfonds:

- BB-BG11 Fonds, Berlin
- dbi Pimco Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main
- FlexBond-Plus-INVEST, Berlin
- FlexBond-Vario-INVEST, Berlin
- GSIM Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main
- LBB Spezialsituationen-Fonds, Berlin
- LBB-TopPick-Fonds, Berlin
- LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, Berlin
- WAMKO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf

In 2006 ausgeschiedene Spezial- und Publikumsfonds:

- WBB-Schöneberg-Fonds, Berlin

Die Gesellschaften, die gemäß Detailvereinbarung mit dem Land Berlin von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft (IDLG) abgesichert sind, wurden nicht im Konsolidierungskreis des Konzerns erfasst, da aufgrund der aus der Detailvereinbarung resultierenden Zustimmungsvorbehalte des Landes Berlin in Verbindung mit der EU-Kommissionsentscheidung zur Abtrennung des IDLG keine Beherrschung durch die Landesbank Berlin Holding AG vorliegt.

Anhang des Konzerns nach IFRS

7 Unternehmenszusammenschlüsse und -veräußerungen

Unternehmenszusammenschlüsse

Durch Beschluss der Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG (BG AG) vom 14. Juli 2006 wurde der Bankgeschäftsbetrieb der BG AG mit dem nahezu gesamten Vermögen einschließlich nahezu aller übertragbaren sonstigen Rechte, Pflichten und Rechtsstellungen im Verhältnis zwischen BG AG und LBB AG unmittelbar nach dem 1. Januar 2006, 00:00 Uhr (Ausgliederungstichtag i.S. § 126 Abs. 1 Nr. 6 UmwG) ausgegliedert und auf die LBB AG übertragen.

Der Beschluss zur Aufnahme nahezu des gesamten Geschäftsbetriebs der BG AG in die LBB AG (Nachgründung gemäß § 52 AktG) wurde in der Hauptversammlung der LBB AG, deren einziger Aktionär die BG AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) ist, am 13. Juli 2006 getroffen.

Die Ausgliederung wurde am 29. August 2006 in das Handelsregister der BG AG eingetragen und damit wirksam. Die Eintragung der Nachgründung in das Handelsregister der LBB AG ist ebenfalls am 29. August 2006 erfolgt.

Die Ausgliederung erfolgte nach § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG. Ihr wurde die mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, versehene Bilanz der BG AG zum 1. Januar 2006, 00:00 Uhr als Schlussbilanz zugrunde gelegt.

Die Übertragung des Geschäftsbetriebs der BG AG erfolgte gegen Gewährung von 400.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien der LBB AG. Die neuen Aktien sind mit einem Gewinnbezugsrecht ab dem 1. Januar 2006 versehen. Die erforderliche Kapitalerhöhung um 400 Mio. € wurde in der Hauptversammlung der LBB AG am 13. Juli 2006 beschlossen. Dies entspricht einer Erhöhung des zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Grundkapitals um 50 %. Der den Betrag von 400 Mio. € übersteigende Wert des zu HGB-Buchwerten übertragenen Vermögens (830 Mio. €), also 430 Mio. €, wird bei der LBB AG als Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB eingestellt.

In der BG AG sind neben der 100 %-Beteiligung an der LBB AG lediglich Vermögensgegenstände, Verträge, sonstige Rechte und Pflichten, Rechtspositionen sowie die dafür bestehenden Rückstellungen verblieben, deren Abwicklung in der BG AG erfolgen soll oder deren Übertragung aus rechtlichen oder steuerlichen Gründen nicht möglich oder nicht sinnvoll war. Diese Vermögensgegenstände, Verträge, sonstige Rechte und Pflichten, Rechtspositionen sowie die dafür bestehenden Rückstellungen sind in dem der Ausgliederung zugrunde liegenden Ausgliederungs- und Übernahmevertrag vom 29. Mai 2006 einzeln bezeichnet.

Seit erfolgter Ausgliederung nimmt die BG AG als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Juli 2006 wurde die Firma der Bankgesellschaft Berlin AG in Landesbank Berlin Holding AG geändert. Die Eintragung in das Handelsregister ist am 29. August 2006 erfolgt. Die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften wurde durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach entsprechender Erklärung der BG AG zum 31. Dezember 2006 aufgehoben.

Am 22. November 2006 hat die Berlin Hyp ihr Grundkapital von 546.058.502,00 € um 27.302.952,10 € auf 573.361.427,10 € erhöht. Im Rahmen dieser Kapitalerhöhung erwarb die Landesbank Berlin AG weitere Anteile und erhöhte damit die Beteiligungsquote an der Berlin Hyp von 89,92 % auf 90,38 %.

Unternehmensveräußerungen

Die Landesbank Berlin AG veräußerte zum 31. Dezember 2006 ihre jeweils 100 %igen Beteiligungen an der Berliner Bank AG & Co. KG sowie deren Komplementärin Berliner Bank Beteiligungs AG. Im Kaufvertrag wurde zunächst ein vorläufiger Kaufpreis von 680,5 Mio. € vereinbart. Dieser vorläufige Kaufpreis unterliegt vertraglich geregelten Anpassungen in Abhängigkeit von der Erreichung bestimmter Ertragsgrößen sowie dem in einer zu erstellenden Closing Bilanz ausgewiesenen Eigenkapital. Er wurde in voller Höhe durch Zahlungsmittel beglichen.

Im Rahmen des Verkaufs sind folgende wesentliche Vermögenswerte und Schulden im Konzernabschluss nicht mehr enthalten (Bewertung nach IFRS):

	Mio. €
Barmittel	189,8
Originäre Forderungen	2.578,6
Übrige Aktiva	23,7
Verbindlichkeiten	2.533,4
Rückstellungen	83,5
Übrige Passiva	16,6

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente wurden im Rahmen der Veräußerung in Höhe von 200 Mio. € abgegeben.

Die Landesbank Berlin veräußerte mit Wirkung zum 1. Januar 2006 ihre Kapital- und Stimmrechtsanteile von 62,5 % an der Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin, zu einem Kaufpreis von 5.096 T€. Der Kaufpreis wurde vollständig durch Zahlungsmittel beglichen. Der Betrag der von der Landesbank Berlin abgegebenen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beträgt 3 T€. Diese Veräußerung umfasste entsprechend auch die über die Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG mittelbar gehaltenen Anteile der Landesbank Berlin Holding AG von je 94,0 % an Kapital und Stimmrechten der Grundstücksgesellschaft Forckenbeckstraße 63 mbH, Berlin, der Grundstücksgesellschaft Schulstraße 56 mbH, Berlin, und der LBB Liegenschaften in Berlin GmbH, Berlin.

Die Landesbank Berlin veräußerte mit Wirkung zum 1. Januar 2006 die Kapital- und Stimmrechtsanteile von 3,7 % an der Grundstücksgesellschaft Forckenbeckstraße 63 mbH, Berlin, zu einem Kaufpreis von insgesamt 2.000,00 €. Der Kaufpreis wurde vollständig durch Zahlungsmittel beglichen. Der Betrag der von der Landesbank Berlin abgegebenen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beträgt 0 T€.

Die Landesbank Berlin veräußerte mit Wirkung zum 1. Januar 2006 weiterhin die Kapital- und Stimmrechtsanteile von 3,8 % an der Grundstücksgesellschaft Schulstraße 56 mbH, Berlin, zu einem Kaufpreis von insgesamt 2.000,00 €. Der Kaufpreis wurde vollständig durch Zahlungsmittel beglichen. Der Betrag der von der Landesbank Berlin abgegebenen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beträgt 0 T€.

Die Landesbank Berlin veräußerte mit Wirkung zum 1. Januar 2006 weiterhin die Kapital- und Stimmrechtsanteile von 3,8 % an der LBB Liegenschaften in Berlin GmbH, Berlin, zu einem Kaufpreis von insgesamt 384 T€. Der Kaufpreis wurde vollständig durch Zahlungsmittel beglichen. Der Betrag der von der Landesbank Berlin abgegebenen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beträgt 0 T€.

Die Landesbank Berlin Investment GmbH (vormals: Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH), Berlin, veräußerte mit Wirkung zum 30. April 2006 die Kapital- und Stimmrechtsanteile von 78,0 % an der EUROPA INVEST S. A., Luxemburg, zu einem Kaufpreis von 285 T€. Der Kaufpreis wurde vollständig durch Zahlungsmittel beglichen. Der Betrag der abgegebenen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beträgt 0 T€.

Die Landesbank Berlin gab ihre Anteile am WBB-Schöneberg-Fonds (Sondervermögen nach InvG) zum Stichtag 12. Dezember 2006 zu einem Preis von 1.180 Mio. € zurück. Der Preis wurde vollständig durch Zahlungsmittel beglichen.

8 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (IAS 39)

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, wozu auch derivative Finanzinstrumente zählen, in der Bilanz anzusetzen. Dabei ist der gesamte Bestand in verschiedene Kategorien aufzuteilen und in Abhängigkeit von der jeweiligen Kategorie zu bewerten.

Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LaR):

Dieser Kategorie werden Kredite, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, zugeordnet. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen gezeigt, wenn sie nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der Wertminderungen. Agien und Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis vereinnahmt.

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss):

a) Handelsaktiva und Handelspassiva (Held for Trading, HfT):

Diesen Kategorien werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken gehalten werden beziehungsweise eingegangen worden sind. Hierzu zählen originäre Finanzinstrumente und derivative Finanzinstrumente (mit Ausnahme der derivativen Sicherungsinstrumente) mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen und derivative Finanzinstrumente, sofern sie einen negativen Marktwert haben (Handelspassiva). Derivative Finanzinstrumente werden nach IAS 39 als Handelsbestände klassifiziert, sofern sie sich nicht als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accountings qualifizieren. Handelsaktiva und -passiva werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bewertet. Gewinne und Verluste aus der Bewertung und laufende Zinszahlungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

b) Zum Zeitwert designierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Fair Value-Option, FVO):

Beim Erstansatz finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten kann durch Designation wahlweise und unwiderruflich von der Fair Value-Option Gebrauch gemacht werden. In diesen Kategorien werden designierte Finanzinstrumente im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Zeitwert angesetzt. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ein. Die laufenden Zinszahlungen aus den designierten Finanzinstrumenten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Anhang des Konzerns nach IFRS

Der Konzern nutzt die Fair Value-Option, um Bewertungsinkongruenzen aus wirtschaftlichen Sicherungszusammenhängen (Accounting-Mismatch) zu vermeiden, für strukturierte trennungspflichtige Finanzinstrumente (eingebettete Derivate) und für fremdverwaltete Sondervermögen (Managementansatz).

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AfS):

Diese Kategorie stellt eine Residualgröße aller nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte dar, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden (verzinsliche Wertpapiere, Aktien, bestimmte Kommunaldarlehen und Beteiligungen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise nach der Equity-Methode bewertet worden sind). Die Bewertung zum Zeitpunkt des Zugangs erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung wird mit Ausnahme von nicht notierten Eigenkapitaltiteln und ABS-Papieren zum Fair Value vorgenommen.

Der Ausweis des Ergebnisses aus der Bewertung erfolgt, sofern es sich nicht um ein Impairment handelt, in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage). Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Im Falle einer Wertminderung (Impairment) ist die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag zu reduzieren und dieser in der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen. Wertaufholungen werden für Fremdkapitaltitel erfolgswirksam und für Eigenkapitaltitel erfolgsneutral vorgenommen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt.

Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Liabilities measured at amortized Costs, LaC):

In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verbindlichkeiten, insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten, soweit nicht zum Fair Value bewertet. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

IAS 39 beinhaltet umfassende und sehr komplexe Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen. Werden Derivate zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Bedingungen die Anwendung besonderer Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu. Von den drei möglichen Formen des Hedge Accountings (IAS 39.86) kommt im Konzern das Fair Value Hedge Accounting sowie das Makro Cash Flow Hedge Accounting zum Einsatz.

Fair Value Hedge Accounting:

Das Fair Value Hedge Accounting dient der Absicherung des Fair Value bilanzieller Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten. Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accountings wird das als Sicherungsinstrument eingesetzte derivative Finanzinstrument zum Fair Value bilanziert, wobei die Bewertungsänderungen erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Für den gesicherten Vermögenswert beziehungsweise die gesicherte Verbindlichkeit sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Fair Value-Änderungen ebenfalls erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu vereinnahmen. Die auf das abgesicherte Risiko bezogenen Bewertungsgewinne oder -verluste aus dem Grundgeschäft werden zusammen mit den Fair Value-Änderungen des Sicherungsinstruments erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, ist der Buchwert in der Bilanz um die kumulierten aus dem gesicherten Risiko resultierenden Marktwertveränderungen anzupassen (Hedge Adjustment). Für Vermögenswerte der Kategorie AfS ist die Neubewertungsrücklage um das Hedge Adjustment ergebniswirksam zu korrigieren. Im Rahmen von Fair Value Hedges sichert die Bank den Marktwert (Fair Value) von Finanzinstrumenten gegen die Risiken, die sich aus der Änderung des jeweiligen Referenzzinssatzes ergeben. Zur Absicherung dieser Risiken werden vor allem Zins- beziehungsweise Zinswährungsswaps verwendet. Hiervon betroffen sind insbesondere die Emissionsgeschäfte des Konzerns und die Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung, sofern es sich um verzinsliche Papiere handelt.

Makro Cash Flow Hedge Accounting:

Makro Cash Flow Hedge Accounting kann nach IAS 39 für Derivate angewendet werden, die das Risiko schwankender zukünftiger Cash Flows mindern. Dem Risiko, dass die tatsächlichen Cash Flows von den erwarteten abweichen, unterliegen vor allem variabel verzinsliche Kredite, Wertpapiere und Verbindlichkeiten sowie geplante Transaktionen. Im Konzern werden Cash Flow Hedges in Form von Zinsswaps zur Absicherung der Zinsrisiken aus der Aktiv-/Passivsteuerung verwendet (so genanntes Batch 6-Modell).

Alle eingesetzten derivativen Finanzinstrumente werden zum Fair Value als „Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten“ bilanziert. Solange die kumulierte Wertveränderung des Sicherungsderivats die kumulierte Wertveränderung des Grundgeschäfts nicht übersteigt, erfolgt die Erfassung der Wertveränderung aus dem Derivat (so genannter effektiver Teil) im Eigenkapital in dem Posten „Neubewertungsrücklage Cash Flow Hedges“. Bei Eintritt der erwarteten Zahlungen erfolgt die Umbuchung aus der Rücklage „Neubewertungsrücklage Cash Flow Hedges“ in die Gewinn- und Verlustrechnung in den Posten „Handelsergebnis“.

Übersteigt hingegen die Summe der kumulierten Wertänderungen aus dem Sicherungsderivat die Summe der Wertveränderungen des Grundgeschäfts, wird die Differenz erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst (so genannter ineffektiver Teil). Für die den gesicherten Zahlungsströmen zugrunde liegenden Geschäfte ändern sich die oben beschriebenen allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Voraussetzungen für die Anwendung des Hedge Accountings:

Die Dokumentation des gesicherten Risikos und der Hedge-Beziehung im Zeitpunkt ihrer Begründung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Anwendung des Hedge Accountings. Durch die Dokumentation erfolgt die formale Zuordnung beziehungsweise Designation von Grund- und Sicherungsgeschäft.

Eine weitere Voraussetzung zur Anwendung von Hedge Accounting ist der Nachweis der Effektivität der Hedge-Beziehung. Effektivität beschreibt das Verhältnis der aus dem abgesicherten Grundgeschäft resultierenden Änderung des Fair Value beziehungsweise Cash Flow zur Änderung des Marktwerts beziehungsweise Cash Flow aus dem Sicherungsgeschäft. Die Effektivität ist zum Zeitpunkt der Designation sowie in den darauffolgenden Perioden prospektiv, d.h. von diesem Tag bis zum Ende der Laufzeit und zu jedem Bilanzstichtag retrospektiv, d.h. für die vergangene Berichtsperiode zu bestätigen. Dabei muss das Verhältnis in einer Bandbreite von 80 %–125 % liegen, damit die Sicherungsbeziehung als effektiv gilt.

Im Konzern kommt für den Effektivitätsnachweis der Fair Value Hedges die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedge-Beziehung. Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktzensarien (+ 100 Basispunkte Shift) ermittelt.

Beim Effektivitätsnachweis der Makro Cash Flow Hedges erfolgt die Anwendung der Change-in-Fair-Value-of-Cash-Flows-Methode. Beim prospektiven Test erfolgt die Gegenüberstellung der erwarteten Cash Flows aus dem Sicherungsgeschäft und dem Grundgeschäft für die entsprechenden Laufzeitbänder. Retrospektiv wird die Einhaltung der 80 %–125 % Bandbreite mittels der Hedge Ratio aus den tatsächlichen Cash Flows aus dem Sicherungsgeschäft und derer aus dem Grundgeschäft überprüft.

Eingebettete Derivate

Die bilanzielle Bewertung komplexer strukturierter Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten ist ebenfalls in IAS 39 geregelt. Dabei handelt es sich um strukturierte Produkte, welche sich in der Regel aus einem zinstragenden, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Basisvertrag sowie einem oder mehreren Derivaten zusammensetzen, wobei beide Bestandteile untrennbar zu einer rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit verbunden sind.

Eingebettete Derivate sind vom originären Basisvertrag zu trennen und separat wie ein freistehendes Derivat zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten und zu bilanzieren, wenn einerseits die Definition eines Derivats nach IAS 39 erfüllt ist und andererseits keine eindeutige und enge Verknüpfung mit dem Basisvertrag vorliegt. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrags erfolgt hingegen unverändert nach den Vorschriften der einschlägigen Kategorie dieses Finanzinstruments.

Trennungspflichtige eingebettete Derivate wurden im Konzern bei strukturierten Emissionen auf Eigenkapitaltitel (SOFIA-Zertifikate u.a.) sowie bei strukturierten Zinsemissionen mit inhärentem Bonitätsrisiko (Credit Linked Notes) identifiziert. Der Basisvertrag wird dabei jeweils der Bewertungskategorie Liabilities measured at amortized costs zugeordnet und innerhalb des Bilanzpostens „Verbriefte Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Entsprechend werden die separierten Derivate zum Marktwert bewertet und im Handelsbestand gezeigt.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Bank als Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für seinen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Zu den Finanzgarantien zählen Bankgarantien, Kreditbürgschaften und Akkreditive.

Beim erstmaligen Ansatz werden die Finanzgarantien von der Bank mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für Finanzgarantien, die im Rahmen einer marktgerechten Transaktion gegeben wurden, entspricht der beizulegende Zeitwert der Provision für die Gewährung der Garantie (IAS 39.43 in Verbindung mit IAS 39.AG 4 a). Es wird die Nettomethode angewendet. Erfolgt die Prämienzahlung an den Garantiegeber verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit null angesetzt und die jeweilige Prämienzahlung vereinnahmt. Finanzgarantien gegen Einmalzahlungen werden über die Gesamtlaufzeit der Finanzgarantie zeitanteilig abgegrenzt.

An den folgenden Stichtagen wird die Finanzgarantie mit dem höheren Wert aus der Bewertung gemäß IAS 37 und dem im Rahmen der Erstbewertung ermittelten Wert, der nach den Vorschriften von IAS 18 fortgeführt wurde, angesetzt.

Anhang des Konzerns nach IFRS

9 Währungsumrechnung

In den Abschlüssen der Gesellschaften werden Geschäftsvorfälle in fremder Währung mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Ersterfassung umgerechnet. Kursgewinne und -verluste aus monetären Posten werden ergebniswirksam berücksichtigt. Kursgewinne und -verluste aus nicht monetären Posten werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst.

Sämtliche monetäre Positionen werden mit dem Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre Posten, die zu Anschaffungskosten bewertet werden, werden mit dem historischen Kurs umgerechnet.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für die meisten ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung Euro nach der Zeitbezugsmethode. Die Umrechnung erfolgt so, als ob die Geschäfte von der Muttergesellschaft selbst vorgenommen und gebucht worden wären. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher das GBP beziehungsweise der USD, und die Umrechnung erfolgt gemäß IAS 21 nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Die Umrechnung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt zum Stichtagskurs, während das übrige Eigenkapital mit ursprünglichen Kursen umgerechnet wird. Umrechnungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

10 Barreserve

Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Alle anderen Bestände (Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken) werden zum Nennwert ausgewiesen.

11 Forderungen

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen.

Die nicht zu Handelszwecken gehaltenen Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Forderungen in der Kategorie Available for Sale (Kommunalkredite der Berlin Hyp) werden mit dem beizulegenden Zeitwert ergebnisneutral bewertet. Das Bewertungsergebnis fließt in die Neubewertungsrücklage ein.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Forderungen erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cash Flows, diskontiert mit einem risikoangepassten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Schuldners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (z.B. Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Forderungen in der Kategorie Loans and Receivables umfassen nicht-derivative Forderungen mit festen bestimmbaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Sie werden zu fortgeführten Anschaffungskosten ergebniswirksam bewertet.

Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten „Risikovorsorge“ ausgewiesen.

Die Buchwerte der Forderungen, die sich für das Hedge Accounting qualifizieren, werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust ergebniswirksam angepasst.

Agio- und Disagiobeträge werden grundsätzlich nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet.

12 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und pauschalierten Einzelwertberichtigungen (pEWB) Rechnung.

Einzelwertberichtigungen (EWB)

Signifikante Forderungen unterliegen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein Hinweis auf eine Wertminderung vor, wird eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder die Sicherheitenbewertung oder sich die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (z.B. allgemeines Konjunkturrisiko) und Transferrisiken (Länderwertberichtigung) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der bereits einzelwertberichtigten Forderungen. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweisen auf eine Wertminderung sowie Forderungsbestände mit Rechtsunsicherheiten werden in eng abgegrenzten Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen, Wechselverbindlichkeiten und Finanzgarantien) wird durch eine Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft berücksichtigt beziehungsweise in die Portfoliowertberichtigungen einbezogen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Informationen sind im Abschnitt „Risikomanagement“ aufgeführt.

13 Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte / Reverse-Repo-Geschäfte) und Wertpapierleihegeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten.

Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Repo-Geschäft zufließende Liquidität wird als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Zinsaufwendungen erfasst.

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert und entsprechend bewertet. Vereinbarte Zinsen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Zinserträge erfasst.

Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden als Wertpapierbestand ausgewiesen, während entlehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden.

Gestellte Barsicherheiten für entlehene Wertpapiere werden als Forderungen ausgewiesen. Erhaltene Barsicherheiten für verliehene Wertpapiere werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

14 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Bilanzposten werden zur Absicherung im Rahmen des Hedge Accounting eingesetzte Derivate mit positivem Marktwert ausgewiesen.

Börsennotierte Instrumente werden mit Börsenkursen und nicht börsennotierte Produkte werden anhand interner Preismodelle (Barwert- oder Optionspreismodelle) bewertet. Die im Rahmen des Hedge Accountings für Fair Value Hedges ermittelten Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Der effektive Teil der Wertänderungen von Sicherungsderivaten bei Cash Flow Hedges wird erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfasst. Der ineffektive Teil wird dagegen in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten“ (Handelsergebnis) ausgewiesen.

Anhang des Konzerns nach IFRS

15 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position werden die Handelsaktiva sowie die zum Fair Value designierten Finanzinstrumente ausgewiesen.

Handelsaktiva

Die Handelsaktiva umfassen Handelszwecken dienende Wertpapiere und derivative Finanzinstrumente mit positiven Marktwerten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings genutzt werden. Zins- und Dividendenerträge aus Handelsbeständen werden im Posten „Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten“ ausgewiesen.

Zum Zeitwert designierte Vermögenswerte (Fair Value-Option)

Nach IAS 39 können finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten unter bestimmten Voraussetzungen als „erfolgswirksam zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente“ freiwillig designiert werden. Die Fair Value-Option dient unter anderem dem Zweck, Inkonsistenzen (Accounting Mismatches) zu beseitigen. Inkonsistenzen treten auf, wenn auf wirtschaftlich miteinander verbundene Finanzinstrumente unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe anzuwenden sind (wie z.B. fortgeführte Anschaffungskosten für eine Forderung, und Fair Value für das Derivat, das das Zinsrisiko der Forderung absichert, ohne dass die strengen Voraussetzungen des Hedge Accountings erfüllt sind).

Die Fair Value-Option kann auch angewandt werden, wenn das interne Risikomanagement oder die interne Anlagestrategie für eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte auf Grundlage des Fair Value gesteuert wird.

Die Fair Value-Option kann außerdem angewandt werden, wenn ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit eingebettete und gemäß IAS 39 trennungspflichtige Derivate enthält, um auf eine Trennung von Host und Derivat zu verzichten.

16 Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienende, als Available for Sale kategorisierte Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen (nicht nach der Equity-Methode bewertet), Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie als Loans and Receivables kategorisierte (da nicht an einem aktiven Markt gehandelte) Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere) ausgewiesen. Die AfS-Bestände werden gemäß IAS 39 mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen erfolgt erfolgsneutral bis zur Veräußerung in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. Die ABS-Papiere werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Für alle enthaltenen Finanzinstrumente wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf wesentliche dauerhafte Wertminderung durchgeführt. Sofern eine Wertminderung vorliegt, wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Eigenkapitaltiteln sind ergebniswirksame Zuschreibungen bei Wegfall des Abschreibungsgrundes nicht zulässig. Wertaufholungen werden stattdessen erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Bei Schuldtiteln wird eine Wertaufholung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Für Eigenkapitaltitel, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ist keine Wertaufholung zulässig.

17 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

In dieser Kategorie werden Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

Als assoziierte Unternehmen im Sinne von IAS 28 gelten die Anteile, bei denen ein Investor maßgeblichen Einfluss ausüben kann, ohne dass Kontrolle beziehungsweise gemeinschaftliche Führung vorliegt. Als Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von IAS 31 gelten vertragliche Vereinbarungen, bei denen zwei oder mehrere Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt.

Anteile, die nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zunächst mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen, und in der Folge verändert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am Periodenergebnis des Beteiligungsunternehmens. Darüber hinaus verändern ergebnisneutrale Änderungen des Eigenkapitals des assoziierten beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmens ergebnisneutral dessen Buchwert. Ausschüttungen des Beteiligungsunternehmens werden ergebnisneutral erfasst und verringern den Buchwert der Beteiligung.

Ergebnisse aus Transaktionen mit Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, werden anteilig eliminiert.

18 Immaterielle Vermögenswerte

Ein Immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird.

Zu den Immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen sowie der Geschäfts- und Firmenwert. Die Abschreibungsdauer für diese Vermögenswerte – mit Ausnahme der Geschäfts- und Firmenwerte – beläuft sich auf 3 bis 5 Jahre. Die Immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte Immaterielle Vermögenswerte unterteilt.

Selbst erstellte Immaterielle Vermögenswerte werden nur dann aktiviert, wenn Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

Der Erstanatz von erworbenen Immateriellen Vermögenswerten erfolgt zu Anschaffungskosten beziehungsweise zu Herstellungskosten bei selbst erstellten Immateriellen Vermögenswerten.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit Ausnahme des Geschäfts- und Firmenwerts linear über die Nutzungsdauer abgeschrieben, bei Anzeichen auf eine Wertminderung wird gegebenenfalls eine Wertminderung vorgenommen. Die Wertminderungen werden bei den Verwaltungsaufwendungen gebucht. Der Geschäfts- und Firmenwert wird mindestens einmal jährlich, bei Anzeichen auf Wertminderung auch unterjährig, mittels Ertragswertverfahren auf Werthaltigkeit überprüft (Impairmenttest).

Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt in dem Posten „Verwaltungsaufwendungen“.

19 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € linear abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Abschreibungsdauer in Jahren

Eigengenuzte Grundstücke und Gebäude sowie sonstige Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume nach der Nutzungsart abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 – 25 Jahre
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden in dem Posten „Sonstiges betriebliches Ergebnis“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt in dem Posten „Verwaltungsaufwendungen“.

20 Wertminderung von Sachanlagen und Immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert

Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- und Firmenwert des Unternehmens werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob eine Wertminderung (Impairment) vorliegt. Werden Anhaltspunkte für eine Wertminderung identifiziert, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- und Firmenwerte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden zusätzlich unterjährig einem Impairmenttest unterzogen, sofern Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen.

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst. Der Ausweis erfolgt in dem Posten „Verwaltungsaufwendungen“, für Geschäfts- und Firmenwerte im Posten „Sonstiges betriebliches Ergebnis“.

Anhang des Konzerns nach IFRS

Bei einer Wertaufholung in einer Folgeperiode wird der Buchwert des Vermögenswerts entsprechend dem festgestellten erzielbaren Betrag angepasst. Eine Zuschreibung ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zulässig, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und in dem Posten „Sonstiges betriebliches Ergebnis“ ausgewiesen. Eine Zuschreibung für den Geschäfts- und Firmenwert wird nicht vorgenommen.

21 Leasinggeschäft

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als Operating Leasing klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

Konzern als Leasinggeber (Operating Leasing)

Bei Konzerngesellschaften, die das Operating-Leasinggeschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von Wertminderungen erforderlichen Wertminderungsaufwendungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausgewiesen.

Konzern als Leasingnehmer (Operating Leasing)

Das wirtschaftliche Eigentum an den im Rahmen eines Operating-Leasing-Vertrags geleasteten Anlagegütern verbleibt beim Leasinggeber.

Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Verwaltungsaufwand“ beziehungsweise im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ erfasst.

Konzern als Leasinggeber (Finanzierungsleasing)

Derzeit sind keine Finanzierungsleasing-Verträge vorhanden, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt.

Konzern als Leasingnehmer (Finanzierungsleasing)

Im Rahmen von Finanzierungsleasing gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz in dem Posten „Sachanlagen“, und die Leasingverpflichtung wird im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ beziehungsweise „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ verbucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und die Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleasteter Sachanlagen.

22 Investment Properties

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien als Investment Properties behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht das Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties gehalten werden, und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden. Investment Properties werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt und als eigenständiger Posten ausgewiesen. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Beim Vorliegen von Wertminderungen, die über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehen, werden diese vorgenommen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Alle Erträge und Aufwendungen, die aus Investment Properties resultieren, werden in der Position „Sonstiges betriebliches Ergebnis“ erfasst.

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags.

Es bestehen keine Beschränkungen hinsichtlich der Veräußerbarkeit von Investment Properties.

Es besteht die vertragliche Verpflichtung, ein Objekt im Jahr 2008 zum Kaufpreis von 64,2 Mio. € zu erwerben.

23 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte (und zur Veräußerung gehaltene Vermögensgruppen) werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten werden, sofern die Veräußerung nach mehr als zwölf Monaten erfolgt, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es höchstwahrscheinlich ist, dass eine planmäßige Veräußerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert (beziehungsweise die Veräußerungsgruppe) in seinem (beziehungsweise ihrem) aktuellen Zustand zur sofortigen Veräußerung verfügbar ist. Das Management muss ferner einen Veräußerungsplan aufgestellt haben, und der Verkauf muss bis auf Ausnahmefälle innerhalb eines Jahres durchgeführt sein.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden werden für langfristige Vermögenswerte und für solche Vermögenswerte, die eine Veräußerungsgruppe bilden, nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Veräußerungsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben.

Wertminderungsaufwendungen aus langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung verfügbar gehalten klassifiziert werden, werden im Posten „Sonstiges betriebliches Ergebnis“ erfasst.

24 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen. Agio- und Disagiobeträge werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen.

Beim Rückkauf eigener Schuldverschreibungen erfolgt eine standardkonforme Kürzung des Bilanzausweises. Unterschiedsbeträge zwischen Buchwert und Anschaffungskosten bei Rückkauf werden erfolgswirksam erfasst.

Anhang des Konzerns nach IFRS

25 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

In diesem Bilanzposten werden zur Absicherung im Rahmen des Hedge Accountings eingesetzte derivative Sicherungsinstrumente, die einen negativen Marktwert besitzen, ausgewiesen. Für börsennotierte Instrumente werden der Bewertung Börsenkurse zugrunde gelegt, und für nicht börsennotierte Produkte werden interne Preismodelle (Barwert- oder Optionspreismodelle) herangezogen. Das Bewertungsergebnis für das Hedge Accounting der als Fair Value Hedges klassifizierten Sicherungsinstrumente wird in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Der effektive Teil der Wertänderungen von Sicherungsderivaten bei Makro Cash Flow Hedges wird erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital erfasst. Der ineffektive Teil wird dagegen in der Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt.

26 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind die Handelspassiva sowie die zum Zeitwert designierten Finanzinstrumente enthalten.

Handelspassiva

Die Handelspassiva umfassen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente mit negativen Marktwerten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings genutzt werden. Die Bewertung der Handelspassiva erfolgt zum Marktwert (Fair Value) analog den Handelsaktiva. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst.

Zum Zeitwert designierte Verpflichtungen (Fair Value-Option)

Verbriefte Verbindlichkeiten, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten, sind der Fair Value-Option zugewiesen worden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbrieftete Verbindlichkeiten und passivische Schuldscheindarlehen angewendet, insoweit diese durch derivative Geschäfte abgesichert sind, die die formellen Kriterien des Hedge Accountings nach IAS 39 nicht erfüllen. Diese Maßnahme dient dazu, Ergebnisschwankungen zu vermeiden, die ansonsten durch die uneinheitliche Bewertungsmethodik für Finanzinstrumente unterschiedlicher Kategorien nach IAS 39 hervorgerufen werden (Accounting Mismatch). IAS fordert für zum Zeitwert designierte Verbindlichkeiten eine gesonderte Notesangabe jener Wertänderungen innerhalb einer Berichtsperiode, welche in einer Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos begründet liegen.

27 Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt, die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen unter Berücksichtigung von IAS 19 gebildet.

Die Mitarbeiter der Landesbank Berlin AG sowie Mitarbeiter einiger Tochterunternehmen erwerben betriebliche Versorgungsansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien resultieren, weil durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte (IAS 37.92).

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit einem konzerneinheitlich vorgegebenen Zinssatz abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinnt.

28 Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus unterschiedlichen Wertansätzen nach IFRS und Steuerrecht, soweit sich diese Differenzen in Zukunft ausgleichen (temporäre Unterschiede). Daraus resultieren in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge wurden in der Höhe angesetzt, in der sie – unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung – mit hinreichender Wahrscheinlichkeit realisiert werden können. Dies ist gegeben, wenn zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen entsteht. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerpflichtungen werden die zum Bilanzstichtag gültigen Steuersätze verwendet. Die für 2008 geplanten Änderungen bei der Unternehmensbesteuerung wurden gemäß IAS 12.47 aufgrund des frühen Stadiums des Gesetzgebungsverfahrens noch nicht berücksichtigt.

Abschreibungen auf latente Steuern waren im Berichtszeitraum nicht erforderlich.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgte – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangener Steuerbescheide. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen zurückliegender Jahre unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen beziehungsweise für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

In der Bilanz werden die tatsächlichen und latenten Steueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen jeweils in einem separaten Posten ausgewiesen.

29 Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden dem Konzern überlassene Kapitalbeträge bilanziert, die aufgrund des Rückforderungsrechts des jeweiligen Kapitalgebers als finanzielle Verpflichtung zu qualifizieren sind und eine temporäre Haftungsfunktion haben.

Der Posten „Nachrangkapital“ setzt sich aus Einlagen stiller Gesellschafter (§ 10 Abs. 4 KWG) und nachrangigen Verpflichtungen (§ 10 Abs. 5a KWG) zusammen.

Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt.

Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst.

30 Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden in der IFRS-Bilanz nicht angesetzt. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Provisionsüberschuss“ enthalten.

31 Eigene Aktien

Die zu Beginn des Geschäftsjahres 2006 im Bestand befindlichen eigenen Aktien von 27.486.235 Stück wurden vollständig bis zum 9. November 2006 an der Börse verkauft.

Anhang des Konzerns nach IFRS

32 Ergebnisse der Segmente

in Mio. €	Private Kunden ¹⁾		Firmenkunden ¹⁾		Kapitalmarkt- geschäft		Immobilien- finanzierung	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Zinsüberschuss	342	328	124	127	232	256	421	516
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	45	27	19	-13	7	6	54	144
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	297	301	105	140	225	250	367	372
Provisionsüberschuss	200	181	28	25	52	32	14	6
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					-1	-6	3	-8
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					3	100	-118	-202
Ergebnis aus Finanzanlagen	4		16	-19	-9	15	6	77
Ergebnis aus nach der at Equity-Methode bewerteten Anteilen	2	-1						
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3	6		2	9	14	-6	
Verwaltungsaufwendungen	390	386	90	97	179	208	119	120
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	116	101	59	51	100	197	147	125
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen								-5
Operatives Ergebnis	116	101	59	51	100	197	147	120
Segmentvermögen ^{3) 5)}	3.677	3.005	5.837	5.617	66.078	66.455	49.484	48.951
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) ^{3) 5)}	10.440	10.217	3.866	3.424	53.703	55.436	40.219	40.424
Risikopositionen ³⁾	2.695	2.423	4.499	4.365	18.485	14.507	15.135	14.752
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) ⁴⁾	256	223	295	304	1.052	910	978	937
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag) ³⁾	2.427	2.490	661	671	445	456	571	678
Eigenkapitalrentabilität	45,3 %	45,3 %	20,0 %	16,8 %	9,5 %	21,6 %	15,0 %	12,8 %
Cost-Income-Ratio	70,8 %	75,1 %	53,6 %	71,9 %	62,6 %	50,6 %	37,2 %	30,8 %

¹⁾ Die Ergebnisse der Berliner Bank werden für 2006 und 2005 unter Corporate Investments ausgewiesen. In 2005 sind zusätzlich die Ergebnisse der Weberbank bis zu ihrem Ausscheiden am 31. August 2005 enthalten.

²⁾ Der Erfolg aus der Verkaufstransaktion Berliner Bank ist in „Sonstiges/Konsolidierung“ enthalten.

³⁾ Im Segment Corporate Investments sind in 2005 wegen des Ausscheidens der Weberbank am 31. August 2005 ausschließlich Werte der Berliner Bank enthalten.

⁴⁾ Für den Konzern insgesamt wird unter „Gebundenem Eigenkapital“ das Kernkapital gemäß § 10 KWG inkl. und exkl. der stillen Einlagen des Landes Berlin ausgewiesen.

⁵⁾ Segmentvermögen/ -verbindlichkeiten in 2006 ohne Steuerpositionen

	Corporate Investments ¹⁾		Sonstiges / Konsolidierung ²⁾		KONZERN vor Vergütung stille Einlagen		Vergütung stille Einlagen		KONZERN nach Vergütung stille Einlagen	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
	138	160	-329	-419	928	968	-78	-78	850	890
	3	18	-5	10	123	192			123	192
	135	142	-324	-429	805	776	-78	-78	727	698
	78	80	-4	-2	368	322			368	322
			1	2	3	-12			3	-12
		22	195	247	80	167			80	167
		-1	33	-11	50	61			50	61
			-6		-4	-1			-4	-1
	10		620	199	636	221			636	221
	169	184	168	135	1.115	1.130			1.115	1.130
	54	59	347	-129	823	404	-78	-78	745	326
			35	-45	35	-50			35	-50
	54	59	382	-174	858	354	-78	-78	780	276
		3.618	15.617	16.757	140.693	144.403			140.693	144.403
		4.692	30.533	28.309	138.761	142.502			138.761	142.502
		2.586	4.087	2.291	44.901	40.924			44.901	40.924
	187	292	492	553	3.260	3.219	-1.100	-1.100	2.160	2.119
		902	1.856	2.139	5.960	7.336			5.960	7.336
	28,9%	20,2%			26,3%	11,0%	7,1%	7,1%	36,1%	13,0%
	74,8%	70,5%			54,1%	65,5%			56,2%	68,6%

Anhang des Konzerns nach IFRS

33 Zinsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005 ¹⁾	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft	4.117	3.955	4
Zinserträge aus Finanzanlagen	1.328	1.125	18
Laufende Erträge aus Finanzanlagen	23	57	-60
Sonstige Zinserträge	67	27	>100
Summe der Zinserträge	5.535	5.164	7
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	4.605	4.196	10
Zinsaufwendungen für stille Einlagen des Landes Berlin	78	78	0
Laufende Aufwendungen aus Finanzanlagen	2	0	x
Summe der Zinsaufwendungen	4.685	4.274	10
Gesamt	850	890	-4

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

In den Zinserträgen sind Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten (Unwinding-Effekte) in Höhe von 126 Mio. € (Vorjahr: 125 Mio. €) enthalten. Die Unwinding-Effekte ergeben sich aus der Fortschreibung der Barwerte zum Bilanzstichtag bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungsströme. Für die Barwertermittlung wird der ursprüngliche, effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

In den Zinserträgen sind Dividenden in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) enthalten.

34 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	455	318	43
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	578	510	13
Gesamt	123	192	-36

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie der gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

Für alle eingetretenen Risiken im Kreditgeschäft wurden konzerneinheitlich Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen und Rückstellungen gebildet.

35 Provisionsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005	Veränderung in %
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	152	127	20
Zahlungsverkehr / Kontoführung	131	130	1
Kreditgeschäft	27	12	> 100
Kartengeschäft	38	34	12
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	11	8	38
Sonstiger Provisionsüberschuss	9	11	-18
Provisionsüberschuss	368	322	14

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005	Veränderung in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	185	154	20
Zahlungsverkehr / Kontoführung	143	141	1
Kreditgeschäft	32	25	28
Kartengeschäft	65	58	12
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	23	20	15
Sonstige Provisionserträge	11	11	0
Summe der Provisionserträge	459	409	12
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	33	27	22
Zahlungsverkehr / Kontoführung	12	11	9
Kreditgeschäft	5	13	-62
Kartengeschäft	27	24	13
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	12	12	0
Sonstige Provisionsaufwendungen	2	0	x
Summe der Provisionsaufwendungen	91	87	5
Provisionsüberschuss	368	322	14

36 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005 ¹⁾	Veränderung in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	-115	-197	42
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivativen	118	185	-36
Gesamt	3	-12	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Dieser Posten enthält die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen (Fair Value Hedge Accounting), die gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accountings erfüllen.

Anhang des Konzerns nach IFRS

37 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung unterteilt sich in zwei Komponenten:

- (a) Handelsergebnis
- (b) Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (Fair Value-Option)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005 ¹⁾	Veränderung in %
Handelsergebnis	-435	305	< -100
Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)	515	-138	> 100
Gesamt	80	167	-52

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die Teilergebnisse gliedern sich wie folgt auf:

- (a) Handelsergebnis

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005 ¹⁾	Veränderung in %
Ergebnis aus Fair Value-Änderungen (inkl. Devisenergebnis)	-658	256	< -100
Laufendes Ergebnis aus Handelsbestand	223	49	> 100
Gesamt	-435	305	< -100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

- (b) Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (Fair Value-Option)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005	Veränderung in %
Ergebnis aus Fair Value-Änderungen von designierten Vermögenswerten	39	-15	> 100
Ergebnis aus Fair Value-Änderungen von designierten Verbindlichkeiten	476	-123	> 100
Gesamt	515	-138	> 100

38 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005	Veränderung in %
Ergebnis aus dem Abgang von Finanzanlagen	52	79	-34
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	90	134	-33
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	38	55	-31
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	-4	-12	67
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	1	17	-94
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	5	29	-83
Sonstiges Ergebnis aus Finanzanlagen	2	-6	> 100
Gesamt	50	61	-18

Im Ergebnis aus dem Abgang von Finanzanlagen werden hauptsächlich Erträge aus dem Verkauf von Aktien und Schuldverschreibungen ausgewiesen.

Das sonstige Ergebnis aus Finanzanlagen enthält Erträge in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) und Aufwendungen in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €).

39 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

Dieser Posten setzt sich aus den Ergebnissen von assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005	Veränderung in %
Ergebnis aus Bewertungsänderungen	-7	-11	36
Laufendes Ergebnis aus at Equity bewerteten Anteilen	3	10	-70
Gesamt	-4	-1	< -100

Im Vorjahr wurde das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen im Zinsüberschuss ausgewiesen.

40 Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005 ¹⁾	Veränderung in %
Sondereffekte aus Beteiligungen	452	87	> 100
Sonstige Steueraufwendungen	-37	-5	< -100
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	16	89	-82
Saldo übrige betriebliche Erträge und Aufwendungen	131	40	> 100
davon: Saldo Abgänge Sachanlagen	44	7	> 100
davon: Zinsen Steuererstattungen	27	0	x
davon: Saldo Investment Properties	-9	2	< -100
davon: Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	23	15	53
davon: sonstige Entkonsolidierungserfolge	6	-8	> 100
davon: IT-Erträge	3	11	-73
davon: Saldo Übriges	37	13	> 100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	636	221	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die Ergebniseffekte aus Beteiligungen betreffen den Verkauf der Berliner Bank (Entkonsolidierungserfolg). Der Vorjahresausweis beinhaltet den Bewertungseffekt der Weberbank.

Die sonstigen Steueraufwendungen mit einem Ertragsausweis von 37 Mio. € beinhalten Steuererstattungen und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Substanzsteuern aufgrund Betriebsprüfungen sowie Verkehrssteuern. Dazu korrespondieren die zuzurechnenden Zinsen auf Steuererstattungen in dem Posten „Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen“.

Die sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen umfassen Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können.

Der Konzern als Leasinggeber (Operating Leasing)

Im übrigen betrieblichen Ertrag und Aufwand sind Erträge aus Operating Leasing-Verhältnissen enthalten. Diese betreffen einen Mobilien-Leasing-Fonds in dessen Funktion als Leasinggeber. Nach Ablauf des Leasingvertrags hat der Leasing-Fonds das Recht, dem Leasingnehmer den Leasinggegenstand zu einem Mindestverwertungserlös von rund 28 Mio. € zum Kauf anzudienen. Die künftigen Mindestleasingzahlungen verteilen sich auf die Restlaufzeit des Leasingvertrags bis zum 16. Dezember 2008 und beinhalten neben dem Mindestverwertungserlös laufende Zahlungen von rd. 3 Mio. € p.a.

Anhang des Konzerns nach IFRS

Der Bruttobuchwert der verleaste Gegenstände beträgt 57 Mio. €.

Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen:

Restlaufzeiten	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005	Veränderung in %
bis ein Jahr	3	3	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	4	6	-33
Gesamt	7	9	-22

41 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte und den Anderen Verwaltungsaufwendungen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005 ¹⁾	Veränderung in %
Personalaufwendungen	589	572	3
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	74	111	-33
Anderer Verwaltungsaufwendungen	452	447	1
Gesamt	1.115	1.130	-1

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Personalaufwendungen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	446	439	2
Soziale Abgaben	70	72	-3
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	73	61	20
Gesamt	589	572	3

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005	Veränderung in %
Abschreibungen auf Sachanlagen	43	68	-37
Planmäßige Abschreibungen	41	66	-38
Wertminderungen	2	2	0
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	31	43	-28
Planmäßige Abschreibungen	31	8	> 100
Wertminderungen	0	35	-100
Gesamt	74	111	-33

Andere Verwaltungsaufwendungen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005 ¹⁾	Veränderung in %
Gebäude- und Raumkosten	74	61	21
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	4	0
IT-Aufwendungen	205	211	-3
Werbung und Marketing	30	22	36
Geschäftsbetriebskosten	65	62	5
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	54	59	-8
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	5	15	-67
Personalabhängige Sachkosten	15	13	15
Gesamt	452	447	1

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Das im Geschäftsjahr 2006 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005	Veränderung in %
für Jahresabschlussprüfungen	5,3	7,0	-25
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	1,0	0,2	> 100
für Steuerberatung	0,0	0,1	-100
für sonstige Leistungen	0,0	0,4	-100
Gesamt	6,3	7,7	-18

In den sonstigen Leistungen des Vorjahres sind prüfungsnahe Beratungen und Fortbildungskosten enthalten.

Der Konzern als Leasingnehmer (Operating Leasing)

Die künftigen Mindestleasingzahlungen, aufgrund von unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen, gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Restlaufzeiten	1.1. – 31.12. 2006 in Mio. €	1.1. – 31.12. 2005 in Mio. €	Veränderung in %
bis ein Jahr	23	36	-36
über ein Jahr bis fünf Jahre	57	110	-48
über fünf Jahre	5	7	-29
Gesamt	85	153	-44

Die Summe der künftigen Mindestzahlungen aus Untermietverhältnissen (deren Erhalt aufgrund von unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wird) beträgt 3 Mio. €.

Die bedingten Mietzahlungen des Geschäftsjahres betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).

Der Ausweis betrifft im Wesentlichen Operating-Leasingverhältnisse für Geschäftsfilialen in Höhe von 69 Mio. € (Vorjahr: 138 Mio. €) sowie für IT-Systeme in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €).

Anhang des Konzerns nach IFRS

42 Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005 ¹⁾	Veränderung in %
Restrukturierungserträge	43	35	23
Restrukturierungsaufwendungen	8	85	-91
Gesamt	35	-50	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Aus Auflösungen von Rückstellungen resultiert ein Ertrag von 41 Mio. € (Vorjahr: 29 Mio. €).

43 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Konzern Landesbank Berlin Holding besteht nach dem Formwechsel der Landesbank Berlin Anstalt öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft mit Wirkung zum 1. Januar 2006 und dem Abschluss eines Gewinnabführungsvertrags zwischen ihr und ihrem Gründungsgesellschafter, der LBB Holding AG, mit erstmaliger Wirkung für das Jahr 2006 aus zwei steuerlichen Organkreisen sowie Unternehmen, die diesen Organkreisen nicht angehören.

Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die Landesbank Berlin AG fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	96	57	68
Latente Steuern	-1	-61	-98
Gesamt	95	-4	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Der im Saldo ausgewiesene Ertrag aus latenten Steuern ist im Wesentlichen auf die Bildung von aktiven latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge zurückzuführen. Im Vorjahr basierte der hohe latente Steuerertrag insbesondere auf einer Verlängerung des Zeitraums, der dem Ansatz aktiver latenter Steuern auf steuerlichen Verlustvorträge zugrunde gelegt wird.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

in Mio. €	2006	2005 ¹⁾
Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	780	276
Konzernertragsteuersatz	38,9 %	38,9 %
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	304	107
1. Steuerfreie Erträge	-40	-112
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	72	139
3. Abweichende Gewerbesteuer	5	18
4. Steuersatzabweichungen	-2	-6
5. (Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	-176	-78
6. Latente Steuern aufgrund Änderung von Bewertungsmethoden	0	-86
7. Aperiodische Effekte	-71	2
8. Verbrauch des positiven Endbestands an EK 02	0	14
9. Sonstiges	3	-2
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand / Steuerertrag (-)	95	-4
Effektiver Steuersatz	12,2 %	-1,4 %

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz setzt sich zusammen aus dem in Deutschland bislang geltenden Körperschaftsteuersatz von 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 17,0 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %). Unter Beachtung der Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer ergibt sich ein Konzernertragsteuersatz von 38,9 %. Für die Berechnung der latenten Steuern sind indessen die jeweiligen Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden.

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus nach § 8b Abs. 1 und 2 KStG steuerfreien Erträgen. Im Vorjahr wurden hier zusätzlich die Erträge aus der Inanspruchnahme der für den Bereich des Immobiliendienstleistungsgeschäfts mit der DetV übernommenen Buchwertgarantie, die steuerlich als Einlage zu behandeln waren, berücksichtigt.

Die Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die nach § 8a beziehungsweise § 8b Abs. 2 KStG nicht abzugsfähigen Aufwendungen, soweit sie nicht bei der Ermittlung des Gewerbeertrags bereits losgelöst davon hinzuzurechnen sind, und Avalprovisionen, die aufgrund der mit der DetV übernommenen Risikoabschirmung an das Land zu leisten sind. Des Weiteren ist hier der Effekt aus dem Gewinn des Verkaufs der eigenen Aktien, welche von der LBB AG gehalten wurden, berücksichtigt. Dieser handels- und steuerrechtliche Gewinn wirkt sich nicht im IFRS-Ergebnis aus.

Die ausländischen Steuersätze betragen zwischen 12 % und 31 %. Der Steuereffekt, der sich aufgrund des Unterschieds zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung dargestellt.

Die Position „(Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern“ reflektiert im Wesentlichen Steuereffekte im Zusammenhang mit der zusätzlichen Aktivierung latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorräte.

Für temporäre Differenzen in Höhe von 102 Mio. € (Vorjahr: 107 Mio. €) wurden aufgrund der sehr langen Laufzeiten bestimmter Rückstellungen keine aktiven latenten Steuern angesetzt.

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 573 Mio. € (Vorjahr: 627 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 447 Mio. € (Vorjahr: 365 Mio. €) wurden latente Steuern in Höhe von insgesamt 209 Mio. € (Vorjahr: 216 Mio. €) angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorräten wurden aktive latente Steuern in Höhe von 125 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €) aufgelöst. Dies betraf die Gesellschaften LBB Holding AG und Berlin Hyp (Vorjahr: BGB AG, LBB und Berlin Hyp). Für körperschaftsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 3.082 Mio. € (Vorjahr: 3.293 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 3.237 Mio. € (Vorjahr: 3.907 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorräte sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Prüfung der Ansatzfähigkeit und der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorräte sowie abzugsfähige temporäre Differenzen erfolgt auf der Grundlage einer Planungsrechnung des künftig zu versteuernden Einkommens. Diese Planungsrechnung berücksichtigt außerbilanzielle steuerliche Kürzungs- und Hinzurechnungsvorschriften (insbesondere § 8b KStG sowie steuerfreie Betriebsergebnisse). Die im Konzern bilanzierten aktiven latenten Steuern sind dabei durch zukünftige positive steuerliche Ergebnisse gedeckt.

Die temporären Unterschiede gemäß IAS 12.81 (f), auf die keine latenten Steuerschulden bilanziert wurden, betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Das zum 31. Dezember 2006 bestehende Körperschaftsteuerguthaben gemäß § 37 Abs. 2 KStG in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) war aufgrund einer Gesetzesänderung erstmalig zum 31. Dezember 2006 mit seinem abgezinsten Betrag von 3 Mio. € zu aktivieren. Es wird von 2008 bis 2017 in zehn gleichen Jahresbeträgen ausgezahlt werden. Die aus dem gemäß § 38 Abs. 1 KStG fortgeführten Endbestand an EK 02 resultierende potenzielle KSt-Erhöpfungsverpflichtung beträgt wie im Vorjahr 0 Mio. €.

44 Ergebnis je Aktie

	1.1. – 31.12. 2006	1.1. – 31.12. 2005 ¹⁾	Veränderung
Konzernjahresüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	660	273	> 100
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	986.246.150	971.836.635	1
Gewinn je Aktie (€)²⁾	0,67	0,28	> 100

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ verwässertes / unverwässertes Ergebnis

Der gemäß IAS 33 errechnete Gewinn/Verlust je Aktie basiert auf dem Jahresüberschuss. Im Geschäftsjahr und zum 31. Dezember 2006 waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Der bereinigte Gewinn je Aktie entspricht daher dem Gewinn je Aktie.

Anhang des Konzerns nach IFRS

45 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Kassenbestand	420	554	-24
Guthaben bei Zentralnotenbanken	535	724	-26
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel (Refinanzierung bei Zentralbank)	0	1	-100
Gesamt	955	1.279	-25

Alle Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 513 Mio. € (Vorjahr: 708 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2006 betrug 387 Mio. € (Vorjahr: 526 Mio. €).

46 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Geschäftsarten in den entsprechenden Laufzeitbändern wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	7	9	-22
bis drei Monate	1	3	-67
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	0	x
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1	1	0
mehr als fünf Jahre	5	5	0
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	2.888	2.970	-3
bis drei Monate	149	112	33
mehr als drei Monate bis ein Jahr	562	412	36
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.874	2.305	-19
mehr als fünf Jahre	303	141	>100
Andere Forderungen	25.462	24.635	3
täglich fällig	6.752	3.336	>100
bis drei Monate	5.228	10.574	-51
mehr als drei Monate bis ein Jahr	8.867	4.915	80
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.602	4.467	-19
mehr als fünf Jahre	1.013	1.343	-25
Gesamt	28.357	27.614	3

In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 27.912 Mio. € (Vorjahr: 27.284 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 445 Mio. € (Vorjahr: 330 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Die Forderungen aus dem Geldmarktgeschäft betragen 7.354 Mio. €.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	7	9	-22
LaR-Forderungen	7	9	-22
AfS-Forderungen	0	0	x
davon: Hedge-Adjustment	0	0	x
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	2.888	2.970	-3
LaR-Forderungen	1.856	1.684	10
AfS-Forderungen	1.032	1.286	-20
davon: Hedge-Adjustment	9	44	-80
Andere Forderungen	25.462	24.635	3
LaR-Forderungen	25.462	24.174	5
AfS-Forderungen	0	461	-100
davon: Hedge-Adjustment	0	2	-100
Gesamt	28.357	27.614	3

LaR = Loans and Receivables, AfS = Available for Sale

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum 31. Dezember 2006 Wertberichtigungen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €).

47 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach Geschäftsarten in den entsprechenden Laufzeitbändern wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	14.885	16.583	-10
bis drei Monate	2.547	2.142	19
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.511	394	> 100
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.251	3.281	> 100
mehr als fünf Jahre	3.576	10.766	-67
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen	2.265	3.156	-28
bis drei Monate	339	40	> 100
mehr als drei Monate bis ein Jahr	79	100	-21
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	413	562	-27
mehr als fünf Jahre	1.434	2.454	-42
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	10.195	9.396	9
bis drei Monate	810	238	> 100
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.617	1.013	60
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.827	4.907	-22
mehr als fünf Jahre	3.941	3.238	22
Kommunalkredite anderer Kreditinstitute	11.193	11.005	2
bis drei Monate	2.702	2.470	9
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.159	1.573	37
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.321	3.336	0
mehr als fünf Jahre	3.011	3.626	-17
Andere Forderungen	12.360	16.114	-23
täglich fällig	2.187	1.968	11
bis drei Monate	1.532	3.924	-61
mehr als drei Monate bis ein Jahr	974	876	11
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.096	3.008	3
mehr als fünf Jahre	4.571	6.338	-28
Gesamt	50.898	56.254	-10

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Anhang des Konzerns nach IFRS

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 50.860 Mio. € (Vorjahr: 56.200 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 38 Mio. € (Vorjahr: 54 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 3.159 Mio. € (Vorjahr: 4.366 Mio. €).

Forderungen aus dem Geldmarktgeschäft betragen 805 Mio. €.

Der Forderungsbestand an Kunden gliedert sich nach den IAS 39-Bewertungskategorien für Finanzinstrumente wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	14.885	16.583	-10
LaR-Forderungen	14.885	16.583	-10
AfS-Forderungen	0	0	x
davon: Hedge-Adjustment	0	0	x
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen	2.265	3.156	-28
LaR-Forderungen	2.265	3.156	-28
AfS-Forderungen	0	0	x
Kommunalkredite der Hypothekenbanken	10.195	9.396	9
LaR-Forderungen	7.545	6.356	19
AfS-Forderungen	2.650	3.040	-13
davon: Hedge-Adjustment	15	182	-92
Kommunalkredite anderer Kreditinstitute	11.193	11.005	2
LaR-Forderungen	11.193	11.005	2
AfS-Forderungen	0	0	x
Andere Forderungen	12.360	16.114	-23
LaR-Forderungen	12.360	16.114	-23
AfS-Forderungen	0	0	x
davon: Hedge-Adjustment	8	12	-33
Gesamt	50.898	56.254	-10

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2006 Wertberichtigungen in Höhe von 1.812 Mio. € (Vorjahr: 4.312 Mio. €).

Forderungen gegenüber Kunden aus geschlossenen Leasingvereinbarungen, in denen der Konzern als Leasinggeber fungiert (Finance-Lease), bestehen derzeit nicht.

48 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	13	13	0
Forderungen an Kunden	1.812	4.312	-58
Gesamt	1.825	4.325	-58

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Risikovorsorge	1.825	4.325	-58
zuzüglich Rückstellungen	74	138	-46
Gesamt	1.899	4.463	-57

Als Altkredite werden Kredite bezeichnet, die die LBB im Rahmen der Währungsunion übernommen hat. Die erforderliche Risikovorsorge für diese Kredite wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 ermittelt und als Ausgleichsforderung zugeteilt. Die Verwaltung der Kredite erfolgt weiterhin durch die LBB. Da die Risikovorsorge nicht über die eigene Gewinn- und Verlustrechnung, sondern zulasten der Ausgleichsforderungen gebildet wird, stehen die Eingänge auf diese wertberechtigten Kredite nicht der LBB, sondern dem Bund (Ausgleichsfonds Währungsumstellung) zu und sind entsprechend abzuführen.

Anhang des Konzerns nach IFRS

Im Geschäftsjahr hat sich der Bestand der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge sowie der Bestand der Rückstellungen wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Adressenrisiko							
	Einzelwertberichtigungen		Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Altkredite	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Stand 1. Januar vor Konsolidierungskreisänderung	3.797		29		178		305	
Konsolidierungskreisänderung	- 437		- 2		- 11		0	
Stand 1. Januar	3.360	4.336	27	15	167	198	305	317
Zuführungen	437	382	35	19	0	3	0	0
Abgänge								
Inanspruchnahmen	1.795	671	35	3	0	0	225	12
Auflösungen	314	224	0	0	47	23	0	0
Unwinding	114	125	12	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen / Umbuchungen	- 349 ¹⁾	99	371	- 2	- 1	0	- 2	0
Stand am 31. Dezember	1.225	3.797	386	29	119	178	78	305

¹⁾ Umbuchung resultiert aus Anpassung der Signifikanzgrenze

Der Unwinding-Effekt ergibt sich – bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungen – aus der Fortschreibung der Barwerte. Es wird der ursprüngliche, effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstrumentes zugrunde gelegt.

49 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, sind mit einem Wert von 318 Mio. € (Vorjahr: 410 Mio. €) angesetzt.

Dieser teilt sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Positive Marktwerte aus effektiven Fair Value Hedges	260	410	- 37
Positive Marktwerte aus effektiven Cash Flow Hedges	58	0	x
Gesamt	318	410	- 22

Das Makro Cash Flow Hedge Accounting wurde erstmals im Geschäftsjahr 2006 angewendet.

	Länderrisiko Kreditgeschäft				Gesamt			davon GuV-wirksam		
	Rückstellungen Kreditgeschäft		2006	2005	2006	2005	Änderung in %	2006	2005	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005				
	138		16		4.463					
	-7		0		-457					
	131	163	16	0	4.006	5.029	-20			
	25	59	6	11	503	474	6	503	474	
	2	20	1	0	2.058	706	>100			
	39	59	4	1	404	307	32	404	307	
	0	0	0	0	126	125	1	126	125	
	-41	-5	0	6	-22	98	<-100			
	74	138	17	16	1.899	4.463	-57	-27	42	
	Direktabschreibungen								75	36
	Eingang auf abgeschriebene Forderungen								51	11
	Summe								-3	67
	davon:									
	GuV-wirksam Risikovorsorge								123	192
	GuV-wirksam Zinsertrag (unwinding)								-126	-125

50 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind die Handelsaktiva sowie die zum Fair Value designierten Finanzinstrumente enthalten.

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Handelsaktiva	11.626	16.015	-27
Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (Fair Value-Option)	3.026	1.224	> 100
Gesamt	14.652	17.239	-15

(a) Handelsaktiva

Das Handelsgeschäft der Landesbank Berlin umfasst den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und derivativen Finanzinstrumenten.

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.620	2.321	13
Geldmarktpapiere	0	60	-100
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.620	2.261	16
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.854	2.724	-32
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.152	10.968	-35
Sonstige Handelsaktiva	0	2	-100
Gesamt	11.626	16.015	-27

Anhang des Konzerns nach IFRS

Gliederung der Handelsaktiva nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	81	142	1.573	824	2.620
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	0	0	1.852	1.854
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	406	1.015	2.981	2.750	7.152
Gesamt	489	1.157	4.554	5.426	11.626

(b) Zum Zeitwert designierte Finanzinstrumente (Fair Value-Option)

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	104	121	- 14
Finanzanlagen	2.922	1.103	> 100
Gesamt	3.026	1.224	> 100

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden zum 31. Dezember 2006 beträgt 104 Mio. € (Vorjahr: 121 Mio. €); Kreditderivate o. Ä. zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gliederung der zum Zeitwert designierten Finanzinstrumente (Fair Value-Option) nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Forderungen an Kunden	0	51	0	53	104
Finanzanlagen	277	127	402	2.116	2.922
Gesamt	277	178	402	2.169	3.026

51 Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	42.739	39.742	8
Geldmarktpapiere	356	290	23
Anleihen und Schuldverschreibungen	42.383	39.452	7
von öffentlichen Emittenten	3.884	8.369	- 54
von anderen Emittenten	38.499	31.083	24
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	512	523	- 2
Beteiligungen	275	292	- 6
Beteiligungen an Kreditinstituten	8	8	0
Beteiligungen an sonstigen Unternehmen	267	284	- 6
Verbundene Unternehmen	12	29	- 59
Gesamt	43.538	40.586¹⁾	7

¹⁾ Anpassung der Vorjahreszahlen aufgrund der Umgliederung der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile (84 Mio. €) in einen selbständigen Bilanzposten

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 13.107 Mio. € (Vorjahr: 11.126 Mio. €).

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	42.739	39.742	8
Geldmarktpapiere	356	290	23
AfS	356	290	23
Anleihen und Schuldverschreibungen	42.383	39.452	7
LaR	4.275	3.961	8
AfS	38.108	35.491	7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	512	523	-2
AfS	512	523	-2
Beteiligungen	275	292	-6
Verbundene Unternehmen	12	29	-59
Gesamt	43.538	40.586¹⁾	7

¹⁾ Anpassung der Vorjahreszahlen aufgrund der Umgliederung der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile (84 Mio. €) in einen selbständigen Bilanzposten

Von den Finanzanlagen sind:

in Mio. €	Börsenfähige Werte	
	Börsennotierte Werte	Nicht börsen- notierte Werte
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	40.803	1.841
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	221	204
Beteiligungen	162	0
Verbundene Unternehmen	0	12

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005
Buchwert 1.1.	292	169	29	90
Zugänge	320	126	4	59
Abgänge	297	20	20	83
Umbuchungen	-12	0	0	-34
Abschreibungen	3	22	1	3
Zuschreibungen	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
kumulierte Veränderung aus der Bewertung zum Fair Value	-25	39	0	0
Buchwert 31.12.	275	292	12	29

Die Abgänge bei verbundenen Unternehmen beinhalten 16 Mio. € aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

Gliederung der Schuldverschreibungen des Finanzanlagebestands nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.031	3.182	24.240	14.286	42.739

Anhang des Konzerns nach IFRS

Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures

In den Beteiligungen sind 28 (Vorjahr: 40) assoziierte Unternehmen und Joint Ventures, die nicht nach der Equity-Methode bewertet werden, enthalten. Die Bewertung erfolgt nach IAS 39 zu Anschaffungskosten. In der Anzahl enthalten sind 9 (Vorjahr: 2) assoziierte Unternehmen und Joint Ventures, die nach IFRS 5 bewertet werden.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Zusammengefasste finanzielle Informationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen und Joint Ventures:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾²⁾	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	492	371	33
Summe der Verpflichtungen	289	324	- 11
Erträge	325	136	> 100
Jahresüberschuss	- 4	3	< - 100

¹⁾ Es sind teilweise Daten aus Vorjahren enthalten.

²⁾ ohne IFRS 5-Gesellschaften

52 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Es werden insgesamt 3 (Vorjahr: 3) assoziierte Unternehmen und 1 (Vorjahr: 1) Joint Venture-Gesellschaft nach der Equity-Methode bewertet und gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz ausgewiesen.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Anteile an Kreditinstituten	70	71	- 1
Anteile an Finanzdienstleistungsinstituten	0	0	x
Anteile an sonstigen Unternehmen	4	13	- 69
Gesamt	74	84	- 12

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen und Joint Ventures, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

in Mio. €	31.12.2006 ¹⁾	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	8.103	7.827	4
Summe der Verpflichtungen	7.732	7.474	3
Erträge	520	512	2
Jahresüberschuss	- 13	20	< - 100

¹⁾ Es sind teilweise Daten aus Vorjahren enthalten.

53 Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Geschäfts- oder Firmenwerte	571	570	0
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	79	87	- 8
Gesamt	650	657	- 1

Von den sonstigen immateriellen Vermögenswerten entfallen 72 Mio. € (Vorjahr: 79 Mio. €) auf die erworbenen immateriellen Vermögenswerte und 8 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €) auf die selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte. Der Betrag der aktivierten Entwicklungskosten betrug 2 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).

Der nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwand für die selbst erstellte Software beträgt 1 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Geschäfts- und Firmenwerte		Sonstige immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005
Buchwert 1.1.	570	570	87	100	657	670
Zugänge	1	0	22	18	23	18
Abgänge	0	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	12	0	12
Abschreibungen / Wertminderungen	0	0	30	43	30	43
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0
Buchwert 31.12.	571	570	79	87	650	657

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- und Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert, Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 237 Mio. € (Vorjahr: 216 Mio. €).

Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 129 Mio. € und zum Ende der Periode auf 158 Mio. €.

54 Sachanlagen

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude	473	594	- 20
Betriebs- und Geschäftsausstattung	140	158	- 11
Gesamt	613	752	- 18

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Sachanlagen in Höhe von 344 Mio. € (Vorjahr: 449 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt. Darüber hinaus wird kein Anlagevermögen im Rahmen von Operate Leasing (Vorjahr: 5 Mio. €) eingesetzt.

Anhang des Konzerns nach IFRS

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Selbst genutzte Immobilien und Grundstücke		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005
Buchwert 1.1.	594	694	158	171	752	865
Zugänge	16	6	22	7	38	13
Abgänge	79	12	3	2	82	14
Umbuchungen	-49	-41	-14	-4	-63	-45
Abschreibungen / Wertminderungen	19	54	23	14	42	68
Zuschreibungen	9	0	0	0	9	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	1	1	0	0	1	1
Buchwert 31.12.	473	594	140	158	613	752

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Der Bruttobuchwert der selbstgenutzten Immobilien und Grundstücke beträgt 651 Mio. € (Vorjahr: 783 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 189 Mio. € und zum Ende der Periode auf 178 Mio. €.

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 391 Mio. € (Vorjahr: 416 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 258 Mio. € und zum Ende der Periode auf 251 Mio. €.

55 Investment Properties

In dieser Position werden gemäß IAS 40 fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen.

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Unbebaute Grundstücke	1	2	-50
Grundstücke und Gebäude	82	181	-55
Gesamt	83	183	-55

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Im Vorjahr wurden die Investment Properties unter dem Posten „Sonstige Aktiva“ ausgewiesen. Investment Properties in Höhe von 47 Mio. € (Vorjahr: 60 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

in Mio. €	Investment Properties	
	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾
Buchwert 1.1.	183	252
Zugänge	30	13
Abgänge	104	87
Umbuchungen	-10	7
Abschreibungen / Wertminderungen	17	2
Zuschreibungen	1	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Buchwert 31.12.	83	183

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Der Bruttobuchwert der Investment Properties beträgt 116 Mio. € (Vorjahr: 211 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 28 Mio. € und zum Ende der Periode auf 33 Mio. €. Fair Values konnten wegen fehlender aktueller Marktdaten nicht ermittelt werden.

56 Ertragsteueransprüche

Die Ertragsteueransprüche gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	128	119	8
Latente Ertragsteueransprüche	798	738	8
Gesamt	926	857	8

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge angesetzt, sofern eine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist.

Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Konsolidierung):

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	450	1.340	-66
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	173	86	>100
Finanzanlagen	63	1.489	-96
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	18	7	>100
Sonstige Aktiva	18	155	-88
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	3	7	-57
Verbriefte Verbindlichkeiten	488	19	>100
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	189	280	-33
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	3.709	5.081	-27
Rückstellungen	102	617	-83
Nachrangkapital	47	83	-43
Sonstige Passiva	60	19	>100
Verlustvorträge	209	216	-3
Zwischensumme	5.529	9.399	-41
Saldierungen mit passiven latenten Steuern	-4.731	-8.661	-45
Gesamt	798	738	8

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die deutliche Reduzierung der posten- und gesellschaftsbezogenen Angaben ist im Wesentlichen auf die Ausgliederung des Bankbetriebs der ehemaligen Bankgesellschaft auf die LBB AG und den damit einhergegangenen Untergang von Forderungen und Verbindlichkeiten (Konfusion) zurückzuführen.

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte auf Einzelgesellschaftsebene eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

57 Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	2.062	2.471	-17
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	63	84	-25
Rechnungsabgrenzung	12	8	50
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüchen)	5	7	-29
Übrige	128	106	20
Gesamt	2.270	2.676¹⁾	-15

¹⁾ Anpassung der Vorjahreszahlen aufgrund der Umgliederung der Investment Properties in einen selbständigen Bilanzposten

Von den ausgewiesenen Vermögenswerten sind 2.258 Mio. € kurzfristig verfügbar.

Anhang des Konzerns nach IFRS

58 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Sachanlagen (IAS 16)	0	15	-100
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	22	73	-70
Finanzielle Vermögenswerte	88	48	83
Abgangsgruppen	0	1	-100
Gesamt	110	137	-20

Die Veräußerung der entsprechend klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren. Die Veräußerung beziehungsweise der Eigentumsübergang der jeweiligen langfristigen Vermögenswerte und Abgangsgruppen soll im Jahre 2007 erfolgen.

Im Rahmen der Klassifizierung als „zur Veräußerung gehalten“ entstand bei den Vermögenswerten kein Abwertungsbedarf.

59 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	287	188	53
bis drei Monate	10	6	67
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5	15	-67
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	155	137	13
mehr als fünf Jahre	117	30	>100
Hypothekendarlehen der anderen Kreditinstitute	126	162	-22
bis drei Monate	2	2	0
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2	51	-96
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	72	20	>100
mehr als fünf Jahre	50	89	-44
Öffentliche Darlehen der Hypothekenbanken	147	89	65
bis drei Monate	2	28	-93
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	12	-100
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	91	34	>100
mehr als fünf Jahre	54	15	>100
Öffentliche Darlehen der anderen Kreditinstitute	1.760	2.420	-27
bis drei Monate	71	304	-77
mehr als drei Monate bis ein Jahr	198	323	-39
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.382	1.609	-14
mehr als fünf Jahre	109	184	-41
Andere Verbindlichkeiten	46.615	39.151	19
täglich fällig	2.866	2.055	39
bis drei Monate	30.985	28.439	9
mehr als drei Monate bis ein Jahr	9.290	4.456	>100
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.304	2.588	-11
mehr als fünf Jahre	1.170	1.613	-27
Gesamt	48.935	42.010	16

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 46.158 Mio. € (Vorjahr: 39.773 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in Höhe von 2.777 Mio. € (Vorjahr: 2.237 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 302 Mio. € (Vorjahr: 318 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten. Die Verbindlichkeiten aus dem Geldmarktgeschäft betragen 31.525 Mio. €.

60 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Hypothekendarlehen der Hypothekendarlehenbanken	1.608	1.600	1
bis drei Monate	72	73	-1
mehr als drei Monate bis ein Jahr	14	58	-76
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	629	616	2
mehr als fünf Jahre	893	853	5
Hypothekendarlehen der anderen Kreditinstitute	163	172	-5
bis drei Monate	2	2	0
mehr als drei Monate bis ein Jahr	4	0	x
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	48	10	> 100
mehr als fünf Jahre	109	160	-32
Öffentliche Darlehen der Hypothekendarlehenbanken	1.254	1.139	10
bis drei Monate	34	70	-51
mehr als drei Monate bis ein Jahr	15	36	-58
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	575	576	0
mehr als fünf Jahre	630	457	38
Öffentliche Darlehen der anderen Kreditinstitute	1.128	1.760	-36
bis drei Monate	46	127	-64
mehr als drei Monate bis ein Jahr	45	440	-90
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	897	934	-4
mehr als fünf Jahre	140	259	-46
Spareinlagen	6.942	7.637	-9
bis drei Monate	6.856	7.505	-9
mehr als drei Monate bis ein Jahr	13	13	0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	67	110	-39
mehr als fünf Jahre	6	9	-33
Andere Verbindlichkeiten	17.272	20.113	-14
täglich fällig	8.184	10.635	-23
bis drei Monate	2.489	3.163	-21
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.431	974	47
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.779	1.613	10
mehr als fünf Jahre	3.403	3.728	-9
Gesamt	28.367	32.421	-13

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 28.261 Mio. € (Vorjahr: 32.299 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von 106 Mio. € (Vorjahr: 122 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 244 Mio. € (Vorjahr: 278 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten. Die Verbindlichkeiten aus dem Geldmarktgeschäft betragen 1.965 Mio. €.

61 Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Die Summe der gemieteten Vermögenswerte, die dem wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns zuzurechnen sind, beträgt 382 Mio. € (Vorjahr: 333 Mio. €¹⁾).

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmsdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz, Prinzregentenstraße und Hardenbergstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für den Konzern ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 58 Mio. € (Vorjahr: 56 Mio. €¹⁾).

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 611 Mio. € (Vorjahr: 646 Mio. €).

¹⁾ Vorjahreszahl angepasst

Anhang des Konzerns nach IFRS

Die Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
bis ein Jahr	58	56	4
über ein Jahr bis fünf Jahre	297	296	0
über fünf Jahre	1.053	1.045	1
Gesamt	1.408	1.397	1

Die Abzinsungsbeträge stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
bis ein Jahr	36	32	13
über ein Jahr bis fünf Jahre	165	151	9
über fünf Jahre	892	866	3
Gesamt	1.093	1.049	4

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
bis ein Jahr	22	24	-8
über ein Jahr bis fünf Jahre	132	145	-9
über fünf Jahre	161	179	-10
Gesamt	315	348	-9

Dem stehen künftige Einnahmen aus Untermietverträgen in Höhe von 42 Mio. € (Vorjahr: 11 Mio. €) gegenüber.

62 Verbriefte Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Trennungspflichtige Derivate (Embedded Derivatives) wurden abgespalten und mit dem Marktwert (Fair Value) bewertet und unter den Handelspassiva beziehungsweise Handelsaktiva (Kategorie: Held-for-Trading) ausgewiesen. Im Rahmen des Hedge Accountings wurden gesicherte Verbindlichkeiten um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst.

Die nachfolgende Tabelle splittet den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf. Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen	32.186	33.404	-4
Hypothekendarlehen	7.726	7.731	0
Öffentliche Pfandbriefe	14.588	15.435	-5
Sonstige Schuldverschreibungen	9.872	10.238	-4
Sonstige verbrieft verbundene Verbindlichkeiten	172	202	-15
Gesamt	32.358	33.606	-4

In den sonstigen Schuldverschreibungen sind Geldmarktpapiere (z.B. Commercial Papers, Certificates of Deposit und Euro Notes) und eigene Akzepte enthalten.

Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
mit vereinbarter Restlaufzeit			
bis drei Monate	2.232	3.107	-28
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.108	4.243	20
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	17.409	17.808	-2
mehr als fünf Jahre	7.609	8.448	-10
Gesamt	32.358	33.606	-4

Der Zinssatz der begebenen Geldmarktpapiere betrug bis 3,55 % (Vorjahr: 0,75 %), Schuldverschreibungen werden bis 7,0 % (Vorjahr: bis 13,51 %) verzinst. Die Ursprungslaufzeiten betragen bei Geldmarktpapieren bis zu einem Jahr.

Die folgende Aufstellung enthält die wesentlichen im Geschäftsjahr 2006 begebenen Schuldverschreibungen ab einem Emissionsvolumen von 1 Mrd. €.

	Nominalbetrag in Mio. €	Währung	Emittent	Zinssatz in %	Fälligkeit
	1.000	EUR	Berlin Hyp	3,843	30.08.2012
	1.000	EUR	LBB 3-M-Euribor flat		12.05.2008

Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 474 Mio. € (Vorjahr: 509 Mio. €).

Für eigene Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

63 Verbriefung von Krediten (Securitisation)

Ein Transfer von Kreditrisiken an einen Dritten kann traditionell durch Verkauf der Bilanzaktiva oder synthetisch über den Einsatz von Kreditderivaten wie Credit Default Swaps oder auch Credit Linked Notes durchgeführt werden. Ein Ziel von Verbriefungstransaktionen ist es, durch den Kreditrisikoübergang an einen Dritten eine eigenkapitalentlastende Wirkung zu erzielen.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2002 wurde in der Landesbank Berlin (= Sicherungsnehmer) eine synthetische Verbriefung mit dem Transaktionsnamen „Rhea CDO1“ aufgelegt. Das verbrieftes Volumen dieser Transaktion betrug zum 31. Dezember 2005 900 Mio. €. Diese Transaktion wurde im Februar 2006 gekündigt und im Geschäftsjahr 2006 vollständig abgewickelt.

64 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 (Fair Value Hedge beziehungsweise Cash Flow Hedge) erfüllen, sind mit einem Wert von 1.090 Mio. € (Vorjahr: 850 Mio. €) angesetzt.

Dieser teilt sich wie folgt auf Fair Value Hedges und Cash Flow Hedges auf:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Negative Marktwerte aus effektiven Fair Value Hedges	578	850	-32
Negative Marktwerte aus effektiven Cash Flow Hedges	512	0	x
Gesamt	1.090	850	28

Das Makro Cash Flow Hedge Accounting wurde erstmals im Geschäftsjahr 2006 angewendet.

Anhang des Konzerns nach IFRS

65 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind die Handelspassiva sowie die zum Zeitwert designierten Finanzinstrumente enthalten.

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Handelspassiva	8.217	11.969	- 31
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	13.217	13.577	- 3
Gesamt	21.434	25.546	- 16

(a) Handelspassiva

Die Handelspassiva beinhalten derivative Finanzinstrumente und Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen.

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.746	11.311	- 32
Sonstige Handelspassiva	471	658	- 28
davon: Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	471	658	- 28
Gesamt	8.217	11.969	- 31

Gliederung der Handelspassiva nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	433	955	3.432	2.926	7.746
Sonstige Handelspassiva	0	9	59	403	471
Gesamt	433	964	3.491	3.329	8.217

(b) Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	390	411	- 5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	858	933	- 8
Verbriefte Verbindlichkeiten	11.787	12.040	- 2
Nachrangkapital / Hybridkapital	182	193	- 6
Gesamt	13.217	13.577	- 3

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (Fair Value-Option) nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	19	339	32	390
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1	31	321	505	858
Verbriefte Verbindlichkeiten	127	1.964	4.778	4.918	11.787
Nachrangkapital / Hybridkapital	0	0	0	182	182
Gesamt	128	2.014	5.438	5.637	13.217

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die oben genannten Positionen beläuft sich für das Jahr 2006 auf 0,7 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden und auf -1,9 Mio. € (Vorjahr: 33 Mio. €) für verbiefte Verbindlichkeiten beziehungsweise Nachrangkapital. Die kumulierten Wertänderungen betragen -0,7 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) beziehungsweise -64,3 Mio. € (Vorjahr: 60 Mio. €).

Für die Berechnung der oben genannten Beträge wurden die Verbindlichkeiten zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread bewertet. Anschließend wurden die Verbindlichkeiten mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Der Teil der Zeitwertveränderung, der auf die Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist, ergibt sich somit aus der Differenz dieser beiden Bewertungen.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem höheren Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf 948 Mio. € (Vorjahr: 722 Mio. €). Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuldscheindarlehen von 1.092 Mio. € (Vorjahr: 1.082 Mio. €), der sich aufgrund der für Zerobonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt. Dagegen stehen 144 Mio. € (Vorjahr: 360 Mio. €) aus Verbindlichkeiten mit einer laufenden Verzinsung, bei denen der Buchwert höher als der Rückzahlungsbetrag ist.

66 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Rückstellungen für Pensionen	920	915	1
Sonstige Rückstellungen	543	758	-28
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen	32	108	-70
Restrukturierungsrückstellungen	81	91	-11
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	74	138	-46
Übrige Rückstellungen	356	421	-15
Gesamt	1.463	1.673	-13

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die Rückstellungen für Pensionen, Restrukturierung und EU-Maßnahmen laufen mehrheitlich länger als ein Jahr. In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personal und sonstige Steuern enthalten. Diese sind in der Regel innerhalb eines Jahres fällig.

- A) Pensionsrückstellungen
- B) Sonstige Rückstellungen

A) Pensionsrückstellungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht:

Grundsätzliches

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen.

Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert.

Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs erdient wird, und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.93A). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen im Geschäftsjahr 2006 –27 Mio. € (Vorjahr: –86 Mio. €). Durch den Abgang der Berliner Bank werden die anteiligen kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in Höhe von –7 Mio. € erfolgsneutral gegen die Gewinnrücklagen im Eigenkapital verrechnet.

Anhang des Konzerns nach IFRS

Versorgungsverpflichtungen

a) Defined Contribution Plan (Beitragsdefinierte Zusage)

Bei einem Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei der der Arbeitgeber einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 562,6 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 526,9 T€).

b) Defined Benefit Plan (Leistungsdefinierte Zusage)

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding bestehen mehrere, in der Systemgestaltung unterschiedliche Versorgungsordnungen. Alle Zusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Zusagen (Pensionsverträge).

Die wesentlichen Versorgungsordnungen sind:

- Konzern-Ruhegeldordnung (Plan 100)
- Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200)
- Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210)
- Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230)
- Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300)
- Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310)
- Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (Berlin Hyp)
- Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (Berlin Hyp)
- Versorgungsordnung der ehemaligen Berliner Industriebank (Plan 520/521)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um beitragsorientierte Systeme (Rentenbausteine/Versorgungspunkte) sowie um Endgehalts- und Nominalbetragsysteme.

In Abhängigkeit vom Eintritt des Versicherungsfalles in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten gewährt.

Geschlechtsspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt; Kapitalabfindungen sind nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (z.B. Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Zum 31. Dezember 1994 wurden sämtliche kollektivrechtlichen Versorgungswerke für Neueintritte geschlossen. Seit dem 1. Januar 1995 bestimmen sich die unmittelbaren Versorgungszusagen für neu eingestellte Mitarbeiter ausschließlich nach den Regularien der Konzern-Ruhegeldordnung.

Im Berichtsjahr wurde eine neue betriebliche Altersversorgung für Mitarbeiter der Landesbank Berlin International S.A. (Luxemburg) und der Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, abgeschlossen. Die Verpflichtung wurde auf einen externen Versicherer ausgliedert. Das Versorgungswerk sieht Leistungen im Alter, bei Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Finanzierung obliegt ausschließlich dem Arbeitgeber. Dabei werden die Jahresprämien nach handelsrechtlichen Bestimmungen berechnet. Es handelt sich hierbei gleichfalls um ein leistungsorientiertes System, da sich die Höhe der Leistung – unabhängig von den gezahlten Prämien – letztlich aus dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles errechnet.

Unterstützungskasse

Bei der „Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V.“ handelt es sich um eine rechtlich selbständige Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 von der damaligen Berliner Bank AG gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern Unterstützungsleistungen (Renten wegen Alter oder Erwerbsminderung beziehungsweise Renten an Hinterbliebene) zu gewähren.

Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen/freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde der Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung im Konzern vereinheitlicht. Von diesem Zeitpunkt an werden laufende Betriebsrenten im Konzern ausschließlich aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Soweit Mitglieder bis dahin bereits laufende Leistungen aus der Unterstützungskasse erhielten, trat keine Änderung ein.

Derzeit erhalten ca. 960 Rentner eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse betrug zum 31. Dezember 2006 rd. 25,6 Mio. € (Vorjahr: rd. 27,6 Mio. €).

Versicherungsmathematische Annahmen

Ökonomische Annahmen

	31.12.2006	31.12.2005
Rechnungszins	4,50 %	4,25 %
Gehaltstrend	2,50 % – 3,00 %	2,50 %
Rententrend (individuell nach Versorgungszusage)	1,00 % – 2,50 %	0,80 % – 2,50 %
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der gesetzlichen Rentenversicherung	1,00 % – 2,50 %	1,00 %
Ertragsrate aus Vermögenswerten (nur Unterstützungskasse)	3,91 %	3,52 %
Fluktuation (gesamter aktiver Bestand)		2,50 % – 5,00 %
Bis Alter 30	5,00 %	
Bis Alter 40	3,00 %	
Bis Alter 50	1,00 %	
Ab Alter 50	0,00 %	

Demographische Annahmen

Pensionsalter	Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß RRG 1999
Biometrische Risiken	„Richttafeln 2005 G“ (Heubeck) IGSS-Sterbetafeln (Luxemburg)

Zusammensetzung der Rückstellung für Pensionen

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DB0)	946	943	780
abzüglich Fair Value-Planvermögenswerten	-26	-28	-29
Gesamt	920	915	751

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005
Rückstellungen für Pensionen zum 1. Januar	915	751
Dienstzeitaufwand	25	19
Zinsaufwand	40	38
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-32	-28
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-54	50
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	27	86
Rückstellungen für Pensionen zum 31. Dezember	920	915

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen (DB0)

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005
Pensionsverpflichtungen zum 1. Januar	943	780
Dienstzeitaufwand	25	19
Zinsaufwand	40	38
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-36	-30
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-53	50
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	27	86
Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	946	943

Anhang des Konzerns nach IFRS

Im Geschäftsjahr wurden die Sterbegeldverpflichtungen nicht mehr unter den Pensionsverpflichtungen, sondern unter den übrigen Personalrückstellungen ausgewiesen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste – im Konzern um 5 Mio. € auf 920 Mio. € (Vorjahr: 915 Mio. €).

Zusammensetzung des Planvermögens

Die dargestellte Struktur des Planvermögens bezieht sich nur auf die Unterstützungskasse.

in %	2006	2005
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	84,4	77,6
Nicht festverzinslich	4,0	7,2
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
Inland	6,2	4,6
Ausland	5,1	8,1
Bankguthaben	0,3	2,2
Übriges Vermögen	0,0	0,3
Gesamt	100	100

Die erwarteten Ertragsraten des Planvermögens werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

Entwicklung des Planvermögens

Das Planvermögen setzt sich aus den Vermögenswerten der Unterstützungskasse (25,6 Mio. €) und zwei Direktversicherungen (0,4 Mio. €) zusammen.

in Mio. €	2006	2005
Fair Value des Planvermögens zum 1. Januar	28	29
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	1	1
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	0	1
Erbrachte Leistungen	-3	-3
Fair Value des Planvermögens zum 31. Dezember	26	28

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen 1.132 T€ (Vorjahr: 1.544 T€).

In den Vermögenswerten der Unterstützungskasse sind festverzinsliche Schuldverschreibungen eines Tochterunternehmens in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) enthalten.

Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste

in Mio. €	2006	2005
Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste		
Geschäftsjahr	-20	-86
Kumuliert Vorjahre	-123	-37
Gesamt	-143	-123

Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge

in Mio. €	2006	2005
Dienstzeitaufwand	25	19
Zinsaufwand	40	38
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Gesamt	64	56

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Position „Verwaltungsaufwendungen“ ausgewiesen.

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen

in Mio. €	2006	2005
Einzahlungen in das Planvermögen (Unterstützungskasse)	0	0
Erwartete direkte Rentenzahlungen	-33	-30

Die erfahrungsbedingten Anpassungen (gemäß IAS 19.120A (p) (ii) A. und B.) betragen an die Pensionsverpflichtungen -0,75 % und an das Planvermögen 1,4 %.

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2006 ein Rechnungszins von 3,8 % (Vorjahr: 3,3 %) berücksichtigt. Diese Verpflichtungen werden unter den „Sonstigen Rückstellungen“ ausgewiesen.

B) Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	2006	2005 ¹⁾
Stand zum 1. Januar	758	915
Zuführungen	138	223
Inanspruchnahme	149	221
Auflösungen	132	134
Umbuchungen	-41	-29
Änderung Konsolidierungskreis	-31	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	4
Stand zum 31. Dezember	543	758

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Davon: Rückstellung wegen EU-Maßnahmen

in Mio. €	2006	2005 ¹⁾
Stand zum 1. Januar	108	229
Zuführungen	2	61
Inanspruchnahme	13	82
Auflösungen	38	17
Umbuchungen	-31	-83
Änderung Konsolidierungskreis	4	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Stand zum 31. Dezember	32	108

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Davon: Restrukturierungsrückstellung

in Mio. €	2006	2005 ¹⁾
Stand zum 1. Januar	91	123
Zuführungen	5	18
Inanspruchnahme	27	31
Auflösungen	3	11
Umbuchungen	16	-8
Änderung Konsolidierungskreis	-1	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Stand zum 31. Dezember	81	91

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Anhang des Konzerns nach IFRS

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

in Mio. €	2006	2005
Stand zum 1. Januar	138	168
Zuführungen	25	59
Inanspruchnahme	2	20
Auflösungen	39	59
Umbuchungen	-41	-14
Änderung Konsolidierungskreis	-7	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	4
Stand zum 31. Dezember	74	138

Davon: Übrige Rückstellungen

in Mio. €	2006	2005
Stand zum 1. Januar	421	395
Zuführungen	106	85
Inanspruchnahme	107	88
Auflösungen	53	47
Umbuchungen	15	76
Änderung Konsolidierungskreis	-26	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Stand zum 31. Dezember	356	421

67 Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	167	144	6
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	71	61	16
Gesamt	224	205	9

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar.

Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Konsolidierung):

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	40	42	-5
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen	101	154	-34
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	3.277	3.938	-17
Finanzanlagen	98	1.427	-93
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	190	425	-55
Sonstige Aktiva	216	6	>100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	375	1.913	-80
Verbriefte Verbindlichkeiten	74	142	-48
Rückstellungen	10	5	100
Sonstige Passiva	421	670	-37
Zwischensumme	4.802	8.722	-45
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern	-4.731	-8.661	-45
Gesamt	71	61	16

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die deutliche Reduzierung der posten- und gesellschaftsbezogenen Angaben ist im Wesentlichen auf die Ausgliederung des Bankbetriebs der ehemaligen Bankgesellschaft auf die LBB AG und den damit einhergegangenen Untergang von Forderungen und Verbindlichkeiten (Konfusion) zurückzuführen.

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte auf Einzelgesellschaftsebene eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

68 Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus Collateral (Barsicherheiten)	821	1.101	-25
Rückführung stille Einlagen Land Berlin	400	0	x
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	177	99	79
Rechnungsabgrenzungsposten	117	117	0
Verbindlichkeiten gegen Finanzbehörden (außer Ertragsteuern)	4	28	-86
Übrige sonstige Passiva	259	878	-71
Gesamt	1.778	2.223	-20

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Alle Verpflichtungen sind kurzfristig zu erfüllen.

69 Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8	0	x
Sonstige Passiva	0	100	-100
Gesamt	8	100	-92

Die ausgewiesenen Posten enthalten die Verpflichtungen eines im Februar 2007 veräußerten Unternehmens.

Die sonstigen Passiva des Vorjahres enthalten zur Veräußerung bestimmte Beteiligungen in Höhe von 69 Mio. € und eine Verbindlichkeit in Höhe von 31 Mio. €, die im Zusammenhang mit dem Verkauf eines langfristigen Vermögensgegenstands steht.

Anhang des Konzerns nach IFRS

70 Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.628	2.768	-5
bis drei Monate	149	x	-
mehr als drei Monate bis ein Jahr	14	x	-
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.743	x	-
mehr als fünf Jahre	722	x	-
Stille Einlagen des Landes Berlin	700	1.100	-36
bis drei Monate	0	0	x
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	0	x
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0	0	x
mehr als fünf Jahre	700	1.100	-36
Gesamt	3.328	3.868	-14

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Im Geschäftsjahr betrug der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 141 Mio. € (Vorjahr: 135 Mio. €). Zusätzlich wurden Zinsen für die stillen Einlagen des Landes Berlin in Höhe von 78 Mio. € (Vorjahr: 78 Mio. €), ausgewiesen.

Als stille Einlagen wurden im Vorjahr zwei stille Einlagen von insgesamt 1.100 Mio. € ausgewiesen, die das Land Berlin in 2004 im zeitlichen Zusammenhang mit der Ausgründung der Investitionsbank Berlin (IBB) eingebracht hat. Mit Wirkung vom 31. Dezember 2006 erfolgten Teilrückführungen der stillen Einlagen in Höhe von insgesamt 400 Mio. € von der Landesbank Berlin AG an das Land Berlin. Bis zur Zahlung erfolgte der Ausweis unter den sonstigen Passiva. Die gewinnabhängige Verzinsung beträgt 7,22 % auf die ausgewiesene stille Einlage des Landes Berlin in Höhe von insgesamt 700 Mio. €. Eine Kündigung durch die Bank ist frühestens zum 31. Dezember 2014 möglich.

71 Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	Veränderung in %
Gezeichnetes Kapital nach Abzug eigener Aktien	2.554	2.484	3
Gezeichnetes Kapital (vor Abzug eigener Aktien)	2.554	2.554	0
Eigene Aktien	0	-70	100
Kapitalrücklage	77	15	>100
Gewinnrücklagen*	-399	-515	23
Rücklage aus Währungsumrechnung*	1	1	0
Neubewertungsrücklagen*	137	250	-45
Anteile im Fremdbesitz	97	36	>100
Bilanzgewinn / -verlust	153	-370	>100
Gesamt	2.620	1.901	38

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

* geänderte Darstellung gegenüber 2005

Gezeichnetes Kapital

Das Gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 2,56 €. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

Das Gezeichnete Kapital beläuft sich auf 2.554 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Landesbank Berlin Holding AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Der Wert der ausgegebenen und im Umlauf befindlichen Aktien ergibt sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2006		31.12.2005	
	Mio. €	Stückzahl	Mio. €	Stückzahl
Ausgegebene Aktien	2.554,7	999.327.870	2.554,7	999.327.870
./. Eigene Aktien im Bestand	0,0	0	70,4	27.486.235
= im Umlauf befindliche Aktien (gezeichnetes Kapital)	2.554,7	999.327.870	2.484,3	971.841.635

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, in der Kapitalrücklage enthalten.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und die anderen Rücklagen. In der gesetzlichen Rücklage sind nach nationalem Recht zwingend zu bildende Rücklagen erfasst; die hier eingestellten Beträge unterliegen im Einzelabschluss einem Ausschüttungsverbot. Der Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Gewinnrücklagen setzt sich zu 7 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) aus gesetzlichen Rücklagen (Aktiengesetz) und zu -406 Mio. € (Vorjahr: -515 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

Rücklage aus Währungsumrechnung

Die Rücklage aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen.

Neubewertungsrücklagen

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung des Beteiligungs- und AfS-Wertpapierbestands, der sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Instrumenten zusammensetzt, sowie Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Marktwert (Fair Value) eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist.

In diesem Eigenkapitalposten sind die aus Sicherungsinstrumenten zur Absicherung des Cash Flows ermittelten Bewertungsergebnisse aus wirksamen Absicherungen ausgewiesen.

In dieser Position werden Latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (z.B. solche auf AfS-Wertpapiere und Hedging Derivate aus Cash Flow Hedges).

Anhang des Konzerns nach IFRS

72 Segmentberichterstattung

Der Konzern betreibt seine Geschäftsaktivitäten in vier Kerngeschäftssegmenten. Die Geschäftstätigkeit der Kernsegmente ist über die Einzelgesellschaften des Konzerns hinweg ausgerichtet. Die Geschäftssegmente sind deshalb konzernbezogen dargestellt. Auf die Darstellung einer sekundären Segmentstruktur wird aufgrund der regionalen Konzentration auf den Großraum Berlin verzichtet.

Private Kunden

Das Geschäft mit privaten Kunden wird mit den Marken Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse betrieben. Im Kernmarkt Berlin hat sich das Geschäftsfeld als Marktführer positioniert. Die Produktschwerpunkte im Privatkundengeschäft liegen in der Führung von Girokonten, der Konsumentenfinanzierung und dem Kreditkartengeschäft sowie der Anlageberatung und Vermögensverwaltung einschließlich der privaten Baufinanzierung. Das bundesweit gemeinsam mit Co-Branding-Partnern betriebene Drittkartengeschäft bildet einen weiteren Schwerpunkt der Aktivitäten.

Firmenkunden

Das Geschäft mit Gewerbetreibenden und vorwiegend mittelständischen Firmen sowie mit der öffentlichen Hand hat seinen Schwerpunkt gleichfalls in Berlin. Wie das Privatkundengeschäft wird es mit den Marken Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse geführt. Im Firmenkundengeschäft werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft die klassischen Bankdienstleistungen für mittlere Firmenkunden und Gewerbekunden angeboten. Ferner steht die Bank mit Betriebsmittel-, Investitions- und Handelsfinanzierungen zur Verfügung. Ergänzt wird das Angebot durch die Produkte Auslandszahlungsverkehr, Leasing und Factoring, Electronic Banking, Gründungen und Unternehmensnachfolge.

Im Gewerbekundengeschäft verfügt die Landesbank Berlin über die Marktführerschaft. Im mittelständischen Firmenkundengeschäft ist sie einer der führenden Marktteilnehmer.

Immobilienfinanzierung

Das Segment Immobilienfinanzierung umfasst das bundesweite gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft, welches im Neugeschäft durch die Landesbank Berlin AG und die Berlin Hyp betrieben wird. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Segment vollständig abgebildet (Ausnahme: Buchwertänderungen aus Derivaten zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos). Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbaugesellschaften. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei sich flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen als besondere Stärke in diesem Segment erwiesen haben. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld im oberen Mittelfeld der Branche.

Kapitalmarktgeschäft

Schwerpunkte des Kapitalmarktgeschäfts sind Handelsgeschäfte, das Asset Management sowie das internationale Geschäft in der Landesbank Berlin. Standorte sind Berlin, London und Luxemburg. Wichtige innovative Produkte des Kapitalmarktgeschäfts werden vor allem innerhalb von Aktien-, Zins- und Währungsportfolios gemanagt. Die Schwerpunkte im internationalen Geschäft liegen im kommerziellen Geschäft und in der Handelsfinanzierung in Mittel- und Osteuropa. Im internationalen Geschäft genießt die Bank eine hohe Reputation durch ihre anerkannte Mittel- und Osteuropa-Expertise. Im Asset Management werden Publikums- und Spezialfonds über die Tochtergesellschaft LBB-Invest aufgelegt und betreut. Im Fondsgeschäft ist die Marktposition nach dem vollständigen Erwerb der Anteile an der LBB-Invest deutlich ausgebaut worden. Insgesamt nimmt das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft in ausgewählten Märkten eine Nischenposition ein, die im Eigenhandel ein Strategieportfolio aus Total Return Strategien umfasst und in hohem Umfang marktneutrale Erträge erwirtschaftet. Außerdem werden dem Geschäftsfeld einzelne Spezialfonds zugerechnet.

Zu weiter gehenden Erläuterungen sowie Ergebnisdarstellungen der Kerngeschäftssegmente verweisen wir auf den Abschnitt „Ergebnis der Segmente“.

Weitere Segmente

Neben den Kerngeschäftsfeldern werden in der Konzern-Segmentrechnung die Segmente „Corporate Investments“ und „Sonstiges/Konsolidierung“ dargestellt.

Unter „Corporate Investments“ wird 2006 die Berliner Bank ausgewiesen, die bis 30. September 2006 noch als Niederlassung der Landesbank Berlin geführt wurde und im vierten Quartal rechtlich selbständig war. Die Werte der ersten drei Quartale wurden entsprechend dem Verkaufsumfang an die Deutsche Bank berücksichtigt. Im Vorjahr sind neben dem Geschäft der Berliner Bank (Umfang des Verkaufs) die Ergebnisse der Tochtergesellschaft Weberbank bis zu ihrem Ausscheiden am 31. August 2005 ausgewiesen. Der Erfolg aus der Verkaufstransaktion Berliner Bank ist in „Sonstiges/Konsolidierung“ enthalten.

Unter „Sonstiges/Konsolidierung“ werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern zusammengefasst. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie z. B. das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 40 Mio. € (Vorjahr: 82 Mio. €).

Methodische Grundlagen und Änderungen

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Die Berlin Hyp setzt zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos Derivate ein, deren Buchwertänderungen seit dem 1. Januar 2006 im Geschäftsfeld „Sonstiges/Konsolidierung“ abgebildet werden. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Zinsinduzierte Veränderungen der Host Contracts aus trennungspflichtigen Emissionen werden zwischen den Segmenten „Kapitalmarktgeschäft“ und „Sonstiges/Konsolidierung“ ergebnisneutral verrechnet. Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen sind in den Segmentvermögen/-verbindlichkeiten der Geschäftsfelder nicht enthalten. Eine Anpassung der Vorjahreszahlen war jeweils nicht möglich.

Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, dem Sachaufwand sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstigen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Geschäfts- und Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Innerhalb des Personalaufwands wird der Aufzinsungseffekt bei der Dotierung der Pensionsrückstellungen nun dem Segment „Sonstiges/Konsolidierung“ zugerechnet, wo in einem zentralen Portfolio die Anlage der Rückstellungen erfolgt. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Die Effekte aus den Methodenänderungen und den Anpassungen nach IAS 8.42 (vergleiche Note 3) werden in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Anhang des Konzerns nach IFRS

in Mio. €	Private Kunden				Firmenkunden				Kapitalmarktgeschäft				Immobilienfinanzierung			
	Anpassungen				Anpassungen				Anpassungen				Anpassungen			
	Alt	IAS 8	Methoden	Neu	Alt	IAS 8	Methoden	Neu	Alt	IAS 8	Methoden	Neu	Alt	IAS 8	Methoden	Neu
Zinsüberschuss	423	1	-96	328	178		-51	127	77	179		256	516			516
Risikoversorge im Kreditgeschäft	48		-21	27	-10		-3	-13	6			6	144			144
Zinsüberschuss nach Risikoversorge	375	1	-75	301	188		-48	140	71	179		250	372			372
Provisionsüberschuss	245		-64	181	35		-10	25	32			32	6			6
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen									-6			-6	-8			-8
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten									279	-179		100	-247	27	18	-202
Ergebnis aus Finanzanlagen					-19			-19	15			15	77			77
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen			-1	-1												
Sonstiges betriebliches Ergebnis	7		-1	6	2			2	14			14	-1		1	
Verwaltungsaufwendungen	527		-141	386	128		-31	97	209		-1	208	120			120
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	100		1	101	78		-27	51	196		1	197	79	27	19	125
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen													-5			-5
Operatives Ergebnis	100		1	101	78		-27	51	196		1	197	74	27	19	120
Segmentvermögen	5.271		-2.266	3.005	6.969		-1.352	5.617	66.455			66.455	48.986	27	-62	48.951
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital)	13.354		-3.137	10.217	4.979		-1.555	3.424	55.436			55.436	41.138		-714	40.424
Risikopositionen	4.137		-1.714	2.423	5.237		-872	4.365	14.507			14.507	14.752			14.752
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt)	341		-118	223	360		-56	304	910			910	937			937
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	3.187		-697	2.490	876		-205	671	456			456	678			678
Eigenkapitalrentabilität	29,3 %			45,3 %	21,7 %			16,8 %	21,5 %			21,6 %	7,9 %			12,8 %
Cost-Income-Ratio	78,1 %			75,1 %	65,3 %			71,9 %	50,9 %			50,6 %	35,0 %			30,8 %

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieft Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten.

Die Risikopositionen bestehen aus den Risikoaktiva und den Marktrisiken gemäß Grundsatz I zu § 10 KWG sowie den operativen Risiken gemäß SolV jeweils auf Segmentebene. Entsprechend den Risikopositionen stattet die LBB die Segmente mit Eigenkapital aus und berechnet einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Die LBB wendet dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität – berechnet auf das Segmentergebnis vor Steuern. Auf Konzernebene ist das Kernkapital gemäß § 10 KWG inklusive und exklusive der stillen Einlagen des Landes Berlin die Bezugsbasis für die Eigenkapitalrentabilitätsberechnung.

Corporate Investments			Sonstiges / Konsolidierung				KONZERN vor Vergütung stille Einlagen			Vergütung stille Einlagen		KONZERN nach Vergütung stille Einlagen		
Anpassungen			Anpassungen				Anpassungen					Anpassungen		
Alt	IAS 8 Methoden	Neu	Alt	IAS 8 Methoden	Neu	Alt	IAS 8 Methoden	Neu	Alt	Neu	Alt	IAS 8 Methoden	Neu	
13	147	160	-240	-179	-419	967	1	968	-78	-78	889	1	890	
-6	24	18	10		10	192		192			192		192	
19	123	142	-250	-179	-429	775	1	776	-78	-78	697	1	698	
6	74	80	-2		-2	322		322			322		322	
			2		2	-12		-12			-12		-12	
22		22	86	179	-18	247	140	27	167		140	27	167	
-1		-1	-11		-11	61		61			61		61	
							-1	-1				-1	-1	
1	-1		194	4	1	199	217	4	221		217	4	221	
18	166	184	110	18	7	135	1.112	18	1.130		1.112	18	1.130	
29	30	59	-91	-14	-24	-129	391	13	404	-78	-78	313	13	326
			-64	19		-45	-69	19	-50		-69	19	-50	
29	30	59	-155	5	-24	-174	322	32	354	-78	-78	244	32	276
	3.618	3.618	16.839	-144	62	16.757	144.520	-117	144.403		144.520	-117	144.403	
	4.692	4.692	27.762	-167	714	28.309	142.669	-167	142.502		142.669	-167	142.502	
	2.586	2.586	2.291		2.291		40.924		40.924		40.924		40.924	
118	174	292	553		553		3.219		3.219	-1.100	-1.100	2.119	2.119	
	902	902	2.139		2.139		7.336		7.336		7.336		7.336	
24,6%		20,2%					10,0%		11,0%	7,1%	7,1%	11,5%	13,0%	
43,9%		70,5%					65,6%		65,5%			68,8%	68,6%	

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen. Die Mitarbeiter der Berliner Bank sind in dem Stichtagswert 31. Dezember 2006 nicht mehr enthalten.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

73 Finanzgarantien, Eventualverbindlichkeiten, Eventualforderungen und andere Verpflichtungen

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Landesbank als Garantgeber zur Leistung bestimmter Zahlungen an einen Garantiennehmer verpflichtet ist, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht nachkommt. Bei Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird. Weiterhin zählen gegenwärtige Verpflichtungen hierzu, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist, oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Anhang des Konzerns nach IFRS

Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um unwiderrufliche Kreditzusagen. Dies sind feste Verpflichtungen der Bank zur Bereitstellung von Krediten zu bereits festgelegten Konditionen; die bilanzielle Behandlung erfolgte nach den Vorschriften des IAS 37.

Alle Finanzgarantien wurden individuell auf die Wahrscheinlichkeit eines Vermögensabflusses hin beurteilt. Soweit ein Vermögensabfluss wahrscheinlich ist, wurde in entsprechender Höhe eine Rückstellung gebildet. Bei der Bewertung wurde jeweils die Möglichkeit einer Erstattung berücksichtigt. Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten wurde von den entsprechenden Posten abgesetzt.

Einem möglichen Ausfall aus unwiderruflichen Kreditzusagen wurde durch die Bildung einer Portfoliowertberichtigung Rechnung getragen, die im Aktivposten „Risikovorsorge“ ausgewiesen wird.

Quantifizierbar:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Finanzgarantien			
Kreditbürgschaften	868	919	-6
Akkreditive	41	22	86
Sonstige Bürgschaften	493	1.253	-61
Eventualverbindlichkeiten			
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal- / Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	4.606	2.261	> 100
Andere Verpflichtungen	29	704	-96
Gesamt	6.037	5.159	17

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2006 unverändert in Höhe von 499 Mio. €. Der Konzern ist hiervon auf Basis der Detailvereinbarung durch das Land Berlin überwiegend freigestellt.

Bei vier geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100 %) insgesamt 188 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 216 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahr 2024 ausgeübt werden.

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Landesbank Berlin Holding in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientiert. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin mit schuldrechtlicher Wirkung zum 1. Januar 2006 und dinglicher Wirkung zum 30. Juni 2006 (24:00 Uhr) veräußert.

Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).

Die Landesbank Berlin AG war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen der Landesbank aus der von ihr übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag des Verkaufs mit Wirkung für die Zukunft. Für Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung der Landesbank als Gewährträger.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 132 Mio. €. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzIT GmbH und der Siemens Business Services Management GmbH (SBSM) hat die Bank die vereinbarten Mindestabnahmemengen (FinanzIT, SBSM) erreicht.

Nicht quantifizierbar:

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin Holding AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG anfallen.

Es bestehen Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Werts unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.92.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG
- EU-Beihilfverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe für die Bankgesellschaft Berlin AG und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin auf die Landesbank Berlin – Girozentrale – (nunmehr firmierend als Landesbank Berlin AG)
- Einigung zwischen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission in der Frage der Berliner Sparkasse
- Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)
- Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin
- Nichtigkeit der in Geschäftsbesorgungsverträgen enthaltenen Vollmachten zum Abschluss von Kreditverträgen
- Prospekthaftungsklagen im Zusammenhang mit geschlossenen Immobilienfonds (IBV-Fonds) sowie Klage einer Fondsgesellschaft
- Rechtsfolgen aus den Urteilen des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 14. Juni 2004
- Auswirkungen der Streitigkeiten mit dem DSGVO über die Zugehörigkeit zum Öffentlichen Sektor

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichts aufgeführt.

Patronatserklärungen

Patronatserklärungen sind durch die Landesbank Berlin Holding AG nicht abgegeben.

Alle Verbindlichkeiten und Verpflichtungen aus den letztmalig im Geschäftsbericht 2005 erklärten Patronaten zugunsten der Bankgesellschaft Berlin International S. A. (jetzt firmierend unter Landesbank Berlin International S. A.), Luxemburg, und zugunsten der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin (vormals: Berlin/Hannover), sowie aus den gegenüber jeweils einem bestimmten Gläubiger der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, und der Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, erklärten Patronaten wurden mit Wirkung vom 29. August 2006 auf die Landesbank Berlin AG übertragen.

Das letztmalig im Geschäftsbericht 2005 erklärte Patronat zugunsten der Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc i. L., Dublin, endete mit Löschung der Gesellschaft am 11. Januar 2006. Das letztmalig im Geschäftsbericht 2005 erklärte Patronat zugunsten der Landesbank Berlin AG, Berlin, endete durch die Übertragung aller Verbindlichkeiten und Verpflichtungen aus diesem Patronat auf die Landesbank Berlin AG mit Wirkung vom 29. August 2006.

Anhang des Konzerns nach IFRS

74 Risikomanagement

Risikomanagement im Konzern Landesbank Berlin Holding 2006

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften der IFRS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns Landesbank Berlin Holding beziehungsweise des Konzerns Landesbank Berlin zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

Seit erfolgter Ausgliederung nimmt die Landesbank Berlin Holding AG, ehemals Bankgesellschaft Berlin AG, als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100 %igen Beteiligung an der Landesbank Berlin AG (LBB). Nahezu das gesamte Geschäft der Holding wurde im Geschäftsjahr auf die LBB übertragen, so dass auch deren Risiken in die LBB übergeleitet wurden.

Die Aufgaben der Holding werden durch Geschäftsbesorgungsverträge von der LBB erbracht. Zwischen der Holding und der LBB besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Aufgrund der Überleitung der Risiken in die LBB und der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich zum übergeordneten Unternehmen der Finanzholding-Gruppe wurde und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach zusammengeführt wurden, resultiert die weitgehende Übereinstimmung der Risiken des Konzerns Landesbank Berlin Holding und des Konzerns Landesbank Berlin. Ausführliche Darstellungen zur Umfirmierung und Geschäftsübertragung sind den Abschnitten „Unternehmensdarstellung“ und „Restrukturierung und Neuausrichtung“ des Lageberichts zu entnehmen.

Finanzinstrumente und Derivate

IAS 32 definiert ein Finanzinstrument als einen Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Dies schließt Derivate mit ein.

Die LBB und ihre Bank-Töchter im Konzern erhalten Einlagen von Kunden in unterschiedlichen Laufzeiten und Zinssätzen. Sie streben das Erzielen einer Marge an, indem sie diese Gelder an Kunden verleihen beziehungsweise investieren. Sie erzielen Fristentransformationsergebnisse, da die Laufzeiten der erhaltenen und ausgegebenen Finanzmittel unterschiedlich sind. Die resultierende Bilanzstruktur wird aktiv gemanagt. Den Kunden werden neben bilanzwirksamen Produkten auch außerbilanzielle Transaktionen (Avale, Garantien und andere Eventualverbindlichkeiten) angeboten. Darüber hinaus halten die Banken im Konzern Landesbank Berlin Positionen in börsengehandelten und Over-the-Counter-Instrumenten, wie zum Beispiel Swaps, Termingeschäfte und Optionen, die Zinssätze, Aktienkurse, Wechselkurse und Kreditrisiken zum Gegenstand haben. Diese generieren Handelsergebnisse und werden auch teilweise zur Absicherung verwendet.

Die Sicht des Risikomanagements auf Finanzinstrumente und Derivate wird ergänzt um die bilanzielle Sicht. Hierzu finden sich ausführliche Darstellungen unter anderem in den folgend genannten Abschnitten der Notes: Finanzinstrumente, Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten, Eigenkapital, Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten.

Als Maßnahmen zur Reduktion des Kreditrisikos aus Derivaten werden üblicherweise Collateral-Vereinbarungen und Close-Out-Netting-Vereinbarungen mit den Kontrahenten abgeschlossen.

Risikosteuerung

Das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben ist integraler Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung des Konzerns. Die Risikosteuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der in der Risikostrategie und dem Risikohandbuch festgehaltenen Risikopolitik des Vorstands.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geschäftsstrategischen Rahmenbedingungen und Grundsätzen ab und gestaltet diese bezüglich der Übernahme von Risiken aus. Hierzu zählt die Festlegung konzerneinheitlicher Methoden und Verfahren der Risikomessung. Ebenso haben alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methodik messbar sind.

Das Risikohandbuch, welches den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern Landesbank Berlin als auch den Konzern Landesbank Berlin Holding gilt, stellt als Grundlage für die Unternehmensstrategie detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Die ganzheitliche Risikosteuerung des Konzerns erfolgt durch das Risk Review Komitee (RRK). Das RRK nimmt eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben vor. Monatlich diskutiert das RRK die Gesamt-Risikolage und reagiert gegebenenfalls mit entsprechenden Entscheidungen.

Inhaltlich werden im Konzern folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
- Marktpreisrisiken, z.B. Zinsänderungsrisiken (Cash Flow und Fair Value), Währungsrisiken, Aktienkursrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Immobilienrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die im Folgenden angegebenen Zahlen für die einzelnen Risikokategorien berücksichtigen neben den üblichen Standardgeschäften auch Derivate und außerbilanzielle Geschäfte.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit sind ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse etabliert. Detailangaben sind dem Risikobericht im Lagebericht-Abschnitt „Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling“ sowie „Gesamt-Risikosteuerung“ zu entnehmen.

Adressenausfallrisiken

Basis für das Kreditrisikomanagement und -controlling ist die Kreditevidenzdatenbank, in der sämtliche adressenausfallrisikorelevanten Daten erfasst und konsolidiert werden.

Ratingsysteme quantifizieren trennscharf die Ausfallrisiken der Kreditnehmer. Die Kreditvergaberichtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten.

Die quantitative Analyse der Kreditrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien auf Basis des eigenentwickelten Kreditportfoliomodells durchgeführt. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen basiert, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Kreditrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis mehrerer Konfidenzniveaus mit einem Betrachtungshorizont von einem Jahr für die Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeld-Portfolios ermittelt und fließt in den monatlichen Gesamt-Risikoreport an den Vorstand ein.

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Dazu existieren Limite für den erwarteten Verlust wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien auf Ebenen der Geschäftsfelder, der Teilbanken und des Konzerns. Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumen nach Branchen/Bonitäten. Dieses ermöglicht die strategische Steuerung der Portfolien.

Ausführliche Darstellungen zum Risikomanagement finden Sie im Abschnitt „Adressenausfallrisiken“ des Risikoberichts.

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Die Adressenausfallrisiken des Handelsgeschäfts werden limitiert und laufend überwacht. Hierbei wird unterschieden zwischen Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditrisiken. Der Konzern handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität.

in %		31.12.2006	31.12.2005
Risikoklasse 1		95,5	95,4
	AAAA	23,3	25,5
	AAA	15,9	17,6
	AA+ bis AA	25,9	16,3
	AA – bis A –	30,4	36,0
Restliche Risikoklassen		4,5	4,6

Netting-Rahmenverträge

Die Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften werden über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es uns, bei Ausfall des Kontrahenten Forderungen und Verbindlichkeiten beziehungsweise positive und negative Barwerte gegeneinander aufzurechnen. Das Exposure reduziert sich durch den Nettingeffekt gegenüber den zehn größten Kreditnehmern um 69,1 % (Vorjahr: 69,4 %), gegenüber allen Kreditnehmern um 57,4 % (Vorjahr: 63 %).

Anhang des Konzerns nach IFRS

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen der Aktivseite

Darstellung der Kreditinanspruchnahmen inklusive offener externer Linien¹⁾ nach Risikoklassen:

Risikoklassen in Mrd. €	31.12.2006	31.12.2005
1 – 3 (A)	114	109
4 – 7 (B)	11	12
8 – 12 (C)	7	8
13 – 15 (D)	1	2
16 (E)	4	5
17 – 18 (F)	2	4
Restliche	3	3

Die Risikoklasse wird ermittelt aus der Bonitätsklasse unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten.

Darstellung der Kreditinanspruchnahmen ohne offene externe Linien nach Regionen:

Region in Mrd. €	31.12.2006	31.12.2005
Berlin	24,3	27,3
Alte Bundesländer	40,8	45,6
Neue Bundesländer	9,6	11,0
Ausland	52,1	45,5
Sonstige	0,3	0,6
Gesamt	127,2	129,9

Darstellung der Länderrisiken (Inanspruchnahmen)

Für die Berechnung der Auslastung eines Länderlimits werden von den Inanspruchnahmen im jeweiligen Land die erstklassigen Sicherheiten (unter anderem Barsicherheiten aus Drittländern, Hermes-Bürgschaften) abgezogen. Daraus ergibt sich eine Inanspruchnahme je Land. Im Konzern wurden im Jahr 2006 zu 98 % (2005²⁾ zu 96 %) Geschäfte mit Ländern sehr guter bis guter Qualität (Ratingklasse 1 bis 3) getätigt.

Zu ausführlichen Darstellungen über die Methoden des Risikomanagements verweisen wir auf den Risikobericht, insbesondere den Abschnitt „Kreditrisiken“.

Risikokonzentrationen der Passivseite

Der Konzern ist zwischen den Passivsegmenten Kundeneinlagen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbrieften Verbindlichkeiten gut diversifiziert.

in %	31.12.2006	31.12.2005
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34,6	29,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	20,0	22,4
Verbrieftete Verbindlichkeiten	22,9	23,3
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	15,1	17,7
Andere Passiva	7,4	7,5
Bilanzsumme (Summe Passiva)	100,0	100,0

¹⁾ Die Kreditinanspruchnahme weicht aufgrund risikoorientierter Sicht von dem bilanziellen Kreditvolumen ab.

²⁾ Die Systematik der Berechnung der Auslandsgeschäfte wurde im Berichtsjahr dahingehend geändert, dass als Grundlage die Kreditinanspruchnahmen zuzüglich offener externer Limite, um interne Kreditnehmer bereinigt, verwendet werden. Der Vorjahreswert wurde an diese Systematik angepasst, so dass der jetzt angegebene Vorjahreswert in Höhe von 96 % nicht mit dem im Geschäftsbericht der Bankgesellschaft Berlin für 2005 mit 99 % veröffentlichten übereinstimmt.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Bank, bei den Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin/Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu ca. 80 % im deutschen Raum. Bei den Verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird. Die Neuemissionen der LBB wurden in 2006 marktbedingt zu einem höheren Anteil bei inländischen Investoren platziert. Für 2007 wird mit der Wiederbelebung des Marktes für Benchmark-Emissionen von Landesbanken eine Umkehr dieser Entwicklung erwartet.

Marktpreisrisiken

Im Dezember 2004 wurden die internen Verfahren (Full-use-Model inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisiko-Überwachung aufsichtsrechtlich anerkannt. Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (Capital at Risk-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfand- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über implizite Ausfallintensitäten berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst. Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting ermittelt.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen.

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet. Hierzu zählen das Intraday Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten), ein täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder, ein 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report und ein monatlicher Bericht gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Backtest- und Stresstest-Ergebnissen.

in Mio. €	Capital-at-Risk			Limit per 31.12.
	Durchschnitt	Minimum	Maximum	
Konzern 2006	75,52	37,85	123,66	426,65
Konzern 2005	76,91	45,75	146,03	455,00
Kapitalmarktgeschäft 2006	37,22	18,29	59,25	75,00
Handelsbereiche Konzern 2005	20,68	15,63	28,95	75,00

Die Darstellung enthält die Zahlen der Berliner Bank AG, die zum 31. Dezember 2006 die LBB AG verlassen hat.

Ausführliche Darstellungen zum Risikomanagement finden Sie im Abschnitt „Marktpreisrisiken“ des Risikoberichts.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die zukünftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis eines 99 %igen Konfidenzniveaus und einer Haltedauer von zehn Tagen bestimmt, ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird insgesamt gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cash Flows.

in Mio. €	Capital-at-Risk		
	Durchschnitt	Minimum	Maximum
Zinsrisiko 2006	64,89	34,09	115,14
Zinsrisiko 2005	67,86	26,03	135,96

Die Darstellung enthält die Zahlen der Berliner Bank AG, die zum 31. Dezember 2006 die LBB AG verlassen hat.

Darüber hinaus werden Szenario-Berechnungen angestellt, bei denen die Auswirkungen einer allgemeinen Erhöhung der Zinsen um 100 Basispunkte auf das Gesamtportfolio des Konzerns ermittelt werden.

Anhang des Konzerns nach IFRS

in Mio. €	Konzern	Landesbank Berlin	Berlin Hyp	Andere
Stresstest Ende 2006	-277,1	-223,7	-45,0	-8,4
Stresstest Ende 2005	-296,6	0,5	-188,0	-19,5

Nahezu das gesamte Geschäft der ehemaligen Bankgesellschaft Berlin AG wurde im Geschäftsjahr auf die LBB übertragen, so dass auch dessen Risiken in die LBB übergeleitet wurden. Der Jahresabschluss 2005 umfasste auch die Berliner Bank, mit einer Stresssensitivität von ca. –21 Mio. €. Die Berliner Bank ist hier nicht mehr enthalten, da es sich um eine Stichtagsbetrachtung handelt und sie zum 31. Dezember 2006 die LBB AG verlassen hat.

Der Konzern ist aktivisch aufgestellt und profitiert damit von fallenden Zinsen. Das Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr auf dem gleichen Niveau verblieben.

Ausführliche Darstellungen zum Risikomanagement finden Sie im Abschnitt „Marktpreisrisiken“ des Risikoberichts. Eine Darstellung der Buchwerte gegliedert nach Restlaufzeiten ist innerhalb der Notes jeweils für die korrespondierende Bilanzposition angegeben.

Währungsrisiken

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen im Währungsbereich ein. Das aufgezeigte Kursrisiko stammt überwiegend aus Restbeträgen aus Kundengeschäften, aus der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Assets in Fremdwährung.

in Mio. €	Capital-at-Risk		
	Durchschnitt	Minimum	Maximum
Währungsrisiko 2006	7,33	1,04	12,53
Währungsrisiko 2005	2,52	0,65	5,77

Die Darstellung enthält die Zahlen der Berliner Bank AG, die zum 31. Dezember 2006 die LBB AG verlassen hat.

Aktienrisiken

Der Konzern der LBB geht Aktiengeschäfte ein, deren Risiken sich wie folgt darstellen:

in Mio. €	Capital-at-Risk		
	Durchschnitt	Minimum	Maximum
Aktienrisiko 2006	30,20	15,24	50,07
Aktienrisiko 2005	26,71	14,56	39,81

Die Darstellung enthält die Zahlen der Berliner Bank AG, die zum 31. Dezember 2006 die LBB AG verlassen hat.

Liquiditätsrisiken

§ 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Grundsatz-II-Kennziffer mindestens 1,0 beträgt. Die Liquiditätskennziffer betrug per 30. Dezember 2006 für die Landesbank Berlin 1,88 (1,8 zum 31. Dezember 2005) und für die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG 1,29 (1,2 zum 31. Dezember 2005).

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen ist die Kapitalablaufbilanz, deren Bestandteil Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen sind, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cash Flows korrekt darzustellen.

Der Konzern betrachtet verschiedene Laufzeitbänder und unterschiedliche Szenarien, so dass auch im Krisenfall ausreichende Liquidität vorhanden ist.

Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve.

Der Vorstand wird im zweiwöchentlichen Turnus über die Liquiditätssituation informiert. Das Reporting beinhaltet auch die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen.

Die kurzfristige Liquiditätssituation ist derzeit entspannt. Das Limit für die Begrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken bis zu 30 Tagen ist zu 64 % (Vorjahr: 63 % inklusive Berliner Bank) ausgelastet. In den nachgelagerten Laufzeitbändern liegt die Auslastung erheblich darunter. Ausführliche Darstellungen zum Risikomanagement finden Sie im Abschnitt „Liquiditätsrisiken“ des Risikoberichts.

75 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen.

Sofern Börsenkurse vorliegen, werden diese zugrunde gelegt. Bei fehlenden Marktpreisen wird der beizulegende Zeitwert anhand von finanzmathematischen Verfahren ermittelt. Zur Anwendung kommen dabei vor allem die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Die in die Ermittlung eingehenden Parameter resultieren aus Marktkonditionen zum Bilanzstichtag.

Die beizulegenden Zeitwerte für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt wurden, sind wie folgt gegliedert:

in Mio. €	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005 ¹⁾	31.12.2006	31.12.2005
Aktiva						
Forderungen an Kreditinstitute	28.168	26.597	28.344	25.854	-176	743
Forderungen an Kunden	50.324	51.930	49.086	48.902	1.238	3.028
Beteiligungen und nicht konsolidierte verbundene Unternehmen	288	321	287	321	1	0
At Equity bewertete Unternehmen	75	84	74	84	1	0
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	48.491	41.773	48.935	42.010	-444	-237
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26.366	31.517	28.367	32.421	-2.001	-904
Verbriefte Verbindlichkeiten	32.331	34.077	32.358	33.606	-27	471
Nachrangkapital	2.671	2.775	2.628	2.767	43	8
Stille Einlagen des Landes Berlin	696	1.141	700	1.100	-4	41

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Nachfolgend werden die Methoden beziehungsweise Annahmen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nach Klassen getrennt aufgezeigt.

Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise an Kunden

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Forderungen an Kreditinstitute werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Forderungen im AfS-Bestand werden gemäß IFRS mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Forderungen erfolgt durch die Barwertmethode. Demnach werden die vertraglich vereinbarten Cash Flows mit einem risikoadjustierten Marktzins diskontiert. Die Buchwerte in der obigen Tabelle wurden um Wertberichtigungen auf Forderungen und AfS-Bestände gekürzt.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beziehungsweise gegenüber Kreditinstituten

Die fortgeführten Anschaffungskosten von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beziehungsweise gegenüber Kreditinstituten, alle zu üblichen Zahlungskonditionen, entsprechen im Wesentlichen dem beizulegenden Zeitwert.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Grundsätzlich werden verbrieftete Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die in Verbindlichkeiten eingebetteten Derivate (Embedded Derivatives) werden abgespalten und mit dem Marktwert (Fair Value) bewertet.

Nachrangkapital

Grundsätzlich erfolgt die Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst.

Anhang des Konzerns nach IFRS

76 Angaben über derivative Geschäfte

Produktbereiche des derivativen Geschäfts	Nominalbetrag / Restlaufzeit								
				Summe	Summe	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	in Mio. €	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2006	31.12.2005
Zinsbezogene Geschäfte	224.235	267.944	126.337	618.516	534.098	5.875	7.085	9.917	10.563
Börsengehandelte Produkte	71.151	563	0	71.714	38.231	0	0	0	1
Zinsfutures	5.432	563	0	5.995	10.135	0	0	0	1
Zinsoptionen	65.719	0	0	65.719	28.096	0	0	0	0
OTC-Produkte	153.084	267.381	126.337	546.802	495.867	5.875	7.085	9.917	10.562
Zinsswaps	86.740	237.001	108.359	432.100	381.013	5.240	6.306	8.828	9.354
Forward Rate Agreements	46.694	0	0	46.694	40.828	12	11	21	19
Forward Forward Deposits	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Swaptions	6.174	16.689	15.036	37.899	35.366	549	693	803	953
Zinsoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zinsoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	18	0	0	0	0
sonstige Zinskontrakte	13.476	13.691	2.942	30.109	38.642	74	75	265	236
Währungsbezogene Geschäfte	11.367	13.993	2.049	27.409	32.783	419	384	530	578
Börsengehandelte Produkte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
OTC-Produkte	11.367	13.993	2.049	27.409	32.783	419	384	530	578
Devisentermingeschäfte	10.344	1	0	10.345	13.181	148	142	229	258
Cross-Currency-Swaps	786	13.992	2.049	16.827	18.294	270	241	272	293
Devisenoptionen, Käufe	122	0	0	122	718	1	0	29	0
Devisenoptionen, Verkäufe	115	0	0	115	590	0	1	0	27
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktien- / Indexbezogene Geschäfte	8.383	4.221	2.681	15.285	10.438	1.164	1.346	920	1.004
Börsengehandelte Produkte	4.621	176	0	4.797	3.017	16	29	21	49
Aktien- / Indexfutures	2.995	0	0	2.995	1.993	0	0	0	0
Aktien- / Indexoptionen	1.626	176	0	1.802	1.024	16	29	21	49
OTC-Produkte	3.762	4.045	2.681	10.488	7.421	1.148	1.317	899	955
Aktien- / Index-Swaps	360	234	25	619	160	65	39	30	11
Aktien- / Indexoptionen, Käufe	1.721	1.611	1.386	4.718	2.266	1.083	0	855	5
Aktien- / Indexoptionen, Verkäufe	1.681	2.200	1.270	5.151	3.250	0	1.278	14	939
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	1.745	0	0	0	0
Kreditderivate	201	2.871	710	3.782	3.156	13	21	12	17
Insgesamt	244.186	289.029	131.777	664.992	580.475	7.471	8.836	11.379	12.162

Dem negativen Saldo der Marktwerte stehen positive Differenzen bei den beizulegenden Zeitwerten der Finanzinstrumente gegenüber.

77 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	413	30	> 100
Treuhandvermögen	413	30	> 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2	15	-87
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	411	15	> 100
Treuhandverbindlichkeiten	413	30	> 100

78 Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Die im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) für geldpolitische Instrumente an die Deutsche Bundesbank übertragenen Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

Nominalwerte in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Wertpapiere	30.626	27.481	11
Wirtschaftskredite	211	204	3
Wechsel	0	1	-100
Kreditforderungen	211	203	4
Gesamt	30.837	27.685	11

Für Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 10,4 Mrd. € (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 9,8 Mrd. € und Sonstige Verbindlichkeiten von 0,6 Mrd. €) wurden Wertpapiere und Forderungen an Kunden mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 10,5 Mrd. € als Sicherheiten übertragen.

79 Volumina der Fremdwährungsbestände

in Mio. €	USD	JPY	GBP	Andere	31.12.2006 Gesamt	31.12.2005 Gesamt	Veränderung in %
Aktiva							
Barreserve	0	0	0	0	0	1	x
Forderungen an Kreditinstitute	772	20	404	978	2.174	4.320	-50
Forderungen an Kunden	553	17	191	554	1.315	2.010	-35
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	305	158	86	71	620	4.946	-87
Finanzanlagen	2.876	42	1.045	2	3.965	4.526	-12
Andere Bilanzposten	110	2	37	1	150	167	-10
Fremdwährungsaktiva	4.616	239	1.763	1.606	8.224	15.970	-49
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.140	55	1.337	1.225	4.757	8.749	-46
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	365	26	229	73	693	1.226	-43
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.198	6	616	0	1.820	2.233	-18
Andere Bilanzposten einschließlich erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierter finanzieller Verpflichtungen	421	765	274	13	1.473	1.525	-3
Fremdwährungspassiva	4.124	852	2.456	1.311	8.743	13.733	-36

80 Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögensgegenstände anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Emittenten erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögenswerte enthalten:

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	68	0	x
Forderungen an Kunden	0	148	-100
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	9	192	-95
Gesamt	77	340	-77

Anhang des Konzerns nach IFRS

81 Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Das Land Berlin hält rd. 81 % der Anteile an der Landesbank Berlin Holding AG und ist damit gemäß IAS 24 als nahe stehende Person, die das Unternehmen beherrschen kann, zu betrachten.

Als wesentlicher Geschäftsvorfall mit dem Land Berlin ist die Detailvereinbarung (DetV) vom 16. April 2002 anzusehen, mit der der Konzern von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts, die bis zum 31. Dezember 2001 begründet worden sind, abgeschirmt wurde.

Die Europäische Kommission hat am 18. Februar 2004 diese Beihilfe zugunsten der Bankgesellschaft Berlin AG, jetzt Landesbank Berlin Holding AG, im vollen Umfang genehmigt. Im Gegenzug für die Bewilligung hat die Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission u.a. die Zusage abgegeben, sicherzustellen, dass das Land Berlin seine Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG bis zum 31. Dezember 2007 veräußert. Damit wird das Land Berlin seinen Status als nahe stehende Person verlieren.

Mit notariellem Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die damals als Bankgesellschaft Berlin AG firmierende Landesbank Berlin Holding AG in Erfüllung einer weiteren Auflage der EU-Kommission die wesentlichen Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL) an das Land Berlin veräußert. Die Veräußerung wurde mit dinglicher Wirkung zum 30. Juni 2006, 24:00 Uhr, bei wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2006 umgesetzt und fand am 16. Februar 2006 die Zustimmung des Abgeordnetenhauses.

Gegenstand der Veräußerung an das Land Berlin waren die BIH und die in der BIH-Gruppe zusammengefassten Gesellschaften, neben der LPFV und der IBG, insbesondere die BAVARIA Objekt- und Baubetreuung GmbH i.L., die Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der BIH-Gruppe mbH, die ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH und ihre jeweiligen Beteiligungsgesellschaften.

Die Veräußerung der BIH-Gruppe erfolgte zum Kaufpreis von 1,00 €. In einem gemeinsamen Bewertungsgutachten der durch die Bankgesellschaft Berlin AG beauftragten KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) und der vom Land beauftragten SUSAT GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (SUSAT) auf Grundlage der vorliegenden Planzahlen und bestimmter Annahmen hinsichtlich des vorhandenen Eigenkapitals der Gesellschaften wurde für die Gesellschaften ein negativer Wert von 86,5 Mio. € ermittelt. Zum Ausgleich dieses negativen Werts hatte die Bankgesellschaft Berlin AG eine entsprechende Eigenkapitalausstattung der zu übertragenden Gesellschaften sichergestellt. Damit kompensierte die Bankgesellschaft Berlin AG die bis zur endgültigen Abwicklung der Gesellschaften voraussichtlich entstehenden Verluste.

Der Bewertung der veräußerten Gesellschaften wurden in dem Kaufvertrag mit dem Land bestimmte Annahmen hinsichtlich des vorhandenen Eigenkapitals und der weiteren Geschäftsentwicklung zugrunde gelegt. Die Richtigkeit dieser Annahmen wird anhand der zum 30. Juni 2006 für diese Gesellschaften zu erstellenden Zwischenabschlüsse geprüft. Diese Prüfung dauert derzeit noch an und wird voraussichtlich erst im Laufe des Jahres 2007 abgeschlossen. Für aus der Überprüfung möglicherweise entstehende weitere Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Land hat der Konzern in ausreichendem Umfang Rückstellungen gebildet.

In dem Veräußerungsvertrag hat die Bankgesellschaft Berlin AG (jetzt Landesbank Berlin Holding AG) die in Unternehmenskaufverträgen üblichen Garantien und Gewährleistungen übernommen, wobei das Haftungsvolumen grundsätzlich auf einen Höchstbetrag von 60 Mio. € begrenzt ist. Die Bankgesellschaft Berlin AG (jetzt Landesbank Berlin Holding AG) steht zudem ohne betragsmäßige Begrenzung dafür ein, dass in der BIH und ihren Tochtergesellschaften keine Risiken verblieben sind, die von der Risikoabschirmung nach der Detailvereinbarung ausdrücklich ausgenommen sind. Eine unbeschränkte Haftung besteht zudem im Hinblick auf die steuerlichen Verhältnisse der veräußerten Gesellschaften bis zum Übergang an das Land Berlin.

Im Vertrag zur Übertragung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin verpflichteten sich die Konzernbanken zu einer Aufrechterhaltung bestehender Finanzierungen der übergehenden Gesellschaften. Ab dem 1. Januar 2006 werden die Kredite an diese Gesellschaften mit dem in der Detailvereinbarung vereinbarten und dementsprechend auch der Bewertung der IDL-Gesellschaften im gemeinsamen Gutachten der KPMG und SUSAT zugrunde gelegten 12-Monats-Euribor (so genannter Referenzzinssatz) verzinst. Zum 1. Januar 2007 waren hiervon Kreditlinien im Konzern in Höhe von 1.028 Mio. € betroffen, die zwischenzeitlich ausschließlich von der Landesbank Berlin AG bereitgestellt werden.

Weiterhin wurde im Rahmen des Kaufvertrags eine unbegrenzte Verpflichtung zum Ankauf von aus der Detailvereinbarung resultierenden Ansprüchen gegen das Land Berlin übernommen. Für diese Forfaitierungslinie wird analog zu den übrigen Finanzierungen für die IDL-Gesellschaften der Referenzzinssatz aus der Detailvereinbarung (12-Monats-Euribor oder nachgewiesener höherer Bankeneinstand) angewandt. Per 31. Dezember 2005 waren unter Inanspruchnahme dieser Linie Forderungen in Höhe von 47,6 Mio. € nebst enthaltenem Verzinsungsanspruch gemäß DetV angekauft. Im April 2006 wurden Ausgleichsansprüche der LPFV gegenüber dem Land Berlin in Höhe von 5,1 Mio. € nebst in der DetV festgelegten Konditionen angekauft. Diese Ansprüche wurden zusammen mit der vorgenannten Forderung über 47,6 Mio. € fristgerecht vom Land Berlin zum 30. Juni 2006 ausgeglichen. Ferner wurden im Jahr 2006 Ansprüche aus der Buchwertgarantie über insgesamt 34,7 Mio. € angekauft. Die Ankäufe von Ansprüchen aus der DetV wurden regelmäßig von der Landesbank Berlin AG abgewickelt.

Die mit dem Land für diese Finanzierungen festgelegten Konditionen wurden im Gesamtkontext der Vereinbarungen zur Übertragung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts vereinbart. Damit stehen sich Leistung und Gegenleistung in angemessener Weise gegenüber.

Einen wesentlichen Beitrag zur Risikobegrenzung stellt der Ende 2005 begonnene und im Berichtsjahr fortgeführte Kauf von Fondsanteilen dar, bei dem den Zeichnern von insgesamt 15 Fonds, die von der IBV aufgelegt wurden, ein Angebot zum Erwerb ihrer Anteile durch die FinTech Einundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, einer Tochtergesellschaft der LPFV, unterbreitet wurde.

Die aus dem Erwerb der Fondsanteile resultierenden Ausgleichsansprüche gegenüber dem Land werden im Rahmen einer Zwischenfinanzierung durch die Landesbank Berlin AG in Höhe eines Rahmens von bis zu 2,0 Mrd. € (nominal 1,8 Mrd. €) forfaitiert, nachdem die BCIA in Vertretung des Landes Berlin den Ausgleichsansprüchen dem Grunde und der Höhe nach einredfrei zugestimmt hat. Damit ist das Land Berlin Schuldner für diese Zwischenfinanzierung. Analog zu anderen Finanzierungen im Rahmen der Detailvereinbarung werden diese Kredite auf Basis des Referenzzinssatzes gemäß DetV ausgereicht. Die Landesbank Berlin AG erhält darüber hinaus eine angemessene Bearbeitungsgebühr. Dies ist in Anbetracht des damit verbundenen Aufwands und der Bonität des Schuldners marktgerecht.

Im Dezember 2006 unterbreitete die Landesbank Berlin AG dem Land Berlin ein Angebot zu einer Teilrückzahlung der stillen Einlagen des Landes Berlin in der Landesbank Berlin AG (1.100 Mio. €) in Höhe von 400 Mio. €. Das Angebot wurde vom Land Berlin angenommen. Die Teilrückzahlung erfolgte mit Wirkung zum 31. Dezember 2006. Sie wurde in Übereinstimmung mit § 8 Abs. 2 der Verträge über die Einrichtung zweier stiller Gesellschaften zwischen dem Land Berlin und der Landesbank Berlin AG, damals Landesbank Berlin – Girozentrale – vom 14. Juni 2004 vorgenommen und von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt. Der Rückzahlungsbetrag wurde am 30. Dezember 2006 von der Landesbank Berlin AG auf das Gesellschafter-Verrechnungskonto übertragen und am ersten Buchungstag in 2007 der Landeshauptkasse Berlin bei der Deutschen Bundesbank gutgeschrieben. Die Gruppe der Landesbank Berlin Holding unterschreitet die in den Verträgen über die stillen Beteiligungen als Untergrenze festgesetzte Kernkapitalquote von 7,0% unter Berücksichtigung des Jahresabschlusses nicht. Mit der Rückzahlung werden die Interessen des stillen Gesellschafters in angemessener Weise berücksichtigt.

Zum 31. Oktober 2006 gehörten folgende Unternehmen mehrheitlich dem Land Berlin, die somit im Interessenbereich des Landes Berlin liegen und als nahe stehende Personen gelten:

Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen des privaten Rechts:

- BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG
- BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH
- BEHALA Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH
- Berliner Großmarkt GmbH
- Berliner Immobilienmanagement GmbH
- Berliner Kulturveranstaltungs GmbH
- Berliner Werkstätten für Behinderte GmbH (BWB)
- Berlinwasser Holding AG
- Betriebsgesellschaft Stadtgüter Berlin mbH
- BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH
- BIH Berliner Immobilien Holding GmbH
- BSGM Berliner Stadtgutliegenschafts-Management GmbH
- BSGM Berliner Stadtgutliegenschafts-Management GmbH & Co. Grundstücks KG
- DEGEWO Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues gemeinnützige AG
- Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin GmbH
- Friedrichstadtpalast Betriebsgesellschaft mbH
- GESOBAU AG
- GEWOBAG Gemeinnützige Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin
- Grün Berlin Park & Garten GmbH
- Hebbel-Theater Berlin GmbH
- HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH
- Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide – Landesmusikakademie – GmbH
- Liegenschaftsfonds Berlin Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG
- Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG
- Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH
- Messe Berlin GmbH
- Stadt und Land Wohnbauten GmbH
- Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH
- Wasserstadt GmbH Treuhänderischer Entwicklungsträger des Landes Berlin
- WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH
- WISTA-MANAGEMENT GmbH

Anhang des Konzerns nach IFRS

Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen öffentlichen Rechts:

- Berliner Bäder-Betriebe Anstalt des öffentlichen Rechts
- Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) AöR
- Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) AöR
- Berliner Wasserbetriebe (BWB) AöR
- Deutsche Klassenlotterie AöR
- Investitionsbank Berlin (IBB) AöR
- IT-Dienstleistungszentrum Berlin AöR

Zwischen dem Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft und folgenden Geschäftspartnern bestehen Rahmenverträge für Finanzdienstleistungsgeschäfte:

- Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) AöR
- WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH
- WISTA-MANAGEMENT GmbH
- Investitionsbank Berlin (IBB) AöR
- Stadt und Land Wohnbauten GmbH

Auf Basis dieser Verträge wurde im Berichtsjahr mit der Stadt- und Land Wohnbauten GmbH ein Zinsswap mit einem anfänglichen Bezugsbetrag von 2.668 T€ über den Zeitraum 31. Juli 2007 bis 31. Juli 2017 abgeschlossen. Das Geschäft wurde im Rahmen des üblichen Geschäftsbetriebs ohne Gewährung von Sonderkonditionen abgeschlossen.

Darüber hinaus war die LBB an der Aufstockung der 500 Mio. € Emission von 2,25 % Landesschatzanweisungen des Landes Berlin von 2005/11 WKN A0EKDB/Ausgabe 200 um 250 Mio. € Landesschatzanweisungen des Landes Berlin als Co-Lead-Manager im Emissionskonsortium beteiligt.

Die Begebung der Emissionen erfolgte jeweils zu Marktkonditionen. Es handelt sich bei den genannten Geschäften um Geschäfte im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit.

Der Investitionsbank Berlin wurden in 2006 folgende Anleihen/Schuldscheindarlehen verkauft:

- 24. April 2006; 10 Mio. € Anleihe, 3-M-Euribor + 10 bp; Emittent BBVA; Fälligkeit 24. Februar 2011
- 4. August 2006; 5 Mio. € Anleihe, 3-M-Euribor + 10 bp; Emittent HBOS; Fälligkeit 14. Juni 2012
- 9. August 2006; 10 Mio. € Anleihe, 3-M-Euribor + 10 bp; Emittent San Paolo IMI; Fälligkeit 15. März 2013
- 11. Oktober 2006; 10 Mio. € Anleihe, 3-M-Euribor + 15 bp; Emittent Unicredito Italiano; Fälligkeit 9. Januar 2013
- 15. November 2006; 20 Mio. € Schuldschein, 3-M-Euribor + 23 bp; Emittent IHK Berlin; Fälligkeit 31. Dezember 2026

Die Begebung der Emissionen erfolgte jeweils zu Marktkonditionen. Es handelt sich um Geschäfte im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit.

Weiterhin wurden im Rahmen des üblichen Bankgeschäfts

- mit der Investitionsbank Berlin AöR Geldhandels- und Repo Geschäfte,
- mit der WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte GmbH, der Wista-Management GmbH und
- der Berliner Stadtreinigungsbetriebe AöR derivative Zinnsicherungsgeschäfte getätigt.

Die Geschäfte wurden ausschließlich zu marktüblichen Konditionen getätigt.

Der Kreditbereich Kapitalmarkt schloss im August 2004 einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Investitionsbank Berlin AöR. Im Rahmen dieses Vertrags werden von der LBB Bonitätsanalysen für Kreditnehmer der IBB aus dem Bereich von Banken, Versicherungen und Unternehmen der öffentlichen Hand erstellt, Geschäftsanfragen aus diesem Kundensegment votiert sowie Kreditsachbearbeitungsaufgaben übernommen. Die Vergütung erfolgt aufwandsabhängig im Rahmen der auch im Konzern angewandten Verrechnung von Mitarbeiterkapazitäten. Im Jahr 2006 wurden für diese Dienstleistungen 220 T€ von der IBB vereinnahmt. Dies war angemessen.

Der Geschäftsbereich Risikobetreuung der LBB schloss im Oktober 2005 einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Investitionsbank Berlin AöR. Im Rahmen dieses Vertrags wurden im Zeitraum November 2005 bis Juli 2006 Dienstleistungen im Rahmen der Kredit-sanierung für ein abgestimmtes Kreditportfolio für die IBB erbracht. Das Entgelt für diese Leistungen berechnete sich aufwandsabhängig auf Basis fest vereinbarter Tagessätze. Diese waren mit 400 € beziehungsweise 500 € in Abhängigkeit von der Qualifikation der eingesetzten Mitarbeiter marktüblich. Für die Laufzeit des Vertrags wurden für diese Dienstleistungen 195 T€ von der IBB vereinnahmt.

Der Geschäftsbereich Immobilienfinanzierung der LBB bewilligte im Berichtszeitraum ein Darlehen an die Stadt und Land Wohnbauten GmbH zu marktüblichen Konditionen. Zu den bestehenden Geschäftsbeziehungen mit anderen Wohnungsbaugesellschaften im Beteiligungskreis des Landes Berlin gab es im Berichtsjahr keine relevanten Veränderungen.

Mit der Berliner Wasserbetriebe AöR besteht seit dem 1. Januar 2006 ein Mietvertrag für Flächen im Objekt Fasanenstraße 7–8 in 10623 Berlin. Auf Basis der vertraglichen Miete von 8,95 €/qm Bürofläche und 5,00 €/qm Kellerfläche wurden im Berichtsjahr Zahlungen von insgesamt 830 T€ (inklusive Stellplatzgebühren, Betriebskostenvorauszahlung und Umsatzsteuer) vereinnahmt.

Neben den oben aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen der LBB bestehen Versorgungsverträge mit mehreren Tochterunternehmen des Landes Berlin, insbesondere mit der Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR) AöR und den Berliner Wasserbetrieben (BWB) AöR, sowie Mietverträge mit einer Reihe von Wohnungsbaugesellschaften. Diese Verträge betreffen die gewöhnliche Geschäftstätigkeit dieser Unternehmen und wurden ausschließlich zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen.

Die LBB steht dem Land Berlin und einer Vielzahl der mit dem Land verbundenen Unternehmen des privaten Rechts und Anstalten öffentlichen Rechts als Haus- beziehungsweise Zweitbank mit allen Bankdienstleistungen zu marktüblichen Konditionen zur Verfügung. Sonderkonditionen aufgrund der Gesellschafterverhältnisse wurden nicht gewährt. Teilweise vorhandene Abweichungen von Standardkonditionen wurden entsprechend der Größe des Unternehmens und in Abhängigkeit von den getätigten Geschäften analog zu anderen, in diesem Marktsegment tätigen Unternehmen gewährt. Sie können im Einzelnen dem jeweils gültigen Konditionstableau entnommen werden. Leistungsbeziehungen zu diesen Unternehmen, wie z.B. Geschäftsbesorgungsverträge, Mietverträge oder Werbeverträge, wurden von der Landesbank ebenfalls nur zu gewöhnlichen Marktpreisen abgeschlossen.

Von den seitens der LBB herausgelegten Krediten entfallen insgesamt auf den Interessenbereich des Landes Berlin zum 31. Dezember 2006 2,6 Mrd. € (Vorjahr: 3,3 Mrd. €). Weitere Forderungen in Höhe von 0,8 Mrd. € (Vorjahr: 1,6 Mrd. €) bestehen seitens der Berlin Hyp.

Wertberichtigungen bestehen hierauf seitens der LBB in Höhe von 9,1 Mio. €, in der Berlin Hyp bestehen keine Wertberichtigungen. Einlagen hat der Interessensbereich des Landes insgesamt von 0,5 Mrd. €.

Im Rahmen der üblichen Konditionen werden mit Aktionären Bankgeschäfte getätigt.

Die nahe stehenden Personen des Anteilsbesitzes sind im „Verzeichnis des Anteilsbesitzes“ unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgeführt.

Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.

Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	608	315	93
Finanzanlagen	297	49	> 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	81	447	–82

Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	1.277	229	> 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	184	94	96

Gegenüber diesen nahe stehenden Personen bestanden zum Stichtag Wertberichtigungen in Höhe von 20,7 Mio. € (Vorjahr: 25,3 Mio. €).

Die assoziierten Unternehmen sind ebenfalls im „Verzeichnis des Anteilsbesitzes“ aufgeführt; weitere Angaben sind im Kapitel „Assoziierte Unternehmen“ enthalten.

Die in Anspruch genommenen Kredite betragen 0,4 Mrd. € (Vorjahr: 0,5 Mrd. €), Einlagen bestehen in Höhe von 0,1 Mrd. €.

Die an diese Gruppen herausgelegten Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Sofern eine Einlagenverzinsung vereinbart wurde, erfolgte dies zu den im Konzern für erste Adressen geltenden Konditionen (Prime Rate).

Anhang des Konzerns nach IFRS

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats wurden folgende Vergütungen zuteil:

in T€	2006	2005
Gesamtbezüge des Vorstands	2.331	4.194
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	747	692
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	6.456	4.693
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	94.397 ¹⁾	71.077

¹⁾ Vergleichszahl 2005 einschließlich LBB: 98.559 T€

Die „Gesamtbezüge“ sind „kurzfristig fällige Leistungen“ entsprechend dem Standard; „andere langfristig fällige Leistungen“ bestehen nicht.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. Ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Im Konzernlagebericht werden die Versorgungszusagen, Ansprüche auf Ruhegehalt und sonstige Leistungen nach oder aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses dargestellt.

Von der Landesbank Berlin gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder der Landesbank Berlin:

in T€	2006	2005
an Mitglieder des Vorstands	20	12
an Mitglieder des Aufsichtsrats	123	176

Alle Kredite an die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats werden zu marktüblichen Konditionen verzinst.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen. Die im Standard kodifizierte Annahme für diesen Personenkreis kommt nicht zur Anwendung.

Die Publikationen zu Aktientransaktionen veröffentlicht die Landesbank Berlin Holding auf ihrer Internetseite unter „Investor Relations“. Sie erfüllt damit die Meldeerfordernisse nach § 15a WpHG.

Darstellung zu § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) 5. Satz HGB

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats wurden folgende Vergütungen zuteil:

Mitglieder des Vorstands	Jahresvergütung			Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung	erfolgsabhängige Vergütung	Sonstige Vergütungen ¹⁾	
in €				
Hans-Jörg Vetter (LBB H, LBB)	999.606	450.000	24.493	1.474.099
davon nicht ruhegehaltsfähige Festtantieme	460.163			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	677.000	150.000	30.150	857.150
davon nicht ruhegehaltsfähige Festtantieme	300.000			
Summe Organmitglieder Landesbank Berlin Holding AG	1.676.606	600.000	54.643	2.331.249
Serge Demolière (LBB)	974.032	75.000	32.202	1.081.234
davon nicht ruhegehaltsfähige Festtantieme	489.327			
Dr. Johannes Evers (LBB)	614.533	120.000	41.308	775.841
davon nicht ruhegehaltsfähige Festtantieme	245.867			
Uwe Kruschinski (LBB)	662.250	40.000	29.384	731.634
davon nicht ruhegehaltsfähige Festtantieme	300.000			
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	614.533	75.000	42.271	731.804
davon nicht ruhegehaltsfähige Festtantieme	245.867			
Martin K. Müller (LBB)	590.000	120.000	33.784	743.784
davon nicht ruhegehaltsfähige Festtantieme	290.000			
Vergütungsaufwand 2006 Gesamt (Landesbank Berlin AG)	5.131.954	1.030.000	233.592	6.395.546

¹⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (geldwerter Vorteil der Nutzung der Dienstwagen) von 125.554 € sowie den so genannten Arbeitgeber-Anteil-Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 104.174 €. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- beziehungsweise Pflegeversicherung erhalten hat.

Eine Zuordnung der Pauschalprämie für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung zu den einzelnen Vorstandsmitgliedern wird nicht vorgenommen.

Mitglieder des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG in €	Jahres- vergütung	
Dr. h. c. Klaus G. Adam Vorsitzender	90.683	
Bärbel Wulff stellv. Vorsitzende	57.177	
Dr. h. c. Axel Berger	29.411	
Dagmar Brose	24.000	
Thomas Dobkowitz	15.000	
Dr. Michael Endres	46.289	
Claudia Fieber ¹⁾	20.950	
Christina Förster	23.575	
Dr. Thomas Guth	25.500	
Sascha Händler	23.575	
Michael Jänichen	37.092	
Daniel Kasteel	23.575	
Dr. Hannes Rehm	15.000	
Heiko Reinhard ²⁾	18.450	
Andreas Rohde ³⁾	3.771	
Senator Dr. Thilo Sarrazin	42.313	
Dr. Heinz-Gerd Stein	40.000	
Joachim Tonndorf	25.000	
Frank Wolf	28.092	
Senator Harald Wolf	26.500	
Bernd Wrede	30.883	
Summe	646.836	
zuzüglich USt	+100.594	
Gesamtaufwand	747.430	

¹⁾ Mitglied bis 31. Dezember 2006

²⁾ Mitglied bis 31. Oktober 2006

³⁾ Mitglied ab 30. November 2006

82 Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

	2006	2005	Veränderung in %
Vollzeitbeschäftigte	6.066	6.497	-7
Teilzeitkräfte	1.648	1.707	-3
Auszubildende	262	255	3
Gesamt	7.976	8.459	-6

83 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ein wertberichtigtes Engagement wurde im März 2007 vollständig zurückgezahlt. Die gebildete Wertberichtigung in Höhe von USD 15,4 Mio. (11,7 Mio. €) konnte in 2007 aufgelöst werden.

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 0,06 € je Aktie zu zahlen.

Herr Uwe Kruschinski verlässt den Vorstand der Landesbank Berlin AG zum 30. Juni 2007 aus persönlichen Gründen und in freundschaftlichem Einvernehmen.

Anhang des Konzerns nach IFRS

84 Anteilsbesitz

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital	Ergebnis	vom 31.12.2006 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Landesbank Berlin Holding AG						
Konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)						
ABT No. 3 Ltd., London ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	4	77	
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	-11.788	-1.320	
BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	1.139	369	
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ^{1) 5)}	100,0	100,0	100,0	309	0	
Berlin Capital Fund GmbH, Berlin ^{3) 5)}	100,0	100,0	100,0	-18.571	2.074	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ^{1) 5)}	100,0	100,0	100,0	2.343	-635	
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin ⁵⁾	90,4	90,4	90,4	574.356	188.493	
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking ⁵⁾	94,9	94,9	67,8	6.404	11.404	
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin ^{1) 5)}	100,0	94,8	100,0	3.409	3.056	
Crown Court Property London Ltd., London ^{5) 17)}	100,0	100,0	100,0	19.122	564	
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin ^{5) 6)}	48,5	48,5	48,5	-52.121	2.018	
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH [vorm.: BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH], Berlin ^{1) 5)}	100,0	100,0	100,0	19.449	-1.138	
GfBI Immobilien Solutions GmbH [vorm.: Gesellschaft für Immobilien und Beteiligungen der IBAG-Gruppe mbH (GIB)], Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	-29	21	
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 5)}	100,0	94,9	100,0	3.984	-6.159	
Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin ⁵⁾	76,1	66,8	76,1	-20.627	262	
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ⁵⁾	99,9	99,9	99,9	-6.853	5	
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, München ⁵⁾	92,5	92,5	92,5	3.921	4.284	
Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin ⁵⁾	100,0	95,0	100,0	16.507	478	
Landesbank Berlin AG, Berlin ^{1) 5)}	100,0	0,0	100,0	1.613.307	305.579	
Landesbank Berlin International S.A. [vorm.: Bankgesellschaft Berlin International S.A.], Luxemburg ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	218.224	12.222	
Landesbank Berlin Investment GmbH [vorm.: Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH], Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	21.065	11.691	
LBB Finance (Ireland) plc [vorm.: BGB Finance (Ireland) plc], Dublin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	1.587	219	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ^{1) 5)}	100,0	100,0	100,0	5.195	-4.267	
LBB Reinsurance Ltd. [vorm.: BGB Reinsurance Ltd.], Dublin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	9.036	4.632	
Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	798	582	
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin [vorm.: Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin], Berlin ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	2.137	739	
Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Altlandsberg ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	41	-294	
Zweckgesellschaften / Spezialfonds – konsolidiert – (IAS 27 in Verbindung mit SIC 12)						
ABN AMRO EMMA INKA, Frankfurt am Main ⁵⁾	100,0	100,0		36.613	3.345	
BB-BG11-Fonds, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0		32.598	4.769	
BG-Asset-Fonds, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0		18.052	386	
Check Point Charlie Inc., London ⁵⁾	0,0	0,0		23	13	
Check Point Charlie Ltd., London ⁵⁾	0,0	0,0		7	7	
dbi Pimco Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main ⁵⁾	100,0	100,0		101.173	1.008	
DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main ⁵⁾	100,0	100,0		72.750	2.765	
DEKA-ABS-Europe-Fonds, Frankfurt am Main ⁵⁾	100,0	100,0		78.952	10.454	
FlexBond-Plus-INVEST, Berlin ⁵⁾	71,7	71,7		30.593	379	
FlexBond-Vario-INVEST, Berlin ⁵⁾	46,5	46,5		30.400	-374	
GLOBAL ABS INCOME FUND, Wien ⁵⁾	100,0	100,0		40.309	1.876	
GSIM Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main ⁵⁾	100,0	100,0		101.618	2.651	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital	Ergebnis	vom 31.12.2006 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
LBB INKA Credit Plus, Düsseldorf ⁵⁾	100,0	100,0		30.777	1.299	
LBB-Spezialsituationen-Fonds, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0		33.632	572	
LBB-TopPick-Fonds, Berlin ⁵⁾	100,0	100,0		44.103	968	
LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, Berlin ⁵⁾	75,0	75,0		140.142	3.239	
Portfolio Purchasing Company 1 Ltd., London ⁵⁾	0,0	0,0		6	-25	
Portfolio Purchasing Company 2 Ltd., London ⁵⁾	0,0	0,0		-129	1.397	
Portfolio Purchasing Company 3 Ltd., London ⁵⁾	0,0	0,0		7	-3	
Portfolio Purchasing Company 4 Ltd., London ⁵⁾	0,0	0,0		5	1	
PPC Repo Ltd., London ⁵⁾	0,0	0,0		96	2	
Rhea CDO 1 Plc., Dublin ⁵⁾	0,0	0,0		0	1	
WAMKO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf ⁵⁾	100,0	100,0		100.629	1.390	
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)						
Babefi-Holding GmbH i. L., Berlin	100,0	100,0	100,0	65	-2	01.01.2006
Bankenservice AO i. L., Moskau	100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
Bankgesellschaft Berlin (UK), London	100,0	100,0	100,0	0	0	31.12.2004
Bavaria Vertriebs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	119	69	31.12.2005
BB Privat Immobilien GmbH i. L., Berlin	100,0	0,0	100,0	3.006	541	06.12.2006
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾	100,0	94,9	100,0	51	0	
BB-Leasing GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	2.693	1.159	31.12.2005
Berlin Hyp Projekt GmbH i. L., Berlin	100,0	100,0	100,0	250	0	31.12.2005
Crown Court I LLC, Wilmington, Delaware ⁴⁾	100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Neukölln KG, München ⁶⁾	94,0	94,0	47,0	-298	10	
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München ⁶⁾	94,0	94,0	47,0	-2.687	75	
DELTA Aktiengesellschaft für Investitionen, Berlin	61,0	61,0	61,0	170	-35	31.12.2005
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ¹⁾	100,0	100,0	100,0	103	0	31.12.2005
egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin	94,0	94,0	94,0	-1.178	-647	31.12.2005
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	426	-8	31.12.2005
FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2005
FinTech Dreiundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	82	59	31.12.2005
FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking ⁶⁾	94,0	94,0	50,0	14	1	
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH, Berlin ⁶⁾	49,0	49,0	49,0	4	-1	31.12.2005
GfBI Group Services GmbH [vorm.: IBAG Group Services GmbH], Berlin	100,0	100,0	100,0	255	210	
Grundstücksgesellschaft „URSUS“ mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main ¹⁾	100,0	100,0	100,0	722	0	31.12.2005
Grundstücksgesellschaft Straße 619/620 GbR, Berlin	93,7	93,7	93,7	37	-1	31.12.2005
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin	60,2	60,2	60,2	3.833	131	31.12.2005
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München	78,1	78,1	78,1	1.086	452	31.12.2004
HaWe Immobilien GmbH & Co. Berlin Süd KG, Berlin	100,0	100,0	100,0	753	116	31.12.2005
HaWe Immobilien GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	31	5	31.12.2005
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾	100,0	100,0	100,0	6.136	0	29.08.2006
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	21	-2	31.12.2005
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	100,0	100,0	162	43	31.12.2005
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin ¹⁾	100,0	100,0	100,0	1.816	0	31.12.2005
INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, München ⁶⁾	94,0	94,0	47,0	-2.530	99	
Klinikzentrum Lindenallee GmbH, Bad Schwalbach	100,0	100,0	100,0	-5.432	-2.707	31.12.2005
Kommunal Service gemeinnützige Dienstleistungsgesellschaft für die Öffentliche Hand mbH i. L., Berlin	100,0	100,0	100,0	15	1	31.12.2005
Kommunalconsult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH i. L., Berlin ⁶⁾	50,0	50,0	50,0	26	0	31.12.2005
Lenscare AG, Kiel ³⁾	53,5	53,5	53,5	2.223	69	31.12.2005
MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München	94,0	94,0	55,3	25	0	
Wilkenhof Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	32	-55	31.12.2005
4care fulfilment GmbH, Laboe ^{1) 3)}	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2004

Anhang des Konzerns nach IFRS

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital	Ergebnis	vom 31.12.2006 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Zweckgesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – nicht konsolidiert – (IAS 27 in Verbindung mit SIC 12)						
Bavaria Immobilien Development GmbH & Co. Public Golf Wilkendorf KG, Berlin	0,0	0,0		-432	-33	31.12.2005
Bavaria Immobilien Development GmbH & Co. Sandy-Lyle Wilkendorf KG, Berlin	0,0	0,0		-2.079	-212	31.12.2005
Portfolio Purchasing Company RT1 Ltd., London	0,0	0,0		0	-1	
Portfolio Purchasing Company RT2 Ltd., London	0,0	0,0		0	-1	
Portfolio Purchasing Company RT3 Ltd., London	0,0	0,0		0	0	
Portfolio Purchasing Company RT4 Ltd., London	0,0	0,0		0	0	
PPC Holdings Ltd., London	0,0	0,0		1	0	
Quant IQ USA LBB-INVEST, Berlin ¹⁾	61,4	61,4		928	k. A.	
Joint Ventures (IAS 31) – bewertet –						
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin	45,0	45,0	45,0	2.278	222	31.12.2005
Joint Ventures (IAS 31) – nicht bewertet –						
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	45,0	45,0	45,0	26	1	31.12.2005
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover	50,0	50,0	50,0	1.567	299	31.12.2005
CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin	50,0	50,0	50,0	152	-171	31.12.2005
GbR TOCOTAX	20,0	20,0	20,0	k. A.	-95	31.12.2005
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkaeu, Berlin	50,0	50,0	50,0	-2.212	-249	31.12.2004
KARUS Beteiligungs GmbH & Co. Grundbesitz KG, München	33,0	33,0	33,0	26	0	31.12.2005
LBB, Prajs & Drimmer Grundstücksgesellschaft Hausvogteiplatz bürgerlichen Rechts, Berlin ³⁾	50,0	50,0	50,0	-3.592	-811	31.12.2005
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Bankgesellschaft Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover	50,0	50,0	50,0	156	32	31.12.2005
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – bewertet –						
Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ¹⁾	25,1	25,1	25,1	9.889	0	
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin / Hannover ⁷⁾	12,0	12,0	12,0	310.770	13.600	31.12.2005
PEB Capital B. V., Hilversum	42,4	42,4	42,4	15.351	1.481	31.12.2005
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – nicht bewertet –						
Analyticon Discovery GmbH, Potsdam ³⁾⁷⁾	16,8	16,8	16,8	529	296	31.12.2005
Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland –, Berlin	34,7	34,7	34,7	37.807	1.503	31.12.2005
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	30,0	30,0	30,0	59	5	31.12.2005
ATTO-TEC GmbH, Siegen ³⁾	26,0	26,0	26,0	-1.019	-240	31.12.2005
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	25,1	25,1	25,1	9.876	1.428	30.09.2006
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin	21,8	21,8	21,8	7.489	276	31.12.2005
Chiracon GmbH, Berlin ³⁾	40,1	40,1	40,1	-324	-244	31.12.2004
fairform GmbH Objekt- und Messebau Fullservice, Berlin ³⁾	34,6	34,6	34,6	-495	2	31.12.2005
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Dritter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin ⁸⁾	94,0	94,0	94,0	38	-298	31.12.2005
getemed Medizin- und Informationstechnik AG, Teltow ³⁾	32,0	32,0	32,0	3.472	1.001	31.12.2005
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6	39,6	20,0	26	0	
InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam ³⁾⁷⁾	25,0	25,0	14,3	178.492	9.844	31.12.2005
proALPHA Software AG, Weilerbach ³⁾	22,7	22,7	22,7	12.003	1.390	31.03.2006
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin	40,0	40,0	40,0	k. A.	3.423	31.12.2002
SEPIAtec GmbH, Berlin ³⁾	46,6	46,6	46,6	-586	489	31.12.2005
Thesaurus GmbH & Co. Siebzehnte Immobilien KG, Berlin ⁸⁾	94,0	94,0	94,0	29	-80	31.12.2005
Thesaurus GmbH & Co. Vierzigste Immobilien KG, Berlin ⁸⁾	94,0	94,0	94,0	25	45	31.12.2005
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Zweiter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin	26,8	26,8	26,8	78.943	-14.663	31.12.2005
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0	49,0	36,3	-3.485	62	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital	Ergebnis	vom 31.12.2006 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Zweckgesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – assoziiert (IAS 28) – nicht bewertet –						
Keppler-Emerging Markets-LBB-Invest, Berlin ¹⁾	42,6	42,6		74.494	k. A.	
Beteiligungen von mindestens 20 v. H.						
Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Berlin ⁸⁾	94,0	94,0	94,0	1.687	903	31.12.2005
Bavaria Ikarus Immobilien GmbH [vorm.: Bavaria Emden Verwaltungs GmbH], Berlin ⁸⁾	100,0	100,0	100,0	21	-1	31.12.2005
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ⁸⁾	94,0	94,0	94,0	-2.494	2.030	31.12.2005
Friedrichsfelder Viertel Bauprojekt GmbH, Berlin ⁹⁾	47,6	47,6	47,6	2	-12	31.12.2005
Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Klettwitz ¹⁰⁾	60,0	60,0	60,0	13	-6	31.12.2001
Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz ¹⁰⁾	70,0	70,0	70,0	-23.279	-9.504	31.12.2001
Okeanos GmbH & Co. Objekt Berlin-Friedrichshain, Pufendorfstraße KG, Berlin ⁸⁾	94,0	94,0	94,0	-1.551	-244	31.12.2005
ProSyst Software AG, Köln ³⁾	27,7	27,7	27,7	-1.011	-3.168	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Duisburg-Hamborn KG, Berlin ⁸⁾	94,0	94,0	94,0	-6	684	31.12.2005
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ⁸⁾	100,0	100,0	100,0	-4.561	-5.041	31.12.2005
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ⁸⁾	75,0	75,0	75,0	31	0	30.09.2005
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ⁸⁾	75,0	75,0	75,0	3.426	376	30.09.2005
xtradyne Technologies AG, Berlin ³⁾	25,0	25,0	25,0	-1.607	-619	31.12.2003
Yozma III GmbH & Co. KG, München ³⁾	21,9	21,9	21,9	1.281	-231	31.12.2005
Zweckgesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds von mindestens 20 v. H.						
E.I. Cap.-EuroAktien-Kasko II 100, Luxemburg ¹²⁾	32,8	32,8		28.160	230	31.07.2006
E.I. Cap.-Welt-Kasko 100 PlusZins, Luxemburg ¹²⁾	43,2	43,2		38.111	1.512	31.07.2006
E.I. Cap.-Welt-Kasko 95 Top Level, Luxemburg ¹²⁾	75,0	75,0		25.971	2.378	31.07.2006
Europa Aktien-Kasko 04/2008, Luxemburg ¹³⁾	31,4	31,4		15.722	-1.850	30.04.2006
HSBC GIF Euro Corporate Bond, Luxemburg ¹⁴⁾	38,6	38,6		48.600	-574	31.03.2006
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB in Verbindung mit § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)						
FinanzIT GmbH, Hannover	15,0	15,0	15,0	29.239	206	31.12.2005
Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH [vorm.: Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH], Berlin	5,1	0,0	5,1	46.101	14.692	31.12.2005
MLP AG, Heidelberg ¹⁵⁾	9,9	9,9	9,9	455.192	199.691	31.12.2005

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Angabe der Jahresabschlussdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet

³⁾ Zur Veräußerung gehalten (Held for Sale gemäß IFRS 5)

⁴⁾ Die Gesellschaft wurde 2006 gegründet.

⁵⁾ IFRS-Konsolidierungsdaten

⁶⁾ Tochterunternehmen wegen Beherrschung durch die Möglichkeit der Bestimmung der Finanz- und Geschäftspolitik und/oder Organbestellungsrecht (IAS 27.13) beziehungsweise Mehrheit der Chancen und Risiken (SIC 12.10)

⁷⁾ Assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung beziehungsweise durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7)

⁸⁾ Kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung)

⁹⁾ Kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine faktische Einflussnahme – Widerlegung IAS 28.7) beziehungsweise Vermittlung über nicht konsolidiertes TU

¹⁰⁾ Kein Tochter- oder assoziiertes Unternehmen, da Insolvenzverwalter bestellt

¹¹⁾ Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen. Angaben aus Vermögensaufstellung zum 29. Dezember 2006

¹²⁾ Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis entspricht der Summe aus ordentlichem Nettoertrag, Nettoergebnis der realisierten Gewinne und Verluste sowie der Nettoveränderung der nicht realisierten Gewinne und Verluste. Angaben aus geprüftem Jahresbericht per 31. Juli 2006

¹³⁾ Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen. Angaben aus geprüftem Jahresbericht per 30. April 2006

¹⁴⁾ Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen. Angaben aus geprüftem Jahresbericht per 31. März 2006

¹⁵⁾ IFRS-Abschluss

¹⁶⁾ Es handelt sich um Publikumsfonds, die aufliegende KAG gehört nicht zum Konzern und Beherrschung beziehungsweise maßgeblicher Einfluss wird nicht ausgeübt.

EZB-Kurse vom 31. Dezember 2006

¹⁷⁾ 1 EUR = 0,67150 GBP

¹⁸⁾ 1 EUR = 1,31700 USD

Anhang des Konzerns nach IFRS

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs-/Ergebnisabführungsvertrag im Konzern Landesbank Berlin Holding

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnisabführung in T€	vom 31.12.2006 abweichender Jahresabschluss
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾	Landesbank Berlin Holding AG	- 1.426,0	
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ¹⁾	Landesbank Berlin Holding AG	613,0	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ¹⁾	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft	- 2.813,0	
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin ¹⁾	Landesbank Berlin Holding AG	- 11.359,0	
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ¹⁾	Landesbank Berlin Holding AG	14,0	31.12.2005
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH [vorm.: BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH], Berlin ¹⁾	Landesbank Berlin Holding AG	1.503,0	
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾	Landesbank Berlin Holding AG	2.727,0	
Grundstücksgesellschaft „Ursus“ mit beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾	Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin	157,6	31.12.2005
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin	1.610,2	29.08.2006
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin	Landesbank Berlin AG	990,8	31.12.2005
Landesbank Berlin AG, Berlin	Landesbank Berlin Holding AG	467.795,0	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin	Landesbank Berlin AG	5.276,0	
4care fulfilment GmbH, Laboe	Lenscare AG	92,0	31.12.2004

¹⁾ BV/EAV endet am 31. Dezember 2006

85 Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden von den börsennotierten Aktiengesellschaften des Konzerns (Landesbank Berlin Holding AG; vormals Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG) jeweils im Internetauftritt der Gesellschaften veröffentlicht.

86 Organe der Landesbank Berlin Holding AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender

Serge Demolière

bis 8. September 2006

Uwe Kruschinski

bis 8. September 2006

Martin K. Müller

bis 8. September 2006

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Dr. h. c. Klaus G. Adam

Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer

Bärbel Wulff*

stellv. Vorsitzende
Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Dr. h. c. Axel Berger

Vizepräsident DPR Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V.,
Berlin;
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Dagmar Brose*

Referentin im Bereich Finanzen der Landesbank Berlin AG

Thomas Dobkowitz

Unternehmensberater

Dr. Michael Endres

ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG;
Vorsitzender des Vorstands der
Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Claudia Fieber*

bis 31. Dezember 2006
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
(ab 6. Dezember 2006 freigestelltes Mitglied im Betriebsrat der
Berliner Bank AG & Co. KG.)

Christina Förster*

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk
Berlin-Brandenburg

Dr. Thomas Guth

Vorsitzender der Geschäftsführung der
SALOMON OPPENHEIM GmbH

Sascha Händler*

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG;
Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Landesbank Berlin AG

Michael Jänichen*

Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG und
Leiter der Landesbank Berlin AG Niederlassung Luxemburg

Berlin, 22. März 2007

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Dr. Thomas Veit

Daniel Kasteel*

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Astrid Maurer*

ab 1. Januar 2007
Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG

Dr. Hannes Rehm

Vorsitzender des Vorstands der Norddeutsche Landesbank Giro-
zentrale

Heiko Reinhard*

bis 31. Oktober 2006
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG;
Berater Universalkunden

Andreas Rohde*

ab 30. November 2006
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Senator Dr. Thilo Sarrazin

Senator für Finanzen des Landes Berlin

Dr. Heinz-Gerd Stein

ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG

Joachim Tonndorf*

ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Frank Wolf*

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Senator Harald Wolf

Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen
des Landes Berlin

Bernd Wrede

ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG

* Arbeitnehmersvertreter

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 16. April 2007

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Borgel) (Berninger)
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Wichtige Adressen

Landesbank Berlin AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.lbb.de

Geschäftsbereichsleiter des Vertriebs der Landesbank Berlin

Private Kunden

Claus-Günther Richardt Vermögensanlagen Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse
Michael Thanheiser Privatkunden Berliner Sparkasse

Firmenkunden

Michael Jänichen Firmenkunden Landesbank Berlin und Berliner Sparkasse

Berliner Sparkasse

Niederlassung der Landesbank Berlin AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.berliner-sparkasse.de

Eine aktuelle Aufstellung der Privatkunden-, Firmenkunden-, Vermögensanlage- und ImmobilienCenter finden Sie im Internet unter www.berliner-sparkasse.de/Standorte.

Geschäftsstellenübersicht Landesbank Berlin / Berliner Sparkasse

Zentrale Direktion Firmenkunden	Peter Straub
Badensche Straße 23 10715 Berlin	Telefon: 030/869 843 83 Telefax: 030/869 846 11
Direktion Firmenkunden Nord	Frank Wicher
Berliner Straße 40–41 10715 Berlin	Telefon: 030/869 862 30 Telefax: 030/869 862 50
Direktion Firmenkunden Süd/ Direktion Brandenburg	Heino Henke Peter Jülich
Uhlandstraße 97 10715 Berlin Friedrichstraße 185–190 10117 Berlin	Telefon: 030/869 747 670 Telefax: 030/869 747 684 Telefon: 030/869 747 480 Telefax: 030/869 747 476
Direktion Firmenkunden Zentrum	Dieter Barz
Friedrichstraße 185–190 10117 Berlin	Telefon: 030/869 746 580 Telefax: 030/869 746 576

Wichtige Adressen

Direktion FirmenkundenCenter

Badensche Straße 23
10715 Berlin

Hans-Joachim Diesing

Telefon: 030/869 830 11
Telefax: 030/869 830 20

Direktion Business-/ServiceLine

Brunnenstraße 111
13355 Berlin

Astrid Strahas

Telefon: 030/869 830 12
Telefax: 030/245 698 24 40

Private Banking

Bundesallee 171
10715 Berlin

Bernhard Stahr

Telefon: 030/869 840 70
Telefax: 030/869 840 72

Vertriebsbereich Süd

Privatkunden
Vermögensanlagen

Uhlandstraße 97
10715 Berlin

Bianca Richardt/Dr. Christian Beyer
Norman Castendyck/Silvia Kontny

Telefon: 030/869 747 624
Telefax: 030/869 747 614

Bezirke: Neukölln, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Zehlendorf

Vertriebsbereich Ost

Privatkunden
Vermögensanlagen

Frankfurter Allee 147
10365 Berlin

Jürgen Bruhn/Reiner Koll
Gabriele Röder

Telefon: 030/869 742 694
Telefax: 030/869 742 614

Bezirke: Hellersdorf, Köpenick, Lichtenberg, Marzahn, Treptow

Vertriebsbereich Zentrum

Privatkunden
Vermögensanlagen

Friedrichstraße 185–190
10117 Berlin

Gudrun Mann/Gerhard Puhlmann
Gabriele Röder

Telefon: 030/869 746 547
Telefax: 030/869 746 514

Bezirke: Friedrichshain, Kreuzberg, Mitte, Prenzlauer Berg

Vertriebsbereich Nord

Privatkunden
Vermögensanlagen

Scharnweberstraße 14
13405 Berlin

Thorsten Feige/Jürgen Hergt
Frank Tönjes

Telefon: 030/498 910
Telefax: 030/498 911 99

Bezirke: Hohenschönhausen, Pankow, Reinickendorf, Wedding, Weißensee

Vertriebsbereich West

Privatkunden
Vermögensanlagen

Berliner Straße 40–41
10715 Berlin

Susann Steiniger-Breuer/Michael Hermann
Hans-Werner Aschenbroich

Telefon: 030/869 862 20
Telefax: 030/869 862 50

Bezirke: Charlottenburg, Spandau, Tiergarten, Wilmersdorf

Vertriebsbereich ImmobilienCenter

Badensche Straße 23
10715 Berlin

Heinz Helmut Müller

Telefon: 030/869 840 51
Telefax: 030/869 840 52

Kredit Firmenkunden und Privatkunden**Berliner Sparkasse und LBB**

Brunnenstraße 111
13355 Berlin

Ronald Berentin

Telefon: 030/ 245 527 75

Telefax: 030/310 925 88

ServiceLine der Berliner Sparkasse/**Team BusinessLine**

Servicenummer 030/245 520 40

Servicefax 030/245 694 11 04

ServiceLine der Berliner Sparkasse/**Team FirmenkundenCenter**

Servicenummer 030/245 520 50

Servicefax 030/245 694 11 07

Vertrieb Immobilienfinanzierung**Vertrieb Alte Bundesländer**

Georg Reutter

Telefon: 030/2599 5791

Telefax: 030/2599 5529

Vertrieb Berlin und Neue Bundesländer

Corneliusstraße 7
10787 Berlin

Arnold Butzer

Telefon: 030/2599 5581

Telefax: 030/2599 998 5581

Landesbank Berlin Holding AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 509
www.lbb-holding.de

Ausländische Niederlassungen**Niederlassung London**

LBB Landesbank Berlin London Branch
1 Crown Court, Cheapside
GB-London EC2V 6 LR
Telefon: +44 020/757 282 00
Telefax: +44 202/757 282 99

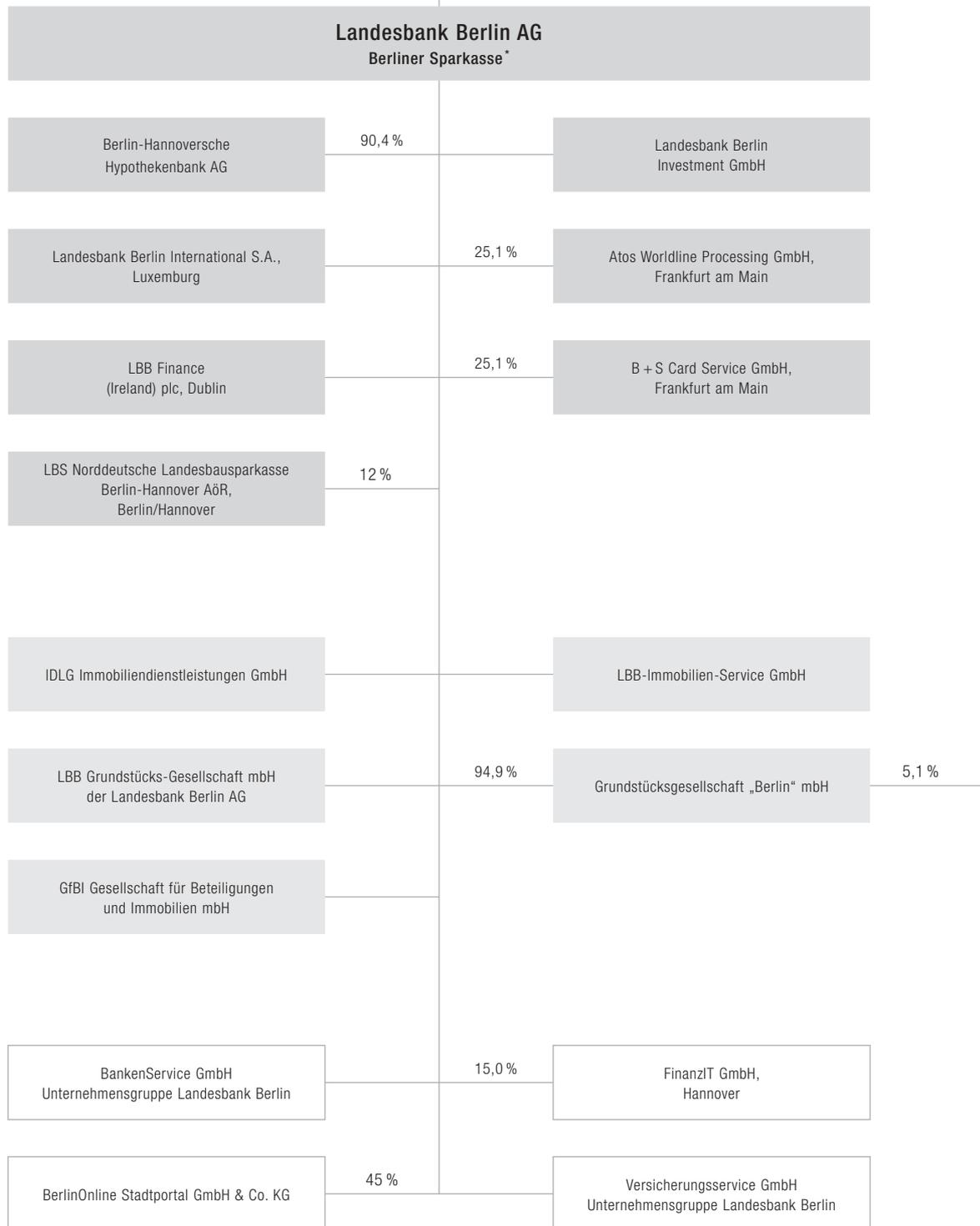
Niederlassung Luxemburg

LBB Landesbank Berlin
30, Boulevard Royal
L-2449 Luxemburg
Telefon: +352/477 8 0
Telefax: +352/477 820 09

Abkürzungsverzeichnis

ARMADA	Architektur für ein neues Risikomanagement-Datenverarbeitungssystem	IASB	International Accounting Standards Board
ABL	Alte Bundesländer	IBAG	IBAG Immobilien- und Beteiligungen AG
ABS	Asset-Backed-Securities	IBB	Investitionsbank Berlin
AfS	Available for Sale	IBG	IBG Immobilien und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH
AktG	Aktiengesetz	IBV	Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH
ARWOBAU	ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbau-gesellschaft mbH	IDL	Immobilien dienstleistungsbereich
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	IDLG	Immobilien dienstleistungsgeschäft
BAT	Bundesangestelltentarif	IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
BCIA	BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH	IFRIC	International Financial Reporting Interpretations Committee
Berlin Hyp	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	IFRS	International Financial Reporting Standards
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung	IRB	auf internen Ratings basierend
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch oder Bankgesellschaft Berlin	IT	Informationstechnologie
BGH	Bundesgerichtshof	JPY	japanische Yen
BIH	BIH Berliner Immobilien Holding GmbH (vormals: IBAG Immobilien und Beteiligungen AG)	KPMG	KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
BPS-	Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieaus-schuss des Aufsichtsrats	KSt.	Körperschaftsteuer
Ausschuss		KStG	Körperschaftsteuergesetz
BVI	Bundesverband Investment und Asset Management	KWG	Kreditwesengesetz
CaR	Capital-at-Risk	LaC	Liabilities measured at amortized costs
CDAX	Composite DAX	LaR	Loans and Receivables
CVaR	Credit-Value-at-Risk	LBB	Landesbank Berlin
DAX	Deutscher Aktien Index	LBBH	Landesbank Berlin Holding AG
DBO	Defined Benefit Obligation	LBB-Invest	Landesbank Berlin Investment GmbH
DCGK	Deutscher Corporate Government Kodex	LPFV	LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH
DetV	Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts	MaH	Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften
D&O-	Directors & Officers Vermögensschaden-Haftpflicht-Versicherung	MaIR	Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision
Versicherung		MaK	Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute
DRS	Deutscher Rechnungslegungs Standard	MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.	NBL	Neue Bundesländer
DSR	Deutscher Standardisierungsrat	OpRisk	Operationelle Risiken
EK	Eigenkapital	OTC	over the counter
ESTG	Einkommensteuergesetz	PEWB	pauschalierte Einzelwertberichtigung
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	P&L	Profit & Loss (Gewinn und Verlust)
EU	Europäische Union	PoWB	Portfoliowertberichtigung
EUREX	European Exchange	PUC	Projected Unit Credit
Euribor	Euro Interbank Offered Rate	RechKredV	Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute
EWB	Einzelwertberichtigung	rev.	revision (date)
EZB	Europäische Zentralbank	RRK	Risk Review Komitee
FVO	Fair Value-Option	SIC	Standing Interpretation Committee
GBP	Britische Pfund	SolvV	Solvabilitätsverordnung
GfBI	Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH	SPV	Special Purpose Vehicle (Zweckgesellschaft)
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten	SUSAT	SUSAT GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung	UmwG	Umwandlungsgesetz
HfT	Held for Trading	USD	US-Dollar
HGB	Handelsgesetzbuch	USt.	Umsatzsteuer
i. L.	in Liquidation	VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
IAS	International Accounting Standards	VÖB	Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands e.V.
		WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapier-handelsgesetz)
		ZuVo	Zuständigkeits- und Verfahrensordnung (zur Ergänzung der DetV)

Landesbank Berlin Holding AG



Kreditinstitute und Finanzunternehmen

Immobilien

Sonstige Dienstleistungen

Abgebildet sind wesentliche Beteiligungen;
Beteiligungen ohne Prozentangaben entsprechen einer Kapitalanteilsquote von 100,0 %;
Sitz Berlin, wenn nicht anders angegeben.

* Niederlassung der Landesbank Berlin AG

Stand: März 2007

Impressum

Herausgeber

Landesbank Berlin Holding AG
Unternehmenskommunikation
Alexanderplatz 2
10178 Berlin

Konzeption und Gestaltung

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG, Hamburg

Fotografie

Michael Lange, Hamburg

Für ihr Mitwirken an den Fotos in unserem Geschäftsbericht danken wir unseren Mitarbeitern Jürgen Hergt, Michael Hermann, Larissa Müller, Bernd Peterhänsel, Gerhard Puhmann, Marco Rösner, Petra Sachse, Katja Spitzner, Alexandra Thom

Druck

ColorDruck Leimen GmbH

Landesbank Berlin Holding AG
Alexanderplatz 2
D-10178 Berlin
Postfach 110801
D-10838 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 509

Für Anfragen zum Geschäftsbericht
stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Unternehmenskommunikation
Christina Pries
Telefon: 030/869 663 89
Telefax: 030/869 663 93
E-Mail: ir@lbb.de

www.lbb-holding.de
www.lbb.de

